

Universität Mohamed BEN AHMED Oran 2



**Fakultät für Fremdsprachen
Germanistikabteilung**

Dissertation

**Zur wirtschaftlichen Rolle der Bundesrepublik Deutschland
in der Europäischen Union von 1990 bis 2010**

Vorgelegt von:

Mag. BENSMICHA Nadia

Betreuer:

Doz. Dr. BENATTOU Rachida

Jurymitglieder:

**Vorsitzender: EL KORSO Kamal
Betreuerin: BENATTOU Rachida
Gutachterin: BELBACHIR Rafiaa
Gutachter : BOURI Zine-ddine**

**Prof. Dr. Uni. Oran 02
Doz. Dr. Uni. Algier 02
Prof. Dr. Uni. Oran 02
Doz. Dr. Uni. Oran 01**

Oran 2017

Vorwort

Da die Anfertigung dieser Dissertation mit der besonderen Unterstützung bestimmter Personen steht und fällt, möchte ich das Vorwort nutzen, um genau diesen Menschen Dank auszusprechen:

In ganz besonderem Maße habe ich meiner Betreuerin Doz. Dr. BENATOU Rachida zu danken. Sie ließ mich meine Vorstellungen in dieser Arbeit verwirklichen. Außerdem nahm sie sich stets Zeit, hatte stets ein offenes Ohr und stand stets mit Rat und Tat zur Seite.

Ein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. EL KORSO Kamal, der mir mit seiner langjährigen Erfahrung bei der Korrektur von Dissertationen beratend zur Seite stand.

Frau Prof. Dr. BELBACHIR Rafia danke ich ganz herzlich. Ihr möchte ich mit diesen Zeilen meine tiefste Bewunderung und meinen Respekt sowohl in fachlicher als auch in persönlicher Hinsicht aussprechen.

Ebenso möchte ich von ganzem Herzen bei Herrn Doz. Dr. BOURI Zine-ddine für seine Hilfsbereitschaft, die Arbeit zu prüfen, aussprechen.

An dieser Stelle sei auch meiner engsten Freundin SEFERTI Bakhta gedankt, nun schon seit vielen Jahren als Vertraute und Ratgeber Freud und Leid mit mir teilt.

Besonderer Dank gebührt meiner Familie: Meinen Eltern, die mir stets Vorbild und Freund zugleich sind. Sie haben es ermöglicht, meine Ziele zu verwirklichen und mich in jeder Lebenslage unterstützt. Selbiges gilt für meine Geschwister. Ihnen sei als Zeichen meiner Liebe und tiefen Verbundenheit diese Leistung gewidmet.

Nadia BENSMICHA

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

	Einleitung	08
1.	Auf dem Weg nach Europa	15
1.1	Zur Geschichte der Europäischen Union	15
1.1.1	Von Paneuropa zur westeuropäischen Integration	15
1.2	Zur Gründung der Europäischen Union	20
1.2.1	Zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	20
1.2.2	Zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft	21
1.2.3	Zu Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Atomgemeinschaft	22
1.3	Zu den Säulen der Europäischen Union	26
1.3.1	Zu den Europäischen Gemeinschaften	27
1.3.1.1	Zum Binnenmarkt	28
1.3.1.2	Zur Wirtschafts- und Währungsunion	31
1.3.1.3	Zu den Politikbereichen der EG	36
1.3.2	Zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	42
1.3.2.1	Zur Assoziierungs- und Entwicklungspolitik	43
1.3.2.2	Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik	45
1.3.3	Zur Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik	48
1.3.3.1	Zum Anfang der Zusammenarbeit	48
1.3.3.2	Zur Justiz- und Innenpolitik im Unionsvertrag	50
1.3.3.3	Zur Justiz- und Innenpolitik nach dem Amsterdamer-Vertrag	51
1.4	Zur Erweiterung der Europäischen Union	53
1.4.1	Zur Norderweiterung der Europäischen Union	54
1.4.2	Zur Süderweiterung der Europäischen Union	56
1.4.3	Zur Osterweiterung der Europäischen Union	57

1.5	Zum institutionellen System der Europäischen Union	60
1.5.1	Zu den Hauptorganen der Europäischen Union	60
1.5.1.1	Zum Europäischen Parlament	60
1.5.1.2	Zum Rat der Europäischen Union	63
1.5.1.3	Zum Europäischen Rat	65
1.5.1.4	Zur Europäischen Kommission	67
1.5.1.5	Zum Europäischen Gerichtshof	68
1.5.1.6	Zum Europäischen Rechnungshof	70
1.5.2	Zu den Nebenorganen der Europäischen Union	71
1.5.2.1	Zur Europäischen Zentralbank	71
1.5.2.2	Zur Europäischen Investitionsbank	71
1.5.3	Zu den Ausschüssen der Europäischen Union	72
1.5.3.1	Zum Wirtschafts- und Sozialausschuss	72
1.5.3.2	Zum Ausschuss der Regionen	73
1.5.3.3	Zum Europäischen Bürgerbeauftragte	73
1.5.3.4	Zum Europäischen Datenschutzbeauftragte	74
2.	Zur wirtschaftspolitischen Rolle Westdeutschlands in der Europäischen Gemeinschaft	78
2.1	Zur Ära-Adenauer	78
2.1.1	Zur Westintegration	78
2.1.2	Zur Westbindung auf Frankreich	81
2.1.3	Adenauer und der Osten	84
2.2	Zur Ostpolitik auf der Basis der Westbindung	88
2.2.1	Zur Politik der Mitte	88
2.2.2	Zur Entspannungspolitik	94
2.3	Zur aktiven Ostpolitik	101
2.3.1	Zur neuen Friedenspolitik	101
2.3.2	Zur Sicherheitspolitik durch Ökonomie	105
2.4	Zur aktiven Friedenspolitik und Einigung Europas	110
2.4.1	Zur Einigung Europas als Herzstück deutscher Außenpolitik	111
2.4.2	Zur deutschen Europapolitik nach dem Mauerfall	114
2.5	Zur wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands in der Europäischen Gemeinschaft	118
2.5.1	Vom Wirtschaftswunder zur Rezession	118

2.5.2	Von Weltwirtschaftskrise zur industriellen Revolution	128
2.5.3	Von Krisen zum Aufschwung	131
3.	Zur wirtschaftlichen Rolle wiedervereinigten Deutschlands in der Europäischen Union	139
3.1	Zum Einigungs- und Integrationsprozess	139
3.1.1	Zur Einbindung Ostdeutschlands in die Europäische Gemeinschaft	143
3.1.2	Zur Einbindung Deutschlands in die westliche Wertegemeinschaft	145
3.2	Zur Überwindung Spaltung Europas	148
3.3	Zum Ohne-Deutschland Prozess	151
3.3.1	Zur Wirtschafts- und Währungsunion	155
3.4	Zum Deutschlands Engagement im Erweiterungsprozess	158
3.5	Zur deutschen Wirtschaft in der Europäischen Union von 1990 bis 2010	167
3.5.1	Zur west -und ostdeutschen Wirtschaft im Vergleich	167
3.5.1.1	Zum Wirtschaftswachstum von 1990 bis 1997	167
3.5.1.2	Zum Wirtschaftswachstum von 1998 bis 2010	174
3.5.2	Zur deutschen Wirtschaft im europäischen Vergleich	177
3.5.2.1	Zum deutsch- osteuropäischen Verhältnis	177
3.5.2.2	Zum deutschen Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union von 1990 bis 2010	186
	Zusammenfassung und Ausblick	199
	Literaturverzeichnis	I-XVI
	Anhang	A-NN
	Eidesstattliche Erklärung	

Einleitung

Einleitung

Mit Vermittlung möglichst umfassendes Sachwissen über Wirtschaft, Politik, Geschichte, Geografie, Kultur usw. befasst sich die Landeskunde. Sie spiegelt also die verschiedenen Bereiche des Wissens wider. »Primäres Ziel der Landeskunde ist es, Informationen über Land und Leute zu liefern. [Bubner (1991), Anm. d. Autors]. «¹

Für M. Erdmenger »spielt [die, Anm. d. Autors] [Landeskunde] die Rolle einer Sachdisziplin. «² Erdmenger vertritt also die Auffassung, dass die »Landeskunde eine Disziplin [ist], die überwiegend in Verbindung mit Sprache, Sprachstudium und Sprachunterricht auftritt. Sie ist die Kunde über diejenigen Länder, in denen die zu lernende Sprache gesprochen wird. «³ Diese Disziplin ist mit dem Zielland und dessen Sprache bzw. mit dem Fremdsprachenunterricht (FSU) eingebunden. Laut H. Sölch ist sie ein notwendiges Fragment, ohne Landeskunde bleibt der FSU bzw. der Deutschunterricht unvollendet und lückenhaft⁴. Und sein wesentlicher inhaltlicher Bestandteil für M. Melde⁵.

Darauf abbauend möchte ich erklären: die Landeskunde bedeutet nicht nur Geschichte, die Landeskunde umfasst alle Bereiche. In dieser vorliegenden Arbeit geht es vorwiegend um ein wirtschaftspolitisches Thema. Im Fokus steht dabei die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Nähe dieser Zeit (die Deutsche Wende) habe

¹ Biechele, Markus / Padró, Alicia: Didaktik der Landeskunde: Fernstudieneinheit 31, Goethe -Institut Inter Nationes, München 2003, Seite 10; vgl. Belbachir, Rafia: Zwischen Landeskunde und Linguistik in: IMAGO REVUE N°11: Interculturalité et Didactique: Diglossie et Interculturalité, EDITIONS DAR ELQUDS EL ARABI, Oran 2011, Seite 42

² Erdmenger, M.: Landeskunde im Fremdsprachenunterricht, Max Hueber Verlag, Ismaning 1969, Seite 5, zitiert nach: Nouah, Mohamed: Zur Bedeutung der Landeskunde in DaF-Lehrwerken und Sprachunterricht, Magisterarbeit, Oran 2006, Seite 72

³ Erdmenger, M.: Landeskunde im Fremdsprachenunterricht, Max Hueber Verlag, Ismaning 1969, Seite 21, zitiert nach: Tomková, Ivona: Landeskunde und ihre Stellung in den Lehrwerken: Diplomová práce, Brno 2007, Seite 2,

https://is.muni.cz/th/183850/pedf_m/Diplomova_prace.pdf (10.12.2014, 13 :51)

⁴ Solch, H.: Landeskunde mit der Zeitung, Gesamthochschule, Kassel 1995, Seite 1, zitiert nach: Tomková, Ivona: Landeskunde und ihre Stellung in den Lehrwerken: Diplomová práce, Brno 2007, Seite 3,

https://is.muni.cz/th/183850/pedf_m/Diplomova_prace.pdf (10.12.2014, 13 :51)

⁵ Melde, W.: Zur Integration von Landeskunde und Kommunikation im Fremdsprachenunterricht, Günter Narr Verlag, Tübingen 1987, Vorwort, zitiert nach: Tomková, Ivona: Landeskunde und ihre Stellung in den Lehrwerken: Diplomová práce, Brno 2007, Seite 3,

https://is.muni.cz/th/183850/pedf_m/Diplomova_prace.pdf (10.12.2014, 13 :51)

ich schon in meiner Abschluss- und Magisterarbeit bearbeitet. Damit möchte ich weiter machen und eigenes Profil bilden.

Diese Dissertation bedient der wirtschaftlichen Rolle wiedervereinigten Deutschlands in der Europäischen Union (EU). Bevor mit dem Gegenstandsbereich begonnen werden kann, soll es in dieser Hinsicht auf die Historie Europas und dessen Einigung zurückblicken.

Die europäischen Länder und Menschen waren und sind vor allem geografisch und archaisch vereint. Geografisch » [ist] **Europa** [(E.), Anm. d. Autors] der Name des Kontinents, der [...] als Teil Asiens gilt, jedoch aufgrund seiner selbstständigen Entwicklung neben Amerika, Asien, Afrika und der Antarktis als eigenständiger Erdteil gezählt wird. «⁶ »[[S]prachgeschichtlich] wird der Begriff E. auf das semitische Wort für »Abend« zurückgeführt, gesichert ist dieser Zusammenhang jedoch nicht der Begriff »Abendland« als Synonym für E. «⁷ Damit ist der kulturelle Kreis, geographisch aber auch der Okzident gemeint. »[D]er Begriff [wurde] für den westlichen Teil des ehemaligen römischen Reiches gebräuchlich. «⁸ Daraus bzw. aus der germanisch-romanischen Familie stammen die meisten europäischen Völker, die alle zur indo- europäischen Völkerfamilie gehören.

»Aus der Wirtschaftsgeschichte ist ein Blick auf den Versuch einer regionalen wirtschaftlichen Integration aufschlußreich. Auf Betreiben Preußens wurde der Zollverein eingerichtet (1834-1867). Er gewährte freien Handel im Innern und verlangte einen gemeinsamen Außenzoll unter der Kontrolle eines Zoll-Kongresses, in dem jeder Staat eine Stimme hatte und dessen Beschlüsse einstimmig gefaßt werden mußten. «⁹ Geografisch und altertümlich waren die europäischen Völker einstimmig. Dennoch wegen der politischen Gegensätze schlug die von Preußen geführte wirtschaftliche Einigung fehl. »Friedrich List, der bedeutende Nationalökonom und Förderer des Zollvereins, sagte einmal: „ Handelseinigung [bzw. wirtschaftliche

⁶ Große Hüttmann, Martin / Wehling, Hans-Georg: Das Europa Lexikon: Begriffe | Namen | Institutionen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, ZpB Zentralen für politische Bildung, Bonn 2013, Seite 121

⁷⁷ a. a. O.

⁸ Schulze, Winfried : Was war, was bleibt, was wird: Geschichte Europas- Europäisches in der Geschichte in: Hurrelmann, Klaus / Knoch, Peter: Wege nach Europa: SPUREN UND PLÄNE, Friedrich Jahresbericht, Seelze 1991, Seite 26-28

⁹ W. Mickel, Wolfgang: Handlexikon der Europäischen Union, OMNIA Verlag GmbH, Köln 1994, Seite XVI

Einigung, Anm. d. Autors] und politische Einigung sind Zwillingschwester, die eine kann nicht zur Geburt kommen, ohne daß die andere folgt. «¹⁰

Der Frieden war auch entscheidend für ein tolerantes geeintes Europa. Allerdings ließ die Gewalt eine „europäische Einigung“ nicht entstehen. »E. steht [...] für eine wechselvolle Geschichte von [...] Territorialkonflikten und blutigen Kriegen [...]; der 30-jährige Krieg (1618-48) und die beiden Kriege (1914-1918 und 1939-1945) stehen für einen konflikträchtigen Kontinent. «¹¹ Anstatt zur Vereinigung trugen die Kriege vor allem der Zweite Weltkrieg zur Aufteilung Deutschlands¹² und DEMZUFOLGE Europas. Drastisch war der Einfluss Deutschlands darauf, ex aequo wie seine Wiedervereinigung.

Nicht nur geografisch aber auch wirtschaftlich prägte sich die deutsche Wiedervereinigung auf die EU. In diesem Zusammenhang versuche ich mit der Problematik wirtschaftlicher Rolle wiedervereinigten Deutschlands in der EU auseinanderzusetzen. Dabei soll die deutsche Wirtschaftspolitik und ihrer Wirkung bei der EU untersucht werden.

Zur Behandlung dieses Themas: „ *Zur wirtschaftlichen Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union von 1990 bis 2010*“ gehe ich von der folgenden Hauptfrage aus:

„Inwiefern konnte die Bundesrepublik Deutschland die Europäische Union wirtschaftlich von 1990 bis 2010 für wichtig sich halten?“

Von der Hauptfrage werfe ich die Haupthypothese:

„Die Bundesrepublik Deutschland konnte die Europäische Union von 1990 bis 2010 für zentral sich halten.“

¹⁰ W. Mickel, Wolfgang: Handlexikon der Europäischen Union, OMNIA Verlag GmbH, Köln 1994, Seite XVI

¹¹ Große Hüttmann, Martin / Wehling, Hans-Georg: Das Europa Lexikon: Begriffe | Namen | Institutionen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, ZpB Zentralen für politische Bildung, Bonn 2013, Seite 121

¹² Genau vier Jahre später nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands konstituierte sich die Bundesrepublik Deutschland (BRD) am 23. Mai 1949. »Am 07. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik [(DDR), Anm. d. Autors] proklamiert. Damit gab es zwei Staaten in Deutschland. « Mehr dazu finden Sie in: Main, Manfred: Deutsche Geschichte erzählt von Manfred Main, erweiterte Neuauflage, Bletz& Geldberg, Frankfurt am Main. 2003, Seite 149 f.

Von der Hauptfrage und der Haupthypothese werden die Nebenfragen und die Nebenhypothesen untergestellt:

1. *War Deutschland auf dem europäischen Weg präsent?*
 - *Deutschland als Gründungsland war auf allen Etappen des europäischen Wegs präsent.*
2. *Welche Rolle spielte Westdeutschland bei der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Gemeinschaft?*
 - *Westdeutschland spielte die Führungsrolle bei der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Gemeinschaft.*
3. *Wieso unterschied sich die wirtschaftliche Rolle wiedervereinigten Deutschlands von der die von den anderen Beteiligten in der Europäischen Union?*
 - *Die wirtschaftliche Rolle wiedervereinigten Deutschlands war zentral in der Europäischen Union.*

Das methodische Vorgehen dieser Arbeit lässt sich also in drei Schritten beschreiben: Zunächst werden bestehende theoretische Positionen zur EU fundiert. Einander gegenübergestellt werden: In einem nächsten Schritt die „westdeutsche Wirtschaftspolitik in der EG“ und in einem dritten Schritt die „deutsche Wirtschaft in der EU“. Dabei kommt es darauf an, die Rolle Deutschlands vor und nach der Wiedervereinigung auf europäischer Ebene Acht zu geben.

Zwangsläufig lässt sich die Arbeit in drei Hauptkapiteln untergliedern. **Hauptkapitel 1** definiert zunächst den zentralen Begriff der vorliegenden Arbeit die „Europäische Union“ und grenzt deren Umfeld ein. **(1.1)** geht es hauptsächlich um die Geschichte der europäischen Einigung vom Paneuropa bis zur westeuropäischen Integration. **(1.2)** beschreibt die Gründungsphasen der EU (von der EGKS quer durch die EVG zur EWG). Diese drei Gemeinschaften werden mit der GASP und Justiz und Inneres als Säulen der EU in **(1.3)** unterstrichen. **(1.4)** kommentiert die trigonale Erweiterung der EU. Den Haupt- und Nebenorganen der EU ist **(1.5)** gewidmet.

Hauptkapitel 2 erörtert, wie Westdeutschland mächtig -auf (west-)europäischer Ebene- war. Dazu ist es sinnvoll, zuerst einmal die Integration Westdeutschlands in den Westen in (2.1) zu beleuchten. (2.2) umfasst die Ostpolitik, die in der Mitte stand und auf Entspannung zwischen dem Westen vor allem Westdeutschland und dem deutschen Osten zielte. (2.3) gibt die Friedenspolitik wieder, die Entspannung zwischen den USA und der SU erstrebte. Aktiver war die Friedenspolitik in (2.4): Der Frieden konnte auf deutscher und demzufolge auf europäischer Ebene erlangt werden. (2.5) endet mit der wirtschaftlichen Lage Westdeutschlands auf (west-)europäischer Ebene.

Hauptkapitel 3 erläutert, wie das wiedervereinigte Deutschland zentrale Rolle -auf europäischer Ebene- spielte. (3.1) erörtert den Einigungs- und Integrationsprozess aus deutscher und europäischer Sicht und beschreibt zunächst die schrittweise Einbindung Ostdeutschlands in die EU und in die westliche Wertegemeinschaft. (3.2) klarstellt die Überwindung des Ost-West-Konflikts und die vollendete Einigung Europas. (3.3) bietet „Ohne Deutschlandprozess“ in der EU vor allem in der Wirtschafts- und Währungsunion. Deutschlands Engagement im Erweiterungsprozess ist Gegenstand von (3.4): Die EU sollte vertieft werden bzw. den europäischen Osten umfassen. (3.5) klärt die wirtschaftliche Lage wiedervereinigten Deutschlands im Vergleich zu den EU-Mitgliedsländern.

Einführung

Im vorliegenden Hauptkapitel geht es vorwiegend um das Konzept „Europäische Union“. Es wird erörtert, was genau darunter zu verstehen ist.

Das erste Kapitel öffnet sich mit einem kurzen Abriss der historischen Wurzeln, wodurch aufgezeigt werden soll, dass die Grundidee einer europäischen Integration jedoch schon lange bekannt ist. Dies wird dabei jeweils in einer Kurzübersicht dargestellt und dann im zweiten Kapitel in ihrem Ablauf (EU-Gründung) beschrieben. An dieser Stelle möchte ich im dritten Kapitel die Säulen der EU erklären. Weiterhin wird die EU-Erweiterung im vierten Kapitel vorgestellt. Und mit der Darstellung der EU-Organe im fünften Kapitel schließt das erste Hauptkapitel.

1. Auf dem Weg nach Europa

1. Auf dem Weg nach Europa

1.1 Zur Geschichte der Europäischen Union

1.1.1 Von Paneuropa zur westeuropäischen Integration

In der Zwischenkriegszeit war die Idee geeinten Europas JA vorhanden, die auf *Richard Nicolas Graf Coudenhove-Kalergi*¹³ zurückgeht. Aus dem amerikanischen Muster (panamerikanische Union) nahm er die Idee heraus (und verglich die beiden Kontinente). Dazu kam der Wunsch, eine europäische Vereinigung einzurichten. »Coudenhove-Kalergis Buch „Paneuropa“ (1923) war ein großer Wurf. Darin geht es von der Tatsache aus, dass die Welt sich von der europäischen Vorherrschaft befreit hatte. «¹⁴ Europa sollte die eroberten Staaten entlassen und mehr für das europäische Gelände sich interessieren. Das gespaltete Europa sollte eine Fusion bzw. wirtschaftlich einheitlich sein. Nicht nur um die kommunistische Bedrohung und die wirtschaftliche amerikanische Konkurrenz umzugehen, sondern auch ein nochmaliger Krieg zwischen den Erbfeinden (Deutschland/Frankreich) könnte Europa bedrohen.

Bezüglich eines friedlich vereinigten Europas schlug *Aristide Briand*¹⁵ vor, eine europäische Union mit föderalistischer Struktur zu gründen. Dieser Vorschlag wurde in Form eines Memorandums unter dem Titel „Memorandum zur Errichtung der vereinigten Staaten von Europa = Mémorandum sur l'organisation d'un régime fédérale européen“ am 17.05.1930 niedergelegt. Das Ziel war nicht die Errichtung eines Einheitsstaates, sondern einer Föderation. Und die nationale Souveränität dürfte nicht beeinträchtigt werden. Diese Denkschrift beeinflusste den Integrationsprozess lediglich nach 1945. »*Pour que l'Europe pense concrètement, politiquement son unité, il faut un choc terrible qui la fasse se percevoir vaincue, faible et donc devant surmonter ses vieilles haines.* «¹⁶ Ohne Konflikte -weltweit und vor allem in Europa

¹³ Graf Coudenhove-Kalergi: japanisch-österreichischer Schriftsteller, Politiker und Gründer der Paneuropa-Union „Paneuropa-Bewegung“.

¹⁴ Bergmann, Jan / W. Mickel, Wolfgang: Handlexikon der Europäischen Union, 5. überarbeitete und erweiterte Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, Seite 1115

¹⁵ Französischer Politiker (1909-1932).

¹⁶ Moreau Defarges, Philippe: Comprendre la constitution européenne, Éditions d 'Organisations, Paris 2004, Seite 21

ließ sich Europa überhaupt an einem föderalistischen Europa denken. Und die Aussöhnung war der einzige Ausweg.

»Für [den britischen, Anm. d. Autors] Lord Lothian¹⁷ war das föderalistische Prinzip grundlegend, das den pluralistischen Charakter einer zwischenstaatlichen Assoziation von Völkern sichern sollte [...] So plädierte Lothian Anfang der dreißiger Jahre für die Schaffung von zwischenstaatlichen Organisationen, für gemeinsame Institutionen und politische Aufgaben. Eine erfolgreiche Integrationspolitik [...] könnte es nur geben, wenn die beteiligten Staaten einen Souveränitätsverzicht leisteten, der Teil eines Gewaltverzichts sein sollte, und ein System wechselseitiger Abhängigkeit der Staaten und föderativer Struktur entstehe. «¹⁸ Für *Lothian* war die föderalistische Struktur die Grundlage überstaatlicher Einheit, die den pluralistischen Charakter sichern konnte und sollte. Er forderte auf die Bildung supranationaler Organisationen und Institutionen, in denen die politischen Aufgaben gleichermaßen aufgeteilt werden sollen (Siehe unten). Für Lothian hängen die europäischen Länder von einander ab, sie sollten eine föderative Struktur bilden und auf Gewalt verzichten.

Gegensätzlich war das Konzept beider Diktaturen *Napoleon* und *Hitler*, danach sollte Europa gewaltsam geeinigt werden. Napoleon und Hitler versuchten unterschiedliche Gebiete unter einem Kernstaat mit zentraler Verwaltung, einheitlichem Wirtschaftsgebiet und einheitlicher Sprache abzufassen. Dennoch hat Napoleon Europa wichtige Erneuerungen mitgebracht und Hitler gegen den „Bolschewismus“ in Europa gekämpft. *Und es musste das Ziel bleiben, ein einheitliches Europa auszurichten.* Dementgegen war der Alliierte *Roosvelt*, der die Konzeption von der Einen Welt (One World)¹⁹ vertrat. Gegen diese Konzeption waren Stalin und Churchill, die an „Europakonzeption“ glaubten und für eine kontinentale Union waren. »Und Europa Zukunft? Auf dem Kontinent bestimmten zunächst die noch alliierten Siegerstaaten das Geschehen, wobei die von dem Ende der Kampfhandlungen entworfenen

¹⁷ (Philip Kerr, 1882-1940): Persönlicher Berater von Premierminister Lloyd George und Botschafter in Washington. Er ist Mitgründer von „Federal Union“ in Großbritannien. Er war mit deutschen Widerstandskreisen in Kontakt. Mehr dazu finden Sie in: W. Mickel, Wolfgang: Handlexikon der Europäischen Union, OMNIA Verlag GmbH, Köln 1994, Seite XX

¹⁸ W. Mickel, Wolfgang: Handlexikon der Europäischen Union, OMNIA Verlag GmbH, Köln 1994, Seite XX

¹⁹ Unterschiedliche Nationen sollen einer Nation angehören.

Konzepte zum Teil beträchtliche Unterschiede aufwiesen, etwa zwischen der Sowjetunion und den USA, aber auch zwischen Großbritannien und Frankreich. Ein gemeinsamer Plan für eine europäische Nachkriegsordnung [...] [sollte entstehen, Anm. d. Autors]. «²⁰ Wegen der schlecht dekadenten Situation Europas sollten Sieger und Besiegte für das gemeinsame europäische Interesse planen. Nur gut ein Jahr später nach dem zweiten Weltkrieg äußerte der britische Premierminister Winston Churchill in seiner 19. September geschlossenen Rede in Zürich; die Gründung einer Art von „Vereinigten Staaten Europas“ mindestens von „Vereinigten Staaten Westeuropas“. Er plädierte für die deutsche französische Versöhnung. »Darin, daß man die europäische Familie, oder doch einen möglichst Teil davon, wieder aufrichtet und ihr eine Ordnung gibt, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann. Wir müssen eine Art Vereinigten Staaten von Europa schaffen! [...] der erste Schritt bei der Neubildung der europäischen Familie muss ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland sein. «²¹ Die europäischen Nationen sollten den ehemaligen Hass und die Rivalitäten beenden, den dauerhaften Frieden absichern, die Grenzen miteinander teilen und an eine gute Nachbarschaft denken. »Tout au long de son histoire, l'Europe suscite de grands rêves constitutionnels visant à lui assurer la paix: ainsi le projet de paix perpétuelle du philosophe Allemand Emmanuel Kant en 1795 ou le plan d'Aristide Briand d'union fédérale européenne en 1930... Ces projets ne sauraient aboutir dans une Europe s'appropriant le monde, ivre de sa supériorité et déchirée par les rivalités de puissance. «²² Von einem geeinten Europa träumten nicht nur europäische Staatsmänner, aber auch europäische Philosophen, beispielhaft der deutsche Emmanuel Kant. »Auch von französischer Seite wurde relativ früh erkannt, dass Europa ohne Deutschland nicht wiederaufgebaut und weiterentwickelt werden könnte. Zu eng waren beide Fragen miteinander verknüpft, wie der Professor für Soziologie und Politikwissenschaft in Bordeaux und renommierte Wahlforscher Maurice Duverger [...] eindringlich und überzeugend [...] auf die Gefahr bei einer

²⁰ Fritzer, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. Überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 15

²¹ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 1

²² Moreau Defarges, Philippe: Comprendre la constitution européenne, Éditions d'Organisations, Paris 2004, Seite 21

Isolierung Deutschlands aufmerksam machte und totalitarische Gefahren beschwor. «²³ Ohne Deutschland könnte Europa nicht wiederaufgebaut und vereinigt werden. Deutschland sollte nicht isoliert, sondern versöhnt und integriert werden.

»Europa war über Jahrhunderte hinweg Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen [...] Diese grausamen Ereignisse brannten sich in das europäische Gedächtnis ein. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde daher von den europäischen Staatsmännern nach Mitteln und Wegen gesucht. Man sah in der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas die einzige Möglichkeit zur Sicherung eines dauerhaften Friedens zwischen den europäischen Staaten. «²⁴ Am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Universität „Harvard“ kündigte der amerikanische Außenminister „Georg Marschall“ das European Recovery Programm (ERP) namentlich „Marschall-Plan“ an. Er zielte darauf, ganzes Europa wirtschaftlich -somit sozial und politisch- zu reparieren. Die SU lehnte den Marschall-Plan ab. *Und die (ost-) europäischen Länder, die in ihrem Machtbereich waren, profitierten nicht davon.* Die USA waren bereit, präsent und imstande (West-) Europa mit notwendigen Geldern zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde die „Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (OEEC) in 1949 gegründet (Siehe unten). »Dans ce climat l'Europe (au moins de l'ouest) rencontre nécessairement la question de la constitution européenne. Les deux conflits mondiaux d'une extrême violence peuvent être analysée comme une longue guerre civile de plus de trente ans (1914-1945) [...] l'Europe [...] doit se réconcilier et changer radicalement. «²⁵ Das zerstörte Europa sollte mindestens im Westen sich versöhnen bzw. sich vereinigen.

Für einen westeuropäischen Staatenbund waren die *Unionisten*. Auf eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit forderten und für Souveränitätsverzicht plädierten sie. Im Gegensatz dazu waren die *Föderalisten*, die für einen gesamteuropäischen Bundesstaat waren und auf Souveränitätsübertragung forderten.

²³ Gehler, Michael: EUROPA: Ideen| Institutionen |Vereinigung, Olzog Verlag GmbH, München 2005, Seite 168

²⁴ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten - Länder - Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knaur Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 11

²⁵ Moreau Defarges, Philippe: Comprendre la constitution européenne, Éditions d'Organisations, Paris 2004, Seite 22

Im „Haagerkongress“²⁶ versammelten sich Unionisten und Föderalisten aus west- und osteuropäischen Ländern und am Folgenden kamen sie an: Deutschland - Feind von gestern- zu tolerieren, die überstaatlichen europäischen Grenzen abzubauen, die Souveränität der *betreffenden* europäischen Länder zu respektieren und das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit sicherzustellen. Und um die Nationaldemokratie kontrollieren und koordinieren zu können, sollte eine europäische Behörde bzw. ein europäisches Gerichtshof konstituiert werden²⁷. (Siehe unten). »Die Nationalstaaten sollten so eng miteinander verbunden und so einander gebunden werden, dass sie sich nicht mehr bekriegen konnten. Hauptsächlich aber sollte mit dieser Methode das Deutschlandproblem gelöst werden, was mit Kontrolle unter Integration des westdeutschen Teilstaats geschah. «²⁸ Deutschland wurde JA toleriert und in (West-) Europa integriert. Indes konnte *und sollte* (West-) Deutschland dauerhaft unter Kontrolle gewesen werden.

»War Europas wirtschaftliche Integration „Geschichte eines erfolgreichen Missverständnisses“? Die Frage ist zu bejahen, denn es handelte sich um einen Ausgleich zwischen Verfechtern eines europäischen Bundesstaates (Föderalisten) und Anhängern der Regierungszusammenarbeit (Intergouvernementalisten) [Unionisten, Anm. d. Autors] [...] Das Missverständnis bestand darin, die Integration sei *grosso modo* eine Frage der Wirtschaft *und* überdies auch die politische Einigung möglich.
«²⁹

²⁶ In den Haag und im Mai 1948 fand er unter Führung „Winston Churchill“ statt.

²⁷ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 11

²⁸ Gehler, Michael: EUROPA: Ideen | Institutionen | Vereinigung, Olzog Verlag GmbH, München 2005, Seite 173

²⁹ a. a. O., S. 174

1.2 Zur Gründung der Europäischen Union

1.2.1 Zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Neben Winston Churchill schuf Robert Schuman eine neue Struktur in Westeuropa: die Initiative: „Schuman-Plan“.

In diesem Rahmen schließe ich mich der Meinung Michael Gehlers an, der gegen (Schuman- Plan) zu reden war, wie es populär und wissenschaftlich bekommt. Es ist falsch und irreführend, wenn die Montanunion in Beziehung zum französischen Außenminister Robert Schuman gesetzt wird. Der Gedanke geht auf Jean Monnet zurück, der seit Langem überzeugt von der Notwendigkeit eine besonders wirtschaftliche Vereinigung Westeuropas war³⁰.

Robert Schuman nahm Monnets Ideen auf und plante für eine zweiseitige bzw. *deutsch französische* Zusammenarbeit. Und auf Ideen Monnets schlug er öffentlich am 09.Mai 1950 die Kohl- und Stahlproduktion zwischen Deutschland und Frankreich vor. »Cette déclaration est longuement préparée par Jean Monnet et son équipe ; elle est présentée par Robert Schuman, alors ministre des affaires étrangères. Le texte est un acte fondateur, posant la première pierre tant de la réconciliation Luxembourg franco-allemande que la construction européenne. «³¹ »Der französische Außenminister Robert Schuman griff einen ursprünglich von Jean Monnet entwickelten Gedanken auf und schlug am 09. Mai 1950 die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vor. «³² »Der Verbund, den wir heute als Europäische Union kennen, begann sein Dasein als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) in Luxemburg, die in Folge des Zweiten Weltkrieges gegründet wurde, um die europäische Einheit zu fördern. Diese Organisation brachte Jean Monnet nach Luxemburg, wo er als erster Präsident

³⁰ Gehler, Michael: EUROPA: Ideen| Institutionen |Vereinigung, Olzog Verlag GmbH, München 2005, Seite 170

³¹ Moreau Defarges, Philippe: Comprendre la constitution européenne, Éditions d 'Organisations, Paris 2004, Seite 24

³² Fontaine, Pascal: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: Europa in 12 Lektionen, Europäische Union, Luxemburg 2014, Seite 3

der Hohen Behörde der Montanunion fungierte. «³³ Allerdings war ihr Zweck derselbe: enge wirtschaftliche Kooperation zwischen den westeuropäischen Staaten. »*Lasst die Menschen zusammenarbeiten, zeigt ihnen, dass hinter ihren Differenzen und geographischen Grenzen ein gemeinsames Interesse liegt- Jean Monnet.* «³⁴

Auf Grundlage Schuman- Plans wurde der EGKS-Vertrag am 18.April 1951 in Paris von den sechs Gründungsstaaten: Frankreich, (West-) Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg unterzeichnet. Am 23.Juli 1952 trat er in Kraft. Als Ziel der EGKS bzw. der Montanunion war es festgeschrieben, einen gemeinsamen Markt für Kohle - und Stahlindustrie aufzustellen. Mit dem Ziel geeinten Europas wurden die kriegswichtigen Rohstoffe als Friedensinstrumente benutzt. »*Europa zu schaffen bedeutet Frieden zu schaffen- Jean Monnet.*«³⁵

1.2.2 Zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

In den fünfziger Jahren erreichte der Ost- Westkonflikt seinen Höhepunkt. Und da Deutschland bzw. Ostdeutschland sowjetische Konzepte enthielte, bildete es eine Gefahr für Westeuropa bzw. für die Gemeinschaft. Deswegen schlug der französische Ministerpräsident *René Pleven* im Oktober 1950 aus nachdrücklicher Bitte von den USA, eine europäische Armee zu bilden. »Angesichts der großen Bedrohung durch die sowjetischen Streitkräfte und der mangelnden Bereitschaft der USA und Großbritanniens, weiterhin für die Verteidigung Westdeutschlands aufzukommen, hat bereits im Jahre 1950 (nach Ausdruck Korea- Kriegs) der französische Ministerpräsident René Pleven einen Plan der EVG [Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Anm. d. Autors] ausgearbeitet. «³⁶ Nichtsdestoweniger war Westdeutschland „*EG-Mitgliedstaat*“ bedrohlich für Frankreich, deswegen konnte der EVG-V in Kraft nicht treten. Mit dem Scheitern des Europäischen Verteidigungsprojektes war die militärische Einigung Europas also unmöglich. Diese

³³ A. Jongma: Über Europa nachdenken: Jean-Monnet-Förderung für europäische 25 Jahre, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 7

³⁴ a. a. O., S. 9

³⁵ a. a. O., S. 12

³⁶ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 2

politische *historische* Entscheidung ebnete den Weg für die BRD und die westeuropäische Union in die NATO einzutreten. Welche Chance gab Frankreich der BRD und Westeuropa. »Die Sicherheit Europas lag also vor allem in den Händen der NATO [...] Deutschland verzichtete auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen und trat den Verteidigungsbündnis 1952 bei. Damit kehrte Deutschland auch im militärischen Bereich als vollwertiges Mitglied auf die internationale Bühne und erlangte gleichzeitig seine Souveränität. Die NATO übernahm unter amerikanischer Führung die Verteidigung Westeuropas. «³⁷ Die einzige Behörde, die Frieden und Sicherheit in Westeuropa behalten konnte, war die NATO. Auf sicherheitspolitischer Ebene konnte Westeuropa bzw. die Gemeinschaft von der NATO (unter amerikanischer Führung) wettgemacht werden.

1.2.3 Zu Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Atomgemeinschaft

»Der Einigungsprozess hatte zwar einen Rückschlag erlitten, aber eingedenk der Worte Robert Schumans, dass Europa nicht an einem Tag erbaut werde, suchten die sechs Montanunionstaaten doch nach Lösungen, die schrittweise Vorwärtsschritte ermöglichen. «³⁸ Schuman hatte die Auffassung, dass es nicht einfach wäre, die europäischen Nationen zu vereinigen. Missverständnisse und Misserfolge erschwerten und verhinderten den *europäischen* Einigungsprozess. Eine tiefgreifende politische europäische Integration wurde als langer Weg angesehen. Dennoch konnte der Einigungsprozess vorausschreiten. Nach Walter Hallstein³⁹ war die europäische Integration wie ein Fahrrad, das umfallen könne, wenn es nicht ständig fortbewegt wird. Die europäische Integration sollte vorwärtsschreiten und in Gang sollten neue

³⁷ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 25

³⁸ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 21

³⁹ Er war der erste Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958-1967). Er war ein überzeugter Europäer, der sich mit viel Engagement für die europäische Einigung einsetzte. Als Präsident der EWG-Kommission wirkte Hallstein auf die rasche Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes hin. Sein Enthusiasmus und seine Überzeugungskraft förderten die europäische Integration noch über seine Amtszeit hinaus. Während seines Mandates schritt die Integration deutlich voran. International bekannt wurde Hallstein, der ehemalige Staatssekretär im deutschen Außenministerium, durch die „Hallstein-Doktrin“ der 1950er Jahre, die die deutsche Außenpolitik auf Jahre hinaus prägen sollte. In ihrem Mittelpunkt stand die Verankerung der jungen Demokratie. Mehr dazu finden Sie in: Europäische Kommission: Die Gründerväter der EU, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2013.

Impulse gesetzt werden. Die Montanunionsländer führten damit fort. Am 1/2 .Juni 1955 trafen sie sich in Messina und diskutierten das weitere Vorgehen der europäischen Integration⁴⁰. Gemäß Messina- Konferenz sollte die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht nur auf Kohle und Stahl beschränkt werden, die europäische Integration sollte auf alle Teilbereiche der *europäischen* Wirtschaft ausgeweitet werden. Auf Grundlage Messina- Konferenz und ihrer Entscheidungen schlug der belgische Außenminister Paul- Henri Spaak in seinem Bericht (April 1956) vor, eine **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG) und eine **Atomgemeinschaft** (EAG) zu schaffen. Erst wurde es erzielt, einen freien gemeinsamen europäischen Markt und eine friedliche Atomenergie zu entwickeln. Die Interessen der einzelnen Länder (Montanunionsländer) waren dem ungeachtet kontrovers. »Frankreich wollte einen Schutzzaun um die eigene Wirtschaft errichten. Es hatte Interessen an der Kontrolle der Atompolitik vor allem des deutschen Nachbarn. Dabei sollte die militärische Dimension ausgespart bleiben- Deutschland hatte Interessen an ungehinderter Bewegung im großen Gemeinsamen Markt- England wollte lediglich eine Freihandelszone etablieren. Sein Ziel war es, möglichst wenig Supranationalität in Europa entstehen zu lassen. «⁴¹ Frankreich war egoistisch und nur um das eigene Interesse bzw. um die eigene Wirtschaft sorgen wollte. Frankreich hatte Angst vor Deutschland und wie zuvor (in 1954) stand es gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands und plädierte für die Kontrolle der deutschen Atompolitik. Indem war Deutschland für den freien gemeinsamen Markt und England für die Supranationalität.

Zur Folge kamen die Römischen Verträge bzw. der EWG-Vertrag (EWG.V) am 25.März 1957. »In den →Römischen Verträgen legten [...] 1957 die sechs Gründungsstaaten [...] das Ziel der EWG fest, ein großer europäischer Wirtschaftsraum sollte durch den Abbau der Handelshemmnisse und durch eine schrittweise Annäherung der nationalen Wirtschaftspolitiken geschaffen werden. Der

⁴⁰ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemersch Verlaganstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 25

⁴¹ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 03 f.

Gründungsvertrag, der Anfang 1958 in Kraft trat, umfaßt Bestimmungen über den freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital. «⁴² »Verhandlungen der EGKS-Staatsgemeinschaft zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Atomgemeinschaft (EURATOM), [...] [werden] in den Römischen Verträgen von 25.März 1957 verankert. «⁴³

Die angestrebten Ziele der EWG/EAG waren: ein gemeinsamer europäischer Markt (ohne Zölle und Beschränkungen), Freizügigkeit, gemeinsame Agrar- Handelspolitik, einheitliche Wirtschafts- und Währungspolitik. Außerhalb davon, war die friedliche Nutzung der Atomenergie prioritär. »Die EURATOM ist ein vertraglicher Zusammenschluß zum Zwecke der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Kerntechnik in den Mitgliedstaaten. «⁴⁴

Zu den Gründungsverträgen -neben Pariser-Vertrag und dem Vertrag von Rom- zählt der **Maastrichter-Vertrag**. Auf dem EG- Gipfel (9/10.Dezember 1991) trafen sich Außenminister aus den zwölf beteiligten Staaten in der ländlichen Stadt „Maastricht“ und entschieden, eine **Europäische Union** und eine **Wirtschafts- und Währungsunion** zu schaffen⁴⁵. »Die bisher hauptsächlich als Wirtschaftsgemeinschaft konzipierte EG sollte sich zu einem politischen Zusammenschluss, der Europäischen Union, weiterentwickeln. «⁴⁶ Aus **wirtschaftlichen** und **friedlichen** Gründen wurde die **Europäische Gemeinschaft** gegründet: EGKS→EVG→EWG→EAG. Mit dem Inkrafttreten des Maastrichter-Vertrags wurde die **EG** zur **wirtschaftlichen politischen Union** weiterentwickelt. »Der Vertrag über die Europäische Union, der die Bestimmungen für die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union enthält, wurde am 7. Februar 1992 von Außen- und Finanzminister der Mitgliedstaaten

⁴² Wisdorff, Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 100

⁴³ Gehler, Michael: EUROPA: Ideen| Institutionen |Vereinigung, Olzog Verlag GmbH, München 2005, Seite 172 f.

⁴⁴ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 4

⁴⁵ Schon Ende Juni 1990 und in der irländischen Stadt „Dublin“ wurde die Gründung einer Europäischen Union und einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgearbeitet.

⁴⁶ Schley, Nicole/Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 58

unterzeichnet. Der Vertrag [trat, Anm. d. Autors] nach seiner Ratifizierung durch die Parlamente der zwölf Mitgliedstaaten am 1. Januar 1993 in Kraft. «⁴⁷

Maastrichter Vertrag war die komplementäre Form der Gemeinschaftsverträge. Mit Maastrichter-Vertrag wurden die Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EAG) als Europäische Gemeinschaft (EG) bezeichnet und zur Europäischen Union (EU) erweitert. Dabei wurde die Bezeichnung EWG-Vertrag durch die Bezeichnung EG-Vertrag ersetzt, der seit dem Bestehen der Europäischen Union,, EU-Vertrag “genannt wird.

⁴⁷ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union, EGKS-EWG-EAG, Brüssel · Luxemburg Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1992, Seite 13

1.3 Zu den Säulen der Europäischen Union

All Drei: die 1951 gegründete EGKS, gefolgt nach sechs Jahren (1957) von der EWG und der EAG waren erfolgreich; in denen die Mitgliedstaaten kooperierten. Die Europäische Union gründete sich auf den drei **Europäischen Gemeinschaften**, die mit den zwei Politikbereichen, „**Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**“ und „**Zusammenarbeit der Justiz und Innenpolitik**“ unter einem gemeinsamen Dach zusammengefasst werden. Maastrichter- Vertrag, Pariser-Vertrag und die Römischen Verträge bilden die Grundlage der Gebäude bzw. der EU. Die drei Gemeinschaften und die zwei Politikfelder sind die Pfeiler. Die EU stützt sich also auf drei Säulen. Die Erste bzw. die EG bestehen aus den drei Gründungsgemeinschaften: EGKS, EWG und EAG. Die EG sind supranational. Hinzu kommen die Zweite bzw. die GASP und die Dritte bzw. die Justiz- und Innenpolitik. Sie sind intergouvermental. »[D]ie Union [sollte] [...] eine europäische Außen- und Innenpolitik umfassen. Nach dem Vorbild eines antiken griechischen Tempels dominierte die Europäische Union sinnbildlich als Dach das Integrationsprojekt. Als Säulen fungierten zum einen die neue Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bündelte und die Mitgliedstaaten im Rahmen der EU in den Stand setzte, gemeinsame Standpunkte und Maßnahmen zu erarbeiten, zum anderen die Zusammenarbeit im Bereich der Innen- und Justizpolitik, die den Mitgliedstaaten in Politikbereichen wie Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik, internationale Kriminalität, Terrorismus und Drogenhandel zukünftig engere Kooperationen ermöglichte. «⁴⁸ Nach dem Vorbild des antiken griechischen Tempels wurde die EU abgebildet. Die EU ist also einem Haus vergleichbar, das eine Familie umfasst. Ihre Mitglieder sollten verbunden sein und gemeinsam Maßnahmen erarbeiten. Ohne supranationale als auch intergouvermentale Kooperation könnte die EU nicht aufgebaut und in anderen Politikbereichen nicht erweitert werden. Und zum politischen Endziel sollte die wirtschaftliche Integration anhand Maastrichter-Vertrag zur politischen Union erweitert werden: »[Die, Anm. d. Autors] Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen [...] und die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Endziel einer

⁴⁸ Becker, Peter / Leïße, Olaf: Die Zukunft Europas: Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005, Seite 19

einheitlichen Währung. [→ **I. Säule**, Anm. d. Autors] Behauptung der europäischen Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu auch auf längere Sicht auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik gehört. [→ **II. Säule**, Anm. d. Autors] Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Bürger der EU. Mitgliedstaaten durch Einführung einer Unionsbürgerschaft, Entwicklung der engen Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.[→**III. Säule**, Anm. d. Autors]. «⁴⁹

1.3.1 Zu den Europäischen Gemeinschaften

Die EG vertreten die erste Säule, die unter den drei Säulen ein besonderes Gewicht hat. Die ist umfangreicher und trägt die schwierigste wichtigste Aufgabe. Die EG umfassen -nach wie vor erwähnt- die drei europäischen Gemeinschaften, die nach dem Maastrichter-Vertrag als Bausteine der ersten Säule betrachtet und *EG* genannt werden.

»Innerhalb der ersten Säule wurde die neue Qualität des Maastrichter-Vertrages besonders deutlich: Stützte sich die europäische Integration bisher auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, strichen die Staats- und Regierungschefs das Wort Wirtschaft nun aus dem Vertragsnamen. Eine kleine Änderung mit großer symbolischer Wirkung. Der Wille zur Fortentwicklung der EG hin zu einer politischen Union wurde deutlicher erkennbar. «⁵⁰ Nicht aus dem Ausgangspunkt (EGKS), sondern aus dem zentralen Punkt (EWG) entwickelte sich die europäische Integration und mit dem EU-Vertrag erweitert wurde. Deshalb wird die EWG als Grundstein der EG ausgeprägt. Zentrales Ziel für die Chefs war vor allem -aus dem Vertragsnamen „**Wirtschaftsgemeinschaft**“- wirtschaftlich. Dem sollte das politische folgen.

⁴⁹ Europäische Kommission: Die Europäische Union, EGKS-EG-EAG, Brüssel· Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1994, Seite 9

⁵⁰ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH& Co. KG, München 2004, Seite 60

1.3.1.1 Zum Binnenmarkt

In den jüngeren vergangenen Zeiten mussten die EU-Bürger bei Ausreisen den Ausweis an den Grenzen schauen, einen unbegrenzten Aufenthalt konnten sie nicht bekommen, die Koffer mussten gefitzt und die Rechnungen bezahlt werden. Mit dem Inkrafttreten des Binnenmarkts am 1. Januar 1993 sind diese Beschränkungen vorbei. Der Binnenmarkt versteht sich also als gemeinsamer bzw. als innengemeinschaftlicher Markt.

Ein gemeinsames Integrationsprojekt wurde schon in 1957 von den Mitgliedstaaten der EWG geplant. »Bereits [erhielten] die [...] Römischen Verträge (1958) das ehrgeizige Ziel der Schaffung eines Gemeinsamen Markts. Allerdings beschränkten sich die Mitgliedstaaten in der Folgezeit weitgehend auf die Bildung einer [...] Zollunion (Abbau tarifärer Handelshemmnisse sowie Einigung auf einen gemeinsamen Außenzoll). «⁵¹ Am 1. Juli 1968 wurden die erzielte Zollunion erreicht, der gemeinsame Zollltarif angewandt und ab 1970 die innenstaatliche Agrarzölle abgeschafft. Trotzdem blieben noch Handelshindernisse, die der Vollendung des gemeinsamen Markts bzw. den freien Warenverkehr den Weg verstellten. »Die übrigen Markthindernisse für den freien Warenverkehr waren schwieriger zu beseitigen. Nach wie vor bestanden in den Mitgliedstaaten die unterschiedlichsten Rechts- und Verwaltungsvorschriften fort, die die Herstellung und Vermarktung einzelner Produkte regelten und alle Waren, die diesen Vorschriften widersprachen, vom Markt fernhalten konnten. Als schwerwiegendes Hemmnis im politischen Entscheidungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft stellte sich auch das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat heraus, weil dies in der Praxis bedeutete, daß man verhandeln mußte, bis die Einstimmigkeit erreicht war. «⁵² Dem freien Warenverkehr erschwerten die Rechts- und Verwaltungsdivergenzen, als auch die Politischen. Ein Einvernehmen im Ministerrat war unerreichbar und wurde als schwierigstes Hindernis betrachtet. Und die -bisherig- politische und wirtschaftliche *europäische* Tatsache bedarf eines gemeinsamen Markts. Der Binnenmarkt blieb ein

⁵¹ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 95

⁵² Hellwig, Renate: Der Deutsche Bundestag und Europa, Verlag Bonn Aktuell, München 1993, Seite 67

strebsames Ziel, ein ehrgeiziges Projekt. »[Man] erhoffte sich durch das Binnenmarktprogramm eine Belebung des stagnierten politischen Integrationsprozesses. Vor diesem Hintergrund verabschiedete die Kommission über ihrem damaligen Präsidenten Jacques Delors 1985 ein Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarkts, in dem etwa 300 Maßnahmen vorgeschlagen wurden, um die der Realisierung des Gemeinsamen Markts entgegenstehender Schranken zu beseitigen.«⁵³ Die im Weißbuch dargestellten Maßnahmen stimulierten zur Beseitigung physischer⁵⁴ und technischer⁵⁵ Barrieren. „Schengen I“⁵⁶ kam dem schrittweisen Abbau gemeinsamer Grenzen zugute. In „Schengen II“⁵⁷ sollten die Personenkontrollen in den folgenden Schengen-Ländern (Belgien, wiedervereinigtes Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Portugal) abgebaut werden. Denen folgten zunächst andere Beitrittsländer. »Seit In- Kraft- treten des Abkommens gilt für die Beitrittsstaaten die prinzipielle Regel: Freizügigkeit nach innen und Grenzsicherung nach außen. Binnenmarkt ohne Grenzkontrollen, strenge Kontrollen an den Außengrenzen. [Lediglich an den Grenzen Großbritanniens und Irlands werden somit weiterhin Ausweispapiere kontrolliert]. «⁵⁸ Das Schengener Abkommen förderte die Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft und forderte verstärkte intensive Kontrollen an den Außengrenzen. »Seit Jahren haben die Pässe aller Unionsbürger die gleiche Weinrote Farbe. Die Zeiten, als Züge zur Passkontrolle an den Grenzen halten mussten, sind ebenfalls vorbei. Die Kontrollen sind an den meisten Binnengrenzen der EU seit 1985 abgeschafft worden. Nur im Vereinigten Königreich und in Irland werden diese Kontrollen noch durchgeführt. «⁵⁹

Bereits mit Juli 1987 eingeführtem Vertrag Einheitliche Europäische Akte (EEA) sollten die Hemmnisse vollständig beseitigt. Bis zum 31. Dezember 1992 musste der

⁵³ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 96

⁵⁴ Physische Barrieren wurden durch die erste Freiheit des Binnenmarkts „freie Personenverkehr“ abgeschafft.

⁵⁵ Technische Barrieren wurden durch die zweite Freiheit des Binnenmarkts „freie Warenverkehr“ abgeschafft.

⁵⁶ Am 14. Juni 1985 wurde das *Schengener Abkommen* bzw. „Schengen I“ von den fünf EG-Staaten: Belgien, die BRD, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande in der luxemburgischen Stadt „Schengen“ unterzeichnet.

⁵⁷ Es wurde im Juni 1990 geschlossen und trat am 26. März 1995 in Kraft.

⁵⁸ Fritzer, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 133

⁵⁹ Europäische Kommission: Für mehr Wachstum: Die Wirtschaft der EU, Europäische Gemeinschaften, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2004, Seite 8

europäische Binnenmarkt *endgültig* verwirklicht werden. Die EG bzw. die EU musste keine Binnengrenzen haben bzw. grenzenfrei sein.

Der Binnenmarkt hat daher drei Hemmnisse abgeschaffen und vier Freiheiten geschaffen. Die erste Freiheit ist der *freie Personenverkehr*. Mit dem Inkrafttreten des Binnenmarkts und mit der Umsetzung des Schengener Abkommen können alle EU-Bürger ohne Formalitäten in einem anderen Land der Gemeinschaft frei reisen, arbeiten und leben. Pässe und Gepäcke mussten nicht bei Ausreisen überprüft werden. »In der Verwaltungssprache bedeutet der Begriff Beseitigung der materiellen [physischen, Anm. d. Autors] Hemmnisse die Abschaffung tatsächlicher Hindernisse wie Passkontrollen und Überprüfungen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft. Reisende haben die Behinderungen und Schwierigkeiten stets beklagt. «⁶⁰ Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Arbeitnehmer -seit 1968 bzw. mit der Zollunion- in einem anderen Land der Gemeinschaft arbeiten und den Wohnsitz verlegen durften. Arbeitslose, Studenten und Rentner durften nicht.

Der *Warenverkehr* repräsentiert die zweite Freiheit des Binnenmarkts. Auf dem Binnenmarkt ist der Warenverkehr frei und darf nicht besteuert werden. Warengrenzkontrollen werden/sind abgebaut und überall können Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt anbieten. »Die Warenverkehrsfreiheit dient neben dem freien Verkehr von Personen, Dienstleistungen und Kapital der Verwirklichung des Binnenmarkts [...] Sie vereinigt die nationalen Märkte der Mitgliedstaaten zu einem einzigen europäischen Markt ohne Schranken, in welchem weitgehend einheitliche Wettbewerbsbedingungen gelten sollen. «⁶¹ Darum ist die zweite Freiheit zweckdienlich.

An dem Abbau technischer Hemmnisse nahm die dritte Freiheit bzw. der *freie Dienstleistungsverkehr* auch teil. »Handverkehr, Freiberufler und andere Erbringer von gewerblichen oder kaufmännischen Dienstleistungen können ihre Tätigkeit vorübergehend in dem Land ausüben, in dem sie ihre Leistung anbieten und das zu

⁶⁰ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union, EGKS-EWG-EAG, Brüssel · Luxemburg Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1992, Seite 9

⁶¹ Unbekannte Quelle.

gleichen Bedingungen, wie sie für Angehörige dieses Staates gelten. «⁶² Die Unionsbürger sind gleich berechtigt und dürfen nicht wegen ihrer Staatsangehörigkeit benachteiligt werden.

Die vierte Freiheit ist der *freie Kapitalverkehr*, der fiskalischen bzw. steuerlichen Barrieren beseitigte. Alle Unionsbürger können und dürfen Kredite in jedem Staat der Union aufnehmen, ein Konto eröffnen und das Kapital transferieren. Erspartes Geld kann direkt vom Heimatland zu irgendwelchem EU-Land und umgekehrt investiert werden.

»Die sogenannten vier Freiheiten des Binnenmarkts ermöglichen einen freien grenzüberschreitenden Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Überschreitendes Ziel ist mehr Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft, weil aus der größeren Konkurrenz Effizienzgewinne zu erwarten sind. Zudem will man die Kooperation und den Zusammenschluss von Unternehmen im EG-Raum erleichtern. «⁶³ Übergeordnetes Ziel war nicht nur eine grenzüberschreitende Konkurrenz innerhalb der Gemeinschaft zu kreieren, sondern vor allem eine innengemeinschaftliche Kooperation zu ermöglichen.

1.3.1.2 Zur Wirtschafts- und Währungsunion

Ein einheitlicher Wirtschaftsraum bedarf parallel einer einheitlichen Währung. »Wirtschafts- und Währungsunion werden generell nicht getrennt, sondern fast immer in einem Atemzug genannt und behandelt. Dies drängt die Frage auf, ob eine Wirtschaftsunion nicht möglich oder umgekehrt eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion nicht denkbar wäre. Letzteres trifft in Sicherheit zu. Eine Währungsunion ohne gleichzeitige Wirtschaftsunion ist nicht vorstellbar. «⁶⁴

Erst seit dem Ende der sechziger Jahre und mit der Zollunion der Gemeinschaft (1968) war es angestrebt, eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu erreichen. »In der

⁶² Bundesministerium für Wirtschaft: Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR): Zahlen Fakten Ausblicke, ECOTOUR-Verlag GmbH, Berlin 1994, Seite 18

⁶³ Strahm, Rudolf H.: Europa Entscheid: Grundwissen für Bürgerinnen und Bürger mit vielen Schaubildern, Werd Verlag, Zürich 1992, Seite 33

⁶⁴ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 319

Wirtschafts- und Währungsunion sind die Währungen der Mitglieder miteinander für immer im gleichen Wechselverhältnis verbunden [...] in einer Währungsunion muss die Währung jedes EG-Landes ohne staatliche Beschränkungen jederzeit mit den Währungen der anderen EG-Länder austauschbar sein (Konvertibilität). Banken und Versicherungen können sich dann ohne Einschränkungen in jedem Mitgliedstaat bestätigen. «⁶⁵ Dieses Ziel wurde offiziell auf dem Haager Gipfeltreffen von 1969 erklärt. In der Zwischenzeit wurde das „Europäische Wirtschaftssystem“ (EWS) eingeführt und mit dem Inkrafttreten des ECU in 1979 trat es in Kraft. »[Europäisches Währungssystem, Anm. d. Autors] Abk.EWS, ein Abkommen zur Stärkung der währungspolitischen Integration innerhalb der EG. Es wurde am 13.3.1979 vom Europa. Rat beschlossen. Dem EWS gehören die Zentralbanken aller EU-Länder an. «⁶⁶

Die ECU war in 1979 geboren. »Die ECU: (European Currency Unit) ist die Europäische Rechnungs- und Währungseinheit. Sie ist eine Korbwährung, die sich aus einstimmig festgelegten Anteilen der 12 Währungen der EWS-Mitglieder errechnet. Die ECU ist zentraler Bestandteil des EWS. «⁶⁷ »Der ECU ist eine sogenannte *Korbwährung*. Er setzt sich aus den Währungen der zwölf EG-Länder zusammen, und zwar entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gewicht in der EG. Ein ECU ist zusammengesetzt aus bestimmten, konstanten Bruchteilen DM, welcher 31,1% des ECU-Werts ausmacht. Im Weiteren besteht er aus 19,0% französischen Francs, 13,0% britischen Pfunden usw. [...] Die Korbbzusammensetzung wird alle 5 Jahre überprüft [...] Der Wert der einzelnen Korbwährungen ergibt den Wert des ECU. «⁶⁸ Der ECU gehörte dem EWS an. Der ECU ist eine sogenannte Korbwährung, die die zwölf EG-Länder (Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien) enthielt. Diese Währungen hatten nicht den gleichen Wert im Korb. Der Wert des ECU bzw. der Korbwährung hingte vom

⁶⁵ Europäische Kommission: Die Europäische Union, EGKS-EG-EAG, Brüssel· Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1994, Seite 37

⁶⁶ Bauer-Emmerichs, Michael / Buller, Vera et al.: DUDEN: Der Euro: Das Lexikon zur Währungsunion, 1. Auflage, DUDENVERLAG Bibliographisches Institut & F.A Brockhaus AG, Mannheim 1998, Seite 106

⁶⁷ Weidenfeld, Werner /Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 360

⁶⁸ Strahm, Rudolf H.: Europa Entscheid: Grundwissen für Bürgerinnen und Bürger mit vielen Schaubildern, Werd Verlag, Zürich 1992, Seite 43

Wert der einzelnen Währungen ab, je höher der Wert des Bruchteils ist, desto höher ist der Wert des ECU. Mit dem ECU „Europawährung“ waren die einzelnen Währungen gleichzeitig gültig. Der ECU wurde als Publikumszahlungsmittel in Form von Münzen eingeführt. Er galt als Verrechnungswährung zwischen Institutionen und als Anlagewährung auch. »Der Wechselkurs der einzelnen EU-Länderwährungen ist mit einer festen Relation zum ECU fixiert (sogenannter ECU-Leiterkurs). Die Abweichung der Länderwährungen im EWS [beschränkt sich auf höchstens 2,25%, Anm. d. Autors]. «⁶⁹

Es ist darauf hinzuweisen, dass vor der Geburt des ECU regten die Staats- und Regierungschefs der EG unter Leitung des damaligen luxemburgischen Premierministers „Pierre Werner“ eine schrittweise Vollendung der WWU an. Werners Vorschlag; namentlich „Werner Plan“ wurde in 1971 vorgelegt. Indes wegen der wirtschaftlichen und politischen Divergenzen als auch der Wirtschaftskrise war der Weg dazu versperrt. Und auf der Basis „Werner Plan“ machte der Präsident der Europäischen Kommission „Jacques Delors“ (1985-1995) weiter. »Die Wirtschafts- und Währungsunion als Ziel der europäischen Integration ist 1988 auf dem europäischen Gipfel in Hannover ausdrücklich proklamiert worden. Damals wurde der sogenannte Delors-Expertenauusschuß eingesetzt, der im April 1989 einen Bericht über die stufenweise Realisierung einer solchen Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft vorlegte. «⁷⁰ » Die Arbeiten wurden auf dem Gipfeltreffen von Maastricht (9/10.12.1991) abgeschlossen. Der V. verfolgte 5 Ziele [eines davon bzw. das wichtigste war, Anm. d. Autors] eine Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. «⁷¹ Unter dem Besitz „Jacques Delors“ wurde die WWU in 1988 vorgeschlagen, in 1989 in einem Bericht „Delors-Bericht“ über die drei Stufen zur Realisierung einer WWU vorgelegt und in 1991 festgelegt.

⁶⁹ Strahm, Rudolf H.: Europa Entscheid: Grundwissen für Bürgerinnen und Bürger mit vielen Schaubildern, Werd Verlag, Zürich 1992, Seite 45

⁷⁰ Bofinger, Peter: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa: Analyse und Dokumente, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1990, Seite 1

⁷¹ Große Hüttmann, Martin / Wehling, Hans-Georg: Das Europa Lexikon: Begriffe | Namen | Institutionen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, ZpB Zentralen für politische Bildung, Bonn 2013, Seite 376

Die erste Stufe der WWU begann am 1. Juli 1990. Sie enthielt die Vollendung des Binnenmarkts; angefangen mit dem Abbau aller Hemmnisse des Geld- und Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten (Aufhebung von Devisenkontrollen). »Mitte 1990 trat die Europäische Gemeinschaft in die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ein deren wichtigster Bestandteil die Aufhebung fast aller Kapitalverkehrsbeschränkungen war. Zugleich wurden die wirtschaftspolitischen Verfahren zur Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten sowie die Zusammenarbeit der Zentralbanken verstärkt. «⁷²

Die Zweite entstand am 1. Januar 1994 mit der Gründung des Europäischen Wirtschaftsinstituts (EWI) in Frankfurt, das die Geldpolitik zwischen den einzelnen Zentralbanken koordinierte. Zentralbanken wurden von staatlicher Kontrolle befreit, ihre Präsidenten gehörten dem EWI an. »Während der **zweiten Stufe** (Beginn: 1.1.1994), wurden [...] Maßnahmen zur Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung vorgenommen, das Europäische Währungsinstitut (EWI) als Vorläuferorganisation des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) geschaffen. «⁷³ Das EWI kam dann 1990 zur Entstehung der ESZB. »Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) besteht aus der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedsstaaten. Anders als die EZB hat das ESZB keine eigene Rechtspersönlichkeit und keine eigene Beschlussorgane. «⁷⁴

Nach zwei erfolgreichen Stufen dachten die Staats- und Regierungschefs intensiv an dritter Stufe. Mit Maastrichter-Vertrag legten sie **Maastrichter- Konvergenzkriterien** fest. Die waren Bedingungen, um an der WWU teilnehmen zu können. »Der Anstieg des Preisniveaus durfte während des letzten Jahres vor der Prüfung nicht mehr als 1,5 Prozent über dem der drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten der Europäischen Gemeinschaft liegen. Das Haushaltsdefizit des Staates sollte 3 Prozent des

⁷² Wisdorff , Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 98

⁷³ Rittershofer, Christian: Lexikon Politik Staat Gesellschaft: 3600 aktuelle Begriffe von Abberufung bis Zwölfmeilenzone, Beck Wirtschaftsberater Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2007, Seite 228

⁷⁴ Bauer-Emmerichs, Michael / Seeker, Petra: FAKTEN Focus: Der Euro: Das Lexikon zur neuen Währung, FOCUS Magazin-Verlag GmbH, München 1998, Seite 23

Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten. Die Verschuldung des Staates war auf maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen. Der Zinssatz für langfristige Kredite durfte nicht höher liegen als 2 Prozent aber halb des Durchschnittswerte der drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten innerhalb der Gemeinschaft. Die Währung eines Landes mußte in den letzten zwei Jahren vor Eintritt in die Währungsunion gegenüber den anderen EU-Währungen im Rahmen des EWS stabil geblieben sein. «⁷⁵ Im Großen und Ganzen sind die Konvergenzkriterien fünf »Schlüsselindikatoren, [die] für wirtschafts- und währungspolitische Stabilität, für die genaue Werte vorgegeben sind. «⁷⁶

ELF Staaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien) erfüllten die Konvergenzkriterien. Somit traten sie in die „ **Euro-Zone**“⁷⁷ ein. Die dritte Stufe begann *also* mit der Einführung des Euro. »Dies war der Beginn einer Übergangsperiode, die drei Jahre dauern [vom 1. Januar 1999 bis zum 1. Januar 2002, Anm. d. Autors] und mit der Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen und der Einziehung der nationalen Banknoten und Münzen enden sollte. «⁷⁸ Der Euro löste den ECU ab. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) ging von einer Währungseinheit zur einheitlichen Währung über. Der Euro sollte in Banknoten- und Münzen eingeführt, die nationalen Währungen sollten DEMZUFOLGE umgestellt werden. Bis zum 1. März 2002 wird der Euro in allen Staaten der Euro-Zone als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel betrachtet.

Um Nicht-Euro-Länder (*aber Teilnehmender an der WWU*) an den Euro zu binden, wurde ein zweites Wirtschaftssystem (EWS II) geschaffen. Die Nicht-Euro-Länder durften in die WWU aufgenommen werden. »Für die Währungen, die nicht oder noch

⁷⁵ Steffens, Heiko / Keim, Helmut: Wirtschaft Deutschland: Daten – Analysen – Fakten, Wirtschaftsverlag Bachem GmbH, Köln 2000, Seite 421 f.

⁷⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union, EGKS-EWG-EAG, Brüssel · Luxemburg Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1992, Seite 15

⁷⁷ Die umfasst Mitgliedstaaten, deren Währung „Euro“ ist. Sie wird auch „Euro-Gruppe“ genannt. Sie ergibt sich einen Vorsitzenden, der alle zweieinhalb Jahre gewählt wird. Der koordiniert die Haushaltsdisziplin und die Wirtschaftspolitik der Euro-Länder.

⁷⁸ Europäische Kommission: EINE WÄHRUNG FÜR EIN EUROPA: Der Weg zum Euro, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2007, Seite 8,

<http://www.lu.lv/materiali/biblioteka/es/pilnieteksti/ekonomika/Eine%20Wahrung%20fur%20ein%20Europa%20-%20Der%20Weg%20zum%20Euro.pdf> (01.02.2014, 22:31)

nicht an der Währungsunion teilnehmen, hat der Rat der Finanzminister 1996 ein neues Europäisches Währungssystem für 1999 geschaffen (EWS II), in dem die Leitkurse dieser Währungen zum Euro fixiert werden. Die Tageskurse dieser Nicht-Euro-Währungen gegenüber dem Euro dürfen in einer Bandbreite von 15 Prozent unter oder über dem Leitkurs schwanken. Die Beteiligungen am EWS II ist Voraussetzung für eine spätere Beteiligung an der Währungsunion. «⁷⁹ Am EWS II beteiligten sich Griechenland und Dänemark. Demzufolge konnte Griechenland zur Euro-Zone am 1. Januar 2001 beitreten.

»Auch wenn die beiden Säulen der WWU, die Wirtschaftssäule und die Währungssäule im selben Atemzug genannt werden und eine Einheit bilden, empfiehlt sich eine getrennte Betrachtung, da grundlegende Unterschiede zu verzeichnen sind. Dies ergibt sich bereits aus den unterschiedlichen Teilnehmerkreisen: Von 28 EU-Mitgliedstaaten, die alle Teil des Projekts „Wirtschaftsunion“ sind, haben bislang nur 18 [Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Slowakei und Finnland, Anm. d. Autors]. «⁸⁰

1.3.1.3 Zu den Politikbereichen der EG

»[A]lle Maßnahmen [sollen] dem Ziel dienen, das Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten zu fördern - [...] wirtschaftlich und politisch, [...] auch [...] kulturell. Für die Bürger Europas von besonderer Bedeutung sind die Bereiche, in denen die Gemeinschaft großen Einfluss auf das tägliche Leben nimmt. «⁸¹

Bleiben wir im wirtschaftlichen Bereich und werfen wir einen Blick zurück in die Nachkriegszeit bzw. in die Gründungsjahre der Gemeinschaft. Neben dem gemeinsamen Markt und der gemeinsamen Währung gehörte die *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)* den ersten wichtigsten Zielen an. Bereits im Vertrag von Rom von 1957 wurde die GAP ausdrücklich festgesetzt und ab 1962 wurden

⁷⁹ Steffens, Heiko / Keim, Helmut: Wirtschaft Deutschland: Daten – Analysen – Fakten, Wirtschaftsverlag Bachem GmbH, Köln 2000, Seite 423

⁸⁰ Weidenfeld, Werner / Wessls, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014, Seite 468 f.

⁸¹ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 93

Agrarmarktordnungen erlassen. »[D]urch die Agrarmarktordnungen der EU regulierter Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse innerhalb der EU; Ziel der Regulierungen ist es, den E.A. [Europäischer Agrarmarkt, Anm. d. Autors] vom Weltmarkt abzugrenzen, Angebot und Nachfrage zum Ausgleich zu bringen und die Preise zu stabilisieren. «⁸² Ziel war es, regulierten Markt gegenüber dem Weltmarkt erreichen zu können. Die Marktordnungen waren gleich und verbanden alle EG-Länder, die eine Markteinheit bildeten und aus gemeinsamem Haushalt finanziert werden sollten. Zu diesem Zweck wurde der *Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft*⁸³ gegründet. »[K]urz Agrarfond genannt, ist seit seiner Gründung 1962 das Finanzinstrument der → EU-Agrarpolitik und mit einem Anteil von fast 50 Prozent der EU- Haushaltsausgaben dessen gewichtigster Teil. Er besteht aus der Abteilung Garantie mit einem Anteil von rund 90 Prozent des Agrarfonds und der Abteilung Ausrichtung mit einem Anteil von rund zehn Prozent [...] Die Abteilung Garantie [(EAGFL, G), Anm. d. Autors] zahlt Ausfuhrerstattungen, Interventionen zur Regulierung der Binnenpreise [...] [Die Abteilung (EAGFL, A), Anm. d. Autors] förderte vor allem die Verarbeitung und die Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher Produkte. «⁸⁴

Agrarreformen sollten dem Ziel dienen: überall vielfältige ländliche Tätigkeit bzw. einen konkurrenzfähig einheitlichen europäischen Agrarmarkt fördern lassen. Die Agrarreform von 1992 garantierte die Ankaufpreise für Agrarwaren und 1993 Bio-

⁸² Boldt, Hans / Prehl, Hede et al.: Schülerduden: Politik und Gesellschaft, 5., bearbeitete Auflage, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim 2005, Seite 117

⁸³ Da die Gemeinschaft den Bedarf an Nahrungsmitteln nicht decken konnte, forderte sie die Landwirte auf Produktionserhöhung nach dem Motto: „Je mehr sie herstellen, je mehr bekommen sie aus der EG (bzw. aus dem EAGFL)“; gefördert durch den technischen Fortschritt, der eine rasante Agrarentwicklung ermöglichte. Die finanziellen Produktionsanreize führten in den 80er Jahren zur Überproduktion (überschüssige Menge: Butterberge, Milchseen, Weinseen), die wiederum zu zunehmenden Agrarausgaben führte. Deswegen entstand daraus eine schwere Finanzkrise (finanzieller Kollaps). »Inzwischen ist die GAP allerdings Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden. Die Produktion nahm schneller zu als der Verbrauch, was den EU-Haushalt schwer belastete. Um dieses Problem zu lösen, bedurfte es einer Neugestaltung der Agrarpolitik. Diese Reform [„Weniger bewirtschaften, weniger produzieren“, Anm. d. Autors] zeitigt inzwischen Erfolge. Die Produktion geht zurück. «⁸³ Mehr dazu finden Sie in: Fontaine, Pascal: Die Europäische Union erklärt: Europa in 12 Lektionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 18. Indessen entschärfte die Agrarreform viele Probleme, davon sind die großen wichtigsten zu erwähnen: Ungleichgewicht in den EG/EU-Ländern (Rückkehr der landwirtschaftlichen Tätigkeit in einigen Orten, indem war sie immens in Anderen), divergente Preise, Vernachlässigung der ökologischen Seite. Wenn die erwünschten Ziele der 60er Jahre verwirklicht würden, würden keine Probleme in den 80er Jahren entstehen. Die EG-EU musste zu den marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückkehren.

⁸⁴ Bartz, Dietmar: Wirtschaft von A bis Z: Kompakt, aktuell, übersichtlich, Eichborn, Frankfurt am Main 2002 Seite 188

*Verordnung förderte den Schutz vernachlässigter Ökologie. Dazu zählt auch die Agenda 2000. »Mit der **Agenda 2000** sind Anreize zur Erzeugung hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte geschaffen worden. Die finanzielle Förderung ist u.a. an die Einhaltung der Vorschriften zum Umwelt- und Tierschutz und zur Nahrungsmittelhygiene geknüpft. Beihilfen sind nicht länger an der Menge der Erzeugnisse orientiert, Exportsubventionen werden abgebaut.«⁸⁵*

Neben der GAP zählt die **gemeinsame Verkehrspolitik** zu den ersten wichtigsten Zielen der Gründungsländer. Trotzdem erkannte die Gemeinschaft eine zögernde Bewegung beim Infrastrukturaufbau. Dies hängte nicht nur von der verspäteten Industrialisierung aber vor allem von den nationalen Aspekten ab, die Langezeit in der EG dominierten. Erstmal wurden die Staatsgrenzen sowie die steuerlichen und technischen Hindernisse mit der Errichtung des Binnenmarkts aufgehoben. Diese Maßnahmen beschränkten sich nicht nur auf Transportunternehmen der EG, die betrafen auch EG-Autobesitzer. »Durch den Vertrag von Maastricht erhielt die Europäische Verkehrspolitik aber neue Impulse: Die Entwicklung **transeuropäischer Netze** wurde in den gemeinsamen Zielkatalog der EU aufgenommen. Für den Verkehrssektor stellte sich damit die Aufgabe, die nationalen Netze enger miteinander zu verknüpfen und bestehende Lücken oder Engpässe zu beseitigen, sei es durch neue oder verbesserte Eisenbahntrassen und Autobahnen, durch Korridore und Terminals für den kombinierten Güterverkehr (Straße/Schiene) durch Flughäfen, Binnenwasserstraßen oder Seehäfen. «⁸⁶ Verkehrsbeschränkungen sollten mit Maastrichter-Vertrag möglichst beseitigt werden: grenzüberschreitende Straßen – und Eisenbahnnetze miteinander sollten verbunden, Transeuropäische Netze (TEN: Verkehr, Telekommunikation, Energie) sollten aufgebaut werden. »Die [(TEN) ist] Aufgabe des 1994 gegründeten **Europäischen Investitionsfonds** (EIF), das Darlehensgarantien für Investitionen in den Ausbau transeuropäischer Netze zu übernehmen. «⁸⁷ Neue Mitgliedstaaten bedurften/bedürfen Einbindung in das

⁸⁵ Jöckel, Peter / Sprengkamp, Heinz-Josef: Duden: Abi Politik und Sozialkunde, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim, und DUDEN PAETEC GmbH, Berlin 2005, Seite 43

⁸⁶ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3. Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 58

⁸⁷ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 107

transeuropäische Netz. Deshalb sollten/sollen bei Erweiterungen Richtlinien bzw. Projekte beschlossen und aufgenommen werden.

Bezüglich einer *einheitlichen Sozialpolitik* sollten die Sozialstandards vereinheitlicht werden. Eine gemeinsame Sozialpolitik in der EG wurde bereits in 1957 eingeführt. »Von den 19 sozialen Rechten [...] sieben sog. Kernrechte (von den mindestens fünf für jeden Mitgliedstaat bindend sind): Recht auf Arbeit, Vereinigungsrecht, Recht auf Kollektivverhandlungen, auf soziale Sicherheit, auf Fürsorge, auf sozialen gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz der Familie, Recht der Wanderarbeitnehmer auf Schutz und Beistand.«⁸⁸ In der ersten Hälfte der 80er Jahre wurden die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (EuS) und das Europäische Zentrum für Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) gegründet. In der zweiten Hälfte der 80er bzw. mit der EEA wurden die Richtlinien der Sozialpolitik in den Mitgliedstaaten ausgestaltet. »Ein Beispiel ist die 1990 erlassene RG-Bildschirmarbeitsrichtlinie, die in der Bundesrepublik im Januar 1997 Gesetzeskraft erlangte. Öffentliche und private Arbeitgeber sind verpflichtet, Arbeitsplatzanalysen durchzuführen und bei der Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen gewisse ergonomische Kriterien zu erfüllen.«⁸⁹ »Dazu [zur einheitlichen Sozialpolitik bzw. zum Europäischen Sozialfonds⁹⁰, Anm. d. Autors] gehören auch die berufliche Eingliederung Langzeitarbeitsloser, Arbeitssuchender Jugendlicher und von Arbeitsmarkt ausgeschlossener Personengruppen, die Förderung der Chancengleichheit und die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowie der Bildungs- und Ausbildungssysteme und der beruflichen Kompetenzen der Arbeitnehmer.«⁹¹ Daneben kam den Universitäten eine wichtige Rolle bei der Ausbildung und Verbesserung von beruflichen Kompetenzen. Die berufliche Aus- und Fortbildung sollte/soll überall in Europa gefördert. Gegenseitig sollten/sollen

⁸⁸ Boldt, Hans / Prehl, Hede: Schülerduden: Politik und Gesellschaft, 5., bearbeitete Auflage, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim 2005, Seite 119 f.

⁸⁹ Fritzlner, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 99

⁹⁰ ESF, der seit 1960 operierende und damit älteste der →EU-Strukturfonds. Er soll die berufliche Verwendbarkeit von Arbeitskräften verbessern und deren Mobilität fördern. Mehr dazu finden Sie in: Bartz, Dietmar: Wirtschaft von A bis Z: Kompakt, aktuell, übersichtlich, Eichborn, Frankfurt am Main 2002, Seite 190

⁹¹ Bartz, Dietmar: Wirtschaft von A bis Z: Kompakt, aktuell, übersichtlich, Eichborn, Frankfurt am Main 2002, Seite 190

Universitäten zusammenarbeiten und Fremdsprachenkenntnisse fördern. Und grenzüberschreitend sollten/sollen die Hochschulabschlüsse in der EG anerkannt sein.

Eine *kulturelle überstaatliche Zusammenarbeit* war item beansprucht. Die europäische Kultur bzw. die vielfältigen Kulturen der Gemeinschaft sollten und sollen als eine Einheit angesehen werden. In diesem Rahmen sollte das vielfältige *europäische* Erbe ausgetauscht und in den EG-Ländern verbreitet werden. Beim Kulturaustausch spielten einst die übersetzten Bücher aus wenig verbreiteten Sprachen eine zentrale Rolle. In den 1980er Jahren waren die audiovisuellen Medien mächtiger, vor allem TV-Veranstalter- Per Satellit; ab (1991) konnten Programme in allen EG-Ländern präsentiert werden. Und gegenüber den USA sollte die europäische Produktion aktiviert werden. Die USA bildeten eine politische, eine wirtschaftliche aber auch eine kulturelle Gefahr. »[D]ie Gemeinschaft [will] die Dominanz der amerikanischen Filmindustrie auf dem europäischen Markt zurückdrängen.«⁹²

Desgleichen wurden Sensibilisierungsprogramme im Rahmen *gesundheitsbewussten Verhalten* in der EG durchgeführt. Vor allem kämpfte und kämpft die EG gegen Drogenmissbrauch. Zu diesem Zweck wurde die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) eingerichtet. Betreffs Tiergesundheit und Pflanzenschutz werden schwere Maßnahmen vorgeschrieben, die dem EU-Verbraucher zum Ziel hatten und haben. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Lebensmittelkontrolle die Aufgabe der Bundesländer ist. Indes überwacht die EU die Kontrolleure einzelnen Länder. Zugunsten der EU-Verbraucher wurden Produktionshaftungsrichtlinie von 1985 und Richtlinie zur Produktionssicherheit von 1992 eingeführt. Die erste beschäftigte sich mit der Sicherung aller Lebensmittel entstehender Schäden. Die zweite verlangt das "CE"- Zeichen, das in allen EG-Ländern gilt »Hersteller müssen zahlreiche Produkte mit einem »CE«- Zeichen versehen (frz. CE = Europäische Gemeinschaft). Dabei handelt es sich aber nicht um Qualität oder um Umweltzeichen: Es ist eine Information für die Marktkontrolleure und soll dokumentieren, dass der Hersteller die in den EG-Richtlinien gestellten

⁹² Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 103

Anforderungen erfüllt. «⁹³ Mit dem Verbraucherschutz machte das „Weißbuch“ von 2000 weiter.

Mit 1972 entstandenen Umweltproblemen entstand die *Umweltschutzpolitik der Gemeinschaft*. Bereits mit der Errichtung des Binnenmarkts und dessen Wettbewerbsregeln wurde ein besonderer Ökoartikel in der EEA bearbeitet. »Weitere, in der Einheitlichen Europäischen Akte neu definierte Gemeinschaftsaktivitäten waren von Forschung und Entwicklung, → [**Umweltpolitik**, Anm. d. Autors]. «⁹⁴ Darauf wurde es auch einen großen Wert in den Verträgen von Amsterdam und Maastricht gelegt. Trotzdem »[wird] die Gesamtbelastung der Umwelt auf dem europäischen Kontinent durch die Wachstumszwänge des Binnenmarkts massiv zu nehmen. «⁹⁵ Deshalb sollten Projekte von den EG- Mitgliedstaaten reglementiert werden. Davon sind die Richtlinie von 1985 und die von 1990 zu nennen. Die Maßnahmen bzw. Festlegungen beanspruchten die EU-Bürger umweltaktivist und Naturschützer zu sein. Darauf waren auch EG/EU- Unternehmen nicht zwingend aber freiwillig gefördert. »So können sich Betriebsstandorte seit April 1995 freiwillig am sogenannten Öko-Audit-System beteiligen: Sie müssen dabei ihr betriebliches Umweltmanagementsystem [...] durch einen externen Gutachter prüfen lassen. «⁹⁶ Zugunsten der EU-Bürger wurde ein Umweltzeichen bzw. die „EU-Umweltblume“ in 1992 eingeführt.

»Die Umweltpolitik wirkt als Querschnittaufgabe auch in andere Politikbereiche hinein. Dabei ergeben sich in der politischen Praxis häufiger Konflikte zwischen den verschiedenen Politikbereichen, etwa bei der Vereinbarkeit wirtschaftlicher und umweltpolitischer Ziele. «⁹⁷ Die Umweltpolitik und die anderen Politikbereiche stehen

⁹³ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 105

⁹⁴ Wisdorff, Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 42

⁹⁵ Strahm, Rudolf H.: Europa Entscheid: Grundwissen für Bürgerinnen und Bürger mit vielen Schaubildern, Werd Verlag, Zürich 1992, Seite 35

⁹⁶ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 111

⁹⁷ Schmuck, Otto: Umweltpolitik Heinemann, in: KLAEREN, Jutta: 279 Informationen zur politischen Bildung/izpb: Europäische Union Plus: Info *aktuell* Euro am Scheideweg?, überarbeitete Neuauflage Nr. 279/2012, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn 2012, Seite 44, http://www.neue-lernwelten.eu/skripte/Europaeische_Union_bpb.pdf (01.02.2014, 21:44)

gegensätzlich und treten häufig miteinander in Konflikte. Die erwünschten Umweltziele im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung scheinen den betreffenden Behörden schwierig zu erreichen.

1.3.2 Zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Geschichte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) geht auf die 70er Jahre zurück, als der französische Präsident de Gaulles den britischen Beitritt in die EG ablehnte. Frankreich stand also -wegen der schwierigen Umstände der EG- gegenüber vertieftem Integrationsprozess wider. Die französische Position kam die Haager Gipfelkonferenz zur Folge. Daraus ging hervor, die EG-Erweiterung zu beschließen und die Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1980 aufzuschieben. »[S]attfindenden Haager Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs vom 1./2. Dezember 1969 kam es in beiden Punkten zu einem Durchbruch. So wurde die Norderweiterung der EG [...] beschlossen. Desweiteren skizzierten die Staats- und Regierungschefs nach Vollendung der Zollunion - diese wurde am 1. Juli 1968, bereits 18 Monate vor dem vertraglichen vorgesehenen Termin realisiert - die Einführung einer →Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1980. «⁹⁸ Beide Punkte: die EG-Erweiterung und die WWU zählten also zu den prioritären außenpolitischen Forums, die die politische Zusammenarbeit in der EG bewirken. Dies bejaht, dass die Politik und die Wirtschaft untrennbar sind und parallel gehen.

»Im Oktober 1970 kam es zu einem erneuten Versuch der Verbesserung in der politischen Zusammenarbeit [...] - auf Grundlage des Davignon-Berichts⁹⁹- zur Gründung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Diese beruhte auf einer freiwilligen Zusammenarbeit der Regierungen und fand somit außerhalb des EG-

⁹⁸ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 33 f.

⁹⁹ Die Billigung „Davignon-Berichts“, benannt nach dem französischen Diplomaten Etienne Davignon, bedeutete regelmäßige Außenministertreffen zur Beratung und Abstimmung der Standpunkte. Er sah ein besseres gegenseitiges Verständnis bei der Beurteilung internationaler Konflikte durch regelmäßigen Informationeneinfluss und Konsultationen vor, sollte die Solidarität verstärken, verschiedene Interessen angleichen helfen und ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen ... Subsumiert wurde das angestrebte Verfahren fortan unter „Europäische Politische Zusammenarbeit“ (EPZ). Mehr dazu finden Sie in: Gehler, Michael: Europa: Von der Utopie zur Realität, 4. Auflage, Haymon Taschenbuch, Innsbruck Wien 2014, Seite 125

Rahmens statt. «¹⁰⁰ Die EPZ dient als Forum zur Abstimmung der verschiedenen außenpolitischen Positionen. Im Oktober 1970 kamen die Staates- und Regierungschefs an einer Lösung; eine politische *freiwillige* Zusammenarbeit und keine politische Union. »Lange stand die wirtschaftliche Integration im Mittelpunkt der Europäischen Einigung. Nach und nach rückten die Staaten der Gemeinschaft aber auch in außenpolitischen Fragen enger zusammen [...] Die Einheitliche Europäische Akte von 1986 regelte die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) erstmals in völkerrechtlich verbindlicher Form und im Vertrag von Maastricht wurden 1992 schließlich die Grundlagen der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) geschaffen. «¹⁰¹ Bis zur zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde EPZ offiziell in der EEA bestimmt. Und mit Maastrichter-Vertrag wurde die GASP eingeführt und deren Grundlagen bestimmt.

»Mit dem Maastrichter-Vertrag wurde 1992 als zweiter Pfeiler der neugeschaffenen Europäischen Union eine » »Gemeinsame- Außen- und Sicherheitspolitik« begründet - aus der EPZ war die GASP geworden. «¹⁰² Mit EU-Vertrag entwickelte sich die GASP aus der umbenannten EPZ und wurde als zweiter Pfeiler der EU betrachtet.

1.3.2.1 Zur Assoziierungs- und Entwicklungspolitik

Die Assoziierungs- und Entwicklungspolitik ist den AKP-Staaten¹⁰³ subsidiär. Am 20.Juli 1963 bzw. mit „Jaundé-Abkommen“¹⁰⁴ wurde sie eingeführt. Ein Jahr später trat „Jaundé-Abkommen“ in Kraft und somit wurde die EG mit 17 afrikanischen Staaten assoziiert. Und »[a]ls 1975 in der togolesischen Hauptstadt Lomé das erste Abkommen unterzeichnet wurde, waren noch 48 Länder aus dem Pazifik, der Karibik

¹⁰⁰ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 34

¹⁰¹ ZAHLENBILDER: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 45

¹⁰² Fritzlner, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 119

¹⁰³ Akronym für Afrika Karibik Pazifik. AKP-Staaten waren (um die Zeit der Gründung der EWG) unter europäischer Besatzung. Einige AKP-Staaten sind derzeit unter Besatzung einiger EG-Mitgliedstaaten, beispielsweise Frankreich, Belgien und Niederlande.

¹⁰⁴ Jaundé Abkommen bzw. Yaoundé-Abkommen wurde in Yaoundé „Hauptstadt von Kamerun“ am 20. Juli 1963 mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) abgeschlossen. Bis zum 29. Juli 1969 war es gültig.

und Afrika (AKP) dabei, seit dem Beitritt Namibias sind es 69 Staaten. Mit der Unabhängigkeit Eritreas (von Äthiopien, Mai 1993) werden 70 Mitglieder gezählt. «¹⁰⁵

»Seit der ersten Unterzeichnung wurde das Abkommen bereits dreimal erneuert (Lomé II-VV) [Das vierte Lomé-Abkommen entwickelte sich zum Lernstück der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik zwischen der EG und den Entwicklungsländern] und ging 2000 in das Cotonou-Abkommen über. Dieses stellte nun die Bekämpfung der Armut in den Vordergrund und ist auf 20 Jahre angelegt. Profitierten 1975 noch 46 AKP-Staaten von der Zusammenarbeit mit der EG, sind es inzwischen 77 Staaten. «¹⁰⁶ Kernstück der Assoziierungspolitik war das Assoziierungsabkommen, das viermal beschlossen wurde. Das vierte Lomé Abkommen (1990) galt über 10 Jahre. Ziel war es, Armut zu bekämpfen und Achtung der Menschenrechte zu sorgen. »Seitdem ist die EU als Ganze auf der internationalen Bühne präsent und meldet sich zu Konflikten der Menschenfragen immer öfter mit einer Stimme zu Wort. «¹⁰⁷

In 2002 wurde ein neues Abkommen unterzeichnet, das bis zu 2022 übergehen soll. »Die Europäische Union ist zudem inzwischen der weltweit wichtigste Geber humanitärer Hilfe in Form von Flüchtlings-, Sofort- und Nahrungsmittelhilfe für die Opfer von Nahrungskatastrophen und bewaffneten Auseinandersetzungen. «¹⁰⁸ Desweiteren »[will] die EU zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder beitragen, indem sie Handelsvorteile für praktisch alle Industrie- und Agrarzeugnisse, einräumt freieren Zugang zum europäischen Markt gewährt und umfangreiche Finanzhilfen leistet. «¹⁰⁹ Neben der humanitären Hilfe förderte die EG die Öffnung der Märkte für den Außenhandel. In diesem Rahmen unterschrieb sie zahlreiche *Kooperationsprogramme* mit vielen Ländern fast aus allen Kontinenten; mit

¹⁰⁵ Wisdorff, Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 13

¹⁰⁶ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 40

¹⁰⁷ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3. Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 45

¹⁰⁸ Fritzer, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 116

¹⁰⁹ a. a. O.

den drei Maghreb-Staaten (Algerien, Tunesien und Marokko, die zu den Entwicklungsländern ihrerzeit sowie zu den ehemaligen europäischen Kolonien Afrikas zählten), mit fast aller Staaten Lateinamerikas und mit einer Reihe von Industrieländern Asiens. Laut Pascal Fontaine schließt die EU bilaterale Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) mit den wichtigsten Industrieländern der Welt beispielweise die USA und Japan und mit den Schwellenländern beispielweise China und Indien sowie mit den Ländern Mittel- und Südamerikas und Russland¹¹⁰.

»Wieder eine neue Bedeutung erhielt die Bezeichnung Assoziierung mit den politischen Umwälzungen in früheren kommunistischen Ostblock und den damit verbundenen Reformen in mehreren mittel- und osteuropäischer Staaten. Zur Förderung dieses Reformprozesses und zwar zur Vorbereitung der von diesen Staaten auf mittlere Sicht gewünschten EG- Mitgliedschaft schloß die EG mit Polen, Ungarn, der Tschechien Republik, der Slowakischen Republik, Rumänien und Bulgarien Assoziierungsverträge. «¹¹¹ Mit dem Ausbruch des Ost-West-Konflikts im europäischen Gelände und mit der Wiedervereinigung Deutschlands ließ sich eine Neuordnung in Europa zwischen den beiden Blöcken entstehen. Desweiteren sollte die Zusammenarbeit vertieft und verstärkt werden; dabei spielte der Unions- Vertrag eine relevante Rolle.

1.3.2.2 Zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

»Die gemeinsame Sicherheitspolitik soll alle Fragen umfassen, die die Sicherheit der Union betreffen. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik ist damit allerdings nicht gemeint. Man will aber auf längere Sicht die Formulierung einer gemeinsamen Verteidigung, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, ausstreben. «¹¹² erinnert sei an der Anlehnung der Europäischen

¹¹⁰ Fontaine, Pascal: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: Europa in 12 Lektionen, Europäische Union, Luxemburg 2014, Seite 36

¹¹¹ Wisdorff, Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 22 f.

¹¹² Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 15

Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahr 1954; *allerdings kam es zur Mitgliedschaft der EG in die NATO.*

Nach dem Scheitern der EVG wurde die westeuropäische Union (WEU) in 1954 gegen bewaffnete Angriffe gegründet. »Mitglieder sind: Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Italien, Deutschland (seit 1955), Portugal, Spanien (1988), Griechenland (1992); «assozierte Mitglieder»: Norwegen, Island, Türkei; Beobachter: Dänemark, Irland; «assozierte Mitglieder» seit 1994: Litauen, Lettland, Estland, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Tschechien. «¹¹³ Die WEU ist ein westeuropäisches Verteidigungsbündnis bzw. ein sicherheitspolitisches Forum in Westeuropa. Sie war mit der NATO eng verknüpft. »Zusammen mit der NATO kann die WEU nun von den Vereinten Nationen und der KSZE/OSZE für die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung herangezogen werden. «¹¹⁴ Im Zusammenhang mit den Vereinten Nationen und der NATO war Ziel der WEU sowie der KSZE/OSZE¹¹⁵ Langezeit, Krisen und Konflikte zwischen den beiden Blöcken Europas zu bewältigen bzw. Europa zur Sicherheit beizutragen¹¹⁶.

Mit dem EU-Vertrag wurde eine gemeinsame *westeuropäische* Verteidigungspolitik festgelegt bzw. die WEU als integralen Bestandteil der EU erklärt. »Die WEU wird im Vertragstext von Maastricht aufgefordert, den verteidigungspolitischen Arm der EU zu bilden. Die WEU sollte ein organisches Verhältnis zur Europäischen Union entwickeln. «¹¹⁷

Nach dem Wegfall des Ost-Westkonflikts und mit der EU-Erweiterung (Amsterdam-Vertrag 1997, Nizza-Vertrag 2003) wurden die Aufgaben der WEU auf die EU schrittweise übertragen. »Im Amsterdamer-Vertrag [und mit der Übernahmen der in

¹¹³ Gruner, Wolf D. / Woyke, Wichard: Europa-Lexikon: Länder Politik Institutionen, Verlag C.H. Beck oHG, München 2004, Seite 469

¹¹⁴ a. a. O., S. 471

¹¹⁵ Die OSZE ging 1995 aus der vormaligen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervor. Die KSZE wurde 1973 ins Leben gerufen und war eine Managementagentur zur Lösung des Ost-West-Konflikts. Mehr dazu finden Sie in: Gruner, Wolf D./ Woyke, Wichard: Europa-Lexikon: Länder Politik Institutionen, Verlag C.H. Beck oHG, München 2004, Seite 456

¹¹⁶ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 18

¹¹⁷ Gruner, Wolf D./ Woyke, Wichard: Europa-Lexikon: Länder Politik Institutionen, Verlag C.H. Beck oHG, München 2004, Seite 471

Petersberger Abkommen erklärten Aufgaben, Anm. d. Autors] wurde auch die sicherheits- und verteidigungspolitische Komponente ausgebaut, indem jetzt konkreter als im Maastricht-Vertrag zu den GASP-Zielsetzungen »auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik« gehört. «¹¹⁸ Mit der europäischen Versöhnung gingen die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aufgaben der WEU auf die EU über. »Europa steht auch im 21. Jahrhundert noch vor Sicherheitsproblemen [...] Hierzu muss sie konstruktiv mit den Regionen jenseits ihrer Grenzen zusammenarbeiten: mit den Balkan, Nordafrika, dem Kaukasus und dem Nahen Osten. «¹¹⁹ In schwierigen Fällen ist es notwendig, die Vereinten Nationen zu intervenieren. Ohne zu vergessen, dass die EU -als eine Fusion- ein Vollmitglied in den Vereinten Nationen ist. Sie ist durch die Ratspräsidentschaft vertreten und tritt als eine Einheit bei der alljährlichen Generalversammlung auf. An den internationalen halbjährigen Konferenzen der UN nehmen die EU-Länder auch teil.

»Wenig befriedigen kann hingegen die europäische Zusammenarbeit in Fragen, die den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen berühren [...] ist es den EU-Staaten bisher nicht gelungen, sich auf eine einheitliche Position zu verständigen. «¹²⁰

¹¹⁸ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 121

¹¹⁹ Fontaine, Pascal: DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT: Europa in 12 Lektionen, Europäische Union, Luxemburg 2014, Seite 4

¹²⁰ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 126

1.3.3 Zur Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik

1.3.3.1 Zum Anfang der Zusammenarbeit

»Das Zusammenwachsen der EG-Staaten insbesondere im Zuge des Binnenmarktprogramms '92 vorgesehen Abbau der Personenkontrollen an EG-Binnengrenzen haben in den letzten Jahren zu einer enormen Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik geführt. «¹²¹ Anfangs war die EU bzw. die EG flexibel und großzügig mit ihren Bürgern; durch das Schengener-Abkommen baute sie alle Binnengrenzen der Gemeinschaft ab. Demzufolge erlebte die EG eine massive Einwanderung der Menschen.

»Neben der hohen Arbeitslosigkeit und der Angst auch um den eigenen Arbeitsplatz bewegen die Menschen in steigendem Maße, die Zunahme des organisierten Verbrechens, der illegale Drogen- und Waffenhandel oder die KFZ-Verschlebung, der internationale Terrorismus, die unerlaubte Zuwanderung von Ausländern und die damit verbundene Schlepperkriminalität sowie die Asylproblematik. «¹²² Die resultierten Probleme ließen sich intensiv, eine europäische Zusammenarbeit in Justiz und Inneres entstehen. Da die resultierten Probleme die Ziele der EU gefährdeten

»Zu den in dieser Säule zusammengefaßten Arbeitsgruppen zählen vor allem die 1975 gegründete TREVI-Gruppe (Terrorisme, Radialisme, Violence Internationale) der Innen- und Justizminister sowie die Ad-hoc-Gruppe »Einwanderung« der für Einwanderungsfragen zuständigen Minister. Die bereits beschlossene Einrichtung einer europäischen kriminalpolizeilichen Zentralstelle (EUROPOEL) wird von der TREVI-Gruppe und der EG-Kommission vorbereitet. «¹²³

Im Gegensatz zur GASP, die auf die Anfangsjahren der Gemeinschaft zurück geht, entstand die Justiz- und Innenpolitik mit dem EU-Vertrag.

¹²¹ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 241

¹²² Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 131

¹²³ Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 242

1.3.3.2 Zur Justiz- und Innenpolitik im Unionsvertrag

»Der *Vertrag von Maastricht* (1992) etablierte deshalb die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in den Bereichen **Justiz und Inneres** als eigenständige dritte Säule der Europäischen Union. «¹²⁴ Mit dem In-Kraft-Treten des Maastrichter-Vertrages wurde die Innen- und Rechtspolitik bzw. die Justiz- und Innenpolitik als dritte Säule der EU gestellt. »Der Unionsvertrag enthält auch Bestimmungen über die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Justiz und Inneres. Hierdurch sollen die Ziele der Union, insbesondere die Freizügigkeit der Unionsbürger, verwirklicht werden. «¹²⁵ Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU erhalten und ihre Ziele bestimmt, davon ist insbesondere die Personenfreizügigkeit im *rechtlichen* Rahmen zu erwähnen.

Zu den eigengeführten Maßnahmen gegenüber den schon erzählten entstehenden Problemen gehörte die Vergemeinschaftung der Visapolitik. Drittstaaten¹²⁶-Bürger und alle Bürger außerhalb der EU waren/sind visaverpflichtend. Die mussten kontrolliert werden. Dies war Rolle bestimmter Organe. »Die europäischen Organe, die Kommission und Europäisches Parlament, waren zwar in die Arbeit eingebunden [...] Die Europäische Kommission hatte in den meisten Bereichen (ausgenommen sind Strafsachen, Zoll- und Polizeiwesen) [...] das Parlament war lediglich zu unterrichten und anzuhören. «¹²⁷ Und »Gerichtshof der EG [bzw. der Europäische Gerichtshof, Anm. d. Autors]: Was die rechtliche Kontrolle innenpolitischer Entscheidung betrifft. «¹²⁸

¹²⁴ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 47

¹²⁵ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union, EGKS-EWG-EAG, Brüssel · Luxemburg Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1992, Seite 23

¹²⁶ Staaten, die der Vertragspartei nicht gehörig sind.

¹²⁷ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 135

¹²⁸ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 244

1.3.3.3 Zur Justiz- und Innenpolitik nach dem Amsterdamer-Vertrag

»Der Vertrag von Amsterdam (1997) ging noch ein Stück weiter und bezog den freien Personenverkehr, die Kontrolle der Außengrenzen, die Asyl- und Einwanderungspolitik und die justizielle Zusammenarbeit [...] ein. «¹²⁹ Mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages wurde die dritte Säule mit der ersten bzw. mit dem Binnenmarkt vor allem mit dem freien Personenverkehr stark harmonisiert. Anders als im Maastrichter Vertrag wurden die Bürger-Rechte (*Freiheit, Demokratie, Menschenrechte*) nach dem Prinzip: „*EU Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts*“ im Amsterdamer Vertrag verstärkt.

Seit Beginn der 90er Jahre und mit dem Wegfall der Personenkontrollen sah die EU eingestiegene Zahl von Zuwanderung und Bürgerkriegsflüchtlingen an. Deswegen war es notwendig, Visa- und Asylpolitik in Einklang zu bringen. Amsterdamer Vertrag verlangte, die gemeinsamen Außenkontrollen durch eine gemeinsame Visa-Einwanderungs- und Asylpolitik zu regeln.

Hinsichtlich Visapolitik und dem Amsterdamer Vertrag entsprechend mussten/müssen Einreisende aus Drittstaaten nur noch über ein gültiges Visum für den Schengen-Raum verfügen. »Der Rat legt inzwischen Grundsätze und Verfahren der Grenzkontrollen sowie umfassende Visa-bzw. Aufenthaltsvorschriften für einen kurzfristigen (bis zu drei Monaten dauernden) Aufenthalt von Drittstaatenangehörigen in den EU-Mitgliedstaaten fest. «¹³⁰

»Über das Dubliner Übereinkommen¹³¹ hinaus ist eine weitgehende Angleichung des europäischen Asylrechts angestrebt, wie u.a. in einer ausführlichen Mitteilung der EG-Kommission zum Asylrecht vom Oktober 1991 dargelegt wird. «¹³² Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 1. September 1997 wurde das

¹²⁹ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3. Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 47

¹³⁰ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 138

¹³¹ DÜ ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der die von den Flüchtlingen gestellten Asylverträge behandelt. Es wurde am 15. Juni 1990 von den damals zwölf EG-Mitgliedstaaten unterzeichnet und trat am 1. September 1997 in Kraft.

¹³² Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 245

Asylverfahren überwiegend in der EU durchgeführt. Amsterdamer Vertrag bildete die mächtig konkrete Grundlage des einheitlichen Asylrechts in der EU. »Gemeinsame Anerkennungskriterien und gemeinsame Standards für Verfahrensgarantien setzen jedoch eine Einigung unter den Mitgliedern zumindest über die Grundzüge eines gemeinsamen Asylrechts voraus [...] Im Vertrag von Amsterdam findet sich hinsichtlich der nunmehr eine vergleichsweise konkrete Ermächtigungsgrundlage zur Ausarbeitung eines einheitlichen Asylverfahrensrechts. «¹³³

Indem beschränkte sich die justizielle Zusammenarbeit auf Zivil- und Strafsachen. »Die konkreten Handlungsformen [gemäß dem Vertrag von Amsterdam, Anm. d. Autors] zielen ab auf eine enge Zusammenarbeit der Justizbehörden und eine Annäherung der einzelnen Mitgliedstaaten. «¹³⁴ In diesem Bereich war die justizielle Zusammenarbeit der einzelnen Behörden angestrebt, auch »[die polizeiliche, Anm. d. Autors] Zusammenarbeit [ist, Anm. d. Autors] zur Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger schwieriger Formen der internationalen Kriminalität. «¹³⁵ Daran nahm die Europäische Drogeneinheit (EDU) teil. Das -im Maastrichter Vertrag festgelegte- Europäische Polizeiamt (EUROPOL) trat am 1. Januar 1998 in Kraft, eine *gemeinsame* europäische Behörde war abgezielt. Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages wurden zusätzliche Befugnisse in das „EUROPOL“ integriert. Auf 1. Juli 1999 verabschiedetem Haager Gipfel nahm es keine Arbeit auf. Es kam der Bekämpfung organisierter Kriminalität, Drogenhandels, der Geldwäsche und der Geldfälschung zugute. »Außerdem soll mit der Einrichtung einer Zentralstelle namens Eurojust ein besseres Umfeld für die Arbeit der Europapolizei geschaffen werden. Eurojust - eine Vernetzung von Staatsanwälten, Richtern oder Polizeibeamten der Mitgliedstaaten - kann als eine Keimzelle einer europäischen Staatsanwaltschaft angesehen werden [...] bis zum Jahr 2004 soll ein europäischer Rechtsraum entstehen. «¹³⁶ Das Haager Programm (2004) ergänzte das 1999 auf dem

¹³³ Fritzlner, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 138

¹³⁴ a. a. O., S. 139

¹³⁵ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 242

¹³⁶ Fritzlner, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 140 f.

EU-Gipfel-Treffen in Tampere - beschlossene Programm, das die Freiheit, die Sicherheit und das Recht im europäischen Raum vorantrieb. Mit diesen Ansätzen ging das Haager Programm von 2004¹³⁷ weiter.

Amsterdamer Vertrag ließ sich also neue Bereiche (Visa, Asyl und Einwanderung) im dritten Pfeiler entstehen, vergemeinschaften und neue Bestimmungen betreffs justizieller und politischer Zusammenarbeit einfügen. »Schließlich gehört „die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in bezug auf Kontrollen an den Außengrenzen, Einwanderung, Asylrecht sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität der freie Personenverkehr gewährleistet ist“[...] zu den Zielen der Union. «¹³⁸

¹³⁷ Hauptpunkte des Programms sind eine grundrechtskonforme Asylpolitik, die Regulierung der Zuwanderung und die Kontrolle der Außengrenzen, die Bekämpfung des internationalen Verbrechens und des Terrorismus., Fortschritte bei der gegenseitigen Anerkennung von Gerichtsentscheidungen in Zivil- und Strafsachen und die Überwindung der Hindernisse, die eine Klärung grenzüberschreitender zivil- und Familien rechtlicher Streitigkeiten bisher erschweren. Mehr dazu finden Sie in: Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH& Co., Berlin 2005, Seite 47

¹³⁸ Weidenfeld, Werner / Wessels , Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 170 f.

1.4 Zur Erweiterung der Europäischen Union

Neben den Maastrichter Konvergenzkriterien, die den Beitritt in die Eurozone ermöglichen, müssen die beitriftswilligen Länder die *Kopenhagener Kriterien*¹³⁹ bzw. EU-Beitrittsvoraussetzungen erfüllen. Kopenhagener Kriterien betreffen drei Bereiche:

» 1. Politisches Kriterium: „institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“.

2. Wirtschaftliches Kriterium: eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten“.

3. Acquis- Kriterium: die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft „Acquis communautaire“¹⁴⁰ zu übernehmen, sowie das Verständnis der EU einschließlich der Wirtschafts- und Währungsunion. «¹⁴¹ Die Beitrittsländer müssen stabile Institutionen haben, die die Demokratie und rechtsstaatliche Ordnung sowie den Minderheitenschutz gewahren und die Menschenrechte anerkennen. Über eine funktionierende Marktwirtschaft müssen sie verfügen und in der Lage sein, den Konkurrenzdruck und die Marktkräfte innerhalb der EU standhaft bleiben. Sie müssen fähig sein, die Rechte und Pflichten der EU zu erfüllen.

In erster Linie ist die geographische Lage eine anfängliche Voraussetzung; nur europäische Staaten bzw. nur Staaten, die zum europäischen Kontinent gehörig sind, können der EU beitreten. Die EU steht allen europäischen Ländern offen. »Seit ihrer Gründung liegt der EU das Konzept der offenen Organisation zugrunde. Jeder europäischer Staat kann beitragen, Mitglied der EU zu werden [...] Die geographische

¹³⁹ Die wurden auf dem Gipfeltreffen von 1993 in Kopenhagen vom Europäischen Rat festgelegt.

¹⁴⁰ Der Begriff »*acquis communautaire*« wird überwiegend in einem umfassenden Sinne als gemeinschaftlicher Besitzstand unter Einfluß des Unionsrechts verstanden. Diesen Besitzstand hatte die Kommission im Hinblick auf die Erweiterung der EU und die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft definiert als: „Inhalt, Grundsätze und politische Ziele der Verträge, einschließlich des Vertrags von Maastricht, das Folgerecht und die Rechtsprechung des Gerichtshofs; die Erklärungen und Entschlüsse der Gemeinschaft; die internationalen Abkommen und Abkommen zwischen Mitgliedstaaten, die die Tätigkeit der Gemeinschaft betreffen.“ Kommission der EG, die Erweiterung Europas: eine neue Herausforderung in: Beilage zum Bulletin der EG, Nr. 3/92, S.12. Mehr dazu finden Sie in: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1.Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 55

¹⁴¹ Weidenfeld, Werner: Die Europäische Union unter Mitarbeit von Edmund Ratka, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010, Seite 24

Komponente - der Antrag Marokkos wurde aus diesem Grund 1987 zurück gewiesen – allein ist jedoch keine ausreichende Voraussetzung. «¹⁴²

Mitgliedsantrag muss von Kandidatenland und der Europäischen Kommission in Beitrittsverhandlungen besprochen und mit absoluter Mehrheit des Europäischen Parlaments zugestimmt werden. »Der Beitritt eines neuen Landes muss von allen Mitgliedstaaten einstimmig gebilligt werden. Vor jeder Erweiterung prüft die EU, ob sie weitere Länder aufnehmen kann und ob ihre Institutionen auch danach ordnungsgemäß arbeiten können. «¹⁴³

1.4.1 Zur Norderweiterung der Europäischen Union

Bei ihrer Gründung bestand die Gemeinschaft aus sechs Gründerstaaten bzw. sechs Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg).

Anfang der 60er Jahre gründeten die Nicht-EWG-Staaten (Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz) eine Freihandelszone die sogenannte (EFTA), der Island in 1970 und Finnland in 1986 beitraten. »Die der EWG nicht angehörenden Staaten sahen sich ihrerseits zu einer Organisation gezwungen. Am 20. November 1959 erfolgte die Paraphierung der Stockholmer Konvention der European Free Trade Association (EFTA)¹⁴⁴. Damit war die Bildung des zweiten Wirtschaftsraumes [...] Er trat nach Unterzeichnung am 4. Januar am 3. Mai 1960 in Kraft. «¹⁴⁵ Der zweite Wirtschaftsraum führte zur Nord-Süd- Versöhnung, aber andererseits zur Spaltung Westeuropas (EWG/EFTA).

¹⁴² Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 124

¹⁴³ Fontaine, Pascal: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: Europa in 12 Lektionen, Europäische Union, Luxemburg 2014, Seite 08

¹⁴⁴ Europäische Freihandelszone (EFTA): Die E. [eng]: **E**uropean **F**ree **T**rade **A**ssociation ist eine zwischenstaatliche Organisation zur Förderung von Wirtschaft und Handel, die 1959 [...] in Stockholm vereint wurde. Der Gründungsvertrag – die sog. Stockholmer Konvention – trat zum 3.5.1960 in Kraft [...] Heute besteht die E. nur noch aus Norwegen, der Schweiz, Island und Liechtenstein. Ihr Sitz ist Genf. Mehr dazu finden Sie in: Große Hüttmann, Martin / Wehling, Hans-Georg: Das Europa Lexikon: Begriffe | Namen | Institutionen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, ZpB Zentralen für politische Bildung, Bonn 2013, Seite 136

¹⁴⁵ Gehler, Michael: EUROPA: Ideen| Institutionen |Vereinigung, Olzog Verlag GmbH, München 2005, Seite 201

Ein britisches Beitrittsgesuch (1961) lehnte Frankreich ab. »Es war nicht klar, ob England sich in alle Rechte und Pflichten, die der Beitritt mit sich bringen würde, fügen wollte. «¹⁴⁶ »Am 14. Januar 1963 gab der französische General [Charles De Gaulle, Anm. d. Autors] sein Veto Zweifel am politischen Willen Großbritanniens bekannt. «¹⁴⁷ Es muss aber hingewiesen werden, dass nicht nur der Mitgliedsantrag Großbritanniens, aber auch der von Dänemark und Norwegen (1961) nicht aufgenommen wurden.

Großbritannien befürchtete also die Gemeinschaft nämlich Frankreich. »De Gaulle befürchtete eine Verwässerung der Gemeinschaft insbesondere durch einen stärker atlantisch orientierten Partner. «¹⁴⁸ Und erneut lehnte Frankreich bzw. der französische Ministerpräsident de Gaulle den erneuten Antrag von 1967 auf die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien. Aber »[e]rst nach dem Rücktritt von Frankreichs Ministerpräsidenten de Gaulle war der Weg zur Aufnahme Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens in die Gemeinschaft frei. Nach umfangreichen Diskussionen, vor allem mit Großbritannien, beschloß der Rat der Gemeinschaften am 22. Januar 1972 den Beitritt der genannten Länder. Norwegen hat allerdings aufgrund einer Abstimmung im Parlament den Beitritt abgelehnt. Die anderen drei Staaten wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1973 an Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften. «¹⁴⁹

In der zweiten Norderweiterung wurden Schweden, Finnland und Österreich im Jahre 1995 in die EU aufgenommen. » Schon 1995 hatte sich die EU mit den Beitritten Schwedens, Finnlands und Österreichs von 12 auf 15 Mitgliedstaaten vergrößert. «¹⁵⁰ Damit war die EG die Gemeinschaft der Neun geworden.

¹⁴⁶ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 05

¹⁴⁷ Gehler, Michael: Europa: Von der Utopie zur Realität, 4. Auflage, Haymon Taschenbuch, Innsbruck Wien 2014, Seite 120

¹⁴⁸ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 133

¹⁴⁹ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 06

¹⁵⁰ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 12

1.4.2 Zur Süderweiterung der Europäischen Union

Die zweite Erweiterung war nach dem Süden. Das zehnte Mitglied war Griechenland, das seit dem ersten Januar 1981 Vollmitglied der EG geworden ist. »Griechenland wurde als erstes Land der EWG gem. Art.238 EWGV assoziiert. Das Abkommen datiert vom 9. Juli 1961 und trat am 1. November 1962 in Kraft. Es sah eine Übergangszeit von 12 Jahren zur Vorbereitung des Beitritts Griechenlands zur EWG vor. Die Aufnahme verzögerte sich durch die von 1967 bis 1974 in Griechenland herrschende Diktatur. Im Juni 1975 stellte Griechenland den Antrag auf Beitritt zur EG. 1976 begannen die Beitrittshandlungen, die 1979 abgeschlossen werden konnten.

«¹⁵¹

»Als nächste Kandidaten klopfen die Mittelmeer-Anrainer Portugal und Spanien in Brüssel an. Während sich die Tür für Griechenland schon 1981 öffnete, mussten sich Spanien und Portugal noch bis 1986 gedulden. «¹⁵² In 1977 stellten Portugal und Spanien den Mitgliedsantrag und am 01.01.1986 traten sie der Gemeinschaft bei. »La entrada de España, que accedió a la unión junto con Portugal, se hizo efectiva el 1 de enero de 1986. Con la adhesión de los países, el club europeo pasó de 10 a 12 miembros. «¹⁵³ Hierhin muss man auf die EEA hinweisen, die auf Reform, Ergänzung und weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft forderte. Bei der Süderweiterung, nämlich beim Beitritt Portugals und Spaniens spielte die EEA die Schlüsselrolle. »Die Erweiterung von Zehn auf Zwölf erfolgte eng verknüpft mit wesentlichen Beschlüssen zur Vertiefung der EG, wie sie insbesondere in die → Einheitliche Europäische Akte (EEA; 1986) Eingang gefunden haben. «¹⁵⁴

¹⁵¹ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 06

¹⁵² Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 60

¹⁵³ „Mit dem offiziellen Beitritt Spaniens und Portugals zur Union, am 1. Januar 1986, ging der europäische Club von 10 bis 12 Mitglieder. Eigene Übersetzung“. Parlamento Europeo oficina de Información en España, www.europarl.europa.eu/workingpapers/econ/pdf/122_de.pdf (18.12.2016, 15:07)

¹⁵⁴ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992, Seite 133

1.4.3 Zur Osterweiterung der Europäischen Union

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa führte zum Ende des Kalten Krieges einerseits und andererseits zu europäischer Gesamtheit bzw. zur Wiedervereinigung des europäischen Kontinents.

»Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wird die Erweiterungspolitik der EU Teil der Neuordnung des Kontinents. Nach der Zeitwende von 1989/1991 erlangt sie erstmals eine sicherheitspolitische und strategische Dimension für Gesamteuropa. «¹⁵⁵ Ehemalige sozialistische Staaten in Mittel- und Osteuropa strebten Mitgliedschaft in der Gemeinschaft an. Das wiedervereinigte Europa bedurfte Sicherheit und Stabilität. Und »[d]ie Gemeinschaft wird mittlerweile in ganz Europa sowie in den Ländern des Ostens und Südens als Garantie für Frieden und Demokratie und Wohlstand angesehen. «¹⁵⁶

Beitrittsverhandlungen wurden im März 1998 mit den folgenden beitriftswilligen Ländern: Estland, Polen, Slowenien, Ungarn, Tschechien und Zypern; zwei Jahre später (in 2000) mit der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland und Malta durchgeführt. »Der Türkei wurde in Helsinki schließlich der politische Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt. Da sie weiterhin die politischen Voraussetzungen nicht erfüllt werden, lehnt die EU Beitrittsverhandlungen derzeit noch ab. Allerdings wurde im März 2001 – als Vorstufe zur Verhandlungen – erstmals eine Beitrittspartnerschaft mit der Türkei geschlossen. «¹⁵⁷

»Mit dem Vertrag von Nizza¹⁵⁸ sind die Vorbereitungen zur Erweiterung der Europäischen Union in Richtung in Mittel-, Ost- und Südeuropaauf die baltischen Staaten in eine neue Phase getreten. Der Vertrag, der die bestehenden Verträge ändert,

¹⁵⁵ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 122

¹⁵⁶ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union, EGKS-EWG-EAG, Brüssel · Luxemburg Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1992, Seite 32

¹⁵⁷ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 124

¹⁵⁸ In der italienischen Stadt „Nizza“ unterzeichneten die 15 EU-Mitgliedstaaten den Vertrag am 25. Februar 2000 und am 1. Februar 2003 trat er in Kraft.

tritt in Kraft, sobald er von allen Mitgliedstaaten ratifiziert ist. «¹⁵⁹ Im Nizza-Vertrag wurde auf die „Left overs“ des Vertrags von Amsterdam konzentriert. »Die Verhandlungen in Nizza konzentrierten sich auf die left- overs des → Vertrages von Amsterdam. Dieser hatte zwar mit der institutionellen Vorbereitung der EU auf die →EU-Osterweiterung begonnen. «¹⁶⁰ Am 01. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Zypern und Malta der EU bei. Damit vergrößerte sich die EU von 15 auf 25 Mitgliedstaaten und auf 27 mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens. »Am 1.5.2004 konnte die EU zehn neue Mitglieder aus **Ost- und Südeuropa** aufnehmen. Ihren Abschluss findet die Erweiterungsrunde, wenn am 1.1.2007 (ggf. auch ein Jahr später) **Bulgarien** und **Rumänien** in die EU aufgenommen werden. «¹⁶¹

»Mit dem am 13.12.2007 unterzeichneten V. [auch: Reformvertrag] [bzw. Lissabon-Vertrag, Anm. d. Autors] soll die EU handlungsfähiger demokratischer und transparenter werden [...] Der Vertrag ändert sowohl den Vertrag über die Europäische Union (EU-Vertrag) als auch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV), welcher nun »Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Gemeinschaft« heißt. «¹⁶² Lissabon-Vertrag¹⁶³ bestätigte die grundlegenden Werte und Ziele der EU (Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz von

¹⁵⁹ Europäische Gemeinschaften: DIE ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION: Wer macht was in der Europäischen Union?: Was bringt uns der Vertrag von Nizza?, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäische Gemeinschaften, Luxemburg 2001, Seite 03

¹⁶⁰ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 78

¹⁶¹ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3. Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 60

¹⁶² Große Hüttmann, Martin / Wehling, Hans-Georg: Das Europa Lexikon: Begriffe | Namen | Institutionen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, ZpB Zentralen für politische Bildung, Bonn 2013, Seite 375

¹⁶³ In der portugiesischen Hauptstadt „Lissabon“ trat der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft. Der Vertrag gliederte sich in zwei Teil- Verträgen; Vertrag über die Europäische Union (EUV) und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Mehr dazu finden Sie in: Schmuck, Otto: Umweltpolitik Heinemann, in: Klaeren, Jutta: 279 Informationen zur politischen Bildung/izpb: Europäische Union Plus: Info aktuell Euro am Scheideweg?, überarbeitete Neuauflage Nr. 279/2012, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn 2012, Seite 44,

http://www.neue-lernwelten.eu/skripte/Europaeische_Union_bpb.pdf (01.02.2014, 21:44)

Minderheiten). Jeder beitragswilliger Staat bzw. jeder Mitgliedstaat muss die benannten Grundrechte achten¹⁶⁴.

Mit dem Beitritt Kroatiens (2013) zählt die EU nun 28 Mitgliedstaaten. Dennoch bleiben die Türkei seit (1999), die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (seit 2005), Montenegro, Island und Serbien (seit 2010) und Albanien (seit 2014) Bewerberländer.

¹⁶⁴ Piepenschneider, Melanie: Vertragsgrundlagen und Entscheidungsverfahren, in: Klaeren, Jutta: Informationen 279 zur politischen Bildung /izpb: Europäische Union plus: Info *aktuell* Euro am Scheideweg?, Überarbeitete Neuauflage 2012, Seite 4 f. ,
http://www.neue-lernwelten.eu/skripte/Europaeische_Union_bpb.pdf (01.02.2014, 21:44)

1.5 Zum institutionellen System der Europäischen Union

1.5.1 Zu den Hauptorganen der Europäischen Union

1.5.1.1 Zum Europäischen Parlament

Seit den Gründungstagen der Gemeinschaft entwickelten sich die parlamentarischen Versammlungen in 1952 zum parlamentarischen Organ der EG (später der EU) weiter. Die Wurzeln des Europäischen Parlaments (EP) liegen also in der 1952 gegründeten parlamentarischen Versammlung der EGKS. Die Geschichte des EP ist so alt wie die der Union (bzw. der Gemeinschaften). »Zwei Monate später nach Inkraft-Treten des EGKS-Vertrages konstituierte sich im September 1952 in Straßburg die »Gemeinsame Versammlung« der EGKS [...] Zum ersten Präsidenten der Versammlung wählten die Mitglieder 1952 den Belgier Paul-Henri Spaak. «¹⁶⁵ »Seit Abschluß der Römischen Verträge handelt die Versammlung, die sich 1952 als Versammlung der EGKS konstituiert hatte, als gemeinsames parlamentarisches Organ der EGKS, EWG und der EAG [...] 1962 wurde die Versammlung in "Europäisches Parlament" umbenannt. «¹⁶⁶

Der Präsident des EP und dessen Vizepräsidenten sind die Mitglieder des Präsidiums, die das EP nach außen vertreten. Für zweieinhalb Jahre werden der Präsident des EP und die Vizepräsidenten von den Abgeordneten mit absoluter Mehrheit gewählt. Der offizielle Sitz des EP findet in Straßburg statt, es arbeitet aber auch in Brüssel und Luxemburg. »Seinen offiziellen Sitz hat das Europäische Parlament in Straßburg (Frankreich); es arbeitet jedoch an den drei Orten: Straßburg, Brüssel (Belgien) und Luxemburg. Die wichtigsten Zusammenkünfte, die Plenartagungen, werden zwölf Mal jährlich in Straßburg abgehalten. Weitere Plenartagungen und auch Ausschusssitzungen finden in Brüssel statt. «¹⁶⁷

¹⁶⁵ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 42

¹⁶⁶ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 37

¹⁶⁷ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 9

Seit 1979 werden die Abgeordneten des EP von den EU-Bürgern alle fünf Jahre gewählt. »Seit der Direktwahl von 1989 hat das Europäische Parlament 518 Abgeordnete. Die Zahl der Mitglieder aus den einzelnen EG-Ländern richtet sich zwar nach deren Größe, steht jedoch in keinem exakten Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Kleinere Länder wie Luxemburg sind beispielweise überrepräsentiert. Die Bundesrepublik stellt 81 Abgeordnete. Nach der Wiedervereinigung kamen zunächst für die neuen Bundesländer 18 Beobachter hinzu. «¹⁶⁸ Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Erweiterung der Gemeinschaft wuchs die Gemeinschaft um 17 Millionen Bürger. Die Zahl der MdEP nahm auch -damit- zu, die von der Einwohnerzahl abhängt (Nur aus den neuen ostdeutschen Bundesländern: 18 Abgeordnete und 99 Vertreter). »Nach dem Beschluß des EG-Gipfels von Edinburgh im Dezember 1992 erhält Deutschland [...] 18 Abgeordnete mehr und wird dann über 99 Vertreter verfügen [...] ab 1994 insgesamt 567 Parlamentarier dem EP angehören. Diese Zahl wird mit dem Beitritt (Erweiterung) von Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen zur Gemeinschaft wiederum verändert. «¹⁶⁹ Aufgrund der großen Unterschiede der Bevölkerungsgröße erhalten die kleinen Staaten weniger Abgeordnete als die Großen. Aus diesem Grund musste die Zahl aufgestockt werden.

Ebenso wie ein nationales Parlament hat das EP Fraktionen, die verschiedene Parteien der einzelnen Länder umfassen. Die Fraktionen werden nicht nach nationaler Herkunft, sondern nach politischen Grundrichtungen zusammengesetzt. »Nach dem EG-Vertrag lassen sich im Kern **drei Arten der Mitwirkung** des Parlaments an der Gesetzgebung unterscheiden: •Für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten und den Ausschuss von Assoziierungsabkommen hat die **Zustimmung**¹⁷⁰ des Parlaments erforderlich [...] •Die Gesetzgebung in weiten Politikbereichen unterliegt der

¹⁶⁸ Wisdorff, Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 80

¹⁶⁹ a. a. O.

¹⁷⁰ Die **Zustimmung** ist einseitiges, selbstständiges und empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft. Dabei wird durch deren Abgabe keine eigene Vertragserklärung abgegeben, sondern lediglich in eine andere Erklärung (vorherige Einwilligung und nachträgliche Genehmigung) eingewilligt. Mehr dazu finden Sie in: <https://www.iurastudent.de/definition/zustimmung-isd-%C2%A7-182-i-bgb> (04.01.2017, 13:00)

Mitentscheidung¹⁷¹ durch das Europäische Parlament [...] •Bei den meisten übrigen Gesetzgebungsakten der EU [bei sonstigen Fragen, Anm. d. Autors] entscheidet der Rat nach **Anhörung**¹⁷² des Parlaments¹⁷³. Gesetze werden vom Parlament festgesetzt. *Erst* wurden sie von den folgenden EU- Organen: das Europäische Parlament (EP), der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission beschlossen. Mit dem In-Kraft-Treten des EG-Vertrags ist das Europäische Parlament allein für Beschlussfassung verantwortlich geworden.

Neben der Gesetzgebungsfunktion kontrolliert das EP die Europäische Kommission und den Europäischen Rat der EU. »Zweitens [der zweite Kompetenzbereich des EP, Anm. d. Autors] übt das EP eine umfangreiche demokratische Kontrolle über sämtliche Organe der EU aus. Am ausgeprägten ist seine Rolle gegenüber der Kommission [und dem Rat der EU, Anm. d. Autors] [...] Auch in dieser Kontrollfunktion ist das EP durchaus mit nationalen Parlamenten vergleichbar. «¹⁷⁴ Das EP kontrolliert alle Organe der EU *in erster Linie* die Kommission. Deren Präsidenten und Mitglieder werden vom EP genehmigt, die können jedoch davon abgelehnt. »Wenn eine Kommission ernannt werden soll, hört das Parlament die potenziellen neuen Mitglieder der Kommission und deren Präsidenten (der von den Mitgliedstaaten nominiert wird). Ohne die Zustimmung des Parlaments können sie nicht ernannt werden. «¹⁷⁵ In einigen Politikbereichen teilt sich das EP die Kontrollbefugnis mit dem Rat der EU. »Ursprünglich bezogen sich die EU-Verträge das parlamentarische Kontrollrecht nur auf die Kommission. Seit dem Maastrichter-Vertrag umfasst die Kontrolltätigkeit auch die Tätigkeit der Organe (einschließlich des → Europäischen Rats) im Rahmen der GASP sowie der polizeilichen und justiziellen

¹⁷¹ Die **Mitentscheidung**: Gemeinsam mit dem Rat entscheidet das Parlament über die Gesetzgebung in allen Politikbereichen.

¹⁷² Die **Anhörung** ist eine formelle Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit eines erlassenen Verwaltungsaktes und ist in Art. 103 Abs. 1 GG (Grundsatz auf rechtliches Gehör) enthalten. Die Regelung der **Anhörung** erfolgt gemäß § 28 VwVfG (Verwaltungsverfahrensgesetz) sowie den jeweiligen Landesregelungen. Mehr dazu finden Sie in: www.juraforum.de/lexikon/anhoerung (04.01.2017, 13:05)

¹⁷³ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH& Co., Berlin 2005, Seite 33

¹⁷⁴ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemersch Verlaganstalt Th. Knauer Nachf. GmbH& Co. KG, München 2004, Seite 105

¹⁷⁵ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 10

Zusammenarbeit in Strafsachen. «¹⁷⁶ Außerdem entscheiden das EP und der Europäische Rat (ER) über den Haushalt der EU¹⁷⁷. »Den dritten Kompetenzbereich des Europäischen Parlaments [neben der Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion, Anm. d. Autors] stellen seine Befugnisse bei der Entstehung und Verabschiedung des Haushalts der Union dar. Auch hier arbeitet das EP eng mit dem Rat zusammen, die beiden stellen die Haushaltsbehörde. «¹⁷⁸ Jährlich wird der Haushaltsplan der EU von der Haushaltsbehörde ausgestellt und abgestimmt.

»Weitreichende Kompetenzen hat das Parlament auch im Bereich der Außenbeziehungen der Gemeinschaft. Völkerrechtliche Verträge der EG, Assoziierungsabkommen oder Beitrittsverträge können nur nach Zustimmung des Parlaments in Kraft treten. «¹⁷⁹

1.5.1.2 Zum Rat der Europäischen Union

Wie schon erwähnt »beschließt [der Rat der EU, Anm. d. Autors] mit dem EP über den EU-Haushalt «¹⁸⁰ Er ist also ein zentrales Beschlussorgan. Er unterscheidet sich vom Europäischen Rat und vom Europarat¹⁸¹. Er ist Synonym für Ministerrat und besteht aus Länderministern. Mit dem EP entstand der Rat der EU, dessen Sitzungen bzw. Ratssitzungen werden in Brüssel und Luxemburg organisiert.

Die Arbeitsweise des Ministerrates basiert auf dem „**Rotationsprinzip**“¹⁸²: In einer sogenannten Triopräsidentschaft wird der Vorsitz im Rat ausgeübt. Der Staat, der den

¹⁷⁶ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 196

¹⁷⁷ Auch EU-Budget genannt.

¹⁷⁸ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 105

¹⁷⁹ Fritzlner, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 47

¹⁸⁰ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3. Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 23

¹⁸¹ Der Europarat ist keine EU-Institution, sondern eine zwischenstaatliche Organisation, die sich für Menschenrechte sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzt. Zu den ersten Erfolgen des 1949 gegründeten Europarates zählt die Europäische Menschenrechtskonvention. Um Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte im Rahmen dieser Konvention wahrnehmen zu können, setzt der Europarat den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Dem Europarat gehören heute 47 Staaten an, darunter alle EU-Länder. Er hat seinen Vorsitz in Straßburg (Frankreich). Mehr dazu finden Sie in: Europäische Kommission DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 13

¹⁸² Der Vorsitz im Rat wechselt für ein halbes Jahr zwischen den Mitgliedern.

Vorsitz führt, teilt sich das Programm mit drei anderen Staaten. Die können *alle* durch den Vorsitz in einzelnen Ratssitzungen vertreten. »Alle sechs Monate übernimmt ein anderer Mitgliedstaat den Vorsitz im Rat. Der Vorsitz im Rat und der im Europäischen Rat sind nicht deckungsgleich. Die Regierung, die den Ratsvorsitz innehat, muss die verschiedenen Ratstagungen organisieren und leiten. Eine Ausnahme ist der Rat „Auswärtige Angelegenheiten“, in dem der hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der außenpolitisch im Namen des Rates handelt, den Vorsitz hat. «¹⁸³

»Am 13. Dezember 2004 haben sich die 25 EU-Mitgliedstaaten im EU-Ministerrat darauf verständigt, dass ab 2007 (zunächst bis 2020) die Arbeiten des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union (=EU-Ministerrat) **jeweils für die Dauer von 18 Monaten von einer Gruppe aus drei EU-Mitgliedstaaten gemeinsam** wahrgenommen werden. «¹⁸⁴ Und »[i]m Interesse der Kontinuität der Ratsgeschäfte arbeiten immer drei Vorsitzländer als Trio zusammen. Gemeinsam erstellen sie ein 18-Monate-Programm für die Arbeiten des Rates. «¹⁸⁵

Vom Rat der EU werden meist die EU-Rechtsvorschriften „mit dem EP“ verabschiedet, die Wirtschafts- und Währungspolitik der einzelnen Länder koordiniert, die Leitlinien der GASP festgelegt, internationale Übereinkünfte zwischen der EU und Nicht-EU-Länder als auch internationale Organisationen geschlossen. Vom Rat der EU werden nicht nur Wirtschaft und Finanzen, Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch Landwirtschaft und Fischerei, Justiz und Inneres und andere verschiedene Politikbereiche behandelt. »Für die **Beschlüsse des Rates** ist in einigen, für die Mitgliedstaaten besonders sensiblen Bereichen (z.B. Steuern, Arbeitnehmerrechte, Asylpolitik) Einstimmigkeit verlangt. In vielen anderen Fragen stimmt der Rat mit qualifizierter Mehrheit ab. Dazu werden die Stimmen der Mitglieder unterschiedlich

¹⁸³Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 15

¹⁸⁴Der Ministerrat der Europäischen Union, <http://www.hieronymi.de/PDF%20Dokumente/MinisterratEU,%20feb2005.pdf> (13.04.2016, 18:53)

¹⁸⁵Europäische Kommission DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 15

gewichtet. «¹⁸⁶ »Das bedeutet, dass ein Ratsbeschluss angenommen wird, wenn für diesen Beschluss eine bestimmte Minderzahl an Stimmen abgegeben wird. Die Zahl der den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zugewiesenen Stimmen entspricht in etwa der Größe ihrer Bevölkerung. «¹⁸⁷

»Bis November 2014 gab es ein anderes System in dem jeder Mitgliedstaat über eine bestimmte Anzahl von Stimmen verfügte. «¹⁸⁸ Ab dem ersten November 2014 wird das System durch den Lissabon-Vertrag verändert/vereinfacht. »Die abgegebenen Stimmen müssen mindestens Folgendem entsprechen: -55% der Mitgliedstaaten, also 16 der 28 Länder; Mitgliedstaaten müssen zusammen 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren -das sind etwa 329 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 506 Millionen. «¹⁸⁹

1.5.1.3 Zum Europäischen Rat

Er repräsentiert die EU-Regionen. Ihm gehören die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten (Bundeskanzler, Premierminister, Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten). Auf Vorschlag des damaligen französischen Präsidenten „Valéry Giscard d'Estaing“ wurde der Europäische Rat am 9/10.12.1974 ins Leben gerufen. »Erst 1974 fasste man den Beschluss, sich künftig regelmäßig als Europäischer Rat (ER) zu treffen, um die Zusammenarbeit zu vertiefen [...] Die Einheitliche Europäische Akte war der erste Vertrag, der den Europäischen Rat erwähnte, er definierte jedoch nicht seine Rolle. «¹⁹⁰

Der ER verfügt über einen Präsidenten, der einmalig von qualifizierter Mehrheit der Mitglieder wiedergewählt werden darf und die EU nach außen repräsentiert. »Der Europäische Rat entscheidet meist im Konsens. In einigen Fällen reicht jedoch die

¹⁸⁶ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH& Co., Berlin 2005, Seite 23

¹⁸⁷ Fontaine, Pascal: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: Europa in 12 Lektionen, Europäische Union, Luxemburg 2014, Seite 12

¹⁸⁸ a. a. O.

¹⁸⁹ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 16

¹⁹⁰ Fritzer, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 40 f.

qualifizierte Mehrheit, etwa bei der Wahl seines Präsidenten sowie bei der Ernennung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. «¹⁹¹

Mindestens tritt der ER zweimal jährlich zusammen (EU-Gipfel). Daran nimmt der Kommissionspräsident auch teil. »Ordentliches Mitglied des Europäischen Rats ist auch der amtierende Kommissionspräsident, der wie die anderen Mitglieder bei Abstimmungen eine Stimme hat. Beim Gipfel anwesend sind ferner die Außenminister sowie ein weiteres Mitglied der Kommission. «¹⁹²

Durch den EU-Vertrag (1992) wurden die Aufgaben des ER erklärt; bei der Entwicklung der EU und deren Dynamik spielt der ER eine zentrale Rolle. Er gibt der EU neue notwendige Impulse. »Dies holte erst der EU-Vertrag von 1992 nach: Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse. »Der Europäische Rat ist zumeist Impulsgeber für neue Entwicklungen und zieht eine Bilanz der Umsetzung der Integrationsvorhaben¹⁹³ und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest. «¹⁹⁴ Er koordiniert die Außenpolitik der einzelnen Länder mit aktuellen internationalen Problemen. »Er bestimmt insbesondere auch die Grundsätze und Leitlinien der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die aus der früheren EPZ hervorgegangen ist. «¹⁹⁵ Er verabschiedet keine Rechtsvorschriften, er veröffentlicht „Schlussfolgerungen“ der Ratssitzungen, die in Brüssel organisiert werden. »Weitere wichtige Initiative des Europäischen Rats eine erste Reform der europäischen Agrarpolitik (→Agrarreform) und die Neugestaltung des Finanzsystems der Europäischen Gemeinschaft im Februar 1988 sowie ebenfalls unter deutscher Präsidentschaft im Juni desselben Jahres die

¹⁹¹ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 12

¹⁹² Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 41

¹⁹³ Wisdorff, Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 72 f.

¹⁹⁴ Fritzler, Marc/Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 41

¹⁹⁵ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 22

Einsetzung des Ausschusses zur Vorbereitung der →Wirtschafts- und Währungsunion unter dem Vorsitz des Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors. «¹⁹⁶

1.5.1.4 Zur Europäischen Kommission

Im Gegensatz zu den drei oben erwähnten *legislativen* Organen, ist die Europäische Kommission (EK) **exekutiv**. Die Mitglieder der EK werden Kommissare benannt. Große Mitgliedsländer (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien) können zwei Kommissionsmitglieder vorschlagen, indem dürfen die übrigen (kleinen) nur über ein (e) Kommissar (in) verfügen. »Ab 2005 wird es nur noch ein Kommissionsmitglied pro Mitgliedstaat geben, und sobald [die jetzige EU 28, Anm. d. Autors] Mitglieder erreicht. «¹⁹⁷ Die Kommissionsmitglieder werden vom EP gewählt. »Seit In-Kraft-Treten des Vertrages von Amsterdam ist die förmliche Zustimmung des EP bereits zur Ernennung des Kommissionspräsidenten erforderlich. Gibt das EP sein Ja-Wort zu dem vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Kandidaten, dann werden die übrigen Kommissionsmitglieder im »Einvernehmen« mit dem designierten Präsidenten ausgewählt. «¹⁹⁸ Vom ER mit qualifizierter Mehrheit und mit Zustimmung des EP wird die Kommission für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. »Die Europäische Kommission besteht aus einem Kommissionsmitglied aus jedem EU-Mitgliedsstaat, einschließlich des Präsidenten der Kommission und des Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der zugleich einer der Vizepräsidenten der Kommission ist. «¹⁹⁹ Der von den EU-Regierungen vorgeschlagene Kommissionspräsident wird vom EP gewählt. Die übrigen Mitglieder des Kollegiums werden vom Kommissionspräsidenten ausgesucht und vom EP aufgenommen. »Das Personal der Kommission arbeitet in Verwaltungseinheiten, die als „Generaldirektion“ (GD) oder „Dienste (z.B Juristischer Dienst) bezeichnet werden. Jede GD ist für einen bestimmten Politikbereich zuständig, etwa für den Handel oder den Wettbewerb, und

¹⁹⁶ Wisdorff , Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 74

¹⁹⁷ Weidenfeld, Werner / Wessels , Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 144

¹⁹⁸ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 55

¹⁹⁹ Fontaine, Pascal: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: Europa in 12 Lektionen, Europäische Union, Luxemburg 2014, Seite 14

wird von einem Generaldirektor geleitet, der einem Kommissionsmitglied gegenüber verantwortlich ist. «²⁰⁰ Auf legislativer Ebene kann die EK formell EU-Rechtsakten vorschlagen. Ihre Vorschläge können vom Rat und EP erweitert oder abändert werden, da sie kein Rechtssetzungsverfahren leiten darf. Auf exekutiver Ebene ist die Kommission „Hüterin der Verträge“. »Die Kommission ist das Exekutivorgan der Gemeinschaft. Sie ist der Initiator der Gemeinschaftspolitik und vertritt das Gemeinschaftsinteresse. Sie wacht über die Anwendung des Gemeinschaftsrechts („Hüterin der Verträge“). «²⁰¹ Als Exekutivorgan verwaltet und führt die EK auch den EU-Haushalt aus, der vom EP und Rat beschlossen wird. »Sie verwaltet die Fonds und Programme, die den Großteil des EU-Haushalts ausmachen, handelt im Namen der EU internationale Handels- und Assoziierungsabkommen aus und vertritt die bei internationalen Organisationen. «²⁰² »Der Sitz der Kommission ist in Brüssel; außerdem hat sie Büros in Luxemburg, Vertretungen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie Delegationen in wichtigen Hauptstädten weltweit. «²⁰³

1.5.1.5 Zum Europäischen Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist das fünfte Hauptorgan der EU, das mit dem Gründungsvertrag der EGKS gegründet wurde. »1952 ursprünglich als Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) errichtet, wurde der EuGH 1958 mit In-Kraft-Treten der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) gemeinsames Gericht der drei Europäischen Gemeinschaften. «²⁰⁴

Jeder Mitgliedstaat ist durch jenen Richter in EuGH vertreten. Der EuGH umfasst also derzeit 28 Richter und 09 Generalanwälte, die auf sechs Jahre ernannt werden. »Die

²⁰⁰ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 22

²⁰¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union, EGKS-EWG-EAG, Brüssel · Luxemburg Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1992, Seite 38

²⁰² Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 24

²⁰³ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knaur Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 102

²⁰⁴ Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002, Seite 179

Richter des Europäischen Gerichtshofs – je einer aus jedem Mitgliedsland- werden von den Regierungen der EU-Länder in gegenseitigem Einvernehmen auf 6 Jahre ernannt. Ihnen stehen [neun, Anm. d .Autors] unabhängige Generalsanwälte zur Seite.

«²⁰⁵

Um die eigentliche Aufgabe des EuGH zu sichern, wurde im September 1989 das Gericht erster Instanz (GeI) geschaffen. Es ist zuständig für direkte Anklagen von Bürgern und Unternehmen, vor allem im Bereich des Wettbewerbsrechts. Mit den Verträgen (EU-Vertrag/Nizza-Vertrag) wird das GeI (ergo der EuGH) ergänzt und erweitert. Vor allem kontrolliert der EuGH die Anwendung des EU-Rechts²⁰⁶ in allen Mitgliedstaaten. Bei allen Streitigkeiten in der EU (zwischen den Mitgliedstaaten, Organen, Unternehmen und Privatpersonen) kann er entscheiden. Er befasst sich also mit der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Er befindet sich in Luxemburg.

²⁰⁵ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH& Co., Berlin 2005, Seite 28

²⁰⁶ Die Rechte in der EU gliedern sich in zwei; **primäres** Recht und **sekundäres** Recht. Dem primären Recht gehören die **Gründungsverträge** der Gemeinschaft von Paris (1951) und von Rom (1957), die Einheitliche Europäische Akte (1987), der Maastrichter-Vertrag (1993), und Amsterdamer-Vertrag (1997). »Die Gründungsverträge inklusive aller Anhänge, Protokolle, Ergänzungen und Änderungen (Insbesondere durch die Vertragsrevision von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon), sämtliche Beitrittsverträge, die Charta der Grundrechte sowie die allgemeinen Rechtsgrundsätze bezeichnet man als primäres Recht. « Mehr dazu finden Sie in: Pollak, Johannes / Slomenski, Peter: Das politische System der EU, 2. Auflage, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien 2006, Seite 107. Zum sekundären Recht gehören die **Rechtsakte**. Beide Arten existieren in der ersten Säule und stellen den Rechtsbestand der EU dar. Die **Rechtsakte** sind keine Gesetze, sondern Rechte. Sie sind hauptsächlich in **Verordnungen** und **Richtlinien** gefasst. Die Verordnungen werden auf Grund des Gesetzes erlassen. Kurz nach dem EU-Inkrafttreten wurden sie in der in allen Mitgliedstaaten der EU umgesetzt. Aus diesem Grund werden sie als Rechtsvereinheitlichung bezeichnet. Die sind also unmittelbar und zwischenstaatlich. Dagegen stehen die Richtlinien. Die haben keinen Rechtscharakter und sind innerstaatlich. Die werden deshalb als Richtlinien und Rechtsangleichung betrachtet. In Richtlinien stimmen alle Mitgliedstaaten miteinander einem gemeinsamen Ziel überein. Formen und Methoden, mit denen das gemeinsame Ziel erreicht werden könne/kann, hängen von den nationalen Behörden ab. Die Umsetzung der Richtlinien dauert länger(eins bis zwei Jahre). »Des Weiteren gibt es **Entscheidungen**, die einzelne Fälle behandeln und für diejenigen verbindlich sind, an die sich richten Staaten, Unternehmen, sowie nicht verbindliche **Empfehlungen** und **Stellungnahmen** zu aktuellen Themen. « Mehr dazu finden: Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 76. Einzelne nicht behandelte Themen Fällen, Vorfälle und Probleme brauchen Entscheidungen, als auch aktuelle Themen. Ferner basieren die Rechtsakte auf Verträgen. Diese Verträge enthalten festgelegten Regeln und Verfahren. Diese Verfahren sind für die Annahme der Rechte bzw. für die Rechtsetzung. Die drei wichtigen Verfahren sind: Das Mitentscheidungsverfahren, das Anhörungsverfahren und das Zustimmungsverfahren.

1.5.1.6 Zum Europäischen Rechnungshof

»Unter den fünf Organen der Gemeinschaft ist er das jüngste: Diesen Status besitzt der Europäische Rechnungshof (EuRH) erst seit dem 1. November 1993 – dem Tag des Inkraft-Tretens des EU-Vertrages. «²⁰⁷ Das EuRH wurde am 1. Juni 1977 eingesetzt und durch den EU-Vertrag fortgesetzt. Er setzt sich aus 28 Mitgliedern zusammen, da jeder Mitgliedstaat durch ein Mitglied repräsentiert wird. Seine Mitglieder werden für eine Amtsperiode von sechs Jahren ernannt. Sein Präsident wird vom Kollegium alle drei Jahre ausgewählt. Sein Sitz ist in Luxemburg. Der EuRH wacht über die Einnahmen und Ausgaben der EU und prüft all ihre Einrichtungen. Auf regionaler Verwaltungsbehörde achtet er auch. »Der Rechnungshof prüft die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung [...] Einnahmen und Ausgaben müssen auf Rechtsakten der Gemeinschaft beruhen (rechtmäßig), müssen mit Zahlungsermächtigungen übereinstimmen (ordnungsgemäß), eine Verschwendung von Mitteln ist zu vermeiden. «²⁰⁸ Alle Bemerkungen werden vom EuRH in einem allgemeinen Jahresbericht zusammengefasst. Für das EP und den Rat ist dieser Jahresbericht die Grundlage. »Eine weitere zentrale Aufgabe des Europäischen Rechnungshofs besteht darin, die für den Haushalt zuständigen Organe (das Europäische Parlament und den Rat) durch Vorlage eines Berichts über das jeweils abgeschlossene Haushaltsjahr zu unterstützen. Die Ergebnisse und Schlussfolgerung in diesem Bericht spielen eine wichtige Rolle für den Entlassungsbeschluss des Parlaments über die Haushaltsführung der Kommission. «²⁰⁹

²⁰⁷ Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. überarbeitete Auflage und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, Seite 63

²⁰⁸ a. a. O.

²⁰⁹ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 29

1.5.2 Zu den Nebenorganen der Europäischen Union

1.5.2.1 Zur Europäischen Zentralbank

Sie ist Nachfolgerin des EWI. Sie ist eine zentrale Institution des ESZB, das aus der EZB und den nationalen Zentralbanken des Euro-Raumes besteht²¹⁰.

»Zentrale Aufgabe der EZB ist es, über die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung zu wachen. Zusammen mit den nationalen Zentralbanken der EU-Länder [, die den Euro geführt haben, Anm. d. Autors] bildet die EZB das Europäische System der Zentralbanken. «²¹¹ Die EZB wurde in 1998 mit der Einführung des Euro errichtet. Ihr Sitz ist in Frankfurt am Main. Sie ist für die Währungspolitik bzw. für die Erhaltung der Preisniveaustabilität verantwortlich. »Als Geldwertstabilität in Euroland gilt eine Inflationsrate von mittelfristig nicht mehr als zwei Prozent jährlich. «²¹²

Die EZB umfasst drei Hauptgremien, die das ESZB leiten. EZB-Rat umfasst Präsidenten aller EU-Zentralbanken (derzeit 28) sowie den Präsidenten und Vizepräsidenten der EZB. »Der EZB-Rat besteht aus dem EZB-Direktorium²¹³ und den Präsidenten der nationalen Zentralbank, deren Währung der Euro ist. «²¹⁴

1.5.2.2 Zur Europäischen Investitionsbank

Durch die Römischen Verträge wurde die Europäische Investitionsbank (EIB) am 1.10.1958 errichtet. Sie »ist die Finanzierungsinstitution der EU [...] in Artikel 267 des EG-Vertrags wird die Hauptaufgabe der Europäischen Investitionsbank genau beschrieben: Die Europäische Investitionsbank trägt zur Erreichung der Ziele der EU bei, indem sie Vorhaben finanziert, die die europäische Integration, eine ausgewogene

²¹⁰ Vgl. Bartz, Dietmar: Wirtschaft von A bis Z: Kompakt, aktuell, übersichtlich, Eichborn, Frankfurt am Main 2002, Seite 192. Rittershofer, Christian: Lexikon Politik Staat Gesellschaft: 3600 aktuelle Begriffe von Abberufung bis Zwölfmeilenzone, Beck Wirtschaftsberater Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2007, Seite 228

²¹¹ Zahlenbilder: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3.Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005, Seite 42

²¹² Bartz, Dietmar: Wirtschaft von A bis Z: Kompakt, aktuell, übersichtlich, Eichborn, Frankfurt am Main 2002, Seite 185

²¹³ Ihm gehören sechs Mitglieder. Es steht an der Spitze der EZB. Im Direktorium werden die Beschlüsse des EZB-Rates gefasst und an die nationalen Zentralbanken zwecks Umsetzung weitergegeben.

²¹⁴ Pollak, Johannes / Slominski, Peter: Das politische System der EU, 2.Auflage, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien 2006, Seite 98

Entwicklung und den wirtschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der Union fördern. «²¹⁵ Die EIB hat ihren Sitz in Luxemburg. Ihr oberstes Organ ist der Rat der Gouverneure, der aus Finanzministern der EU-Länder besteht und die EIB leitet. Ihm gehören auch ein Verwaltungsrat und ein Direktorium und das bestmögliche Rating²¹⁶ (AAA). »Die EIB-Anleihen werden mit AAA, als der besten Bonitätsklasse, bewertet [...] Darlehen werden nur für Projekte vergeben, die volkswirtschaftlich und ökologisch gerechtfertigt sowie technisch und finanziell tragfähig sind. «²¹⁷

1.5.3 Zu den Ausschüssen der Europäischen Union

1.5.3.1 Zum Wirtschafts- und Sozialausschuss

Er umfasst Vertreter wirtschaftlicher und sozialer Bereiche, er vertritt also die organisierte Zivilgesellschaft. Der EWSA entstand in 1958 durch den Vertrag von Rom. Er verfügt über 353 Mitglieder aus allen EU-Mitgliedstaaten, die von ihren Herkunftsländern vorgeschlagen und vom Parlament für fünf Jahre ernannt werden. Der EWSA hat seinen Sitz in Brüssel dennoch sind seine Mitglieder in ihren Heimatländern tätig. Die sind in drei Gruppen organisiert; Arbeitgeber, Arbeitnehmer und verschiedene Interessen (Verbraucherverbände, Bauerverbände und Handelskammer). »Neben diesen Gruppen bestehen auch noch sechs Fachgruppen, die sich mit bestimmten Teilbereichen befassen, wie etwa der Wirtschafts- und Währungsunion, der Beschäftigung oder Außenbeziehungen. «²¹⁸ »Der EWSA wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten für die Dauer von zweieinhalb Jahren. Die Mitglieder des EWSA treten neun Mal jährlich in Brüssel zu

²¹⁵ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 113

²¹⁶ Von gleichbedeutend englisch „rating“, stammt vom Verb „to rate“, was „bewerten“ bedeutet.

²¹⁷ Wisdorff, Eberhard / Haupt, Sabine: EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993, Seite 67 f.

²¹⁸ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 121

Vollsitzen zusammen, bei denen Stellungnahmen mit einfacher Mehrheit angenommen werden. «²¹⁹

Der EWSA verteidigt die Interessen der Zivilgesellschaft und unterstützte gleichzeitig das EP, den Rat und EK. »Der Pluralismus der wirtschaftlichen und sozialen Gruppen soll also in der EG durch den Wirtschafts- und Sozialausschuß dargestellt werden. «²²⁰

1.5.3.2 Zum Ausschuss der Regionen

Mit dem Maastrichter Vertrag wurde der Ausschuss der Regionen (AdR) geschaffen. Er vertritt Regionen Europas. Er besteht aus Vertretern aller EU-Regionen, die von ihren Regionen vorgeschlagen und vom Rat der EU für vier Jahre ernannt werden. Für zwei Jahre wählt der EAdR aus seiner Mitte Präsidenten, einen Vizepräsidenten ebenfalls ein Präsidium. »Der Ausschuß setzt sich Vertretern der Regionen der EU zusammen [...] Es handelt sich bei den Vertretern, beispielweise um Ministerpräsidenten, Landtagsabgeordnete oder Bürgermeister, da deren Arbeitsschwerpunkt in den Regionen selbst liegt. «²²¹ Der EAdR unterstützt also den Rat der EU, die EK und auch das EP und spielt eine beratende Rolle ebenso bei der EU-Osterweiterung. »Der Ausschuß der Regionen ist ein Instrument der EU mehr für Bürgernähe und soll die vorhandene Distanz zwischen Bürgern und EU verringern. «²²²

1.5.3.3 Zum Europäischen Bürgerbeauftragte

Mit Maastrichter Vertrag entstand der Europäische Bürgerbeauftragte (EBB). Er hat seinen Sitz in Straßburg. Er wird vom EP für fünf Jahre ausgewählt; eine Wiedernennung ist zulässig. Ihn beauftragen Unionsbürger sowie Personen mit Wohnort oder Sitz in einem EU-Mitgliedstaat. *Unternehmen und Organisationen sind*

²¹⁹ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 31

²²⁰ Weindl, Josef: Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993, Seite 50

²²¹ Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten – Länder- Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 123

²²² a. a. O.

auch betroffen. Mit Beschwerden über nationalen regionalen Behörden und Stellen hat er nicht zu tun, nur mit den der EU gehörig sind. »Durch die Entgegennahme und die Untersuchung von Beschwerden trägt der Bürgerbeauftragte dazu bei, Missstände in der Verwaltungstätigkeit der EU-Institutionen aufzudecken [...] Beispiele für solche Missstände: ungerechte Behandlung, Diskriminierung, Machtmissbrauch, Nichterteilung oder Verweigerung von Auskünften, unnötige Verzögerung, fehlerhafte Verfahren. «²²³ Von der Regierung ist der EBB abhängig und unparteilich.

1.5.3.4 Zum Europäischen Datenschutzbeauftragte

Der 2001 geschaffene Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) hat seinen Sitz in Brüssel. Er schützt die persönlichen Daten bzw. Privatsphäre beispielweise Name, Anschrift, Angaben zum Gesundheitszustand oder zum beruflichen Werdegang. Keine Persönlichkeitsrechte dürfen verletzt werden, der Datenschutz ist also ein Grundrecht. Von den EU-Institutionen wird der EDSB unterstützt, jede Institution davon verfügt über einen Datenschutzbeauftragten, der wiederum vom EDSB kontrolliert wird²²⁴.

²²³ Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 34

²²⁴ Vgl. Europäische Kommission: DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014, Seite 35

Resümee

Neben Coudenhove-Kalergi, der vom Paneuropa träumte, Aristide Briand und Lord Lothian, die für ein föderalistisches Europa plädierten, brachte Deutschland und die Deutschen außer Hitler Europa wichtige Erneuerungen.

Ohne (west-) deutsch- französische Versöhnung konnten die WEU sogar die EGKS keineswegs erreicht werden. Die (west-) europäische Kooperation war vor allem auf wirtschaftspolitischer Ebene deutlich. Demzufolge konnte die EGKS etappenweise zur EG und zunächst zur EU entwickelt werden.

Die EU wurde fest aufgebaut, weiter ausgedehnt und konvergent instituiert. Ich muss auf die Rolle geteilten Westdeutschlands und wiedervereinigten Deutschlands hinweisen.

2. Zur wirtschaftspolitischen Rolle Westdeutschlands in der Europäischen Gemeinschaft

Einführung

Das zweite Hauptkapitel beschäftigt sich ausführlich mit der wirtschaftspolitischen Rolle Westdeutschlands in der EG (von 1949 bis 1989 bzw. von der Aufteilung Deutschlands bis zum Mauerfall).

Im ersten Kapitel erfolgt die Politik Adenauers bzw. die Ära-Adenauer, in welcher die Integration Westdeutschlands in den Westen beachtet und der Osten ignoriert werden. Darauf aufbauend bzw. auf der Basis der Westbindung wird die Ostpolitik, die in der Mitte stand, im zweiten Kapitel hingeführt. Im Fokus dieses Kapitel stehen Frieden und Entspannung. Erneut wird die Ostpolitik im dritten Kapitel vorgestellt. Dabei wird Frieden zwischen dem Westen und dem Osten noch einmal hervorgehoben. In diesem Rahmen soll das Konzept „Sicherheitspolitik durch Ökonomie“ erörtert werden. Im vierten Kapitel war die Friedenspolitik aktiver, dabei werden die Konzepte „Einigung Europas“ und „Mauerfall“ entwickelt. Im fünften Kapitel wird die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands in der EG von 1949 bis 1989 vorgestellt und interpretiert.

2. Zur wirtschaftspolitischen Rolle Westdeutschlands in der Europäischen Gemeinschaft

2.1 Zur Ära-Adenauer

2.1.1 Zur Westintegration

In derartiger Integration sah **Konrad Adenauer** die Chance, den Frieden nicht nur im versöhnten (West-) Europa, sondern vor allem in das deutsche Gelände verwirklichen zu können. »Der Friede muß die Ideale verwirklichen, für die der Krieg geführt worden ist. [...] [Deutschland war, Anm. d. Autors] aber nicht der einzige Benachteiligte. Man kann das deutsche Problem nicht allein vom deutschen Standpunkt und unter deutschen Gesichtswinkel regeln. «²²⁵ Das schuldige Deutschland sollte nicht als *Paria*, sondern gleich wie die anderen **benachteiligten** (west-) europäischen Länder beurteilt werden²²⁶. Adenauer und sein Vorsitzender,, Kurt Schumacher“ strebten ein vereinigtes Deutschland in einem vereinigten Europa an.

Im Rahmen einer *neuen* Position (West-) Deutschlands in (West-) Europa und dank dem **Petersberger Abkommen**²²⁷ wurde Westdeutschland in die OEEC²²⁸ sowie in den Europarat aufgenommen. (Siehe oben) »Damit übernahm die Adenauer Regierung die bis dahin von den Besatzungsmächten in diesem Bereich wahrgenommenen Rechte und Verantwortlichkeiten. Das erleichterte es ihr, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten Westeuropas zu erweitern und die Interessen der BRD

²²⁵Haftendorn, Helga / Wilker, Lothar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Wissenschaftlicher Autorenverlag (WAV), Berlin 1982, Seite 45

²²⁶ a. a. O.

²²⁷Es wurde am 22.11.1949 unterzeichnet. »In diesem [...], Petersberger Abkommen wurde es als vordringliches Ziel der Besatzungsmächte bezeichnet, „ die Bundesrepublik als Friedliebendes Mitglied in die europäische Gemeinschaft einzugliedern. « Mehr dazu finden Sie in: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 31

²²⁸Organisation for European Economic Cooperation. »Die OEEC wurde am 16. April 1948 als erste europäische Organisation zur Verteilung und Verwaltung der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzmittel aus dem European Recovery Program (ERP-Marschallplanhilfe) in Paris gegründet, um die ERP-Mittel durch die Zusammenarbeit der europäischen Empfängerstaaten optimal zu nutzen. « Mehr dazu finden Sie in : Gruner, Wolf D./ Woyke, Wichard: Europa-Lexikon: Länder Politik Institutionen, Verlag C.H. Beck oHG, München 2004, Seite 448

[Westdeutschland, Anm. d. Autors] innerhalb der OEEC selbständig zu vertreten. «²²⁹
»Am 9./10. November 1949 kamen die Außenminister der Westmächte, Dean Acheson, Ernest Bevin und Robert Schuman, in Paris überein, der BRD die Mitgliedschaft in weiteren internationalen Organisationen sowie die Aufnahme wirtschaftlicher und konsularischer Beziehungen zu ermöglichen. Der Besuch des amerikanischen Außenministers am 11. November – war es der erste offizielle Aufenthalt eines Außenministers in der Bundesrepublik – verdeutlichte die Absicht der Vereinigten Staaten, das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus mit antisowjetischer Stoßrichtung zu beschleunigen. «²³⁰

Die westdeutsche Außenpolitik begann auf der im September 1950 beschlossene und in New York stattgefundene Konferenz. »Adenauer [sah] die Außenpolitik als ein Kernstück seiner Regierungsarbeit an. Wichtiger als ein bis auf weiteres fruchtloser Kampf um die Wiedererlangung der deutschen Einheit schien ihm der Gewinn von Sicherheit und Souveränität, die Verankerung der Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied in der westlichen Staatenwelt und die feste Bindung an die USA. «²³¹ Adenauers Außenpolitik fußte vor allem auf der festen Westbindung an (West-) Europa und an die USA. In der westlichen Staatenwelt sah er Möglichkeit an, das schuldige Deutschland zu versöhnen, das geteilte Deutschland zu vereinen und die deutsche Souveränität zurückzubekommen, noch eine Chance, Deutschland in die kapitalistische Welt integrieren zu können. Auf dieser Ebene unterzeichneten der Außenminister der BRD und die von den sechs Gründungsstaaten den Vertrag über die Gründung der EGKS. (Siehe oben) »Am 18. April [1951, Anm. d. Autors] unterzeichneten die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens, und der BENELUX-Staaten zum Abschluss der Schuman-Plan-Konferenz einen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), und am

²²⁹ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 30

²³⁰ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 34

²³¹ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 6

9. Juni beendeten die Westmächte den Kriegszustand mit Deutschland. «²³² In 1951 erlebte die BRD eine aktive Außenpolitik, *nur gut zwei Jahre nach ihrer Gründung*.

*Anlässlich einer verbesserten Position (West-) Deutschlands in der westlichen Welt wurde das Luxemburger Abkommen -in Luxemburg- am 10. September 1952 unterzeichnet. Es verpflichtete die BRD Schulden innerhalb von 12 bis 14 Jahren (in Höhe von 14 Milliarden DM) rückzuzahlen.*²³³

»„Montan-Union“ wie sie genannt wird, ist sie für Adenauer von fundamentaler Bedeutung. Nach außen hilft sie den Deutschen wieder ein Stück internationaler Anerkennung zu verschaffen und die Perspektive eines wirtschaftlich politisch geeinten Europas mit Leben zu erfüllen; in der Innenpolitik bewirkt „Montan-Mitbestimmung“ [...] wiederum für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg von allergrößter Bedeutung ist. «²³⁴ Die Mitgliedschaft des westdeutschen Staates in die sogenannte Montan-Union bzw. in die EGKS war von großer Bedeutung auf *wirtschaftlicher nationaler und internationaler Ebene. Es ist aber auch hinzuweisen, dass in der Ära-Adenauer nicht nur die Montan-Union, sondern auch andere Bausteine (EWG/Römische Verträge) sowie die EVG durchgeführt wurden.* (Siehe unten)

»Es war Adenauers Verdienst, mit dem Durchsetzen der deutschen Teilnahme an der EGKS den Grundstein für die Europapolitik gelegt zu haben. Als nach dem Scheitern von Politischer Union und Verteidigungsunion 1957 die Verträge zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Ratifizierung anstanden [...] In der Ära Adenauer wurde die Europäische Integration zu einer der Grundsäulen der deutschen Staatsräson. Davon haben alle Nachfolger Adenauers festgehalten. «²³⁵

²³² Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 8

²³³ Vgl. Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 9; vgl. auch: Gundelach, Thomas: Deutschland von der Aufteilung zur Einheit, Erstauflage, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 1997, Seite 37

²³⁴ Gundelach, Thomas: Deutschland von der Aufteilung zur Einheit, Erstauflage, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 1997, Seite 34

²³⁵ a. a. O., S. 33

2.1.2 Zur Westbindung auf Frankreich

»Zu den wichtigsten Motiven für Adenauers Außen- und Europapolitik gehörte von Anfang an auch der Wunsch nach Aussöhnung mit Frankreich. Die europäische Einigung und die Aussöhnung mit Frankreich waren für Adenauer zwei Seiten der selben Medaille. Nur im Schulterschluss mit Frankreich für Adenauer eine Einigung in Europa möglich. «²³⁶ Im Rahmen des westeuropäischen Staatensystems kam die deutsche französische Aussöhnung eine fundamentale Bedeutung zu. Zugunsten eines geeinten Europas müsse die *Jahrzehnt* dauerhafte Erbfeindschaft beendet werden. Beide Nationen bzw. beide Nachbarn mussten kooperieren und ihre Verhältnisse auf eine neue Basis stellen.

»Ich bin Deutscher, aber ich bin und war immer Europäer und habe als solcher gefühlt. Deshalb habe ich mich von jeher für eine Verständigung mit Frankreich eingesetzt, ohne die ein Europa nicht möglich ist [...] Die Vereinigung Europas schien mir viel leichter möglich zu sein als damals in den zwanziger Jahren, [Konrad Adenauer, Anm. d. Autors]. «²³⁷ Deutschland ist und war europäischer Bestandteil, die Deutschen sind und waren immer Europäer. Und Frankreich gehört Europa an. Adenauer war optimistisch und die deutsche französische Versöhnung erwartete, ohne die ein geeintes Europa *-demzufolge ein geeintes souveränes Deutschland-* illusorisch wäre. »
 »[f]ür die europäische Motivation Adenauers [war] die Überlegung von Bedeutung, dass die Zurückgewinnung von nationaler [**Souveränität**, Anm. d. Autors] nur über den Weg der europäischen Einigung zu erreichen war. Besatzungsstatut [...], Saarfrage sowie die internationale Ächtung Deutschlands waren Rahmenbedingungen, die Adenauers (außen-) politische Handlungsspielräume begrenzten.«²³⁸

Und nur durch derlei (West-) Integration könnte Westdeutschland bzw. Deutschland seine Souveränität bekommen. »Hinzu kam der Wunsch nach der Wiedervereinigung

²³⁶ Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007, Seite 33

²³⁷ Haftendorn, Helga / Wilker, Lothar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Wissenschaftlicher Autorenverlag (WAV), Berlin 1982, Seite 47 f.

²³⁸ Vgl. hierzu Corinna Schuhkraft, a.a.O., S. 14 ff., zitiert nach: Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007, Seite 31

Deutschlands, die für Adenauer nur aus einer »Politik der Stärke« heraus zu erreichen war. «²³⁹ Nach Adenauers Überzeugung lag die deutsche Souveränität in der deutschen Einheit, die von der Europäischen abhängt. Und ohne deutsch-französische Verständigung wäre die europäische Integration unmöglich, deshalb »galt [...] [Adenauer, Anm. d. Autors] [**die Saarfrage**, Anm. d. Autors] prinzipiell als Manövriermasse für seinen Verständigungskuss gegenüber Frankreich. «²⁴⁰

Dennoch wegen des Saarproblems²⁴¹ konnten der deutsche Adenauer und der französische Schuman keine Verständigung erreichen. *Die französische Regierung wollte jedoch auf das Saarland nicht verzichten. Am 3. März 1950 wurde ein Abkommen zwischen den beiden Regierungen getroffen, das die Abhängigkeit des Saarlands von Frankreich förderte. Dagegen protestierte die westdeutsche Regierung und forderte die Regulierung des Saarproblems. Es wurde erklärt, dass die Saarfrage zur Erschwerung des Aufbaus von Westeuropa führe und zur Revision des **Besatzungsstatus** führte*²⁴².

»[I]n den Verhandlungen über das Besatzungsstatus [zielte Adenauer] nun auf eine möglichst vollständige Normalisierung des politischen und völkerrechtlichen Status Westdeutschlands. Intern meinte er gar, die Bundesrepublik müsse,, Großmacht« werden. «²⁴³ Die westdeutschen zwar (außen-) *politischen* Beziehungen sollten normalisiert werden. In diesem Rahmen und im Hinblick auf Marschall-Plan sollte das deutsche-alliierte Verhältnis geprüft werden Der westdeutsche Status musste - gegenüber dem ostdeutschen- eine *militärische*, politische und wirtschaftliche,, Großmacht« sein. Und im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg sollte Westdeutschland mithin remilitarisiert werden, indes blieb Frankreich standhaft.

²³⁹ Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007, Seite 31

²⁴⁰ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 10

²⁴¹ Saarland ist ein Bundesland in Deutschland, welches an Frankreich grenzt und unter französischer Kontrolle in der Besatzungszeit (1947-1956) war.

²⁴² Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 34

²⁴³ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 8

Adenauer schien bekömmlicher, die **Sicherheit** *nur* durch wirtschaftliche Zusammenarbeit erreichbar wäre. Durch die **wirtschaftliche** (*west-)europäische* Integration könnte der deutsche französische Gegensatz beseitigt werden. Am 07. März 1950 verkündete Adenauer in einem Interview eine „Union Frankreich und Deutschland“. 14 Tage später war er präziser und schlug eine „Union Frankreich-BRD“ in Bezug auf Zölle und Wirtschaft vor²⁴⁴. Adenauer erstrebte eine **ökonomische Integration in Westeuropa**. Für den französischen Jean Monnet war die französische deutsche Union in einem geeinten föderalistischen Westeuropa essenziell²⁴⁵.

Und vom ganzen Herzen begrüßte Adenauer den von Robert Schuman am 09.05.1950 gelegten Plan „Schuman-Plan“. (Siehe oben) »In gewisser Weise zielte dieses Projekt auf die Fortführung jener Zusammenarbeit der Eisen- und Stahlindustrie beider Länder [...] die USA begrüßten sogleich den Schuman-Plan, sahen sie doch in ihm die Möglichkeit eines Interessenausgleichs zwischen Frankreich und der BRD. «²⁴⁶

Die Unterzeichnung des Elysée-Vertrags²⁴⁷ »markierte den Höhepunkt einer Partnerschaft beider Staaten in Europa. In der Folge konnten Frankreich und Deutschland die europäische Integration entscheidend prägen. «²⁴⁸

²⁴⁴ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 35

²⁴⁵ a. a. O., S. 35 f.

²⁴⁶ a. a. O., S. 36

²⁴⁷ Am 22.1.1963 unterzeichneten der Staatspräsident de Gaulle und der Bundeskanzler Adenauer im Elysée-Palast in Paris einen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Der sogenannte Elysée-Vertrag sorgte im In- und Ausland für großes Aussehen. Mehr dazu finden Sie in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 46

²⁴⁸ Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, Seite 33

2.1.3 Adenauer und der Osten

In der (west-) europäischen Einheit sah Adenauer die Chance, das gespaltete Deutschland wiedervereinigen zu können. »Bei seinem Besuch in Amerika [...] erklärt Adenauer 1953 [...]: „Wir wollen die Freiheit. Wir verabscheuen den Kommunismus. Wir wollen daher die Zukunft des deutschen Volkes aufs engste mit den Demokratien des Westens verbinden.«²⁴⁹ Bei seinem Besuch in Amerika vertiefte Adenauer die Kluft zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Adenauer sah die Zukunft des deutschen Volks in der Westbindung. Mithin entfernte die Westbindung den deutschen Osten bzw. die deutsche Wiedervereinigung.

Unter den einstigen Umständen war es schwierig und schwerlich Stalin bzw. die SU Partner zu machen. Adenauer schien notwendig, den Westen Deutschlands und die Westdeutschen von der starken gefährlichen SU und deren Kommunismus zu bewahren. »[D]ie tiefsitzende Angst vor der Sowjetunion, das brutale Vorgehen Moskaus in Osteuropa, die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED, die Berlin-Blockade, der „Eiserne Vorhang“, die fortschreitende Gleichhaltung der „Satellitenregime“, das alles kann Stalin schwerlich zum Wunschpartner der eben erst von totalitärer Herrschaft befreiten Westdeutschen machen.«²⁵⁰ Es ist aber darauf hinzuweisen, dass die Angst und der Hass beiderseitig (*Kapitalismus/Kommunismus*) waren.

»Vor dem weltpolitischen Hintergrund dieser Jahre- „Kalter Krieg“, bewaffneter Konflikt in Korea, sowjetische Atombombe – stehen die Westalliierten schon bald vor dem Dilemma die junge Bundesrepublik Deutschland einerseits kontrollieren zu wollen, sie andererseits aber als Partner zur Verteidigung Westeuropas zu benötigen. Daraus entsteht die jahrlange Debatte über den deutschen Wehrbeitrag.«²⁵¹ In diesen Jahren „Kalter Krieg“ erreichte der Ost-West-Konflikt seinen Höhepunkt. Westdeutschland und Westeuropa sollten gegen den Ostblock sich verteidigen.

²⁴⁹ Gundelach, Thomas: Deutschland von der Aufteilung zur Einheit, Erstauflage, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 1997, Seite 28

²⁵⁰ a. a. O. S., 28 f.

²⁵¹ a. a. O. S., 29

Westdeutschland sollte daher wiederbewaffnet werden. (Siehe oben) Dies war panisch für die SU *als auch für die Westalliierten.*

Von sowjetischer Seite wurde ein **Friedensvertrag**²⁵² am 10. März 1952 vorgeschlagen, der ein neutrales geeintes Deutschland beschleunigte und die Wiederbewaffnung distanzierte. »Die Westmächte wiesen allerdings den Vorstoß in engstem Einvernehmen mit Adenauer als indiskutabel zurück [...] und die Wiederbewaffnung beschleunigt zu Ende. Am 26. Mai [1952, Anm. d. Autors] schlossen sie [...], „Deutschland-Vertrag“²⁵³ [...] Tags darauf unterzeichneten die sechs Staaten der Montanunion in Paris den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). «²⁵⁴ (Siehe oben)

Nach dem EVG-Fehlschlag »wird die Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigtes Mitglied der NATO [(Siehe oben), Anm. d. Autors]; zugleich bringt ihr der revidierte Deutschlandvertrag den entscheidenden Schritt zur Souveränität. «²⁵⁵ Weiterhin wurde die westdeutsche Souveränität in den Pariser-Verträgen am 23. Oktober 1952 bestätigt.

Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 05.05.1955 erlebte die westdeutsche Außenpolitik eine Übergangsperiode auf westeuropäischer und deutscher Ebene. »Die Westmächte sind mit den „ Pariser Verträgen“ von 1955 eine fortdauerende Selbstverpflichtung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit eingegangen. «²⁵⁶ Auf Grund von der europäischen Integration wäre die deutsche Wiedervereinigung möglich. Und der ökonomische Sektor war der einzige Ausweg. »Um die nationalen

²⁵² In diesem Entwurf eines Friedensvertrags heißt es: 1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. 2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert. Mehr dazu finden Sie in: Horst, Ferdinand: REDEN, DIE REPUBLIK BEWEGTEN, Herder Taschenbuch Verlag, Freiburg im Breisgau 1988, Seite 212 f.

²⁵³ „General“ oder „ Deutschland-Vertrag, mit dem [die Westmächte, Anm. d. Autors] der Bundesrepublik die volle Macht über die inneren und äußeren Angelegenheiten übertragen. Mehr dazu finden Sie in: Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 9

²⁵⁴ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 9

²⁵⁵ Gundelach, Thomas: Deutschland von der Aufteilung zur Einheit, Erstaufgabe, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung , Berlin 1997, Seite 30

²⁵⁶ a. a. O.

Sehnsüchte der Deutschen zu dämpfen, suchte der Bundeskanzler sein Heil in der Europapolitik, die von der Sechsergemeinschaft nach dem Fehlschlag auf der militärischen und politischen Ebene nun auf dem ökonomischen Sektor intensiviert wurde. «²⁵⁷

Der Wirtschaftsminister „Erhard Ludwig“ setzte die Bildung einer europäischen Freihandelszone (FHZ) ein. »Erhard Ludwig war der Auffassung, dass die geplante Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs zu klein und in ihrer Konzeption zu dirigistisch und hermetisch sei, um eine echte Erfolgstory für die im Wirtschaftswunder blühende Bundesrepublik zu werden. Er bezeichnete sie als volkswirtschaftlichen Unsinn und plädierte für die Schaffung einer europäischen Freihandelszone unter Einbeziehung Großbritanniens. «²⁵⁸ Hundertprozentig ökonomisch war die Ansicht Ludwigs. Im Gegensatz dazu waren *Wiedervereinigung* und *Sicherheit* Adenauer untrennbar und für notwendig. Der Kanzler plädierte für die Schaffung eines Gemeinsamen Markts und einer gemeinsamen *friedlichen* Nutzung der Atomenergie. Unterstützung fand der Kanzler natürlich beim Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, der der Auffassung war, dass eine Nation ohne Atomwaffen eine „entmannte“ Nation ist.

Adenauer war sich bewusst, dass das oppositionistische Frankreich mit einer bilateralen Rüstungskoooperation auf dem nuklearen Gebiet gelockt werden konnte. Obendrein »war [er] weder *anglophil* noch *anglophob* [...] [er, Anm. d. Autors] machte offiziell und in vertraulichen Gesprächen immer wieder deutlich, dass er eine Beteiligung Großbritanniens, damals der größte Kohle- und Stahlproduzent in Europa, begrüßen würde. «²⁵⁹

Auf lokaler –*deutscher*- Ebene und wegen innerer Zusammengehörigkeit war es auch erforderlich -und immer zugunsten *Wiedervereinigung* und *Sicherheit*

²⁵⁷ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 13

²⁵⁸ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 37

²⁵⁹ a. a. O. S., 45

Atombomben auszurüsten. SPD-Opposition, Berlinkrise²⁶⁰, Berliner Mauerbau (1961) führten allerdings zum Misslingen des Rüstungs- und Wiedervereinigungskonzepts.

»[D]ie USA [...] die Westeuropäer [...] ohne deren Forderung noch mehr Mitsprache in der Nuklearpolitik nachzukommen, und ihnen obendrein den Eindruck einer Verständigung mit der Sowjetunion vermitteln, desto mehr fühlte sich der Kanzler an die Seite Frankreichs gedrängt ["Fouchert Pläne 1962/Elysée-Vertrag 1963", Anm. d. Autors]. « ²⁶¹

²⁶⁰ Am 27. November 1958 forderte der neue sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow ultimativ die Umwandlung Berlins in eine „freie Stadt“ und schob zwei Monate später die Anregung einer Friedenskonferenz unter deutscher Beteiligung nach. Bonn lehnte das Moskauer „Friedensdiktat [...] kategorisch ab. Mehr dazu finden Sie in: Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 15

²⁶¹ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 17

2.2 Zur Ostpolitik auf der Basis der Westbindung

2.2.1 Zur Politik der Mitte

Am 16. Oktober 1963 und nach 14jähriger Amtszeit wurde die Ära Adenauer beendet und der bisherige Wirtschaftsminister "Erhard Ludwig" zum Kanzleramt gewählt. »Die neue Regierung werde nach dem offensichtlichen Scheitern des revanchistischen Konzepts²⁶² von Adenauer eine Politik der [**Entspannung**, Anm. d. Autors] und der [**Verständigung**, Anm. d. Autors] mit der UdSSR [...] den anderen sozialistischen Staaten [und den USA, Anm. d. Autors] verfolgen. «²⁶³ Im Gegensatz zum Adenauers Konzept, der die Westbindung berücksichtigte und die UdSSR bzw. SU ignorierte, war Erhards Konzept laut Ulrich Lappenküpfer **multipolarem**²⁶⁴ ²⁶⁵. Nach Wilhelm Ersil wurde Erhards Politik als **Politik der Mitte** bezeichnet²⁶⁶.

»Trotz der [**weltpolitische gegenläufigen Tendenzen**, Anm. d. Autors] bekräftigte Erhard in seiner ersten Regierungserklärung am 18. Oktober [1963, Anm. d. Autors] die Sicherheitspartnerschaft mit den USA, verpflichtete sich nachdrücklich dazu, die europäische Integration in enger Zusammenarbeit mit Frankreich voranzutreiben, und unterstrich das Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands wieder auf die Agenda der Weltpolitik zu setzen. «²⁶⁷ Erhard war sich bewusst, dass wenn der westdeutsche Staat mit der **UdSSR sich verständigen**, mit den **USA die Sicherheitspartnerschaft bewahren** und mit **Frankreich unterstützen** würde, wäre die deutsche Frage nicht nur Frage (West-) Europas, sondern Frage ganzes Europas bzw. ganzer Welt. Zugunsten der deutschen und europäischen Wiedervereinigung sollten die westdeutschen Beziehungen zu den USA und Frankreich gefestigt und zu SU und Osteuropa verbessert werden.

²⁶² =Revanchismus, der ein politisches Engagement ist und Revanche für politische und militärische Niederlagen bedeutet.

²⁶³ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 212

²⁶⁴ Sowjetisch- amerikanischer Duopol.

²⁶⁵ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 18

²⁶⁶ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 212

²⁶⁷ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 18

»[Außenministers bzw. Gerhard, Anm. d. Autors] Schröders Pläne standen am Anfang offenbar stark unter dem Einfluß der sogenannten Zweizangentheorie, wie sich auch der amerikanische Professor Brzezinski vertrat. Danach sollten bessere Beziehungen des Westens und insbesondere der Deutschen zu Osteuropa ein Hebel zur Überwindung der deutschen Teilung werden. «²⁶⁸ Erhard und Gerhard gingen davon aus, dass (West-) Europa in Anlehnung an die USA stehen, die Zusammenarbeit mit Frankreich und die EWG- Integration fortgehen sollten. Erhard war sich bewusst, dass die ostpolitischen Ziele von der Neubelebung der Europäischen Einigung abhängen. Indes wegen des MLF- Projekts²⁶⁹ stand De Gaulle gegen USA-Einfluss auf Westeuropa. Er beanspruchte, den USA-Einfluss in Westeuropa zu mindern. » Frankreich lehnte ebenfalls das MLF-Projekt und jedwede atomare Mitverfügung der BRD kategorisch ab «²⁷⁰. »Diese Situation führte 1964 [...] zur Bildung zwar sehr heterogen, aber doch deutlich sichtbarer Gruppierung von „Atlantikern“²⁷¹ und „Gaullisten“²⁷². «²⁷³

Außerdem kündigte Erhard -neben der atlantischen Partnerschaft- die Einbeziehung Großbritanniens und aller EFTA- Staaten in die EWG- Integration.

» „Europa“ soll künftig „integriert“ sein und sich auf die atlantische Allianz stützen. Es müsse für Großbritannien und andere Länder offen sein und enge Beziehungen zu den USA unterhalten. De Gaulle aber hatte am 31. Januar 1964 erneut unterstrichen, Frankreich werde keinen Vorschlägen zustimmen, die seine Souveränitätsrechte

²⁶⁸ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 213

²⁶⁹ MLF: Abkürzung für englisch Multilateral Force, „Mehrseitige Streitmacht“, MLF-Projekt: Projekt einer mit Nuklearwaffen ausgerüsteten Überwasserflotte der NATO-Länder mit gemischter Besatzung.

²⁷⁰ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 221

²⁷¹ Diese Gruppe wurde durch Bundeskanzler Erhard, Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel repräsentiert. Sie erhielt Unterstützung von einem CDU- Fraktion, der FDP-Spitze und maßgeblichen Monopolkreisen. Auch SPD- Politiker unter Führung Erler billigten diesen „Atlantismus“. Mehr dazu finden Sie in: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 215

²⁷² Zu den „De Gaullisten“ waren insbesondere die CDU und ein Teil der CDU- Fraktion zu rechnen, die trotz mancher Schwierigkeiten mit De Gaulle für eine exklusive Verbindung zwischen der BRD und Frankreich eintraten, in der sie die Basis eines westeuropäischen, mit den USA verbündeten und gegen UdSSR gerichteten Staatenblock. Ihre Sprecher waren in erster Linie der CDU- Vorsitzende Adenauer, Franz Josef Strauß und zu Guttenberg. Mehr dazu finden Sie in: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 215

²⁷³ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 215

einschränken und den Einfluss der USA auf Westeuropa ausweiten könnten. «²⁷⁴ Vor dem De Gaullistischen Widerstand steckte Erhard im Dilemma. »Einerseits glaubte sich der Kanzler mit der MLF einem zentralen Ziel seiner atlantischen Politik nahe. Andererseits hatte dieser Kurs trotz aller Bemühungen das Zerwürfnis mit Frankreich vertieft. «²⁷⁵

Vom französischen Präsidenten sowie vom deutschen bisherigen Bundeskanzler und CDU- Vorsitzende" Adenauer " wurde Erhards Kurs kritisiert. »Adenauer und De Gaulle verbanden mit dem deutschen- französischen Freundschaftsvertrag auch die Möglichkeit eines völligen Zusammenschlusses Frankreichs mit der Bundesrepublik Deutschland. Sie hofften, daß dieses enge Band zwischen Deutschland und Frankreich zum Motor für die politische Union Europas werde, der sich die anderen EWG-Staaten nicht werden entziehen können. «²⁷⁶, »der Elysée Vertrag habe »noch nicht zu den Entwicklungen geführt, die wir gewünscht haben. «²⁷⁷ «²⁷⁸

»Frankreich [drohte] beim vertraglich vorgesehenen Übergang vom Einstimmigkeitsprinzip zu Mehrheitsentscheidungen im Rat 1965 die Handlungsfähigkeit der EWG durch eine [«Politik des leeren Stuhls», Anm. d. Autors] zu blockieren. «²⁷⁹ Die Politik des „leeren Stuhls“ wurde am 29.Juni 1966 durch den sog. Luxemburger Kompromiss²⁸⁰ revidiert.

²⁷⁴ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 216

²⁷⁵ a. a. O., S. 218

²⁷⁶ Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad -Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 22

²⁷⁷ Le Monde (Paris) vom 7.7. 1964, zitiert nach: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 217

²⁷⁸ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 217

²⁷⁹ Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad -Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 23

²⁸⁰ Frankreich blieb sieben Monate lang allen Sitzungen des Ministerrates fern und betrieb seine umstrittene Politik des leeren Stuhls. Die Position de Gaulles war klar; kein Mitgliedstaat sollte in wichtigen Fragen überstimmt werden können. Er setzte sich mit dieser Forderung durch und erzwang am 27. Januar 1966 den Luxemburger Kompromiss. In diesem einigte man sich darauf, formal das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen beizubehalten, in der Praxis mussten jedoch alle wichtigen Entscheidungen im Konsens verabschiedet werden. Mehr dazu finden Sie in: Shley, Nicole / Busse Sabine et al.: KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten- Länder- Perspektiven Aktuell: Die neuen EU- Länder, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004, Seite 31

Demzufolge ebnete Frankreich den Weg für die EWG- Krise. » Im November 1964 hatte [...] [die Bonner Regierung] Vorschläge für neue Integrationsanstrengungen unterbreitet [...] [die, Anm. d. Autors] fanden Frankreich eine [...] negative Aufnahme, da sie in das Konzept der „atlantischen Partnerschaft“ eingeordnet waren [...] Um den Konflikt mit Frankreich abzuschwächen, kam die Bonner Regierung [...]] der französischen Seite hinsichtlich des gemeinsamen Getreidepreises entgegen [...] Ein Jahr lang hatte die BRD eine solche Entscheidung blockiert [...] Bis zum Jahresmitte 1965 stand eine endgültige Entscheidung über die Finanzierung des Agrarmarktes [...] auf die EWG-Kommission abhängig gemacht. «²⁸¹

Der Regierungschef "Erhard Ludwig" versuchte friedliche Strategie zu verfolgen; » [g]utnachbarliche und friedliche Beziehungen nach allen Seiten, zu allen Staaten und Völkern. «²⁸² Letztendlich misslang die Westpolitik. Erhards Kurs vertiefte die Kluft zwischen der BRD und Frankreich und was vom Adenauer verwirklicht wurde, machte Erhard zunichte.

Gegensätzlich zum Westen Europas war der Osten solidarisch. Am 12. Juni 1964 wurde ein Friedensvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vereinbart, der die Zusammenarbeit dazwischen festigen und -damit- die Sicherheit, die Stabilität und den Frieden in Europa sichern könnte²⁸³. Dieser Vertrag » verdeutlichte, daß die europäischen Probleme ohne Beteiligung des sozialistischen deutschen Staates und ohne Berücksichtigung seiner Interessen nicht lösbar waren [...] » Die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und der sozialistischen Solidarität, die die UdSSR und die DDR verbinden, sind weder Verkäufer noch käuflich, selbst wenn man dafür alles Gold der Welt anböte²⁸⁴ . «²⁸⁵ » » Ausdrücklich wies der Vertrag darauf hin, daß nur » gleichberechtigte Verhandlungen und eine Verständigung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten < den beiderseitigen Interessen und der Sicherung des

²⁸¹ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 223

²⁸² a. a. O., S. 216

²⁸³ a. a. O., S. 219

²⁸⁴ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. III, a. a. O. S. 369 ff., zitiert nach: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 219

²⁸⁵ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 219

Friedens dienlich sein konnten.«²⁸⁶ Der Friedensvertrag wies darauf hin, die sozialistische DDR von der BRD anzuerkennen. Beide Teile sollten gleichberechtigt verhandelt werden und souverän sein.

Die westdeutsche Seite wählte die „Politik der kleinen Schritte“ aus, sie präferierte **diplomatisch-psychologische** Beziehungen mit der DDR aufzunehmen. Auf dieser Ebene »[führten] Verhandlungen [...] am 17. August 1964 zu einer Vereinbarung über den Wiederaufbau der Autobahnbrücke bei Hirschberg [...] am 9. September 1964 [kam es] zum Abschluß eines Protokolls über die Regelung des grenzüberschreitenden Eisenbahnfrachtverkehrs von und nach Westberlin, der damit in einer ihm entsprechenden Form als Transitverkehr behandelt wurde.«²⁸⁷ Deshalb wurden die west- und ostdeutschen Beziehungen **technisch** bezeichnet.

Ferner drohten die ostdeutschen Beziehungen zum Nahost der BRD bzw. dem Westen. Man hatte Angst vor der (Wieder-) Aufrüstung der arabischen Welt. Deshalb »hatte USA-Präsident Johnson von Erhard [noch im Juli 1964] die Aktivierung der Rüstungshilfe für Israel verlangt [...] [Demgegenüber] [drohten] [e]inige arabische Staaten [vor allem Ägypten, Anm. d. Autors] mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.«²⁸⁸ »Von Moskau ermuntert, lud Präsident Gamal Ab del Nasser am 27. Januar [1965, Anm. d. Autors] [...] Walter Ulbricht, aus Protest gegen westdeutsche Waffenlieferung an Israel nach Kairo ein und brachte die Bundesregierung damit in eine Zwickmühle.«²⁸⁹ Mithin sah sich die Bonner Regierung vor einem Dilemma. Sie war gezwungen, keine Waffen mehr in den Nahost zu liefern, indes genötigt, die DDR offiziell anzuerkennen.

»Gegenüber den arabischen Staaten aber erklärte die Bundesregierung [Bonns, Anm. d. Autors] am 7. März 1965 mit drohender Gebärde, alle arabischen Staaten müßten wissen, daß »die Politik von Präsident Nasser die immer bewährte traditionelle

²⁸⁶ Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. III, a. a. O. S. 345., zitiert nach: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 220 f.

²⁸⁷ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 220 f.

²⁸⁸ a. a. O., S. 224

²⁸⁹ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 21

Freundschaft zwischen der gesamten arabischen Welt und Deutschland zu stören oder sogar geeignet ist ²⁹⁰. Das war nicht nur eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens, sondern auch ein Versuch, die Einheit der arabischen Staaten zu untergraben. ²⁹¹

»[D]ie Reaktion der arabischen Staaten [folgte] auf dem Fuße. Fast alle beriefen ihre Botschafter aus Bonn ab, wagten aber aus Rücksicht auf die westdeutsche Entwicklungshilfe, die aus der Sicht der Bundesregierung mehr und mehr zu einer,, moderne (n) Sicherheitspolitik “ geworden war [...] der Reputationszuwachs der DDR in der internationalen Staatenwelt schien indes kaum mehr zu stoppen zu sein. ²⁹² Laut Lappenküpfer wurde die Nahostpolitik als Debakel bezeichnet²⁹³.

Angesichts der (entstandenen) innen- und außenpolitischen Probleme (französisch-amerikanischer Konflikt, Scheitern des MLF-Projekts, EWG- Krise, Fiasko der Nahostpolitik: → »[K]omplizierte [...] innere Situation, da sich das Wirtschaftswachstum abgeschwächt hatte, was wiederum die Manövriermöglichkeiten des Kabinetts Erhard beeinträchtigte. Soziale und politische Spannungen nahmen zu. Die Jugend- und Studentenbewegung wurde aktiver. Eine außerparlamentarische Bewegung gegen das Atomwaffenstreben gewann an Einfluß. ²⁹⁴ brauchte Ludwig Erhard den Kurs zu verändern. Frieden und Stabilität waren vor allem pressant.

„ Friedensnote“, nämlich zu den Ostblockstaaten war erforderlich. Die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten sollten normalisiert und die -durch das Gewaltverzichtsabkommen- die DDR von ihren Verbündeten isoliert werden²⁹⁵.

» [B]is Mitte des Jahres 1966 [hatten] nur etwa 30 Staaten reagiert. Die sozialistischen Länder [...] wiesen die Versuchung zur Isolierung der DDR zurück. Sie ließen keinen

²⁹⁰ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 196, Nr. 41, S. 325. , zitiert nach: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 225

²⁹¹ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 225

²⁹² Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 21

²⁹³ a.a.O.

²⁹⁴ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 225

²⁹⁵ a. a. O., S. 235

Zweifel daran, daß auf dieser Basis weder Verhandlungen über Gewaltverzichtsabkommen noch eine Normalisierung der Beziehungen möglich waren. Die USA [...] Hoffnung auf „weitere Fortschritte in der Bonner Ostpolitik aus. Frankreich reagierte nicht auf die Note [...] Diese Reaktionen hatten gezeigt, daß die Erwartungen der Erhardregierung nicht oder nur sehr begrenzt erfüllt wurden [...] Im Gegenteil, trotz „Friedensnote“ verstärkte sich die Tendenz außenpolitischer Isolierung der BRD. «²⁹⁶ Wegen der revanchistischen Position Frankreichs und das Atomwaffenstreben der BRD konnten weder die deutsche Frage noch (demzufolge) die europäische reguliert werden.

2.2.2 Zur Entspannungspolitik

Nach der Demission Erhards -am 1.Dezember 1966- übernahm der bisherige Ministerpräsident von Baden-Württemberg „Kurt Georg Kiesinger“ das Kanzleramt und wurden der SPD-Vorsitzende „Willy Brandt“ zum Vizekanzler und CSU-Vorsitzende „Franz Josef Strauß“ zum Finanzminister gewählt. Somit wurden die widersetzlichen Parteien CDU/CSU und SPD in Bonner Regierung kombiniert. Die bildeten die „ Große Koalition“. »In seiner ersten Regierungserklärung am 13. Dezember ließ Kiesinger klar erkennen, [...] dass er die alten Gestade vermessen wolle. Nicht mehr Westbindung und Wiedervereinigung, sondern Friedenssicherung und Völkerverständigung stellte er im Zentrum seiner Ausführungen [...] im Gegensatz zu dem von Adenauer und Erhard verkündeten Credo: Entspannung durch Wiedervereinigung hieß Kiesingers Leitspruch Wiedervereinigung durch Entspannung. «²⁹⁷ Unter der Losung „**Wiedervereinigung durch Entspannung**“ sah Kiesinger, dass nur durch Wiedervereinigung die Verständigung mit der DDR, der Sowjetunion und den sozialistischen *europäischen* Staaten gesichert werden könnte.

»Die große Koalition beging darüber hinaus gleich zu Beginn ihrer Arbeit den taktischen Fehler, diplomatische Beziehungen mit Rumänien aufzunehmen [...] [jedoch, Anm. d. Autors] unter dem Druck der Sowjetunion, Polens und der DDR

²⁹⁶ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 235

²⁹⁷ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 23

beschloß Warschauer Pakt²⁹⁸ im Februar 1967 eine [**«umgekehrte Hallstein Doktrin»**²⁹⁹, Anm. d. Autors]. Kein Mitglied des Paktes durfte danach sein Verhältnis zur Bundesrepublik normalisieren, ehe nicht die Beziehungen der DDR und der Bundesrepublik auf eine vertragliche Grundlage gestellt waren. ³⁰⁰ »Als die Bundesrepublik mit Rumänien den Austausch von Botschaftern vereinbarte [...] legte die DDR den Hebel um und untersagte ihren Verbündeten mit Rückendeckung der Sowjetunion die Normalisierung der Beziehungen zu Westdeutschland, solange die dortige Regierung Ost-Berlin nicht anerkannt. ³⁰¹ Gemäß der sogenannten, **umgekehrten Hallstein Doktrin**“ betonte die DDR, die Verhältnisse *erst* mit den DDR-Verbündeten regeln zu müssen, solange die DDR und Ost-Berlin nicht anerkannt sind. Nachdrücklich verlangten die alliierten *europäischen* Ostblockstaaten ihrerseits, die DDR anzuerkennen.

»Die Regierung der großen Koalition war ebenfalls nicht bereit, die DDR als Staat anzuerkennen; vielmehr hoffte man noch immer sie von ihren sozialistischen Verbündeten trennen zu können [...] womit nunmehr die Existenz der DDR umschrieben wurde [...] ›Wo dazu die Aufnahme von Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands notwendig ist, bedeutet dies keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates³⁰². ³⁰³ Diplomatische -von der DDR getrennte- Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und normale Beziehungen zur DDR befürwortete Kiesinger. Dennoch wies er Kernfragen vor allem DDR- Anerkennung offiziell am 13.Juni 1967 ab.

»In einer Rede am 23. Juni kündigte der Bundeskanzler an, seine Regierung werde gegenüber der DDR eine Politik der Bewegung durchführen, für die sie auch die

²⁹⁸ Militärischer Beistandspakt, der im Kalten Krieg von den Ostblockstaaten unter Führung der SU gegründet wurde.

²⁹⁹ Die **Hallstein-Doktrin** war eine außenpolitische Doktrin der BRD (1955-1969) und bedeutet: Nur durch den Westen bzw. durch den Drittstaaten könnten diplomatische Beziehungen zur BRD aufgenommen werden. Gegensätzlich war die **umgekehrte Hallstein-Doktrin**. Sie besagt, dass nur durch diplomatische zu den osteuropäischen Ländern die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD normalisiert werden könnten.

³⁰⁰ Unbekannte Quelle

³⁰¹ Lappenkupper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 23

³⁰² Verhandlungen, Bd.63, a. a. O.3664. , zitiert nach: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 244

³⁰³ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 244

Unterstützung ihrer Verbündeten erlangen könne [...] Am 3. August 1967 vereinbarten die BRD und Tschechoslowakei dem Austausch von Handelsvertretungen [...] Am 31. Januar 1968 vereinbarten die BRD und Jugoslawien die Wiederaufnahme der 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen [...] wie schon die Aufnahme der Beziehungen zur SR Rumänien als Sonderfall zu bewerten, der nichts an der Hallsteindoktrin veränderte.«³⁰⁴ Kiesingers Regierung sah, dass das Misstrauen der osteuropäischen Länder gegenüber der Bundesrepublik abgebaut, die Verhältnisse der BRD zur Sowjetunion und zu weiteren sozialistischen Staaten verbessert werden sollten. *Mithin könnten die Beziehungen der BRD zur DDR normalisiert werden.*

Mit Aufnahme tschechoslowakischer jugoslawischer wie vorher rumänischer Beziehungen konnte die *umgekehrte* „Hallstein Doktrin“ dennoch nicht zurückkehren.

»Um neue Handlungsspielräume zu erlangen, maß die große Koalition der westlichen Komponente in der Außenpolitik eine größere Bedeutung bei [...] Sie legte Wert auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich; diese Beziehungen wurden als »Kristallisationspunkt einer Politik, die sich die Einigung Europas zum Ziel gesetzt hat«³⁰⁵. «³⁰⁶ Die deutsche französische Freundschaft, die -in der Nachkriegszeit- als primäres Ziel der europäischen Integration betrachtet wurde, erhielt den Höhepunkt in der Ära-Adenauer, währendem ging sie in die Hosen in der nachfolgenden Ära (Erhards Ära). Da die deutsche französische Partnerschaft als „Motor der Europäischen Einigung“ ausgedrückt wurde, sollten beide Länder versöhnliche Kontakte dacapo aufnehmen. » Die Kiesingerregierung war angestrebt bemüht, die Atmosphäre im Verhältnis zu Frankreich zu verbessern [...] [I]m Januar 1967 in Paris [...] bemühten sich der Bundeskanzler und sein Außenminister um eine Wiederbelebung des Elyséevertrages. Mit De Gaulle kamen sie überein, die bilateralen Konsultationen zu aktivieren, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuweiten und mit den anderen

³⁰⁴ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 250 f.

³⁰⁵ Vgl. Verhandlungen, Bd.63, a. a. O.3664. , zitiert nach: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 243

³⁰⁶ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 243

EWG-Mitgliedern die weitere Verwirklichung der Römischen Verträge zu erörtern. «³⁰⁷ Hingegen entstanden zwischen den beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten über die Beitrittsversuche Großbritanniens. »Die BRD trat sowohl für die EWG-Aufnahme [**Großbritanniens**, Anm. d. Autors] als auch Dänemarks, Irlands und Norwegen, die ebenfalls Beitrittsverträge gestellt hatten, ein. Sie betrachtete das aber weder als Vorbedingung eines weiteren Fortgangs der EWG-Integration noch einer politischen Kooperation. Frankreich hingegen lehnte weiter kategorisch einen britischen EWG-Beitritt ab. «³⁰⁸ als Großbritannien den Beitrittsantrag zur Gemeinschaft am 10. August 1961 stellte. Von Frankreich wurde der britische EWG-Beitritt definitiv in 1963 nicht akzeptiert. *Aus wirtschaftlichen und monetären Gründen war De Gaulle dagegen*³⁰⁹. Am 10. Mai **1967** wurde der Antrag des Beitritts erneut gestellt und keineswegs angenommen. »Die Verhandlungen mit Großbritannien gestalteten sich schwierig, weil einerseits das Land die supranationale Orientierung der EWG mit Skepsis betrachtete und andererseits v.a. Frankreich Großbritannien mehr als „trojanisches Pferd“ für US-amerikanischen Einfluss sah. «³¹⁰ Es muss aber beleuchtet werden, dass Großbritannien nach dem Rücktritt De Gaulles der EWG in 1973 beiträt. (Siehe unten)

»Nunmehr kritisierte auch die „gaullistische Fraktion“ in der CDU/CSU die französische Haltung. Auf der Landesversammlung der CSU Anfang Juli 1967 führte Strauß aus, daß Westeuropa nur mit einem wirtschaftlichen Großraum stärkeres Gewicht erhalten könne, „darum muß die Türe des Gemeinsamen Markts für andere Länder offengehalten werden“. Er appellierte an Frankreich, gemeinsam mit der BRD den „politischen Kern“ eines vereinten Westeuropa zu bilden, denn nur so könne es ein gleichwertiger Partner der USA werden und eine wirkungsvolle Ostpolitik betreiben. «³¹¹ Strauß war der Auffassung, dass wenn Westeuropa -vor allem Frankreich und die BRD- vereint wäre, eine ernsthafte und effektvolle Ostpolitik

³⁰⁷ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 245 f.

³⁰⁸ a. a. O., S. 246

³⁰⁹ Hellwig, Renate: Der Deutsche Bundestag und Europa, Verlag Bonn Aktuell, München 1993, Seite 38

³¹⁰ Pollak, Johannes / Slominski, Peter: Das politische System der EU, 2. Auflage, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien 2012, Seite 31

³¹¹ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 246

verfolgen und *aller* europäischen Staaten offen stehen würde, es als paritätischem Partner der USA betrachtet werden könnte.

In diesem Zusammenhang sollte die Bundesrepublik ihre Freundschaften mit den USA festigen. »In der Festigung der Beziehungen mit den USA, der Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich und in dem Fortgang der EWG-Integration sah die Regierung entscheidende Voraussetzungen für eine „neue Ostpolitik“ [...] Um einer weiteren Isolierung der BRD zu entgehen, sah sich die Kiesingerregierung genötigt, endgültig von Konzepten Abstand zu nehmen, nach denen Schritte zur „Wiedervereinigung“ als Voraussetzung und Bedingung der Entspannung bewertet wurden. «³¹²

Nur durch „Wiedervereinigung“ könne die „Entspannungspolitik“ gut ankommen. Auf der einen Seite wollte Kiesinger -mit der SPD- die Beziehung zum ostdeutschen Teil entspannen. Auf der anderen Seite war die Entspannungspolitik der Bundesrepublik von den USA erzwungen. »Der gemeinsame Wille zur Macht zwang die beiden Flügel der Großen Koalition zum außenpolitischen Konsens. Da sie ihre politische Ehe aber nur auf Zeit abgeschlossen hatten, blieben die Differenzen latent bestehen und führten vor allem in der Deutschlandpolitik zu mancher **[Widersprüchlichkeit, Anm. d. Autors.]** «³¹³

Zu den Kerngründen, die die deutsche und europäische Vereinigung behinderten, gehörte das Kernwaffenstreben der BRD. Um diese revanchistische Position der BRD zu bewältigen wurde Vertrag über die **Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen** abgemacht. »Der Abschluß des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien (1.7.1968), dem in rascher Folge zahlreiche Staaten beitraten, war eine deutliche Niederlage für das Kernwaffenstreben führender Kreise der BRD. «³¹⁴ »[N]eue Anstrengungen für die „politische Einigung Europas“ [forderte] [Strauß demzufolge, Anm. d. Autors], um

³¹² Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 244

³¹³ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 23

³¹⁴ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 255

mehr Einfluß auf die US-amerikanische Politik zu erlangen. › Diese Überlegungen verlangen politische Konsequenzen, die mir der deutsch- französischen Partnerschaft beginnen, sich über die Entwicklung und Erweiterung der europäischen Gemeinschaften fortsetzen und mit einer zunächst koordinierten, später integrierten Verteidigungs- und Außenpolitik Europas enden³¹⁵. «³¹⁶ Einerseits hatte der „Vertrag über Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen“ negative Auswirkungen auf das (west) deutsch- amerikanische Verhältnis, aber andererseits führte er erneut zur deutsch- französischen Freundschaft: USA, UdSSR vs. BRD und Frankreich. Diese Dilemmas drängten die BRD zur nötigen Erweiterung der EWG-Integration. »Der [westdeutsche, Anm. d. Autors] Außenminister [regte] ein pragmatisches und paralleles Vorgehen zwecks Ausbau und Erweiterung der EWG an: mittels handelspolitischer Arrangements zwischen der EWG und den beitrittswilligen Ländern sowie technologische Zusammenarbeit und ständiger Kontakte über wirtschaftliche und politische Probleme sollte die EWG- Erweiterung systematisch vorbereitet werden [...] durch eine koordinierte Wirtschaftspolitik, durch agrarpolitische, währungspolitische und technisch- wirtschaftliche Zusammenarbeit der EWG-Staaten die Integration fortzuführen und die Organisationen von EWG, EURATOM und EGKS zu vereinen. «³¹⁷ Diese Vorschläge wurden von Italien und den Beneluxstaaten begrüßt, indem äußerte die französische Regierung dagegen, innenpolitische Probleme sollten ehe gelöst werden³¹⁸.

Mit dem kontinuierlichen Widerstand Frankreichs konnte Europa keineswegs die Stabilität erreichen. Deswegen führten die Staaten des Warschauer Paktes in Budapest im Jahre 1969 für eine [**europäische Sicherheitskonferenz**, Anm. d. Autors.] ein. »Diese Initiative rückte erneut die Aufgabe in den Vordergrund, Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Kontinent durch umfassende Vereinbarungen zwischen allen europäischen Staaten zu gewährleisten; [...] sich an Erfordernissen einer Entspannung orientierte [...] [und] auf der zentrale Fragen der Friedenssicherung und

³¹⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung (München) vom 31.10/1.11.1967, zitiert nach: Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 255

³¹⁶ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 255

³¹⁷ a. a. O., S. 257

³¹⁸ a. a. O.

Zusammenarbeit in Europa erörtert werden sollte. «³¹⁹ Die DDR sah darin die Chance, anerkannt werden zu können. Indes -auf Vorschlag sozialistischer Staaten - war ihre Teilnahme **darauf** nicht akzeptabel und logischerweise wurde ihre Anerkennung am 30. Mai 1969 gehalten. »[Die sozialistischen Staaten, Anm. d. Autors] hielten die gleichberechtigte Teilnahme der DDR an einer europäischen Sicherheitskonferenz völlig unannehmbar [...] Diesen Staaten wurden bei der Aufnahme normaler Beziehungen zur DDR Repressalien angedroht. «³²⁰ Dessen ungeachtet wurde diese Initiative positiv von vielen kapitalistischen -und sozialistischen- Staaten verurteilt und befürwortet.

Die Kiesingerpolitik wurde als „ Hauptherd der im Herzen Europas“ betrachtet, da »sie an die Völker Europas, darunter die Bevölkerung der BRD, für die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze und der Grenzen zwischen der BRD und DDR, für die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, für die Verhinderung des Zugangs Westdeutschlands zu Kernwaffen in jeglicher Form, für den Verzicht der BRD auf die Alleinvertretungsanmaßung, für die Anerkennung Westberlins als besondere politische Einheit [...] auf der Grund wirklicher Entspannung und gegenseitigen Vertrauens [appellierte]. «³²¹

³¹⁹ Ersil, Wilhelm: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986, Seite 261

³²⁰ a. a. O., S. 262

³²¹ a. a. O., S. 263

2.3 Zur aktiven Ostpolitik

2.3.1 Zur neuen Friedenspolitik

Kiesinger ist gegangen, Willy Brandt (der bisherige SPD-Vorsitzende) und kein anderer wurde zum neuen Bundeskanzler am 21. Oktober 1969 gewählt. Der FDP-Politiker Walter Scheel wurde als Außenminister eingesetzt.

Anknüpfend an der „Großen Koalition“ machte der neue Bundeskanzler mit der Friedenspolitik“ weiter. Der erste Schritt war die Verständigung mit der SU und Polen. Angesichts beider Verträge: „Moskauer Vertrag“³²² mit der Sowjetunion und „Warschauer Vertrag“³²³ mit Polen konnte die Bundesrepublik die verlorenen Ostgebiete -gegenüber endgültiger Verzicht auf die neue Westgrenze Polens sowie der Oder-Neiße-Linie - wiedererlangen. »Brandt und [der sowjetische, Anm. d. Autors] Ministerpräsident Alexej Kossygin [...] verpflichteten sich beide Regierungen zum gegenseitigen Gewaltverzicht, erkannten die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und verabredeten den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit [...] Aus Rücksicht auf polnische Empfindlichkeiten bekräftigte Brandt im Warschauer Vertrag [...] mit Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz die Unverletzlichkeit der „bestehenden Grenzlinie“ als „westliche Staatsgrenze“ Polens, verzichtete auf die Anwendung von Gewalt. «³²⁴

Brandts Regierung zielte auf Frieden und Entspannung zwischen Ost und West; vor allem zwischen den beiden Kräftepunkten (USA/SA) mithin zwischen den beiden deutschen Staaten. »Bei seiner Politik ging Willy Brandt davon aus, daß ein im Zentrum Europas gelegenes Land 25 Jahre nach dem Ende des Krieges darangehen müsse, die bestehende Disparität zwischen aktiver Westpolitik und passiver Ostpolitik abzubauen. Ferner ist er der Meinung, daß Europa auf lange Sicht nicht durch die Konfrontation feindlicher Militärallianzen an der Elbe, sondern nur durch eine stabile

³²² Bilateraler Vertrag zwischen der BRD und der SU, er wurde am 12. August 1970 ratifiziert.

³²³ Bilateraler Vertrag zwischen der BRD und Polen, er wurde am 7. Dezember 1970 unterschrieben und am 17. Mai 1972 unterzeichnet.

³²⁴ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 29

Friedensordnung geschützt werden könne, diese aber nur dann verlässlich sein werde, wenn sie wirklich den Interessen aller diene. Die Voraussetzung dafür ist nach seiner Meinung eine Entspannung zwischen Ost und West, die aber ihrerseits wiederum die Entkrampfung der deutschen Frage zur Voraussetzung hat. «³²⁵ Ausgehend von, dass Deutschland Zentrum Europas und Treffpunkt beider *widersetzlichen* Großmächte der Welt war, sah Brandt in der Entspannung die Möglichkeit Deutschland DEMZUFOLGE EUROPA wiederzuvereinigen.

Von diesem Standpunkt ausgehend gelang er neue Einsicht; auf der Basis **Ostverträge** entwickelte er eine *neue* (Ost-)Deutschlandpolitik. Die Ostverträge wurden als Brücke bezeichnet. Dadurch könnten die Grenzen bzw. die Feindschaften europäischer Nachbarn *in erster Linie die DDR und die BRD* abgebaut werden. »*In der ganzen Welt galten diese Ostverträge als Zeichen der Entspannung und als Erfolg im Bemühen um eine friedliche Koexistenz. Am 10. Dezember 1971 erhielt Brandt den Friedensnobelpreis, weil er » alte Kriegswunden « schließen half und » die Hand der Versöhnung über alte, feindliche Grenzen hinaus ausgestreckt hat.* «³²⁶

Im Dezember 1971 trafen sich die vier betreffenden Mächte: Die drei Westmächte (USA, Frankreich und Großbritannien) und die SU in Bonn um „Berlin- Frage“ bzw. West- Berlins-Frage zu lösen. Sie behielten ihre Rechte und kamen zum freien Zugang nach Westberlin an. Dieses Viermächte-Abkommen führte zum „**Grundvertrag**“ zwischen der BRD und der DDR. » Im Sommer 1972 begannen [Mitarbeiter Brandts, Anm. d. Autors] Bahr und Kohl Verhandlungen über eine Normalisierung der deutsch-deutschen Sonderbeziehungen, wobei [...] die geführten Gespräche zwischen Bahr und Vertretern der Westmächte bzw. der Sowjetunion gelangen. Am 21. Dezember unterzeichneten die Staatssekretäre den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, mit dem sich beide Staaten, ohne formelle gegenseitige Anerkennung, zu guter Nachbarschaft auf der Basis der Gleichberechtigung und der Unverletzlichkeit

³²⁵ Gräfin Dönhoff, Marion: Deutsche Außenpolitik von Adenauer bis Brandt: 25 Jahre miterlebt und kommentiert von Marion Gräfin Dönhoff, Christian Wegner Verlag GmbH, Hamburg 1970, Seite 11

³²⁶ Unbekannte Quelle

der Grenzen verpflichteten. «³²⁷ Dem „Grundvertrag“ entsprechend konnten beide Teile Deutschlands normale gutnachbarliche Verhältnisse zueinander entwickeln und gleichgestellt werden.

»Einen neuen Stein des innenpolitischen Anstoßes bot der von Brandt am 11. Dezember 1973 unterzeichnete [„**Prager Vertrag**“, Anm. d. Autors] mit der Tschechoslowakei [...] Am 19. Juli [1974] trat das Abkommen in Kraft. Damit unterhielt die Bundesrepublik zu allen Staaten des Ostblocks mit Ausnahme Albaniens diplomatische Beziehungen. «³²⁸ Sozialistische europäische Länder, mit denen die BRD diplomatische Beziehungen aufnahm, konnten (trotz des französischen Widerstands vor allem gegenüber den NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten) an KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und an MBFR-Konferenzen (Mutual Balanced Forces Reductions) beteiligen.

»Diese Vertragspolitik erforderte die parallele Unterstützung und Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Westen. Die damaligen Oppositionsparteien CDU/CSU fürchteten, daß die Ostpolitik zu lastender Westbindung gehen könnte. In seiner ersten Regierungserklärung bekräftigte Brandt aber: Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Die europäische Integration war deshalb eine wichtige Rahmendingung deutscher Ostpolitik- das vitale Interesse der Bundesrepublik Deutschland am Gelingen der Integration bestand unter der gewandelten Lage fort. «³²⁹ Solange das deutsche Gelände geteilt war, blieb Brandts Politik erfolglos. Der deutsche West und der deutsche Ost sollten -zugunsten der deutschen und der europäischen Einheit- sich unterstützen.

»Die Rahmenbedingungen dafür schienen seit dem Rücktritt de Gaulles 1969 nicht schlecht [...] [D]er neue Staatspräsident Georges Pompidou [unterstützte] die Bemühungen der EG um eine zweite [„ **relance européenne**“, Anm. d. Autors] und gab auch den von de Gaulle gepflegten Widerstand gegen einen britischen Beitritt auf [...]Unter tatkräftiger Mithilfe der Bundesregierung schuf die EWG im März 1972 mit

³²⁷ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 30

³²⁸ a. a. O., S. 31

³²⁹ Unbekannte Quelle

den Neumitgliedern Großbritannien und Irland einen Europäischen Wechselkursverbund, die „Währungsschlange“. «³³⁰ (Siehe oben). Rücktritt de Gaulles (1969) markierte -und dank deutscher Vermittlung- in der der Geschichte Europas eine historische Zäsur →(Norderweiterung, Währungsunion).

In 1973 erreichten die ökonomischen Probleme wegen der Ölkrise³³¹ ihren dramatischen Höhepunkt. »In der Ölkrise, die mit dem Angriff gegen Israel im November 1973 begann, nahmen die Deutschen keine Sonderrolle. Die Gemeinschaft hat sich vor den arabischen Ölstaaten in Kopenhagen selbst gedemütigt. [Was aber nichts daran änderte, daß der Grundlagenvertrag, der für beide deutsche Staaten manches regelte, zwischen beiden Beteiligten direkt ausgehandelt worden war. Man nahm dies nicht allzu ernst, auch weil der Westen - die USA und die Gemeinschaft- nicht so sehr in den Problemen der Gesellschaft in dieser Region der Welt beschäftigt war, sondern mit den dramatischen Auswirkungen des neuen israelischen-arabischen Krieges]. «³³² Durch den Grundlagenvertrag³³³ konnte die BRD nichts gegenüber der Ölkrise tun. Die BRD sowie die EG wurden nach Alfred Grosser als Opfer der amerikanischen Politik betrachtet.

»Der Ausbruch des israelisch-arabischen Jom-Kippur-Krieges³³⁴ spitzte das erneut aktive „Dreiecks- Dilemma“[...] zwischen Bonn, Washington und Paris dramatisch und stellte auch das deutsch-israelische Verhältnis auf eine Probe. Sämtliche Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nahost- Konflikts, die Brandt wenige Monate zuvor bei einem Besuch in Israel, dem ersten eines Bundeskanzlers, unternommen hatte, waren durch den Waffengang zunichte gemacht [...] mit einem Lieferboykott [erbrachten die arabischen Staaten]die westlichen Industrieländer in arge

³³⁰ Lappenküpper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 31 f.

³³¹ Als im Oktober 1973- zum jüdischen Yom Kippur- im Nahen Osten ein neuer Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ausbrach. Als der arabische Krieg nicht zu dem erwarteten und von der eigenen Propaganda versprochenen raschen Sieg führte, sondern Israel nach schweren Verlusten allmählich militärisch die Oberhand gewann, faßten mehrere Erdölexportierende arabische Länder den Beschluß, Öl als Waffe einzusetzen: Mit einem Lieferboykott gegen die USA und die Niederlande, der schrittweise auch auf andere westliche Staaten ausdehnt. Unbekannte Quelle

³³² Grosser, Alfred: Deutschland in Europa, 2. Auflage, Beltz Quadriga Verlag, Weinheim und Basel 1998, Seite 129

³³³ Bilateraler Vertrag zwischen der BRD und der DDR, er wurde am 21. Dezember 1972 geschlossen.

³³⁴ Krieg von 21 Tagen (vom 6. bis zum 25. Oktober 1973), er wurde also am höchsten jüdischen Feiertag,, **Jom Kippur**“ von Ägypten, Syrien und anderen arabischen Staaten gegen Israel geführt.

Schwierigkeiten. «³³⁵ Anfang 1974 trat Frankreich aus der „Währungsschlange“ aus und am 6. Mai demissionierte Willy Brandt.

2.3.2 Zur Sicherheitspolitik durch Ökonomie

Zur Kanzlerschaft wurde der bisherige Finanzminister Helmut Schmidt am 16. Mai 1974 gewählt. Als Außenminister saß nun Hans Dietrich Genscher am Kabinetttisch. »Schmidts außenpolitisches Denken wurde anders als das seines Vorgängers Brandt nicht von der Vision einer gesamteuropäischen Friedensordnung, sondern von der nüchternen Einschätzung deutscher Interessen und militärischer Notwendigkeiten geprägt. Sicherheit konnte [...] durch eine florierende Wirtschaft und durch ein politisch-militärisches Gleichgewicht zwischen den beiden Blöcken gewinnen. «³³⁶ Der Kanzler sah sich, dass nur durch Ökonomie bzw. durch feste wirtschaftliche Beziehungen zum Ostblock können die friedlichen normalisiert werden. Durch Ökonomie könne der Frieden zwischen den beiden Blöcken realisiert werden.

Zur militärisch-politischen Sicherheit versuchte die Bundesregierung seit 1969 (Warschauer-Vertrag, Moskauer-Vertrag und Prager -Vertrag) beizutragen. Dennoch war Schmidtregerung sicherheitspolitisch ökonomisch geprägt³³⁷. »Die [**sozial-liberale**, Anm. d. Autors] Nachfolgeregerung unter Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher sah sich mit Aufrüstungsbemühungen des Warschauer Paktes konfrontiert. Schmidt versuchte die Annäherungspolitik gegenüber dem Osten zunächst durch ökonomische Anreize fortzuschreiben [...] Daher wurde das Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz umso wichtiger [...] Ein zentrales Interesse der Bundesrepublik war die multilaterale Absicherung ihrer bis dahin weitgehend bilateralen Ostpolitik. «³³⁸ Für die sozial-liberale Bundesregierung wäre **multilaterale** Entspannung durch die **bilaterale** erreichbar. Die bestrebt *primär* eine bilaterale (Westeuropa/Osteuropa) und *demzufolge* multilaterale (USA/SU: Weltweit) eine

³³⁵ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 32 f.

³³⁶ a. a. O.

³³⁷ Vgl. C. Colschen, Lars: Deutsche Außenpolitik, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010, Seite 176-183

³³⁸ C. Colschen, Lars: Deutsche Außenpolitik, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010, Seite 183

Zusammenarbeit. Das Ziel DAZWISCHEN war ein Doppeltes: Zum einen die Grenzen der Nachkriegsordnung anzuerkennen und zum anderen die wirtschaftliche Kooperation zu verstärken. Zu diesem Zweck und im Bezug auf die drei Körbe³³⁹ wurde eine KSZE in 1975 in Helsinki unterschrieben.

»Mit ebenso gutem Recht konnte die Bundesregierung darauf hinweisen, dass die Mitarbeit an der KSZE das Ansehen der Bundesrepublik und ihren politischen Bewegungsraum vergrößere. 1977, vier Jahre nach dem Beitritt zur UNO, übernahm sie erstmals den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat: 1978 fungierte sie als Gastgeberin eines jener Weltwirtschaftsgipfel, die Schmidt 1975 mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing initiiert hatte. «³⁴⁰ Hingegen sah die globale Lage der BRD grundschlecht und instabil (sowjetische Raketenaufrüstung, Neutronenwaffen in USA) aus. Überdies war das Ost-West-Verhältnis von Bürgerkrieg Afghanistans und Verhängung des Kriegsrechts (Streiks und Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern) Polens sowie vom iranisch-irakischen Krieg betroffen³⁴¹. »Wenn die Sowjetunion dort, wo sie das Risiko für gering erachtet [...] so gefährdet sie dadurch auch die Glaubwürdigkeit ihrer Anpassungspolitik in Europa. «³⁴²

»Alle [...] Entwicklungen stürzten die Ost-West-Beziehungen in eine tiefe Krise (u.a. Verurteilung der Intervention in Afghanistan, Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau). Bei einer Abkehr von der Entspannungspolitik hatte die Bundesrepublik viel zu verlieren. Ihre Politik beruhte ja nicht auf einer Lösung der Nachkriegsprobleme, sondern auf einem fragilen Modus Vivendi³⁴³ für die offen gehaltene Frage der

³³⁹ Betreffs der KSZE [fanden ab 3. Juli 1973] Verhandlungen der 35 der Teilnehmerstaaten in zahlreichen Kommissionen und Unterkommissionen in Helsinki statt und bezogen sich auf drei sogenannte Körbe [...] in Korb I wurden Fragen der europäischen Sicherheit und vertrauensbildenden Maßnahmen sowie eine Prinzipienklärung erörtert. In Korb II befasste sich primär mit der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit. In Korb III wurde [Sic] humanitäre Fragen verhandelt [...] Letztendlich war die 1975 in Helsinki unterzeichnete KSZE-Schlussakte ein Deal zwischen Anerkennung der Grenzen der Nachkriegsordnung und stärkerer wirtschaftlicher Kooperation. Mehr dazu finden Sie in: C. Colschen, Lars: Deutsche Außenpolitik, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010, Seite 184

³⁴⁰ Lappenküpper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 34

³⁴¹ Vgl. Lappenküpper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 35; vgl. C. Colschen, Lars: Deutsche Außenpolitik, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010, Seite 185 f.

³⁴² Unbekannte Quelle

³⁴³ Lebens- und Verständigungsweise: Zusammenleben, zusammenarbeiten.

Wiedervereinigung. «³⁴⁴ Nun sollte die BRD -anstatt mit den Nachkriegsfolgen - mit der deutschen Frage- sich beschäftigen. Erforderlich sollte die Außenpolitik der BRD nicht nur auf den Osten begrenzt sein, sondern ganzes Europa betreffen. Die BRD sollte *zielstrebig* in die Weltwirtschaft integrieren.

Doch drängte die Weltwirtschaftskrise nicht nur die europäischen Länder –darunter Deutschland-, sondern alle Industrieländer zu unterstützen, um den schädlichen wirtschaftlichen Zustand *weltweit* zu verbessern. » Die Staats- und Regierungschefs der führenden marktwirtschaftlichen Demokratien Nordamerikas, Europas und Ostasiens suchten [...] nach einer gemeinsamen Politik zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise [...] Sie beschlossen, sich zu einem Weltwirtschaftsgipfel auf Schloß Rambouillet bei Paris im Jahr 1975 zu treffen. [Gefolgt von vier Weltwirtschaftsgipfeln hintereinander (Puerto Rico, 1976/ London, 1977/ Bonn, 1978/ Tokio, 1979) bis Versailles in 1982. Zukünftig Williamsburg (1983), Bonn (1985), (Tokio 1986), (Paris 1989) und der Gipfel von Houston 1990, Anm. d. Autors]. «³⁴⁵ Das multilaterale Treffen sah die neue Bundesregierung (und die anderen Regierungschefs) als notwendig an, die internationalen Konflikte zu überwinden und vor allem die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken. Davon ausgehend und im Rahmen des wechselseitigen Interesses sollten die Industrieländer mit den Entwicklungsländern kooperieren.

»[Die Weltwirtschafts- Gipfeltreffen dienten somit der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit ebenso wie die Bewahrung nationaler demokratischer Autonomie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. «³⁴⁶

³⁴⁴ C. Colschen, Lars: Deutsche Außenpolitik, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010, Seite 186

³⁴⁵ Deutsch, Klaus Günter: Weltmarktintegration und wohlfahrtsstaatliche Politik: Die Bundesrepublik Deutschland auf den Weltwirtschaftsgipfeln, 1975-1990, LIT Verlag, Münster; Hamburg 1991, Seite 7

³⁴⁶ Grundlegend zu diesem Spannungsverhältnis: Karl Kaiser, Transnational Relations as a Threat to the Democratic Process, in: Robert O. Keohane/ Joseph S. Nye, Jr. (Eds.), **Transnational Relations and World Politics, Cambridge, Mass., 1971, S. 356-370; siehe** auch Richard N. Cooper, The Economics of Interdependence. Economic Policy in the Atlantic Community, New York 1968, S. 4; Robert Gilpin, The Political Economy of International Relations, Princeton 1987, S.63; Robert D. Putnam/ Nicholas Bayne, Weltwirtschaftsgipfel im Wandel. Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1985, S. 1-7, bzw. Robert D. Putnam/ Nicholas Bayne, Hanging Together. Cooperation and Conflict in the Seven-Power Summits, Cambridge, Mass., 1987(zweite, geänderte und erweiterte Auflage), zitiert nach: Deutsch, Klaus Günter: Weltmarktintegration und wohlfahrtsstaatliche Politik: Die Bundesrepublik Deutschland auf den Weltwirtschaftsgipfeln, 1975-1990, LIT Verlag, Münster; Hamburg 1991, Seite 7

»Interdependenz bestimmt heute auch Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern: Brauchen die Industrieländer Rohstoffe und Öl der Entwicklungsländer, so brauchen diese Kapital, Technologie und Getreide der Industrieländer. Jede Seite braucht für den Absatz ihrer Politik den Markt zu anderen. «³⁴⁷ Die Interdependenz bzw. die wirtschaftliche Kooperation könnte nicht nur dem wirtschaftlichen Wachstum, sondern auch dem sozialen Fortschritt dienen. »Sie bringt aber ebenso eine große Chance: Durch Kooperation können wir heute gemeinsam wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt für alle erreichen. Kooperation muss deshalb heute wie für die Zukunft die Grundlage des Zusammenlebens auf dieser Erde sein. «³⁴⁸

Anlässlich, soll das erste Lomé-Abkommen (1975) erwähnt werden, das die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP- Staaten. (Siehe oben). »Wie mit Afrika südlich der Sahara ist die Gemeinschaft auch mit den anderen Ländern des südlichen und östlichen Mittelmeers durch enge geographische Nähe, historische Beziehungen und eine besondere starke Interdependenz verbunden [...] Die Zusammenarbeit mit den arabischen Mittelmeerländern und mit Israel soll beitragen zu einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung der Region; sie soll dadurch auch die Lösung der schwierigen politischen Probleme leichter machen. «³⁴⁹ Europa, Afrika und die arabischen Länder im Mittleren und im Nahen Osten sind geographisch und historisch verbunden. Dieses Verhältnis könnte bei der Beseitigung der Konflikte *genauer gesagt beim Bewältigen der Ölkrise* und bei dem wirtschaftlichen Erfolg wirken. »Mit anderen Worten also [fasste BRD-Außenminister auf, Anm. d. Autors]: Das wirtschaftliche Wachstum des Westens und gerade auch das Wachstum *unserer eigenen* Volkswirtschaft, die in so hohem Maße in die Weltwirtschaft integriert ist, hängt heute wesentlich auch davon ab, daß die kooperative Beziehung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern erhalten bleibt, und d.h., daß es gelingt, die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Ordnung der Weltwirtschaft in konstruktive

³⁴⁷ Dietrich Genscher, Hans: Deutsche Außenpolitik, Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart 1977, Seite 85

³⁴⁸ a. a.O., S. 86

³⁴⁹ Dietrich Genscher, Hans: Deutsche Außenpolitik: Ausgewählte Grundsatzreden 1970-1980, Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart 1981, Seite 169 f.

Bahnen zu lenken. «³⁵⁰ Die Bundesregierung begrüßte und unterstützte die Weltwirtschaftintegration, explizit die Kooperation der Industrieländer mit den Entwicklungsländern. Die müsste weiter bleiben und erleichtert werden.

»Die Öffnung der Märkte der Industrieländer soll den Entwicklungsländern einen steigenden Anteil am Welthandel sichern. Die Bundesregierung setzt sich deshalb für einen Abbau tarifärer und nicht- tarifärer Handelshemmnisse ein und wirkt im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bei den laufenden GATT- Verhandlungen³⁵¹ darauf hin, den Zugang der Entwicklungsländer zu den Importmärkten der Industrieländer weiter zu verbessern. «³⁵² »Die Bundesrepublik Deutschland war und ist bei der Öffnung der Märkte zugunsten der Verarbeitungsprodukte der Entwicklungsländer Vorreiter. Als dynamische Volkswirtschaft sieht sie die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung als auch im eigenen Interesse liegend an. «³⁵³

»Mit zahlreichen Verstößen hat die Bundesrepublik also auch unter Willy Brandt und Helmut Schmidt ihr europäisches Engagement und ihre Integrationsfreundlichkeit bewiesen. Oft ging sie als „Musterschüler“ in der europäischen Einigung voran, bereit, auch finanziell mehr zu leisten als die EG-Partner. Damit hat die Bundesrepublik sowohl unter Brandt als auch unter Schmidt ihren Beitrag zur Vertiefung und zum Ausbau der Europäischen Gemeinschaft. «³⁵⁴

³⁵⁰ Dietrich Genscher, Hans: Deutsche Außenpolitik, Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart 1977, Seite 27

³⁵¹ Die Europäische Gemeinschaft ist bei weitem der größte Exporteur der Welt. Keine Region ist stärker als sie darauf angewiesen, daß der offene Handel erhalten bleibt. Aus ureigenem Interesse muß deshalb die Gemeinschaft eine Kraft für die Freiheit des Welthandels sein. Sie war dies bisher. Sie muß es weiter bleiben. Dies aber setzt voraus, daß sie im Inneren weiter bereit ist, den von offenen Märkten ausgehenden Strukturwandel zu akzeptieren und zu bewältigen. Mehr dazu finden Sie in: Dietrich Genscher, Hans: Deutsche Außenpolitik, Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart 1977, Seite 166 f.

³⁵² Dietrich Genscher, Hans: Deutsche Außenpolitik, Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart 1977, Seite 92 f.

³⁵³ a. a. O., S. 93 f.

³⁵⁴ Unbekannte Quelle

2.4 Zur aktiven Friedenspolitik und Einigung Europas

Am 1. Oktober 1982 wurde der bisherige CDU-Vorsitzende Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt. Der neue Bundeskanzler war die Aufgabe, den **permanenten** Gegensatz zwischen den USA und der SU -im europäischen Gelände- zu beenden und ihre Beziehungen zu stabilisieren. Demzufolge eine neue **aktive Friedenspolitik** in Europa treffen zu können. »[Kohl] bekannte sich in seiner ersten Regierungserklärung am 13.Oktober mit Nachdruck zu beiden Teilen des NATO-Doppelschlusses und würdigte die westliche Allianz als „Kernpunkt deutscher Staatsräson“³⁵⁵. Er kündigte eine Stabilisierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen sowie die Öffnung neuer Wege zur europäischen Einigung an und verpflichtete sich zu einer „aktiven Friedenspolitik“ gegenüber der Staaten Mittel- und Osteuropas. «³⁵⁶ Kohl gab Deutschlands- und Europapolitik einen neuen Impuls. Die BRD sollte vor allem an den Westen festgebunden werden. Mit Hilfe des Nordatlantikpakts³⁵⁷ könnten das militärische Gleichgewicht zwischen den USA und der SU hervorgebracht und der Ost-West-Konflikt beendet werden. Logischerweise könnten somit neue Wege für die Europäische Einigung aufgesperrt werden. Für die zwei Europas wäre die Einigung regsamer und leichter.

³⁵⁵ In seiner ersten Regierungserklärung am 13.Oktober 1982 unterstrich er diese doppelte Einbindung Deutschlands und erklärte die Westbindung zur Staatsräson: «Erstens: Wir werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielficht befreien, die Freundschaft bekräftigen und stabilisieren ... Zweitens: Die Bundesregierung erneuert ihr Bekenntnis zum Atlantischen Bündnis. Es ist die Grundlage unserer Politik der aktiven Friedenssicherung ... Drittens: Unser vordringliches Ziel ist es, das notwendige militärische Gleichgewicht durch konkrete ausgewogene und nachprüfbarere Verhandlungsergebnisse auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen herzustellen und zu stabilisieren ... Viertens: Wir wollen neue Wege zur Einigung Europas öffnen. Die europäische Idee hat Versöhnung über die Grenzen hinweg geschaffen und den Grundstein für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst eine Politik für den Frieden in Freiheit ... ». Mehr dazu finden Sie in: Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad - Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 34

³⁵⁶ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 39

³⁵⁷ Er fand in Washington am 4. April 1949 statt und am 24. August 1949 trat der Vertrag in Kraft. Ziel war es, sämtliche NATO-Partner gegen jedwede mögliche Aggression zu schützen.

2.4.1 Zur Einigung Europas als Herzstück deutscher Außenpolitik

Kohls Absicht war *anfangs*, das Bisherige zu korrigieren und das Zukünftige zu sichern. Davon ausgehend versuchte er, die in den 70er Jahren entstandenen und bis zu den 80er Jahren fortbestehenden EG-Wirtschaftsprobleme **vereint** zu lösen »Auf dem Stuttgarter EG-Gipfel im Juli 1983 versuchte Helmut Kohl als Ratspräsident die zentralen materiellen Strukturprobleme in einem Packet zusammenzuschneiden.«³⁵⁸ Unter dem gleichen *europäischen* Dach versuchte Kohl die Länder der Gemeinschaft zum wirtschaftlichen Ausgleich mit gemeinsamem gleichem Interesse herzubringen. Dem ungeachtet machte seine „Strategie der **Packetlösung**“ zunichte.

Nachkommend und zugunsten eines geeinten Europas sollte der Bundeskanzler nach einem anderen Ausweg suchen. Er sah sich, das deutsch- französische Verhältnis verstärken zu sollen. Laut Josef Janning und Melanie Piepenschneider » [griff] die deutsche Europapolitik [unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl, Anm. d. Autors] auf ein klassisches Mittel der Diplomatie zurück.«³⁵⁹ Nach dem Scheitern seiner Strategie war Kohl gezwungen, die Politik seiner Vorgänger wiederaufzunehmen, ausdrücklich die deutsche französische Beziehung nicht zu normalisieren, sondern zu intensivieren. Um das europäische Projekt fortsetzen zu können.

Auf den Mailänder Gipfel wurde es deshalb dargeboten. »Das enge deutsche französische Vorgehen wurde beim Mailänder Gipfel im Juli 1985 sichtbar. Beide Regierungen machten vorher öffentlich deutlich, daß sie den Weg zur politischen Union Europas auch dann zu gehen bereit wären, wenn nicht alle EG-Mitglieder mitziehen würden. Auf dem folgenden Gipfel in Luxemburg fixierten die Mitgliedstaaten die *Einheitliche Europäische Akte (EEA)*: Sie gilt als das erste umfassende Reformwerk in der Geschichte der Gemeinschaft, indem sie neue

³⁵⁸ Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad -Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 35

³⁵⁹ a. a. O.

Politikbereiche eingeführt und eine Revision des Entscheidungsverfahrens vornimmt.
«³⁶⁰ (Siehe oben)

Auf der Grundlage des am 4. November 1981 veranlassten Vorschlags beider Außenminister „der deutsche Genscher und der italienische Emilio Colombo“, der die „Einheitliche europäische Akte“ anbot, wurde die Idee nach vier Jahren auf Mailänder Gipfel beraten. Darauf wurde die Initiative für eine europäische Union entwickelt und mehr auf außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit konzentriert. Im Gegensatz zu den Anfangsjahren, die hundertprozentig wirtschaftlich „Packetlösung-Strategie“ orientiert.

Mit oder **Ohne** EG-Mitglieder waren die BRD und Frankreich dafür bereit. *Mit der Geschichte „Europäische Einigung“ sollten sie weiter machen. Der sogenannte „Motor der europäischen Einigung“ sollte sich bewegen und fortschreiten.* Indes »bestand [w]eitgehende Einigkeit bei allen Beteiligten, dass die Vollendung des Binnenmarkts wünschenswert und notwendig sei [...] Der Binnenmarkt war dann auch das dominierende Thema. «³⁶¹

In einem vollendeten Binnenmarkt sollte die Währungsunion entwickelt bzw. fortentwickelt werden. »Die bereits seit den ersten Überlegungen zu einer Währungsunion geführte Diskussion zwischen den Anhängern der «Lokomotivtheorie»³⁶² und denen der «Krönungstheorie»³⁶³ wurde wieder aufgelegt: Während Frankreich dem Grundsatz folgte, daß eine gemeinsame Währung eine Anpassung der Wirtschaftspolitiken erzwingen werde, vertrat die Bundesregierung

³⁶⁰ Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad -Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 37

³⁶¹ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 129 f.

³⁶² Die gemeinsame Währung soll rasch eingeführt werden, da diese dann wie eine „Lokomotive“ die Vertiefung der Integration beschleunigen und somit auch aus Sachzwängen heraus zu einer schrittweisen Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Finanzpolitik führen würde. Mehr dazu finden Sie in: http://www2.klett.de/sixcms/media.php/229/006926_SoWi_EU_online_c977u9_Lokomotivtheorie_071.pdf (10.11.2016: 14:33)

³⁶³ Die Einführung einer gemeinsamen Währung soll die „Krönung“ der europäischen Integration sein und erst im Anschluss an eine vereinheitlichte Wirtschafts- und Finanzpolitik realisiert werden. Mehr dazu finden Sie in: http://www2.klett.de/sixcms/media.php/229/006926_SoWi_EU_online_c977u9_Lokomotivtheorie_071.pdf (10.11.2016: 14:33)

[...] die Auffassung, daß eine einheitliche europäische Währung zwar langfristig sinnvoll, nicht zwingend notwendig sei. «³⁶⁴

Im Februar 1988 brach Genscher für die Einrichtung eines europäischen Währungsraums und einer Europäischen Zentralbank durch³⁶⁵. Wenige Monate später »war es der deutschen Präsidentschaft möglich, die Einberufung des Ausschusses durchzusetzen, der die konkreten Etappen zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zu prüfen und auszuarbeiten hatte. Dieser Ausschuß, nach seinem Vorsitzenden, Kommissionspräsident Jacques Delors benannt, legte im April 1989 seinen «Bericht zur Wirtschaft- und Währungsunion der Europäischen Gemeinschaft» vor. In einem Drei-Stufen-Plan sollte eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) umgesetzt werden. Dieser Delors-Bericht [wurde, Anm. d. Autors] im Juni 1989 angenommen. «³⁶⁶ (Siehe oben)

»Für die [**äußere**, Anm. d. Autors] Handlungsfähigkeit wurde mit der Einheitlichen Europäischen Akte die EPZ in den Rechtsrahmen in der EG eingeführt. Die EEA legt fest, daß eine engere Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit geeinigt ist, wesentlich zur Entwicklung einer [**außenpolitischen Identität Europas**, Anm. d. Autors] »Dabei sind die Mitgliedstaaten «zu einer stärkeren Koordinierung ihrer Standpunkte zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit bereit». «³⁶⁷ Die politischen Aspekte der Sicherheit, die in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit koordiniert waren, wurden dank der EEA weiter ausgedehnt und zur außenpolitischen Identität Europas entwickelt. Die europäische Identität vertritt nicht nur die wirtschaftliche Einigung aber auch die Außenpolitische. Wirtschaft und Außenpolitik in Europa waren/sind einander komplementär.

³⁶⁴ Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad -Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 39 f.

³⁶⁵ a. a. O., S. 40

³⁶⁶ a. a. O.

³⁶⁷ a. a. O., S. 38 f.

2.4.2 Zur deutschen Europapolitik nach dem Mauerfall

Schon Ende 1988 entbrannte sich die Diskussion über ein vereinigt Deutschland in einem vereinigten Europa. Ohne deutsche Einheit bleibe die Europäische Union unerreichbar und umgekehrt. „Europapolitik bedeutet Deutschlandpolitik“ war Strategie Kohls. »Seine Vision bestimmte nach dem Fall der Mauer am 9. November den Zusammenhang von Deutschland- und Europapolitik: In der Europäischen Union als Modell der europäischen Friedensordnung -so der Kanzler schon im Januar 1989- liege Deutschlands Zukunft. Deshalb bleibe die Europäische Einigungspolitik die einzige sinnvolle Antwort auf die ungelöste deutsche Frage. «³⁶⁸ Und ohne deutsche Einheit bleibe die Europäische Einigung fragmentarisch und könne nicht weiterentwickelt werden.

»Kanzler Kohl wurde vom Mauerfall am 9. November 1989 [...] überrascht. Diese Überraschung teilte er mit den meisten Menschen in Ost und West. «³⁶⁹ Schon bald verkündete er Zehn-Punkte-Programm. »Erst als die Sowjetunion signalisierte, mittelfristig grünes Licht für eine deutsch-deutsche Konföderation zu geben, ging der Kanzler in die Offensive [...] [A]m 28. November [präsentierte er] ein „zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, das über die Zwischenstufe „konföderativer Strukturen“ auf die Bildung einer „bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland abzielte. «³⁷⁰

Seine Strategie setzte er fort. Mit seinem dargestellten Programm erzielte er die Teilung Deutschlands und Europas zu besiegen. Unbedingt brauchte er von den USA und von den EG-Mitgliedstaaten Unterstützung. Als er Unterstützung für deutsche Einheit erlangte, kündigte Spanien seine Bereitschaft an.

Laut Ulrich Lappenküpfer, Josef Janning und Melanie Pipenschneider war Frankreich dagegen. »Frankreichs Präsident [stellte] vor der Hand das Selbstbestimmungsrecht

³⁶⁸ Janning, Josef / Pipenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad -Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 43

³⁶⁹ C. Colschen, Lars: Deutsche Außenpolitik, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010, Seite 222

³⁷⁰ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 43

der Deutschen nicht in Frage; zugleich aber ermunterte er die Führung der siechen DDR zur Bewältigung ihres eigenständigen Weges und suchte den Schulterschluss mit der Sowjetunion, um den Vereinigungsprozess zu bremsen, wenn nicht zu stoppen. «³⁷¹ »[Frankreich] erwies sich zunächst als schwieriger Partner, dessen Kompliziertheit zu einem wesentlichen Teil durch die Auffassungen seiner politischen Klasse bedingt wurden [...] Die Ängste vor einem neuen Deutschland, vor deutscher Hegemonie oder einem zweiten Rapallo artikulierten sich -europäisch gemünzt- in der Befürchtung, die Bundesrepublik Deutschland könne die europäische Integration lähmen, wenn nicht gar sich dieser Bindung entziehen. «³⁷² Draus erwies sich, dass Frankreich noch Angst vor Deutschland und dessen Führung und Aufrüstung hatte. Deswegen versuchte er die deutsche Einheit zu behindern. Öffentlich begründete Frankreich, dass diese Einbindung die europäische Integration bedrohe.

Dagegen belegten Gisela Mueller-Brandeck-Bocquet et al. Frankreichs Motivation zur deutschen Wiedervereinigung und deren Rolle bei der Stabilisierung Europas. »Im Gegensatz zur französischen Öffentlichkeit, die der Vereinigung der beiden deutschen Staaten durchaus wohlwollend gegenüberstand, reagierte Mitterand zurückhaltend und hoffte den Einheitsprozess wenigstens verzögern zu können. «³⁷³ Frankreich stand nicht dagegen. Frankreich vertrat die Ansicht, dass es besser wäre, wenn die BRD die Vereinigung retardiere. Helmut Kohl sollte sich nicht beeilen. »Zudem unterstrich Kohl nachdrücklich am [17.1.1990] die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft und die Einbettung der deutschen Frage in den europäischen Kontext. „ Die Bundesrepublik Deutschland steht ohne Wenn und Aber zu ihrer europäischen Verantwortung - denn gerade für uns Deutsche gilt: Europa ist unser Schicksal.«³⁷⁴ Deutschland und Frankreich gehören dem gleichen Kontinent und der EG an. Davon ausgehend war Frankreich auf die deutsche Frage auch verantwortlich. Zugunsten

³⁷¹ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 43 f.

³⁷² Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie: Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad -Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993, Seite 44

³⁷³ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 133

³⁷⁴ a. a. O., S. 134

Deutschland, Frankreich und allen EG- Mitgliedstaaten bzw. zum gemeinsamen Interesse war Frankreich bereit, die deutsche Wiedervereinigung zu unterstützen. Überdies sie sind Freunde und das ist ihr Schicksal erklärte Kohl.

Großbritannien war der Auffassung, dass es zu früh die deutsche Wiedervereinigung anzusprechen. »Ähnlich wie im Falle Frankreichs war auch die britische Zurückhaltung auf die Sorge um den Status- und Machtverlust des eigenen Landes zurückzuführen. Eine mögliche Vereinigung wurde als Bedrohung sowohl der britischen Position innerhalb Europas als auch der Beziehungen zu den USA perzipiert. «³⁷⁵ Die deutsche Wiedervereinigung fand Großbritannien zuungunsten seiner Position in der EG als auch mit den USA. Die USA ihrerseits betrachteten den deutschen Einheitsprozess positiv.

Um die Widerstände durchsetzen und Antworten auf viel und vielfältige Fragen geben zu können, sollten multilaterale Verhandlungen beraten. »Die Bundesregierung [...] erklärte sich ferner bereit, etwaige Ergebnisse im Herbst [1990] auf einem Gipfeltreffen der KZSE zu vertreten. Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion akzeptierten das Zwei-plus-Vier-Konzept [...] wobei Gorbatschow Mitte Februar gegenüber Kohl drei Bedingungen stellte: Die Anerkennung der Unantastbarkeit der europäischen Grenzen; die Zahlung von Wirtschaftshilfe an die Sowjetunion; den Verzicht Gesamtdeutschlands auf die Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz [...] Für Busch [USA-Präsident, Anm. d. Autors] war die vollgültige deutsche NATO-Mitgliedschaft eine Grundvoraussetzung der Wiedervereinigung. «³⁷⁶ Des Weiteren insistierte Gorbatschow abermalig auf Anerkennung von Ostgrenze Deutschlands (Oder-Neiße-Grenze).

»[Im Juli 1990 hatte] Gorbatschow bei den [...] deutsch- sowjetischen Konsultationen im Kaukasus einer NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland zugestimmt und sich gleichzeitig zum Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland innerhalb von drei Jahren erklärt. Die Bundesregierung hatte ihrerseits, gewissermaßen

³⁷⁵ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 135

³⁷⁶ Lappenküpfer, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008, Seite 44 f.

als „Entscheidungshilfe“, erhebliche Wirtschaftshilfen für die marode Sowjetunion zugesagt [...] Damit war die wesentliche Hürde zur äußeren Herstellung der deutschen Einheit genommen [und, Anm. d. Autors] [jede Hoffnung musste begraben, den Zug der deutschen Einheit noch ausbremsen zu können]. «³⁷⁷

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der BRD bei. Am 14. Oktober unterzeichnete die neue souveräne Bundesrepublik Deutschland das Abkommen über die Oder-Neiße Grenze. »Gleichzeitig wird das vereinigte Deutschland in den Grenzen des Gebiets der BRD und DDR anerkannt. Im Gegenzug dazu anerkennt Deutschland die deutsch-polnische Grenze (Oder-Neiße Grenze) verzichtet ausdrücklich auf nukleare, bakteriologische und chemische Waffen und begrenzt die **Bundeswehr** auf 370.000 Mann. Es wird betont, daß Deutschland nun die volle Souveränität in inneren und äußeren Angelegenheiten erwirbt. «³⁷⁸

³⁷⁷ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 136

³⁷⁸ Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 475

2.5 Zur wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands in der Europäischen Gemeinschaft

2.5.1 Vom Wirtschaftswunder zur Rezession

»Die Geschichte der Bundesrepublik sei vor allem ihre Wirtschafts-geschichte, heißt es bisweilen, und wie manch andere Übertreibung enthält auch dieses einen wahren Kern. In der Tat waren wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik nie allein ökonomisch bedeutsam, sondern [beeinflusste, Anm. d. Autors] auch Politik [...] in hohem Maße.«³⁷⁹

Während die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone die „zentrale Planwirtschaft“³⁸⁰ durchsetzte, wurden erst 1949 -unter amerikanischer Orientierung bzw. unter Neuorientierung- die Währungsreform und die Soziale Marktwirtschaft³⁸¹ in die *deutschen* Westzonen eingeführt. Dieses in den vierziger Jahren entstandene Konzept spitzte sich in den fünfziger Jahren in der BRD unter Führung des Wirtschaftsministers Erhard Ludwig.« »Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft«, wie es in den frühen vierziger Jahren entstanden war und sich in den fünfziger Jahren vollends durchsetzte, war freilich nicht nur von außen importiert, sondern trug auch eine deutsche

³⁷⁹ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 167

³⁸⁰ Sie bezeichnet eine Wirtschaftsordnung, welche die bedürftigen Wirtschaftsgüter der Wirtschaftseinheit durch die Analyse der entstehenden und erwartenden Bedürfnisse deckt. Die Planwirtschaft strebt nach Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Deshalb wird nach dem Bedarf produziert. Die zentrale Planwirtschaft ist eine Form davon. Unter der **zentralen Planwirtschaft** versteht man dass, »der Staat entscheidet, welche Güterarten, in welchen Mengen [...] produziert, wie diese Produktziele erreicht und zu welchen Preisen die Güter auf den jeweiligen Absatzmärkten verkauft werden sollen«. Mehr dazu finden Sie in: Rytlewski, Ralf / Wutke, Carola: Duden Politik: Basiswissen Schule, PAETEG Gesellschaft für Bildung und Technik GmbH, Berlin und Bibliographisches Institut & F.A Brockhaus AG, Mannheim 2004, Seite 152

³⁸¹ Die Marktwirtschaft ist Weiterentwicklung des Liberalismus und Neoliberalismus, die politische Bewegungen sind, in denen das Individualprinzip als grundsätzliches Merkmal angesehen ist. Die Marktwirtschaft ist eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, die auf dem Privateigentum der Produktionsmittel basiert. Der Markt bzw. der Wettbewerb begrenzt die Produkte, die Preise und koordiniert die Pläne. Die Marktwirtschaft lässt sich also in zwei Modellen gliedern; frei und **sozial**. Aus der freien Marktwirtschaft entwickelte sich die Soziale. Neben den grundlegenden Elementen der Marktwirtschaft: Privateigentum, Entscheidungsfreiheit und Wettbewerbssituation wird die staatliche Veranstaltung als notwendige Voraussetzung für den marktwirtschaftlichen Erfolg in der **sozialen Marktwirtschaft** betrachtet.

Handschrift, vor allem diejenige Ludwig Erhards und [der Wirtschaftsprofessor, Anm. d. Autors] Alfred Müller-Armacks. «³⁸²

Erhard Ludwig namentlich „**Vater des Wirtschaftswunders**“ konnte den wirtschaftlichen Schwierigkeiten trotzen, extra einen wirtschaftlichen **Boom** verwirklichen. »Die überaus positive Bilanz, welche die Bundesrepublik bereits nach wenigen Jahren ihrer Existenz gerade auf wirtschaftlichem Gebiet ziehen konnte, hat ihr gelegentlich das Prädikat [» **Modell Deutschland**«, Anm. d. Autors] eingetragen. «³⁸³ Westdeutschland war Modell einer erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft. Westdeutschland war Modell eines Landes, das binnen kurzem Krieg *-besiegt und gespalten-* beendete, seine Wirtschaft vor Nachkriegsfolgen und allen bisherigen Krisen retten konnte. »In dieser Sicht präsentierte das ökonomische Modell eine Antwort auf die Krisenphänomene der Weimarer Republik, wie sie von den Protagonisten der Marktwirtschaft erfahren worden waren: die völlige Zerstörung der deutschen Währung in der Inflation bis 1923 und die damit verbundenen sozialen Verstörungen, dann die Weltwirtschaftskrise von 1929 mit ihrem dramatischen Konsequenzen. «³⁸⁴ Im Gegensatz zum ökonomischen Modell des ostdeutschen Nachbarn konnte der Wirtschaftsminister Krisen beseitigen und ein Mirakel realisieren. Dieser Erfolg ging also desgleichen auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung bzw. auf die Soziale Marktwirtschaft und deren Programm zurück.

Da die BRD unter amerikanischer Besatzung war, sollte ihr Erfolg von den USA nicht isoliert werden. Darin »verbanden sich Anstöße von außen, vor allem von Seiten der amerikanischen Besatzungsmacht, mit Eigeninitiativen der Westdeutschen: Marshallplan, Währungsreform sowie Importe und Kredite aus den USA und dem übrigen westlichen Ausland gaben entscheidende Impulse, die »Lähmungskrise« (W. Abelshäuser) der ersten Nachkriegsjahre zu überwinden. «³⁸⁵ Am Wirtschaftswunder nahmen übrigens viele Faktoren teil. Zum einen und vor allem der Einfluss der USA.

³⁸² Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 168

³⁸³ a. a. O., S. 167

³⁸⁴ a. a. O., S. 168

³⁸⁵ a. a. O., S. 198

Ohne amerikanische Hilfe konnte der westdeutsche Staat entweder Krisen lähmen noch Aufschwung erreichen. Zum anderen spielte der Ausbruch des Korea- Krieges (Juni 1950) die Schlüsselrolle bei der Integration der deutschen Wirtschaft in den Weltmarkt. Flink wurde die deutsche Wirtschaft in den Weltmarkt integriert: In 1950 trat die BRD dem GATT (General Agreement on Trade on Tariffs), und im Jahr 1951 dem Internationalen Währungsfonds (IMF) bei. »Erst nach dem Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 [wuchs die Nachfrage] in der ganzen Welt nach Investitionsgütern sprunghaft an. Dank ihrer freien Kapazitäten konnte die deutsche Wirtschaft auf dieser Basis ihren Aufschwung einleiten. Zum ersten Mal wurde, wie auch später häufig, die Auslandsnachfrage zum «Motor» der ökonomischen Expansion. Die Engpässe, die in diesem Zusammenhang entstanden, wurden, da die Bewirtschaftungsbehörden von Erhard Ludwig funktionsfähig gemacht worden waren, nach deutscher Tradition wieder durch die Selbstverwaltung der Wirtschaft geregelt. «³⁸⁶ Dank dem Ausbruch des Korea-Krieges, dank den deutschen Kapazitäten, dank der sozialen Marktwirtschaft bzw. dank Erhard Ludwig und seiner *deutschen* Handschrift nahm die Nachfrage nach Investitionsgütern überstaatlich zu. Die Barrieren konnten weggeräumt und die deutsche Wirtschaft ausbreitet werden.

»Seit Mitte 1952 als die Wachstumsengpässe überwunden waren [...] dank der billigen und fähigen Arbeitskräfte [...] in den fünfziger Jahren [...] war der politische Erfolg Erhards gesichert [...] Nachdem die Schwesterparteien in den Landtagen von 1950 bis 1952 sehr schlechte Ergebnisse erzielt hatten- in Bremen erreichte die CDU 1951 nur 9,1%, in Bayern die CSU 1950 nur 27,4%- kam die wirtschaftliche Wende für einen Wahlerfolg noch gerade rechtzeitig 1953 begann das »Wahlwunder«, der spektakuläre Aufstieg der CDU/CSU auf 42,2% der Stimmen bei der zweiten Bundestagswahl, der 1957 sogar auf 50,2 gesteigert wurde, das einzige Mal eine Partei in Bundestagswahlen die absolute Mehrheit erhielt. «³⁸⁷ Wie oben erwähnt, dass die unterschiedlichen Bereiche miteinander eng verbunden sind und einander beeinflussen können. Positiv war der Fall mit Ludwig; auf der Basis bestimmter politischer

³⁸⁶ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuausgabe, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 76

³⁸⁷ a. a. O., S. 76 f.

Strategie kamen die gesellschaftlichen Faktoren zum Wirtschaftswunder. Sie führten wiederum zum politischen Erfolg (Wahlwunder).

»Ein weiterer positiv wirkender Faktor für den westdeutschen Wiederaufstieg war die Wirtschaftsstruktur des Landes, das für den Weltmarkt konkurrenzfähige Güter produzierte, insbesondere Maschinen, Fahrzeuge, sowie Erzeugnisse der Elektro- und Chemieindustrie. Der industrielle Bestand war trotz Demontagen und Zerstörungen auf dem Vorkriegsniveau erhalten geblieben, was den Westdeutschen insgesamt eine günstige Ausgangsposition verschaffte. «³⁸⁸ Trotz den Schwierigkeiten und den negativen Auswirkungen der Kriege blieb die deutsche Wirtschaft standhaft und konnte dank ihrer Struktur erneut eine Position verschaffen. Auf den Weltmarkt konnte sie in 1952 in erster Linie Schwerindustrie, Elektro- und Chemieindustrie konkurrenzfähig sein.

»Das »Wirtschaftswunder« wurde zum Kern des neuen deutschen Selbstbewusstseins **[der fünfziger und sechziger Jahre, Anm. d. Autors]**. Nach der Niederlage im Krieg, der Erfahrung des Nachkriegselends und der Vernichtung der traditionellen nationalen Identifikationsmuster war das ein Weg, eine neue Identifikation zu gewinnen. Bezeichnend ist, daß in Italien (»miracolo economico«) und in Japan ähnliche Prozesse abliefen [...] In einer Welt der amerikanisch dominierten freien Wirtschaft , in der mit der Demontage der alten Kolonialrechte auch die Privilegien der traditionellen Kolonialmächte schwanden, öffneten sich für die Juniorpartner wirtschaftliche Chancen. «³⁸⁹ Demontage Deutschlands ließ sich einerseits die deutsche *traditionelle* Identifikation schwinden, aber andererseits eine neue *à l'américaine* Identifikation gewinnen. Die war/ist die Entwickelte und weltweit Dominierende. Vom Nullpunkt ging es aus, innerhalb von zehn Jahren konnte Deutschland bzw. ein Teil davon ein Mirakel verwirklichen und die jeweiligen Wirtschaftsmächte europäisch und international konkurrieren.

³⁸⁸ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 170

³⁸⁹ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuausgabe, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 77

»Die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren [...] enorme Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts, das zwischen 1950 und 1955 jährlich real um durchschnittlich 9% anstieg, zwischen 1955 und 1960 um 6%. Innerhalb von zehn Jahren stieg das gesamte Sozialprodukt um das Dreifache.«³⁹⁰

»Als gegen Ende der fünfziger Jahre die Vollbeschäftigung einsetzte, wirkte sich der Arbeitskräfteengpaß verstärkt auch zugunsten der unteren Einkommensschichten aus: Ihre Löhne stiegen stärker. Aus wirtschaftlichen Gründen ergab sich, was von Staats [Sic] wegen vernachlässigt worden war: ein gewisser Nachholeffekt auch für die unteren Lohngruppen.«³⁹¹ Gegen Ende der 50er Jahre konnte der westdeutsche Staat Vollbeschäftigung erreichen. Der Arbeitskräfteengpass wirkte sich keinesfalls negativ, konträr war er zulasten aller Einkommensschichten. All diese Rahmenbedingungen führten zweifellos zum Wohlstand.

»Für die Bevölkerung war der neue Wohlstand, in dem sich mit dem Schwinden der Arbeitslosigkeit gegen Ende der fünfziger Jahre auch die Flüchtlinge und anderen Kriegsgeschädigten wieder in die Gesellschaft einfügen konnten, eine zentrale Erfahrung. Konsumwellen prägten seither das Leben und verdeutlichten den großen Nachholbedarf, der sich angestaut hatte: Freßwelle, Kleidungswelle, Einrichtungswelle, Urlaubswelle [...] [der Wirtschaftsaufschwung war] in Deutschland im Kontrast zur Kriegs- und Nachkriegszeit besonders spürbar eine Tatsache, die das Leben aller veränderte.«³⁹² Innerhalb von zehn Jahren war das Wirtschaftswunder deutlich und fühlbar. Der Wohlstand war nicht nur hoch, sondern auch attraktiv für Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten. » Flüchtlinge und Ausgebombte, Kriegsversehrte, Kriegerwitwen und –wissen; aber auch die wegen ihres hohen Alters aus dem aktiven Arbeitsleben Ausgeschiedenen. All diesen Bevölkerungsgruppen kam der wirtschaftliche Aufschwung direkt oder indirekt zugute, denn er brachte Arbeitsplätze

³⁹⁰ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 169

³⁹¹ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 78

³⁹² a. a. O., S. 77 f.

und ermöglichte den Ausbau des Sozialstaats. «³⁹³ Nicht nur die Westdeutschen, sondern auch die Ostdeutschen (-sogar Europäer-) spürten das Wirtschaftswunder. Wegen der wachsenden Zahl der Flüchtlinge aus der DDR -die war natürlich zuungunsten des sozialistischen Staats - wurde die Berliner Mauer in 1961 aufgebaut.

»Die Bundesrepublik besaß unter den sechs Ländern einem Produktionsanteil von etwa 40%; in den Organen der EGKS aber waren Frankreich und Italien ebenso stark vertreten, Belgien, die Niederlande und Luxemburg entsprechend ihrer Bevölkerungszahl schwächer. Der Fortschritt war unverkennbar. Zum erstenmal war die Bundesrepublik nicht mehr besiegt Land unter Besatzungsrecht, sondern sie trat als Gleiche unter Gleichen auf. Und in einer trotz dirigistischer Eingriffsmöglichkeiten im wesentlichen marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung, wie sie die EGKS darstellte, waren dergleichen Stimmanteile schließlich auch nicht so wesentlich, denn die deutsche Industrie erhielt die Chance, sich im gesamten Bereich der erwähnten sechs Länder durchzusetzen. «³⁹⁴ Im Vergleich zu den Mitgliedstaaten der EGKS vertrat die BRD 40% des Gesamtanteils, somit stand sie an erster Stelle. Obwohl Frankreich und Italien ökonomische Stärke präsentierten, wurden sie nach der BRD einordnet. Belgien, die Niederlande und Luxemburg verfügten über eine große Bevölkerungszahl, trotzdem waren sie schwächer vertreten.

Der Unterschied zwischen der BRD und den anderen EGKS-Mitgliedstaaten war unvergleichbar, sowie ihre *Rahmenbedingungen*. Ein besiegtes zerstörtes (West-) Deutschland -unter Besatzungsrecht- konnte die jeweiligen starken Mächte auf europäischer Ebene (Frankreich, Italien) wirtschaftlich besiegen. Überdies konnte es Wirtschaftsmächte auf internationaler Ebene (Japan, USA) konkurrieren. Die BRD trat mit „Sozialer Marktwirtschaft“ als -Gleiche der Gleichen- auf und konnte mit dem wichtigsten Wirtschaftsfaktor (Industrie) an der Spitze stehen.

³⁹³ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 173

³⁹⁴ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 80

Mit der Entstehung der EWG (1957) entstanden auf der einen Seite neue Chancen für den westdeutschen Markt. Sprunghaft stiegen auch die Exporte der Bundesrepublik in den ersten Jahren der EWG in die einzelnen EWG-Länder an. »Wenn auch die Einfuhr aus der Gemeinschaft in die Bundesrepublik bisher insgesamt stärker gewachsen ist als die deutsche Ausfuhr in die Gemeinschaft, so hat die deutsche Wirtschaft gleichwohl auch ihrerseits erhebliche Exporterfolge in den Partnerländern erzielt. Besonders gewachsen ist die Ausfuhr von Investitionsgütern, Erzeugnisse der Chemie, Elektrotechnik und anderen wachstumsorientierten Industrien. Namentlich die Hochkonjunktur der Jahre 1963/64 in Frankreich und Italien hat diesen Exporten einen großen Auftrieb gegeben. «³⁹⁵ Die Zollunion belebte den Handel innerhalb der Gemeinschaft, in erster Linie den deutschen Export bis zum Jahre 1964.

Auf der anderen Seite kam es dem starken Wettbewerb zwischen den Partnerländern vor allem zwischen der BRD und Frankreich ebenso Italien zugute. »Die Importsteigerung aus Gemeinschaftsländern in den ersten Jahren nach Gründung der EWG bedeuteten für die deutschen Unternehmer im Allgemeinen noch keine ernsthafte Konkurrenz. Von 1959 bis 1961 waren die deutschen Kapazitäten [...] so stark ausgelastet [...] Neuerdings ist der deutschen Wirtschaft aus Frankreich und Italien stärkere Konkurrenz erwachsen. Namentlich in den Jahren 1964/65 drängte die konjunkturelle Schwäche auf den Binnenmärkten dieser Länder das Angebot auf den deutschen Markt. «³⁹⁶ In den ersten Jahren (1959/61) der EWG war die (west-) deutsche Wirtschaft auf dem Binnenmarkt dominierend und unerreicht. Frankreich und Italien waren nicht im Stande, den (west-) deutschen Markt zu erreichen. Fast fünf Jahre später konnten sie Gefahr für die BRD auf dem Markt der EWG bilden. » Besonders intensiviert hat sich die französische Konkurrenz auf dem deutschen Markt im Bereich des Maschinenbaus, der Elektrotechnik, der Chemie, des Fahrzeuges, der Feinmechanik und Optik. Aber auch auf dem Gebiet der Nahrung und Genußmittel, der Bekleidung und anderer Verbrauchsgüter haben vor allem französische und italienische Erzeugnisse bei dem deutschen Verbraucher gute Aufnahme gefunden.

³⁹⁵ Zacher, Hans F.: Bericht über das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Wirtschaftsrecht, Band 1, KOLLEKTION Studien Reihe Wettbewerb – Rechtsangleichung Nr. 20, Brüssel 1973, Seite 16

³⁹⁶ a. a. O., S. 15

Begünstigt wird dieser Trend durch die Touristik, die breite Kreise der deutschen Bevölkerung an ihren Sommerurlaubsorten mit dem Geschmack dieser Länder vertraut macht und häufig Nachahmung bewirkt. «³⁹⁷

Mit den starken Punkten der deutschen Wirtschaft konnte Frankreich nachahmen bzw. mit dem deutschen Markt stark auf dem Binnenmarkt bewirken sogar in der BRD konkurrieren. Der französische Markt konnte das Vertrauen der deutschen Verbraucher gewinnen. Nicht nur die französischen und die italienischen Erzeugnisse, sondern auch ihre Sommerurlaubsorte waren attraktiver. Der deutsche Markt sollte gerettet werden und seinen Ruf auf den beiden Märkten wiederaufnehmen. Aus diesem Grund sollten die deutschen Einzelhändler und die Endverbraucher explizit sensibilisiert werden. Zu diesem Zweck wurden „nationale Werbewochen“ organisiert. »Um den Endverbraucher direkt anzusprechen, werden von den ausländischen Exporteuren und mitunter auch vom Einzelhandel in zahlreichen Städten des Bundesgebietes „nationale Werbewochen“ veranstaltet. Sie machen den deutschen Konsumenten mit dem Konsumgüterangebot des jeweiligen EWG-Partners bekannt. Dabei werden sowohl typische Waren des Ursprungslandes als auch speziell dem deutschen Geschmack angepasste Erzeugnisse angeboten. «³⁹⁸

»Durch die Gründung der EWG und die davon ausgehenden neuen Impulse wurde jedoch eine nachhaltige Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik verhindern. Das reale Bruttosozialprodukt erhöhte sich zwischen 1958 und 1964 jährlich immer noch um 5,8% und war damit mit Ausnahme Italiens (6,1%) grösser als das Wachstum in anderen Mitgliedsländern. «³⁹⁹ Trotz den mit der EWG entstandenen Impulsen und deren negativen Auswirkungen, nahm das reale Bruttosozialprodukt der BRD zwischen 1958 und 1964 zu. Die wurde nach Italien und vor den anderen übrigen EWG-Ländern klassifiziert.

³⁹⁷ Zacher, Hans F.: Bericht über das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Wirtschaftsrecht, Band 1, KOLLEKTION Studien Reihe Wettbewerb – Rechtsangleichung Nr. 20, Brüssel 1973, Seite 15

³⁹⁸ a. a. O.

³⁹⁹ a. a. O., S. 22

»Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik wurde beispielweise 1963 sehr stark vom Außenhandel mit Frankreich und Italien beeinflusst. Die inflatorisch aufgeblähte Nachfrageexpansion in diesen beiden Ländern ließ die Exporte der Bundesrepublik nach Frankreich und Italien sprunghaft ansteigen und gab den Anstoß für einen Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik, der jedoch mit einem zeitwilligen Inflationsimport einherging. 1965 war die Entwicklung dagegen umgekehrt. Die Expansion in der Bundesrepublik und die auf Grund der wirtschaftlichen Rezessionserscheinungen forcierten Exportbemühungen in Frankreich und Italien haben die Einfuhr in die Bundesrepublik so stark anwachsen lassen, daß sich aus dem Exportüberschuss ein Importüberschuss entwickelte. «⁴⁰⁰ Allerdings beeinflussten die Außenhandelsbeziehungen mit Frankreich und Italien die konjunkturelle Entwicklung der BRD. In 1963 nahmen die Exporte nach den beiden Ländern schnell zu, zwei Jahre später sollte diese Expansion umgekehrt sein.

»Beherrschendes Ziel der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik seit den fünfziger Jahren war wirtschaftliches Wachstum. Doch die sagenhaften Zuwachsraten, an welche sich die Westdeutschen in den Wirtschaftswunderjahren gewöhnt hatten, waren nicht von Dauer. Die Wachstumskurve flachte seit den sechziger Jahren merklich ab, bis die Wachstumsrate in der ersten Nachkriegsrezession 1966/67 real um 0,1% gegenüber dem Vorjahr sank. «⁴⁰¹ Die außergewöhnlichen Zuwachsraten, die die BRD in den 50er Jahren erreichte, wurden in den 60er Jahren einbüßten. Seitdem ließ sich die Wachstumskurve abzunehmen und eine *kurze* Rezession 1966/67 vorzuliegen. »Das Wort von der »Bildungskatastrophe« ging um. Gemeint war damit, neben allgemeinen Schwächen des Bildungssystems, vor allem der Mangel an Akademikern und damit hochqualifizierten Arbeitskräften, ohne die wirtschaftliche Dynamik und internationale Konkurrenzfähigkeit nicht zu sichern waren. Aus diesen Motiven, neben anderen, speisten sich die bildungspolitischen Anstrengungen der späten sechziger und frühen

⁴⁰⁰ Zacher, Hans F.: Bericht über das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Wirtschaftsrecht, Band 1, KOLLEKTION Studien Reihe Wettbewerb – Rechtsangleichung Nr. 20, Brüssel 1973, Seite 23

⁴⁰¹ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 175 f.

siebziger Jahre, die zu Neugründungen von Hochschulen und zur Öffnung der Universitäten [...] führten. «⁴⁰²

Der Staat sollte also in diesem Fall die Rolle aufnehmen denn, »die ökonomische Theorie der Sozialen Marktwirtschaft hielt keine passenden Instrumente zur Krisenbewältigung bereit [...] Seinen gesetzgeberischen Ausdruck fand dieser Wandel im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967, das die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zur Bekämpfung der Rezession verabschiedete. Das Stabilitätsgesetz ist seitdem zum wirtschaftspolitischen Grundgesetz der Bundesrepublik geworden. «⁴⁰³ Bei der Krisenbewältigung spielte die Bundesregierung bzw. die Große Koalition die Schlüsselrolle. Baldig bzw. in 1967 führte sie „**Stabilitäts- und Wachstumsgesetz**“ durch, das nicht nur Wachstumsraten zu stabilisieren, sondern sie zu erhöhen hat.

Gemäß dem 1967 verabschiedeten Stabilitätsgesetz (stabg), das die Stabilität des wirtschaftlichen Wachstums fordert, » [haben] Bund und Länder bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu [beachten]. Die Maßnahmen sind zu treffen, [da, Anm. d. Autors] sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus⁴⁰⁴, zu einem hohen Beschäftigungsstand⁴⁰⁵ und [zum, Anm. d. Autors] außenwirtschaftlichen Gleichgewicht⁴⁰⁶ bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum⁴⁰⁷ beitragen. «⁴⁰⁸

Die Magie dieses Zielsystems besteht darin, dass alle vier Ziele gleichzeitig erreicht und magische Kräfte geschafft werden können und sollen.

⁴⁰² Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 176

⁴⁰³ a. a. O., S.176 f.

⁴⁰⁴ Durch das Gleichgewicht der Geld- und Gütermenge wird die Preisniveaustabilität erreicht. Die Inflationsrate ist der Maßstab dafür. »Die Inflation entsteht wenn die Geldmenge einer Volkswirtschaft, die von einer Zentralbank beeinflusst wird, stärker steigt als die Warenproduktion. « Mehr dazu finden Sie in: Berz, Dietmar: Wirtschaft verstehen: Das Wirtschaftslexikon der Gegenwart, Eichborn GmbH & Co, Verlag KG, Frankfurt am Main April 1998, Seite 242

⁴⁰⁵ Vollbeschäftigung = Nullarbeitslosigkeit

⁴⁰⁶ Entwicklung des Imports und Exports. Leistungsbilanz ist der Maßstab.

⁴⁰⁷ Der Maßstab ist das BIP gegenüber dem Vorjahr.

⁴⁰⁸ Crone, Bernd / Kühn, Reiner: Wirtschaft heute, Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H, Hamburg 2005, Seite 266

2.5.2 Von Weltwirtschaftskrise zur industriellen Revolution

Erst nach 1969 wurde eine „Globalsteuerung“ unter Führung des Wirtschafts- und Finanzministers Karl Schiller erstrebt. Die war aber nicht von Dauer, zugleich seiner Amtszeit (1971-1972)⁴⁰⁹.

In 1973 war der Einfluss der Ölkrise auf die konjunkturelle Entwicklung deutlich und massiv. Diese instabile Lage war international. »Die hauptsächlichen Ursachen der weltweit anwachsenden Inflation waren die Haushaltspolitik der USA, die damit gleichzeitig den Krieg in Vietnam und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates (Great Society) finanzierten und die gravierende Ölpreiserhöhung seit 1974. Auch Deutschland musste 1973 und 1974 Inflationsraten von 7% hinnehmen. Erst die Freigabe der Wechselkurse 1973 und das »Floaten« der Währungen machten es möglich, die deutsche Wirtschaft von der weltweiten Inflation abzukoppeln. «⁴¹⁰ Deutschland erlebte 1973/74 eine schwere Inflation, die auf die jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich bezog. Neben der schweren Ölpreiserhöhung waren die USA mit anderen Projekten (Vietnams Krieg, Ausbau von „Great Society“) beschäftigt.

»Der deutsch- amerikanische Historiker Fritz Stern hat geurteilt, angesichts weltweiter ökonomischer Kontraktion, von Inflation ohne wirtschaftliches Wachstum, für die in diesen Jahren in den USA der Ausdruck Stagflation geprägt wurde, von Ölpreisexplosion und verschärftem internationalen Wettbewerb sei der Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft in den siebziger Jahren erstaunlicher als der in den Fünfzigern, als der Weltmarkt günstige Rahmenbedingungen bot. «⁴¹¹ Laut Fritz Stern kamen die Voraussetzungen der 70er Jahre zur Wirtschaftskrise und daher zur **Stagflation** in der BRD. Gegensätzlich waren die jeweiligen Rahmenbedingungen der Wirtschaftswunderjahre. Die waren günstig und der (west-) deutschen Wirtschaft den Aufschwung aufdrängten.

⁴⁰⁹ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 177

⁴¹⁰ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 211

⁴¹¹ a. a. O., S. 210

Inflation in 1973/74 und Arbeitslosigkeit 1975/77; die Bundesregierung sollte **Reformen** hinauszögern. »Der Stabilitätskonsens, der sich in Deutschland festigte, stand im Gegensatz zur Politik in den meisten anderen Ländern, wo die Krise zu einem Inflationsschleifenlauf aus Preis- und Lohnerhöhungen führte, in einigen Ländern dynamisiert durch Mechanismen wie die italienische *scala mobile*, eine automatische Anpassung der Löhne und Renten an die Preissteigerungen. Insofern knüpfte Schmidt an die Schillersche Wirtschaftspolitik der konzentrierten Aktion und der Globalsteuerung an. Enge Beziehungen sowohl zu den Gewerkschaften als auch zu den Unternehmern waren ein Charakteristikum seiner Regierungsweise. «⁴¹² Währenddessen Italien die Preise an die Löhne und Renten automatisch anpasste, brauchte der jeweilige Bundeskanzler Schmidt wieder an den Ausgangspunkt zu kommen bzw. auf die „**Schillersche Wirtschaftspolitik**„**Globalsteuerung**“ zurückzukommen. »Die Steuerungsmöglichkeit ging allerdings an die Bundesbank über, die sich der Wahrung der Preisstabilität verschrieb und die Vollbeschäftigung hintanstellte. «⁴¹³

Was Vollbeschäftigung anbelangt, zählte die ABM zu den organisierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. »Die Bundesanstalt für Arbeit versuchte mit Arbeitsbeschaffungs- Maßnahmen (ABM), Arbeitslose in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Insgesamt gelang es aber nicht, die Vollbeschäftigung wieder zu erreichen. 1975 waren 1074 000 oder 4,7% der Erwerbspersonen arbeitslos. Bis 1979 konnte diese Zahl auf 876000 oder 3,8% reduziert werden, ehe sich dann die zweite Ölkrise bemerkbar machte. Immerhin stand die Bundesrepublik damit im internationalen Vergleich gut da. 1979 gab es in Frankreich 6,1, in Italien 7,5, Arbeitslose. Nur Japan, die Schweiz, Österreich und Schweden konnten günstigere Werte als Deutschland verbuchen. «⁴¹⁴ Mit der ABM konnte die Arbeitslosigkeit innerhalb von vier Jahren bis »0.9%« verringert werden. Indem stieg sie in Frankreich

⁴¹² Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 211

⁴¹³ a. a. O.

⁴¹⁴ a. a. O.

und Italien an. Im Großen und Ganzen konnte die BRD im internationalen Vergleich gut bewertet werden.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen fußten auf Währungsstabilität. Im Vergleich zu den westlichen Industrieländern konnte die Bundesrepublik die Inflationsraten (im Jahr 1978 bis 2,7%) verringern und die ökonomische Krise relativ gut durchhalten. Demnach wurde die D-Mark gegenüber dem Dollar aufgewertet⁴¹⁵. »In einem Jahrzehnt, zwischen 1970 und 1980, halbierte sich der Wert des Dollars von 3,65 auf 1,82 DM [...] Noch stärker war in dieser Zeit die Abwertungstendenz der Lira, des Franc und des Pfundes. Nur der Schweizerfranken und der Yen gewannen gegenüber der D-Mark an Wert. Grund dieser Veränderungen Japans, Deutschlands und der Schweiz und Defizite vor allem der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens.

«⁴¹⁶

»Durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar wurden einerseits die deutschen Exporte teurer, sie mußten sich deshalb durch hohe Qualität behaupten. Andererseits verbilligten sich die Rohstoffe, und selbst der steile Anstieg der Ölpreise wurde in einem gewissen Ausmaß gedämpft. «⁴¹⁷ Den unvorteilhaften jeweiligen Rahmenbedingungen konnte die Bundesrepublik trotzen, die Inflation und die Arbeitslosigkeit erniedrigen. Durch die Aufwertung ihrer Währung konnte die Bundesrepublik ihre Exporte heraufsetzen und die Rohstoffe herabsetzen. Die Bundesrepublik realisierte Erfolge, indem *starke* westeuropäische Industriestaaten sie nicht erreichen konnten.

»Von daher war das »Modell Deutschland« mit großen Defiziten behaftet. Im Vergleich mit den anderen westeuropäischen Ländern schnitt es jedoch gut ab. In einer vergleichenden Analyse sozialdemokratischer »Krisenpolitik« wird nur Österreich besser bewertet. «⁴¹⁸ Die Bundesrepublik konnte,, **Identifikation**“ bzw. „**Modell**

⁴¹⁵ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 177 f.

⁴¹⁶ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 212

⁴¹⁷ a. a. O.

⁴¹⁸ a. a. O., S. 210

Deutschland“ der 70er Jahre verschaffen. Deutschland war Modell eines Landes, das Wirtschaftskrisen namentlich Ölkrise überwältigen konnte.

»Seit Ende der siebziger und vor allem seit Beginn der achtziger Jahre ist der Prozeß der sogenannten »dritten industriellen Revolution« im Gange [...] Neue Technologien begannen in zunehmendem Maße [...] Die »dritten industrielle Revolution« veränderte die Arbeitswelt und das Verhältnis der Menschen zur Arbeit grundlegend; »klassische« Betätigungsfelder der Gewerkschaften wie etwa der Kampf um Arbeitszeitverkürzungen müssen nun neu definiert. «⁴¹⁹ Ende der 70er Jahre und Beginn der 80er Jahre wurde die konjunkturelle Entwicklung der Industrieländer durch die sogenannte »**dritte industrielle Revolution**« beeinflusst. Die kam zu grundlegenden Veränderungen; die neuen Technologien zerstörten die klassischen Mechanismen. *Wenn Roboter Arbeitnehmer ersetzen, sollen neue Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgriffen werden.*

2.5.3 Von Krisen zum Aufschwung

Wie vorhergesagt, brachte die sogenannte dritte industrielle Revolution -Anfang der achtziger Jahre- Arbeitslosigkeit bei. »([S]ie verdreifachte sich zwischen 1980 und 1983 von 750 000 auf 2,25 Mio. Menschen). Die Wachstumsrate der Wirtschaft und die konjunkturelle Talfahrt trugen mit zum Ende der sozialliberalen Koalition und der Kanzlerschaft Schmidts bei. «⁴²⁰

Helmut Kohl nahm das Amt und die Aufgabe, die ökonomische Krise zu bewältigen und den wirtschaftlichen Erfolg anzueignen. »Zwar erklärte Genscher den ersten Wirtschaftsminister der Regierung, Graf Lambsdorff, zum »Ludwig Erhard der achtziger Jahre«, doch war auf Grund seiner sozialstaatskritischen Haltung sehr kontrovers. Lambsdorff betrieb eine prononciert unternehmerfreundliche Politik und verkündete etwa in der Öffentlichkeit, er sei Minister für und nicht gegen Wirtschaft. Schon nach eineinhalb Jahren, am 26. Juni 1984, mußte er wegen seiner Verwicklung

⁴¹⁹ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 178 f.

⁴²⁰ a. a. O., S. 180

in den Flick-Skandal zurückzutreten. «⁴²¹ Dennoch war Genscher auf den Skandal nicht verantwortlich. Lambsdorff konnte weder Ludwig Erhard der achtziger Jahre, noch Graf Lambsdorff sein. Da er über kontroverse Haltung verfügte.

Nach Rücktritt Lambsdorffs bekleideten drei Männer das Amt: Bangemann, Hausmann und Möllemann. Die waren nicht phlegmatisch außer Möllemann⁴²². »Die neue Regierung konnte zudem in den ersten Jahren immer mit dem Argument der » Erblast« operieren, und alle Probleme wurden mit Fehlern der Vorgänger erklärt. «⁴²³ Bestehende Fehler und Probleme sollten nicht argumentiert, sondern korrigiert und gelöst werden.

Krisen und in erster Linie die Arbeitslosigkeit, sie sollte bewältigt werden. Sie erhöhte sich insbesondere in 1983 bzw. in der zweiten Ölkrise. » Die Arbeitslosigkeit hatte sich nach der ersten Ölkrise auf mehr als eine Million erhöht und wuchs in der zweiten Ölkrise bis 1983 auf 2,26 Millionen. In den folgenden Jahren blieb sie immer auf einer Höhe von mehr als zwei Millionen [...] Gleichwohl kann festgestellt werden, daß die Disparitäten in der Bundesrepublik sehr viel kleiner blieben als Großbritannien, Frankreich und Italien. So hatte Nordrhein-Westfalen neben schrumpfenden auch sehr dynamischen Industrien, vor allem in der Chemie, dem Maschinenbau und im Medienbereich. «⁴²⁴ Trotz der hohen Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik blieb sie niedriger als die in Großbritannien, Frankreich und Italien. Die Bundesrepublik in erster Linie Nordrhein-Westfalen verfügte über kraftgespannte Industrien, die zwangsläufig dynamische Arbeitskraft verlangte. Aus diesem Grund sollte die jüngere Arbeitskraft eingestellt. »Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden in den achtziger Jahren -neben einer allgemein wirtschaftsfreundlichen Politik und einer zurückhaltenden **Lohnpolitik**- zwei Wege beschritten: einmal die Frühverrentung mit dem Ziel der Einstellung jüngerer Arbeitskräfte, zum anderen die Einführung der 35-Stunden-Woche, generell mehr Arbeitskräfte in ein

⁴²¹ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 264

⁴²² a. a. O.

⁴²³ a. a. O.

⁴²⁴ a. a. O., S. 270

Beschäftigungsverhältnis zu bringen und so das knappe Gut Arbeit unter mehr Menschen zu verteilen. «⁴²⁵

»Die Beschäftigung stieg seit 1985, erst mäßig ab 1988 aber kräftig [...] Zwischen 1983 und 1988 waren jedes Jahr zwischen 2,2 und 2,3 Millionen Arbeitslose registriert worden; erst 1989 ging ihre Zahl zurück. «⁴²⁶ Trotz den zusätzlichen Arbeitsplätzen war die Vollbeschäftigung aus zwei Gründen unmöglich zu erreichen. Auf der einen Seite die Frauenerwerbsquote und auf der anderen Seite die Zuwanderung –ab 1988– der Aussiedler und Ausländer vor allem aus der DDR⁴²⁷. »Am Ende der achtziger Jahre [kamen] deutschstämmige »Aussiedler« aus Osteuropa, vor allem aus der Sowjetunion, deren Zahl allein 1990 fast 400 000 betrug. «⁴²⁸ Die DDR bildete ein Tor für Aussiedler, vor allem aus der Sowjetunion. Mit der zunehmenden Zahl der Ausländer nahm die Arbeitslosigkeit folglich zu.

»Ohne Wachstum, das höher ist als die Zunahme der Arbeitsproduktivität, gibt es keine zusätzlichen Arbeitsplätze [...] Für die Wirtschaft der Bundesrepublik galt in den achtziger Jahren die Faustregel, daß ein Wachstum von mehr als 2% im Jahresdurchschnitt notwendig war, um zusätzliche Beschäftigung erreichen zu können; denn um etwa 2% pro Jahr stieg die Arbeitsproduktivität. 1983 bis 1987 betrug die Wachstumsraten im Jahresdurchschnitt nur wenig mehr als 2%- nicht genug, um eine deutliche Expansion der Beschäftigung zuzulassen. «⁴²⁹ Hohes Wachstum bahnt den Weg für Vollbeschäftigung. Trotz den zunehmenden Wachstumsraten konnte die Bundesrepublik mehr als 2% nicht beschaffen. 2% war nicht suffizient, eine deutliche Expansion erlangen zu können. »Zu den Stärken der westdeutschen Wirtschaft nicht nur 1989, sondern auch fast während der gesamten Zeit des konjunkturellen Aufschwungs gehörte die niedrige Inflationsrate. Schon [...] 1986 und 1987 erlebten die Westdeutschen zum erstemal seit den fünfziger Jahren Preisstabilität. Von den

⁴²⁵ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuausgabe, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 270

⁴²⁶ Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Deutsche Verlags- Anstalt GmbH, Stuttgart 1998, Seite 75

⁴²⁷ a. a. O.

⁴²⁸ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 180

⁴²⁹ Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Deutsche Verlags- Anstalt GmbH, Stuttgart 1998, Seite 70

großen Industrieländern hatte nur Japan eine noch geringere Inflationsrate; die USA, Frankreich und Großbritannien lagen weit darüber. Erst 1989, in der überschäumenden Hochkonjunktur, gab es wieder eine leichte Inflation; doch mit 3,2% blieb der Preisauftrieb immer noch relativ mäßig. «⁴³⁰ Zu guter Letzt, erst 1989 konnte die Bundesrepublik die Preisstabilität realisieren, indem große Industrieländer gelähmt waren.

»Das Sozialprodukt, das 1982 um 1.1% gesunken war, stieg in der Folge in jedem Jahr um 1,5 % oder mehr an, in den Jahren 1984 und 1988 waren es mehr als 3 und 1989 und 1990 sogar 4,0 bzw. 4,9% [...] Eingebettet war diese lange Boomperiode in eine Zeit erneut sinkender Energiepreise, insbesondere sinkender Ölpreise. Der Preis einer Tonne Rohöl in DM sank von 1984 bis 1988 um mehr als zwei Drittel. Während die Industrie ihren Verbrauch weiter reduzierte, stieg er im Verkehrsbereich stark an. Insbesondere wurden die Motoren in Deutschland immer stärker und die gefahrenen Geschwindigkeit auf den Autobahn entsprechend höher. «⁴³¹ Das Sozialprodukt, das in 1982 um 1,1% war, nahm in 1983 um mehr als 1,5 zu und zwischen 1984 und 1988 verdreifachte es, sogar zwischen 1989 und 1990 erreichte es 4,9%. Die deutliche Zunahme des Sozialproduktes ging von 1983 aus. Zudem sanken die Ölpreise zwischen 1984 und 1988. Die jeweiligen Rahmenbedingungen boten erneut eine Boomperiode an. »Die deutsche Exportquote stieg in der Nachkriegszeit 8,5% (1950) über 15,9 (1960) auf über 30% in den 1980er Jahren. Sie liegt damit über den Exportquoten der USA, Japans, Frankreichs, Großbritanniens. «⁴³²

»Die Außenwirtschaft bot seit Jahren ein fast ungetrübtes Bild. Die Exporte in die Länder der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone waren von 1983 bis 1989 stetig gestiegen. Da EG und EFTA fast drei Viertel der westdeutschen Exporte aufnahmen, fiel kaum ins Gewicht, daß der Export in die USA seit Beginn der Abwertung des Dollars 1985/86 stagnierte, der Export in viele

⁴³⁰ Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1998, Seite 73

⁴³¹ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 265 f.

⁴³² Hellmann, Gunther / Wagner, Wolfgang/Baumann, Reiner: Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer VS, Wiesbaden 2014, Seite 84

Entwicklungs- und Schwellenländer unter der Verschuldungskrise der Dritten Welt litt und der ost- und südostasiatische Wachstumsmarkt von den westdeutschen Exporteuren immer noch vernachlässigt wurde. Im hellsten Licht erschien vor allem die künftige Position der Bundesrepublik in der EG. «⁴³³ Von 1983 bis 1989 wuchs der Außenhandel der Bundesrepublik in die Gemeinschaft und außerhalb der Gemeinschaft. EG- und EFTA- Länder lagen weit darüber im Vergleich zur Bundesrepublik. Die Bundesrepublik erkannte in dieser Phase unter den jeweiligen universalen Umständen eine bedeutende weltweite Expansion, die ihre Zukunft in der Gemeinschaft verdeutlichte. »[B]ei der Berichterstattung über den Weltwirtschaftsgipfel 1985 in Bonn die deutschen Landenschlußzeiten weltweit zum Beleg für unflexible Strukturen gemacht wurden, entwickelte die Europäische Gemeinschaft in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine eigene Dynamik. Zunächst fiel nach langem französischem Widerstand 1985 die positive Entscheidung über den Beitritt Spaniens und Portugals. «⁴³⁴ Die wirtschaftliche Stärke der BRD befähigte sie, definitive unwiderrufliche Entscheidungen in der EG zu übernehmen.

»Der Sprachkurs der Regierung Kohl war gegen Ende der achtziger Jahre durchaus erfolgreich, ohne daß freilich grundlegende strukturelle Reformen durchgeführt werden konnten. Daß im Vergleich zu Großbritannien und den USA der deutsche Neoliberalismus der achtziger Jahre eher zaghaft ausfiel, dokumentiert zum einen die Stärke der Widerstände in der Interessendemokratie, zum anderen aber auch das nach wie vor bestehende Gewicht sozialstaatlicher Traditionen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. «⁴³⁵ Beginnend konnte Kohl die Regierung bzw. die wirtschaftspolitische Lage ergreifen. Gegen Krisen blieb er standhaft und schlug grundlegende Reformen auf. Im Gegensatz zu den Starken: USA und Großbritannien, die den Weg verloren, war der von Kohl richtig. Nicht nur zum Erfolg des deutschen kapitalistischen Modells, sondern auch zur Bedrohung des deutschen sozialistischen

⁴³³ Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1998, Seite 72

⁴³⁴ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, Seite 266

⁴³⁵ Conze, Eckart / Metzler, Gabriele: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999, Seite 181

Modells beitrug. Der Sprachkurs Kohls war erfolgreich auf staatlicher, kontinentaler und weltweiter Ebene.

Resümee

Das schuldige Deutschland, das eher Kriege führte, strebte nachträglich ein friedliches Europa. Im Rahmen neuer Position (West-) Deutschlands in (West-) Europa, wurde es an (West-) Europa vor allem an Frankreich und an den USA gebunden. Adenauers Politik war erfolgreich. Dem ungeachtet konnte das geteilte Deutschland durch die sogenannte „Westintegration“ nicht wiedervereinigt werden.

Nach dem Ende Ära-Adenauers sollte es auf die Westbindung nicht verzichtet, aber auch die östliche Seite sollte nicht ignoriert werden. Also auf der Basis der Westbindung wurde die Ostpolitik aufgebaut: Unter Kanzlerschaft Ludwigs war die Politik multipolarem, indem war Ziel Kiesingers „Wiedervereinigung durch Entspannung“. Nur durch Verständigung mit der DDR und demnach mit der SU konnte Europa wiedervereinigt werden. Oberstes Ziel war es, vereinigtes Deutschland in einem vereinigten Europa erreichen zu können.

Umgekehrt war Ziel Brandts, der die deutsche Wiedervereinigung durch die Versöhnung Europas erzielte. Die war für Schmidt durch wirtschaftliche Beziehungen zum Osten möglich. Beide Kanzler konnten nicht zur deutschen Wiedervereinigung, aber zur Vertiefung und Ausbau der Gemeinschaft beitragen. Kohls Politik „Packetlösung“ war erfolglos. Dennoch aktiver, Kohl kehrte zur bisherigen Politik zurück (Normalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses, das während der Ostpolitik gestört wurde). Der deutsch- französische Motor sollte zugunsten des *allgemeinen* europäischen Interesses repariert werden.

Das in den Westen integrierte Westdeutschland war Modell einer erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft (von 1949 bis 1989).

3. Zur wirtschaftlichen Rolle wiedervereinigten Deutschlands in der Europäischen Union

Einführung

Das dritte Hauptkapitel bezieht sich auf das Zweite: Hier geht es um die wirtschaftliche Rolle wiedervereinigten Deutschlands in der EU.

Dem Einigungs- und Integrationsprozess (Kapitel 1) schenke ich viel Aufmerksamkeit, aus Grund seiner Wichtigkeit gleichermaßen wie das Geschehnis. Dank der deutschen Wiedervereinigung und der Integration Ostdeutschlands in die EU wurde die Spaltung Europas ad acta gelegt und (im Kapitel 2) dargestellt.

Die EG/EU wurde MITHIN geographisch aber auch politisch und wirtschaftlich (im Kapitel 3) vertieft. Der Erweiterungsprozess steht im Fokus (Kapitel 4). Das fünfte Kapitel beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Vergleich deutscher wirtschaftlicher Entwicklung gegenüber den anderen EU-Beteiligten von 1990 bis 2010.

3. Zur wirtschaftlichen Rolle wiedervereinigten Deutschlands in der Europäischen Union

3.1 Zum Einigungs- und Integrationsprozess

»Die deutsche Einheit und die Integration Europas als zwei Seiten einer Medaille – dieser Vergleich gehörte zu den von Helmut Kohl seit dem Fall der Mauer unzählige Male wiederholten Formeln. Bereits in seiner ersten öffentlichen Rede nach dem Fall der Mauer hatte Kohl in Berlin diesen Zusammenhang aufgegriffen und die feste Verankerung Deutschlands im Westen betont. Die Mitgliedschaft in einer sich weiterentwickelnden Europäischen Gemeinschaft war neben der Zugehörigkeit zur NATO die zweite Säule der Westbindung als deutscher Staatsrason. «⁴³⁶ Laut Helmut Kohl hängt die Regelung Deutschlands Frage von der die von Europa ab. Durch derartige Regelung können die Barrieren zwischen Ost- und Westeuropa endgültig beseitigt werden. Bereits nach dem Mauerfall kündigte er die notwendige Bindung vereinigten Deutschlands in den Westen und beschleunigte dessen Mitgliedschaft in der EG als erste Säule und in der NATO als zweite Säule.

»Delors war dabei einer der ersten europäischen Politiker, der beherzt voranschritt und verkündete, daß sich deutsche und europäische Einigung nicht ausschließen, sondern im Gegenteil einander bedingen würden. Delors und Kohl waren sich ab Anfang 1990 darin einig, daß der Weg gleichzeitig schon ein gutes Stück des Ziels war: Sie wollten die deutsche Frage europäisieren, um Sorgen der Partner zu vertreiben. Deren Bedenken zielten vor allem auf einen ökonomischen »Riesen«, der die kleineren Staaten an den Rand drängen und damit das Gleichgewicht und den Fortgang der europäischen Einigung erschüttern würde. «⁴³⁷ Der deutsche Bundeskanzler und der EG- Kommissionspräsident Jacques Delors unterstrichen vom Anfang an, dass die deutsche Einheit und die europäische Integration miteinander bandagiert sind. Laut Delors und Kohl bedingen beide Prozesse einander. Zugunsten aller EG- Partnern sollte Ostdeutschland in den Westen integriert bzw. europäisiert werden.

⁴³⁶ Röttlinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 383

⁴³⁷ a. a. O., S. 421

Delors bzw. die Europäische Kommission unterstützte die Integration vereinigten Deutschlands in die EG. Die Kommission sah darin die Chance, die europäische Integration entwickeln und fortgehen zu können. »Die Kommission glaubt, daß die Vereinigung Deutschlands der Gemeinschaft die Chance gibt, die europäische Integration auszubauen und zu beschleunigen. Die Kommission sieht keinen Grund für die Annahme, daß die Vereinigung Deutschlands und die Stellung des vereinigten Deutschlands in der Europäischen Gemeinschaft die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas oder zwischen der Gemeinschaft und ihren übrigen Nachbarn oder der Dritten Welt behindern werden. Vielmehr weisen die neuen Entwicklungen den Weg in eine wohlhabendere und offenere Gemeinschaft, die an ihre eigenen demokratischen Werte und ihre zunehmend wichtige Rolle in der Welt glaubt. < «⁴³⁸ Die Kommission betrachtete die deutsche Vereinigung als positive Herausforderung angesichts der gutnachbarlichen Beziehungen Deutschlands bzw. Ostdeutschlands zu Mittel- und Osteuropa sowie zu den Nachbarländern der Dritten Welt. Die deutsche Vereinigung würde neue Wege für die Gemeinschaft auf lokaler -europäischer- und internationaler Ebene bahnen.

Auch Deutschland betonte von Anfang an, dass die deutsche Vereinigung und die deutsche europäische Integration eng miteinander verbunden sind. »So sagte die deutsche Bundestagspräsidentin: »... German unification means nothing if it is not embedded in the Process of European unification. <<⁴³⁹ Laut *Rita Süßmuth* hätte die deutsche Einheit keinen Sinn, wenn sie in der europäischen Integration nicht eingebettet wäre. Für den damalig deutschen Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann » » [bleibt] der Binnenmarkt die entscheidende Grundlage einer besseren Arbeitsteilung in Europa und schafft zugleich die Voraussetzung für eine Erhöhung des Lebensstandards in allen Mitgliedstaaten. Eine wirtschaftlich starke Europäische Gemeinschaft ist am ehesten in der Lage, die notwendigen Reformen in der DDR und

⁴³⁸ EG- Kommission (Hg) (FN 26) 17, zitiert nach: Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 474

⁴³⁹ European Affairs 1990/4, 26, zitiert nach: Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 474

die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zu fördern. Die Bundesrepublik Deutschland braucht die Europäische Gemeinschaft wie jeder andere Mitgliedstaat [...] Die Einigung Deutschlands wird diesem Prozeß neue Dynamik geben. Die Schaffung der deutschen Einheit vollzieht sich im europäischen Rahmen. < «⁴⁴⁰ Der Binnenmarkt sollte der DDR helfen. Davon ausgehend, dass seine grundlegende Aufgabe war, das Gleichgewicht zwischen allen Mitgliedstaaten zu verwirklichen. Zugunsten der DDR, der Gemeinschaft und deren Mitglieder sollte der Binnenmarkt der DDR Reformen beibringen und wirtschaftliche Verhältnisse mit Mittel- und Osteuropa entfalten. Somit gäbe die deutsche Einheit der Gemeinschaft neue Dynamik.

»Die politische und wirtschaftliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird natürlich auch in den osteuropäischen Ländern mit größer Aufmerksamkeit verfolgt und wird einen enormen Appeal haben für Länder wie Polen und Tschechoslowakei, auch für die Sowjetunion selbst [...] Wir können uns im übrigen auch nicht auf die DDR beschränken, sondern wir haben [...] den Umstellungsprozeß in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen. Wir können das nicht allein tun. Wir brauchen die Unterstützung der anderen europäischen Länder dafür. «⁴⁴¹ Karl Otto Pöhl meint, dass die deutsch-deutsche Annäherung attraktiv nicht nur für Westeuropa, sondern auch für den Osten und für die Sowjetunion selbst war. Der Erfolg der deutschen Einheit und folglich der intakt europäischen Integration bedingte die Unterstützung West- und Osteuropas. Dennoch waren die affirmativen Anteile in Osteuropa kleiner als die in den anderen übrigen Gebieten. »Am enthusiastischen für die Vereinigung waren verständlicherweise die Einwohner der DDR 91%, gefolgt von jenen der BRD (87%), den Portugiesen (85%), den Iran (83%), den Spaniern (81%), den Italienern (80%), den Niederländern (70%), den Dänen (69%) und den Luxemburgern (66%). In

⁴⁴⁰ Bundestags- Drucksache v 28.3.1990., zitiert nach: Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 474

⁴⁴¹ Pöhl, Karl Otto: Aspekte der deutschen und europäischen Währungsintegration: Zwei komplizierte Währungsoperationen, in: Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter: Der Umbau Europas: Deutsche Einheit und europäische Integration: Die Frankfurter Römerberg-Gespräche, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1991, S. 30-45

Osteuropa begrüßten 61% der Tschechoslowaken die deutsche Vereinigung, aber nur 44% der Polen waren dafür und 32% dagegen. «⁴⁴²

»Die deutsche Einigung wirkte [...] eher als eine Art [**Katalysator**, Anm. d. Autors] für den Fortgang der europäischen Integration [...] Die europäische Integration wurde forciert, um Deutschland fester in bewährte Strukturen einzubinden und möglichen Alleingängen vorzubeugen. Gleichzeitig machte die damalige Zwölfer- Gemeinschaft substantielle Fortschritte wie seit langem nicht mehr. «⁴⁴³ Auf den deutschen Osten musste die EG nicht verzichten, der musste an den Westen angenähert werden. Trotz den Schwierigkeiten war die Integration vereinigten Deutschlands als eine Art Katalysator und eher der Zwölfer-Gemeinschaft Fortschritte beibrachte.

⁴⁴² Röttiger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 474 f.

⁴⁴³ Weidenfeld, Werner / M. Wagner, Peter et al. : Außenpolitik für die deutsche Einheit: Die Entscheidungsjahre 1989/90, Deutsche Verlags- Anstalt GmbH, Stuttgart 1998, Seite 423

3.1.1 Zur Einbindung Ostdeutschlands in die Europäische Gemeinschaft

In diesem Prozess sind drei Phasen zu unterscheiden; Interimsphase, Übergangsphase und Schlussphase.

In der ersten Phase sollte die DDR etappenweise in die EG integriert werden. Die **Interimsphase** begann mit der Einführung der D-Mark in die DDR, da die Währung ein wichtiger Faktor der Integration nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Politik ist. Die DM sollte die Währung des ganzen deutschen Gebietes sein. Zu diesem Zweck » [wurde] [a]m 18. 5. 1990 zwischen der BRD und der DDR **der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** [...] geschlossen. Am 1. 7. 1990 trat er in Kraft, die DDR schloß sich dem Währungsgebiet der DM an und unterstellte sich damit der Währungshoheit Bonns. «⁴⁴⁴

Nach Karl Otto Pöhl » [müssen] wir allerdings genau unterscheiden zwischen der Einführung der D-Mark in der DDR, die [seines, Anm. d. Autors] Erachtens etwas mißverständlich als Währungsunion bezeichnet wird, und der Wirtschafts- und Währungsunion mit [...] [den, Anm. d. Autors] westeuropäischen Partnern. Beide Vorgänge sind völlig unterschiedlicher Natur [...] Im einen Fall, im Falle der DDR, handelt es sich um die Einführung der D-Mark. Die D-Mark wird die Währung auch in der DDR, sie wird das gesetzliche Zahlungsmittel. In Westeuropa handelt es sich genau um das Gegenteil, nämlich um den Versuch, die nationalen Währungen [...] durch eine gemeinsame europäische Währung abzulösen. «⁴⁴⁵ Die DDR sollte *vorrangig* an die BRD und logischerweise an die EG angepasst werden. Darüber hinaus bestimmte der *Vertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion* die fundamentalen Strukturen zur Einführung einer sozialen Marktwirtschaft in der DDR. Die Zentralverwaltungswirtschaft musste in die soziale Marktwirtschaft transformiert werden. Nach dem westdeutschen Vorbild mussten die sozialistischen Einheiten allmählich umstrukturiert werden.

⁴⁴⁴ Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 467

⁴⁴⁵ Pöhl, Karl Otto: Aspekte der deutschen und europäischen Währungsintegration: Zwei komplizierte Währungsoperationen, in: Hoffmann, Hilmar / Kramer, Dieter: Der Umbau Europas: Deutsche Einheit und europäische Integration: Die Frankfurter Römerberg-Gespräche, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1991, S. 30-45

In der **Übergangsphase** mussten die Länder der DDR in den Binnenmarkt eingegliedert und an den unterschiedlichen Politiken (Agrar- und Fischereipolitik, Umwelt- und Verkehrspolitik) angepasst werden⁴⁴⁶. »Im Bereich des Binnenmarktes ist ab dem Zeitpunkt der Vereinigung eine vorübergehende Notwendigkeit einer unterschiedlichen Behandlung von Waren und Dienstleistungen aus den neuen Ländern hinsichtlich technischer und anderer harmonisierter Vorschriften möglich. Dagegen ergaben sich bei der Freizügigkeit sowie beim freien Dienstleistungs- und Kapitalverkehr keine größeren Schwierigkeiten. «⁴⁴⁷

» »In der sich [**anschließenden endgültigen Phase**, Anm. d. Autors] wird das **Gemeinschaftsrecht** dann ohne Ausnahmen vollständig angewandt [...] Für die Mitgliedschaft in der EG hatte dies zur Folge, daß die Rechte und Pflichten der BRD aus den Gemeinschaftsverträgen fortbestehen und sich automatisch auf die beigetretenen Teile Deutschlands erstrecken«. «⁴⁴⁸ Gemäß Art 227 EWGV wurde das EG-Recht automatisch auf die neuen Bundesländer verwendet. » »Die staatliche Identität Deutschlands blieb nach der Gebietserweiterung also unverändert. < «⁴⁴⁹

⁴⁴⁶ Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 473

⁴⁴⁷ a. a. O.

⁴⁴⁸ Vgl. Art 15 Wiener Konvention über Staatennachfolge 1978, die allerdings noch nicht in Kraft getreten ist (abgedruckt in 17 International Legal Materials [1978] 1488 und in United Nations [Hg], The World of the International Law Commission [1988] 323); allgemein dazu s. *Verdroß- Simma*, Universales Voelkerrecht (1984) & 976; vgl. auch *Schmidt* (FN 43); kritisch *Timmermanns*, German Unification and community Law, CMLR 1990, 437, zitiert nach: Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 473-477

⁴⁴⁹ *Schmidt*, L'unification allemande et la communauté européenne, REMUE 1991, 91 (105), zitiert nach: Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia: Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991, Seite 477

3.1.2 Zur Einbindung Deutschlands in die westliche Wertegemeinschaft

»[D]ie Betonung außenpolitischer Kontinuität [erweist] als dominant. Die Idee der grundlegenden Bedeutung des Bekenntnisses zu den westlichen Werten für deutsche Außenpolitik auch nach der Vereinigung bliebe zur Gänze unerwähnt [...] So sei es unverändert das Ziel Deutschlands gewesen, Teil der westlichen Wertegemeinschaft zu bleiben und dieser Mitgliedschaft durch eine Politik Ausdruck zu verleihen, welche die gemeinsamen Ziele verteidigt und fördert (Hellmann et al 2006: 104). «⁴⁵⁰ Die alte Bundesrepublik war westlich orientiert und musste ebenfalls nach dem Beitritt der DDR der westlichen Wertegemeinschaft angehörend bleiben. Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Westen bzw. seine Mitgliedschaft in den Westen war unvermeidbar. Deutschland und der Westen teilen die gemeinsame Politik und die gemeinsamen Ziele. Die teilen das gleiche Schicksal.

»Ebenso unverändert wie die Ziele der westlichen Wertegemeinschaft bleibt aus der Perspektive eines soziologischen Institutionalismus das Ziel des vereinigten Deutschlands, Teil dieser Wertegemeinschaft zu bleiben [...] Aus der Sicht der Bundesregierung ging es bei dieser Entscheidung weniger um eine Verschiebung des Machtgleichgewichts zugunsten der USA und zugunsten der Sowjetunion, sondern um ein sichtbares Zeichen dafür, dass das vereinte Deutschland Teil der westlichen Staatengemeinschaft bleiben und deren grundlegende Normen und Werte beachten und befördern würde. «⁴⁵¹ Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sollte die Mitgliedschaft der BRD in der NATO nicht zum Ende gebracht werden; nicht nur zugunsten der USA und der Sowjetunion aber auch zugunsten Deutschlands. Deutschland wie die anderen NATO- Mitgliedstaaten strebte derartige Mitgliedschaft an. Deutschland und vor allem seine Position in der EU konnte und könnte durch die NATO-Mitgliedschaft gekräftigt werden. »[D]ie Bundesregierung [bemühte sich] die NATO als politische Organisation aufzuwerten und möglichst eine zentrale Rolle für die europäische Sicherheit nach der Auflösung des Warschauer Paktes zu verleihen.

⁴⁵⁰ Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 27 f.

⁴⁵¹ Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. : Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien ,Wiesbaden 2014 , Seite 106

«⁴⁵² Ziel der deutschen Bundesregierung war es, in erster Linie den Frieden dauerhaft in Europa zu sichern. »Die liberalen Werte und Normen, die der westlichen Staatengemeinschaft zugrunde liegen, schlagen sich wiederum die Definition der Ziele der NATO [...] *„Auf der Grundlage der gemeinsamen Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit wirkt das Bündnis seit seiner Gründung für die Schaffung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa. Dieses Bündnisziel bleibt unverändert (zitiert nach AUSWÄRTIGES AMT 1995, 837).* «⁴⁵³

»Am meisten Aufmerksamkeit kommt dieser Frage noch in Bezug auf die Entwicklung der deutschen Position innerhalb der beiden zentralen Institutionen der Westbindung, namentlich der Integration in EU und NATO zu. Als wichtiges Element deutscher Außenpolitik gilt den Experten das erfolgreiche Ausbalancieren amerikanischer und französischer Interessen und Vorstellungen im Sinne einer **[Sowohl-als-auch-Politik, Anm. d. Autors]**, symbolisiert durch das Ausfüllen einer zentralen Rolle innerhalb der NATO- und einer mitführenden Rolle innerhalb der EU-Strukturen (Haftendorn 2001: 95f). «⁴⁵⁴ Deutschland -als Führungsmacht in der EU und desgleichen als zentrales Mitglied in der NATO- musste seine Politik zwischen den beiden Institutionen (EU/NATO) ausgleichen. Die deutsche Außenpolitik balancierte zwischen den USA und Frankreich aus. Sowohl mit den USA als auch mit Frankreich musste die deutsche Außenpolitik angeordnet werden.

Mit dem Prinzip Sowohl-als-auch-Politik sahen Pradetto und Hellmann, dass die deutsche Außenpolitik wankte bzw. „ins Wanken geraten“. Insgesamt sollte die Tendenz in der deutschen Außenpolitik sicher und handlungsbestimmend sein⁴⁵⁵. » Auf diese reagiere die Bundesrepublik mit dem unveränderten Wunsch, den transatlantischen Pfeiler ihrer selbstbeschränkten Außenpolitik beibehalten, gleichzeitig aber die EU in die Möglichkeit versetzen zu wollen, im Falle der Verschiedenheiten eine kooperative Gleichgewichtspolitik betreiben zu können

⁴⁵² Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. : Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien ,Wiesbaden 2014 , Seite 106

⁴⁵³ a. a. O., S. 105

⁴⁵⁴ Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 28

⁴⁵⁵ a. a. O., S. 29

(Rudolf 2006: 141). Er zeichnet das Bild einer zu Gunsten Europas reformulierten Sowohl-als-auch-Politik. «⁴⁵⁶ Auf seiner Meinung beharrte Deutschland und auf den Prinzip „Sowohl-als-auch-Politik“ wollte es nicht verzichten. Nach Überzeugungen deutscher Außenpolitik wäre „Sowohl-als-auch-Politik“ zugunsten der EU; die dadurch in einen anderen Zustand gebracht werden könnte. »Dazu passt die Beobachtung Schöllgens, in Berlin reife die Vorstellung heran, dass die Europäische Union zukünftig in der Lage sein müsse [...] handlungsfähig zu werden (Schöllgen 2004: 13) [...] ähnlich wie Rudolf und Schöllgen, nicht als Preisgabe der Sowohl-als-auch-Politik, sondern als deren Modifikation. «⁴⁵⁷ Im Gegensatz zu Pradetto und Hellmann, die die „Sowohl-als-auch-Politik“ als Preisgabe betrachteten, war sie für Rudolf und Schöllgen eine Modifikation.

»In den Analysen der deutsch-amerikanischen Beziehungen dominieren also jene Stimmen, die einen grundlegenden [**Wandel**, Anm. d. Autors] hin zu einer deutlich eigenständigen Position Deutschland beschreiben. Trotzdem gilt das fortgesetzte Bekenntnis zum westlichen Verteidigungsbündnis [**NATO auch nach der Vereinigung als wichtiges Element deutscher Außenpolitik**, Anm. d. Autors]. So vertritt [der Professor Peter Joachim, Anm. d. Autors] Katzenstein die These, die staatliche [**Identität Deutschland**, Anm. d. Autors] sei weniger stark ausgeprägt als die staatlichen Identitäten Großbritanniens und Frankreich, weshalb das Verhältnis zur NATO und der europäischen Integration [**von grundlegend anderer Qualität**, Anm. d. Autors] sei. «⁴⁵⁸

⁴⁵⁶ Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 29

⁴⁵⁷ a. a. O.

⁴⁵⁸ a. a. O., S. 30

3.2 Zur Überwindung Spaltung Europas

»Der Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems hat die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht und die Überwindung der Spaltung Europas zur zentralen politischen Aufgabe gemacht. «⁴⁵⁹ Die deutsche Einheit bedeutet *Vereinigung* zweier Teile eines Staates sowie eines Kontinents. Sie führte im Großen und Ganzen zum Ende des Ost- West- Konfliktes auf dem europäischen Gelände.

»Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts werden die Probleme zwischen den Staaten sichtbarer, die zuvor in der Gegenstellung zur Sowjetunion einen gemeinsamen Feind hatten. Diese gemeinsame Bedrohung gibt es nicht mehr und entsprechend steigt die Relevanz wirtschaftlicher Konflikte untereinander. «⁴⁶⁰ Die Sowjetunion und deren Sozialismus wurden aufgelöst und führten keine Bedrohung mehr aus. Eine westliche Strategie sollte nimmermehr gegenüber der SU durchgreifen; Osteuropa sollte neu geordnet werden. »Nach der Diversifizierung Osteuropas und der Auflösung der Sowjetunion ist dies nicht anders geworden, wobei nun nicht mehr Eindämmung der sowjetischen Bedrohung und Unterfütterung der antagonistischen Beziehungen mit partieller Kooperation, sondern der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft die gemeinsamen Normen sind. Operational sagt das nicht viel, weder für die westliche Kooperation in der Ostpolitik, noch für die Entwicklungswege der Reformpolitik in den betroffenen Ländern. «⁴⁶¹ Die DDR und die osteuropäischen Länder sollten an Westeuropa angepasst werden. Da sie über antagonistischen Strukturen verfügten, sollten **grundlegende** namentlich marktwirtschaftliche **Reformen** eingeführt werden. »Die sozialen Spannungen, ökonomischen Schwierigkeiten und die politischen Instabilitäten des osteuropäischen Transformationsprozesses werden auf Westeuropa zurückwirken. Die geographische Nähe, aber auch die regional-kulturelle Verknüpfung werden das bewirken. So stellt sich die Modernisierung Osteuropas als wichtige Aufgabe für Westeuropa. «⁴⁶² Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und

⁴⁵⁹ Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. : Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007, Seite 125

⁴⁶⁰ Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas: Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993, Seite 171

⁴⁶¹ a. a. O., S. 207

⁴⁶² a. a. O., S. 232

mit der Integration wiedervereinigten Deutschlands in die EG, sollte das sozialistische instabile und unmoderne Osteuropa in den marktwirtschaftlichen europäischen Wirtschaftsraum integriert und modernisiert werden. Osteuropa gehört Europa an und dessen Modernisierung war Aufgabe Westeuropas.

»[**Deutschland zum "Motor einer Gesamteuropapolitik"**, Anm. d. Autors] zu erklären heißt, die Ressourcen nationaler Außenpolitik erheblich zu überschätzen und die Schwierigkeiten der osteuropäischen Transformation erheblich zu unterschätzen. Solche Konzeption provoziert Frustrationen. Wolfgang Pfeiler hat darauf hingewiesen, daß in Rußland die Möglichkeiten Deutschlands, die dortigen wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen, maßlos übertrieben wahrgenommen werden, bis hin zur Erwartung, Deutschland werde Rußland den Weg in die Europäische Gemeinschaft ebnen. «⁴⁶³ Deutschland war der Haupttreffpunkt der Antagonismen. Es spielte die bedeutende Rolle bei der Verständigung mit Rußland und den damals zugehörigen osteuropäischen Ländern. Es konnte die osteuropäische Transformation unterbauen und Schwierigkeiten unterschätzen. Es war also der **Motor** der Gesamteuropapolitik.

»Es ist zwar richtig, daß Deutschland als einziges großes EG-Land sowohl der NATO angehört als auch dynamisch im EG-Prozeß mitarbeitet und daß die Deutschen im Transformationsprozeß der neuen Bundesländer handgreifliche Erfahrungen sammeln. «⁴⁶⁴ Die politische, die wirtschaftliche aber auch die geographische Lage Deutschlands und dessen Erfahrungen beim Integrations- und Transformationsprozess waren von großer Relevanz. Deutschland spielte dabei die führende Rolle.

» »Unser realistisches Ziel muß es sein, die Staaten der GUS⁴⁶⁵ bei ihrem Streben nach echter wirtschaftlicher Integration untereinander zu unterstützen. Die ehemalige Sowjetunion ... wird ein einheitlicher Wirtschaftsraum mit Schwerpunkt in Europa bleiben. Unser Ziel muß es sein, eine erweiterte EG und einen Wirtschaftsraum GUS eng miteinander zu verflechten. Diese Wirtschaftsräume sollen langfristig die

⁴⁶³ Wolfgang Pfeiler: Rußland auf dem Weg zur Demokratie?, in: Die politische Meinung, Februar 1992, S. 80. , zitiert nach: Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas: Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993, Seite 233

⁴⁶⁴ a. a. O., S. 234

⁴⁶⁵ Akronym für Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und eine regionale sowjetische internationale Organisation, in der sich verschiedene Nachfolgestaaten der Sowjetunion assoziiert sind.

gemeinsamen tragenden ökonomischen Säulen des einzigen Europa werden, wobei der östliche Kreis die Brücke von Europa nach Asien schlägt <. «⁴⁶⁶ Kohl beanspruchte die europäische Integration. Die westeuropäischen Länder sollten den osteuropäischen helfen et vice versa. Der einheitliche Wirtschaftsraum bzw. der einheitliche europäische Kreis sollte das intakte Europa umfassen und zu Asien erweitert werden.

» »Der Regionalisierungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft erreicht mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ein neues Niveau. Es werden Schritte zur Vertiefung der Integration unternommen, die auf eine engere Abstimmung der makropolitischen Strategien hinauslaufen. Zudem hat sich der geographische Raum ausgeweitet, umfaß nun schon die Staaten der EFTA und wird sich noch weiter nach Osten ausdehnen<. «⁴⁶⁷ Mit der Überwindung der Ost-West-Konfrontation erkannte die EG Vertiefung der politischen Integration auf der einen Seite, auf der anderen Seite Expansion vor allem noch weiter nach dem Osten.

⁴⁶⁶ Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede vor dem Bertelsmann- Forum am 3.4.1992, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr.353 vom 8.4.1992, S. 356, zitiert nach: Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas: Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993, Seite 210

⁴⁶⁷ Lawrence Krause: Trade Policy in the 1990's: good-bye bipolarity, hello regions, in: The World Today, H.5/1990, S. 83 f., zitiert nach: Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas: Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993, Seite 173

3.3 Zum Ohne-Deutschland Prozess

»Mit der Wiedervereinigung 1990 und dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Rahmenbedingungen der deutschen Europapolitik grundlegend geändert. Die vormals teilsouveräne Bundesrepublik erlangte mit der Wiedervereinigung eine zentrale Rolle in Europa und eine veränderte Stellung in der Welt [...] Dank seiner wiedergewonnenen Souveränität, geographische Lage, Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgröße stellte sich Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre als zentraler Akteur in Europa dar.«⁴⁶⁸ Unter der deutschen Wiedervereinigung war nicht nur Expansion des deutschen Territoriums zu verstehen, Deutschland bekam die zentrale Rolle in Europa, es konnte desgleichen weltweit wirken. » Einige Beobachter charakterisierten das wiedervereinigte Deutschland als »Zentralmacht«⁴⁶⁹ oder »Macht in der Mitte Europas«⁴⁷⁰. «⁴⁷¹ Nicht nur die geographische Lage Deutschlands, aber auch die politische bzw. seine vollendete Souveränität ermöglichte Deutschland eine Zentralmacht in Europa zu werden.

»Die deutsche Einheit wirkte seitdem als eine Art Katalysator für Fortschritt und Vertiefung der Integration. Die damalige Zwölfer-Gemeinschaft machte substanzielle Fortschritte wie der Einheitlichen Europäischen Akte nicht mehr: Der Maastrichter Vertrag 1992, mit dem der qualitative Sprung von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union gelang, war auch ein Kind der deutschen Einheit.«⁴⁷² Ohne deutsche Einheit bleibe die europäische Integration erlahmt. Dank der deutschen Einheit und mit dem Unionsvertrag erkannte die EG einen qualitativen Sprung; sie verwandelte sie sich zur **Europäischen Union**.

⁴⁶⁸ Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007, Seite 36 f.

⁴⁶⁹ Hans-Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994, zitiert nach: Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007, Seite 37

⁴⁷⁰ Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, München 2000. zitiert nach: Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007, Seite 37

⁴⁷¹ Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007, Seite 37

⁴⁷² Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. : Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007, Seite 120

»[D]ie deutsche Europapolitik [war] in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung von einer starken Kontinuitätsrhetorik geprägt [...] »In seiner Regierungserklärung zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 unterstrich Bundeskanzler Helmut Kohl bei allem »Neubeginn« die [**Kontinuität der deutschen Europa- und Außenpolitik**, Anm. d. Autors] und betonte, dass Deutschland auch in der Zukunft an seinem »Engagement für die europäische Einigung , für den Bau der Vereinigten Staaten von Europa festhalten werde«⁴⁷³. «⁴⁷⁴ Erst seit dem Beitritt der DDR in die BRD erklärte und akzentuierte der deutsche Bundeskanzler Kohl, die Bereitschaft wiedervereinigten Deutschlands für die Erweiterung der europäischen Einigung. Zudem forderte er nach dem amerikanischen Muster, „Vereinigte Staaten von Amerika „Vereinigte Staaten von Europa“ zu erreichen. »Die Forderung nach einem [**bundesstaatlichen Europa**, Anm. d. Autors] [wurde] entgegengesetzt [...] Ebenso nahm Helmut in seinen europapolitischen Äußerungen Abschied vom [Sic] diesem Begriff. «⁴⁷⁵

»Die deutsche Europapolitik hat sich folglich in den 1990er Jahren nicht grundsätzlich von ihrem traditionell europafreundlichen Kurs verabschiedet. Vielmehr versuchte die Bundesregierung, ihr [**europäisches Engagement**, Anm. d. Autors] nach der Wiedervereinigung zu verstärken, um auf diese Weise den europäischen Nachbarn die Angst vor einem zu [**mächtigen Deutschland**, Anm. d. Autors] in Europa zu nehmen. «⁴⁷⁶

Genscher, dessen Nachfolger Klaus Kinkel und andere deutsche Politiker betonten ihr Interesse am europäischen Weg sowie ihre Verantwortung dafür⁴⁷⁷. »Verantwortung nicht im Sinne von Machtpolitik, sondern von Verantwortungspolitik. «⁴⁷⁸ Angesichts seiner Stärke wollte Deutschland die Führungsrolle übernehmen. Keineswegs Europa

⁴⁷³ Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vom 3. Oktober 1990, abgedruckt in Auszügen in: Auswärtiges Amt, a. a. O., S. 728, zitiert nach: Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, Seite 38

⁴⁷⁴ Grünhage, Jan: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, Seite 39

⁴⁷⁵ a. a. O., S. 38

⁴⁷⁶ a. a. O.

⁴⁷⁷ a. a. O., S. 39

⁴⁷⁸ a. a. O., S. 38

zu dominieren, sondern ihm helfen zu müssen. In diesem Kontext erklärte Genscher in 1990: »Deutschland kennt und anerkennt seine Verantwortung für eine bessere Zukunft Europas. Wir wollen nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland (Genscher 1990). «⁴⁷⁹

Zwischen den Konzepten (Verantwortungs- und Machtpolitik) sollte es unterschieden werden. », Als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa wollen wir dem Frieden der Welt dienen. Diese Verpflichtung aus der Präambel unseres Grundgesetzes bestimmt unsere Politik. Sie ist die Absage an Machtpolitik, sie bedeutet Politik der Verantwortung“ (Genscher 1990). «⁴⁸⁰ Das wiedervereinigte Deutschland sollte bessere Zukunft für Europa sichern. Für seine Entfaltung sollte es wirken. Deutschland sollte für Europa verantwortlich dennoch darüber nicht mächtig und gewaltig sein. Ausgehend davon, dass alle EU- Länder gleichberechtigt werden sollen, deklarierte Genscher in 1990.

»Neben der Rekonstruktion des Verantwortungskonzeptes ermöglicht die Interpretation der dort angesprochenen Gleichberechtigungsidee zusätzliche Einsichten in das grundlegende Überzeugungssystem deutscher Europapolitik [...] in den 1950er Jahren das Ziel deutscher Europapolitik gewesen war [...] die Gleichberechtigung auch nach der Herstellung der vollen staatlichen Souveränität eines deutschen Gesamtstaates als Teil einer selbstschränkenden deutschen Verantwortungspolitik (im Sinne Genschers) in Europa zu verstehen war. «⁴⁸¹ Laut Genscher befand sich die Gleichberechtigungsidee bzw. Verantwortungspolitik seit den 1950er Jahren, ihre Kontinuität blieb ebenso bis zu den 1990er Jahren gewahrt. Die Wiedervereinigung Deutschlands und dessen Souveränität erfrischten die Verantwortungspolitik. »
 „Unser ökonomisches und politisches Gewicht und unsere Lage im Herzen Europas weisen uns hier eine besondere Verantwortung zu. Wir stellen uns dieser

⁴⁷⁹ Günter der Bruyn Roos verweist völlig zu Recht darauf, dass das Mann-Zitat beinahe immer ohne eine genauere Quellenangabe gebraucht wird. Er belegt, dass es aus einem Brief an Annette Kolb aus dem Jahr 1944 stammt, zitiert nach: Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 211

⁴⁸⁰ Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 210

⁴⁸¹ a. a. O., S. 210

Verantwortung ‘‘. «⁴⁸² Es war eindeutig, dass nach seiner Wiedervereinigung stellte Deutschland einer Zentralmacht in Europa dar, nicht nur geographisch, sondern vor allem ökonomisch und politisch. Darum war Deutschlands Verantwortung für Europa qualifiziert, sah Genscher (1990).

In diesem Rahmen besagt „**Ohne-Deutschland Sequenz**“: »„Ohne Deutschland ist es unmöglich, die osteuropäischen Völker zu integrieren. Ohne Deutschland wird es keine Sicherheitsstruktur in und für Europa geben, die auch die Sicherheitsinteressen der jungen Demokratien befriedigt. Ohne Deutschland werden die durch kommunistische Kommandowirtschaft ruinierten Staaten ökonomisch und sozial nicht gesunden; denn *nur mit Deutschland* wird die Europäische Gemeinschaft ihre politisch-ökonomische Dynamik entfalten und als *Kraftquelle* für den wirtschaftlichen Gesundungsprozess ganz Europas bereitstehen können. In dieser Situation ist Deutschland eine *maßgebliche Bezugsgröße* für die Politik seiner Partner“ (VPR 1992, Hervorhebung U.R.). «⁴⁸³ Mit Deutschland könnte der Integrationsprozess nach dem Osten erweitert, mit Deutschland könnte der Ost-West- Konflikt in Europa beseitigt, mit Deutschland könnten die kommunistischen armen Länder gerettet werden. Ohne Deutschland könnte Europa keine politisch-ökonomische Entfaltung wahrnehmen, es wurde als Kraftquelle bezeichnet.

⁴⁸² Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 211

⁴⁸³ a. a. O., S. 212

3.3.1 Zur Wirtschafts- und Währungsunion

»Wie ist es zu erklären, dass die Bundesregierung unter Helmut Kohl im Rahmen des Maastrichter Vertrages dazu bereit war, die Deutsche Mark als Symbol des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufbaus zugunsten einer gemeinsamen Währung aufzugeben, und dass er bei dieser Entscheidung kaum auf innenpolitische Opposition traf (zum Folgenden Risse u.a 1999; Engelmann-Martin 2002). Andrew Moravcik hat nachgewiesen, dass die weit verbreitete Interpretation eines deutsch-französischen Quid-pro-quo- französische Zustimmung zur Wiedervereinigung gegen deutsche Aufgabe der D- Mark – nicht zutrifft, weil die entscheidenden Weichenstellungen alle vor der deutschen Vereinigung erfolgen (Moravcik 1998: 386-404). «⁴⁸⁴ Zugunsten der wirtschaftlichen und politischen Entfaltung Europas waren die deutsche Wiedervereinigung, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Währung. Frankreich stimmte der Leitwährungsrolle der D-Mark, wie zuvor der deutschen Wiedervereinigung zu. Beiläufig stimmten alle Beteiligten -abgesehen von Großbritannien -einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu.

Seitens Deutschlands wurde die WWU vor dem Mauerfall beschleunigt. »Hans Dietrich Genscher [...] als erster versuchte, von einer reaktiv- abwehrenden zu einer aktiv-gestaltenden Rolle auch in monetären Belangen zu finden [...] Wirtschaftliche Konvergenz und Währungsintegration [...] könnten auch parallel verwirklicht werden. «⁴⁸⁵ Erst in den 1980er Jahren beanspruchte Genscher eine europäische Währungsunion. Die Wirtschafts- und Währungsintegration gehen parallel und bedingen einander. »[I]n Anbetracht der Grundsatzentscheidungen [kann] von Hannover und Madrid davon ausgegangen werden, dass es auch ohne die Einheit eine europäische Währungsunion gegeben hätte. Zweifelsohne hat die Vereinigung aber sowohl den Entscheidungsdruck wie auch das Tempo der Verhandlungen deutlich

⁴⁸⁴ Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. : Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007, Seite 56 f.

⁴⁸⁴ Von Bredow, Wilfried/ Jäger Thomas: Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993, Seite 57

⁴⁸⁵ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 152

erhöht. «⁴⁸⁶ Ohne deutsche Einheit war eine europäische Währungsunion zweifellos möglich und vom Westen verlangt. Allemal wirkte die Wiedervereinigung Deutschlands stärker und obligater.

Indes war die Zustimmung Deutschlands *-nach dem Mauerfall-* mit Bedingungen beisammen. »[D]ie deutsche Zustimmung zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) [hing] von Anfang an von bestimmten Konditionen (**[Konvergenzkriterien**, Anm. d. Autors] sowie Unabhängigkeit der Europäischen Zentralmacht) [ab]. «⁴⁸⁷ »Alles was eine stringente Stabilitätsorientierung, die Unabhängigkeit der künftigen EZB oder das Ziel wirtschaftlicher Konvergenz in Frage stellte, war für Bonn indiskutabel. «⁴⁸⁸ Die Konditionen der Europäischen Zentralmacht waren indiskutabel. Ohne deutsche Zustimmung war die WWU unmöglich. »Bonn [bestand] auf strenger Haushaltsdisziplin und harten Konvergenzkriterien, die jeder Teilnehmer erfüllen müsse um sich für den Eintritt in die dritte Stufe zu qualifizieren. Letztendlich war es dann auch das „deutsche Modell“, das sich in Verhandlungen zum EUV durchsetzte. «⁴⁸⁹ An dem deutschen Modell sollte die WWU angepasst. *Das deutsche Zahlungsmittel war Symbol für wirtschaftliche Stärke, für Sicherheit und Stabilität.* Zur Verwirklichung der WWU mussten die Konvergenzkriterien bzw. das dreistufige Vorgehen von der Mehrheit der Beteiligten vollführt werden. Die von Deutschland dargestellten Voraussetzungen waren hart und streng. Ziel der Bundesregierung stand dabei, die Europäische Integration nicht zu erlahmen, sondern zu untermauern. »„Maastricht ist der Beweis dafür, dass das vereinte Deutschland seine **[Verantwortung**, Anm. d. Autors] in und für Europa aktiv wahrnimmt und zu dem steht, was wir immer gesagt haben, nämlich

⁴⁸⁶ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 153

⁴⁸⁷ Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. : Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007, Seite 57

⁴⁸⁸ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 154

⁴⁸⁹ a. a. O.

dass die deutsche Einheit und die europäische Einigung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind“ (Regierungserklärung vom 13.12.1991). «⁴⁹⁰

Intensiv wurde Thema der WWU in Deutschland diskutiert. Die deutsche Position teilte sich in Für und Wider. Die Gegner misstrauten der gemeinsamen Währung. Jedenfalls wurde die WWU von der Mehrheit beigestimmt⁴⁹¹. Desgleichen wurden von Deutschland und der Mehrheit der Anhänger die in Maastricht beschlossenen Konvergenzkriterien akzeptiert und den Übergang zur dritten Stufe der WWU bestätigt. (Siehe oben) »Als frühestmöglicher Zeitpunkt für den Eintritt in die Endphase wurde der 1.1.1997 festgelegt, vorausgesetzt eine Mehrheit der Mitgliedstaaten erfüllt die Kriterien. Andernfalls sollte sie – wie es letztlich auch geschehen ist – automatisch zum 1.1.1999 beginnen. «⁴⁹²

»Überspitzt ausgedrückt konstruierte Kohl [...] der die gemeinsame Währung zur Frage von Krieg und Frieden in Europa erklärte, eine identitätspolitische Gleichung, die in etwa so aussah: Wer den Euro unterstützt, befürwortet die europäische Integration, ist damit sowohl ein „guter Europäer“ als auch ein „guter Deutscher“ und lehnt die deutsche militaristische und nationalistische Vergangenheit ab. Wer [...] Zweifel an der gemeinsamen Währung artikulierte, musste demgegenüber im politischen Diskurs zunächst deutlich machen, dass er ein glühender Anhänger der europäischen Integration war, bevor er den Euro kritisieren konnte. «⁴⁹³ Für Kohl verband sich die europäische Integration mit der Wirtschafts- und Währungsunion; wer für die europäische Integration war, musste gegen die WWU nicht stehen. Es war für ihn Frage von „Krieg und Frieden“. Alle Beteiligten und vor allem Deutschland sollten die „identitätspolitische Gleichung“ fördern. Die Beteiligten waren/sind gleich. Die mussten über die gleiche Währung verfügen und die gleichen Konditionen erfüllen.

⁴⁹⁰ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 155

⁴⁹¹ a. a. O., S. 156

⁴⁹² a. a. O., S. 154

⁴⁹³ Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. : Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007, Seite 57

3.4 Zum Deutschlands Engagement im Erweiterungsprozess

»Schon in seinem Zehn-Punkte-Programm [Siehe oben, Anm. d. Autors] vom November 1989 hatte Helmut Kohl sich für die Vertiefung *und* Erweiterung der Gemeinschaft ausgesprochen: „Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine entscheidende Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen und müssen sie weiter stärken. [...] Die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muss die Offenheit nach Osten wahren. Nur in diesem Sinne [Sic] wir haben das Europa der Zwölf immer nur als einen Teil und nicht als das ganze verstanden [Sic] kann die Europäische Gemeinschaft Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden“. ⁴⁹⁴ Dabei ging es um die relevante Weiterentwicklung der Europäischen Integration. Bereits vor dem Mauerfall interessierte sich die Bundesregierung für den Anschluss Mittel- und Osteuropas. »Ein zentrales außenpolitisches Ziel der Bundesrepublik in den neunziger Jahren war daher die Fortführung der europäischen Integration [...] allerdings [trat] bald das Ziel einer Erweiterung der Europäischen Union um eine große Zahl mittel- und osteuropäischer Staaten. ⁴⁹⁵ Die EG musste gestärkt und auf dem Osten ausgedehnt werden. Die EG darf nicht nur auf den Westen begrenzt sein, die muss ganzes Europa umfassen.

Die Bundesregierung erstrebte politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa. Laut Gisela Müller-Brandeck-Bocquet et al. würde Deutschland *in erster Linie* vom destabilisierten Europa betroffen. »Die Bundesrepublik wäre von Instabilität in den östlichen Nachbarstaaten und damit einhergehenden Migrationsbewegungen am stärksten betroffen [...] In der deutschen Unterstützung für die Osterweiterung [zeigt sich gerade] ihre Wertschätzung für multilaterale Institutionen: „*Multilaterale Integration spielte eine bedeutende Rolle bei der Festigung der deutschen Demokratie und Versöhnung mit den westlichen Nachbarn. [...] Die Deutschen sind daher überwiegend überzeugt, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten von*

⁴⁹⁴ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 162 f.

⁴⁹⁵ Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. : Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien ,Wiesbaden 2014 , Seite 108

multilateraler Integration und Kooperation profitieren würden und machen sich daher für eine Öffnung des Integrationsprozesses nach Osten stark (HYDE-Price, 183; eigene Übersetzung). «⁴⁹⁶ Hinsichtlich der zunehmenden Flucht vom destabilisierten Osten Europas zu Deutschland und darüber nach dem Westen, unterstützte Deutschland willensstark die Osterweiterung. Ferner würden die europäischen Nachbarn miteinander sich versöhnen und in einem multilateralen Europa kooperieren.

Betreffs des neuen Erweiterungsprozesses bestanden deutsch-französische Divergenzen. Frankreich misstraute der Osterweiterung. »Während sich die Bundesregierung also von Anfang an als engagierter Fürsprecher der Osterweiterung profilierte, reagierte Paris zunächst äußerst skeptisch. Schon die EFTA- Erweiterung wurde als Bedrohung der französischen Position betrachtet, da sich das Gravitationszentrum der Union damit nach Nordosten verlagert hatte. Mit der Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa befürchtete man eine weitere Kräfteverschiebung innerhalb der Gemeinschaft zugunsten Deutschlands und zu Lasten der französischen Führungsrolle. «⁴⁹⁷ **Schon** stand De Gaulle der EFTA- Erweiterung wider. Noch kein Vertrauen hatte Frankreich auf Mittel- und Osteuropas Erweiterung, die zugunsten Deutschland und dessen Führungsrolle wäre (französische Auffassung). Die Erweiterung nach Osten wurde seitens Frankreichs aus eigenen Zielen und Interessen interpretiert. »Vielmehr entsprach die Politik der ‚Vertiefung der Erweiterung‘ den normativen Erwartungen der Partnerstaaten in der EG. Insbesondere in Frankreich hatte bereits die Aussicht auf eine Osterweiterung auch Befürchtungen ausgelöst, dass der Zusammenhalt in einer größeren Union lockerer werden und sich die Gewichte innerhalb der EU zu ihren Ungunsten verschieben könnte. «⁴⁹⁸

Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes bzw. mit dem Ende der bipolaren Konfrontation trat Europa in eine neue Phase. Europa musste politisch neugeordnet werden. »Und die Pariser Charta der KSZE für ein neues Europa von 21. November

⁴⁹⁶ Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. : Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien ,Wiesbaden 2014 , Seite 109

⁴⁹⁷ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 163

⁴⁹⁸ Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. : Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien ,Wiesbaden 2014 , Seite 109

1990 proklamierte euphorisch: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen“. Die Nachkriegszeit wurde endgültig beendet und die bipolare Weltordnung des Kalten Krieges beseitigt – 1989/90 begann eine neue Epoche der europäischen Geschichte, die eine Neuordnung der politischen Ordnung auf dem Kontinent notwendig und möglich macht. «⁴⁹⁹

»Beide Prozesse -Erweiterung und Vertiefung- bildeten die Kernsubstanz der deutschen europapolitischen Ziele sowohl vor als auch nach der Epochenwende 1989/90. Heute steht außer Frage, dass der fundamentale Wandel der internationalen und europäischen Rahmenbedingungen nach der Zäsur 1989/90, der neuen Strukturen und Koordinaten deutscher Außen- und Europapolitik und der sich daraus ergebenden Veränderung der relativen Machtposition des vereinten Deutschland in Europa Folgen für die deutsche Politik innerhalb der Europäischen Union hatten. «⁵⁰⁰ Sowohl vor als auch nach der Zeitenwende 1989/90 betonte die deutsche Europapolitik die Erweiterung der EG. Angesicht der veränderten internationalen Rahmenbedingungen vor allem *nach der Wende* wuchs die Anforderung daran. »[A]lle politischen Akteure [wiederholten seit 1990] fast gebetsmühlenartig die Forderung von der Kontinuität der deutschen Außenpolitik. «⁵⁰¹

Gegenüber den deutschen Gegnern, die den Akzent auf die nationalstaatliche Identität und Souveränität legten, unterstrich die Bundesregierung die Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses. Die deutsche Europapolitik musste fortschreiten und *die nationalstaatlichen Politiken an die europäischen Vorgaben adaptieren*. » Dabei geht es nicht um die Veränderung des innenpolitischen Diskurses und des Entscheidungsprozesses zu europapolitischen Themen selbst. «⁵⁰² »Die

⁴⁹⁹ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 11

⁵⁰⁰ a. a. O., S. 14

⁵⁰¹ Vgl. Gunter Hellmann, Nationale Normalität als Zukunft? Zur Außenpolitik der Berliner Republik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1999, 39. Jg., H.7, S. 873-847. Hellmann schreibt: „Das hervorstechende Merkmal deutscher Außenpolitik nach 1990 war die Kontinuität der Kontinuitätsrhetorik.“ (S. 837) Josef Joffe spricht gar von dem vereinten Deutschland als der „Inkarnation der Kontinuität“, Vgl. Josef Joffe, Ein Wunderwerk der Kontinuität. Parameter rot-grüner Außenpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1999, 39. Jg., H. 11, S.1324-1335, hier S. 1330, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 15

⁵⁰² Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 21

Europäisierung der Verwaltung bedeutet [...] die Öffnung aller Politikbereiche für die Europapolitik. «⁵⁰³

»Die Europäische Union als regionaler Akteur rückte fast automatisch wieder stärker in den Vordergrund. Die Vertiefung der europäischen Integration durch den Maastrichter Vertrag war insofern eine Antwort auf die neue Situation nach dem Ende des Kalten Krieges. Zugleich wurde aber auch ein Prozess vorläufig abgeschlossen, der bereits vor der Zeitenwende 1989/90 begonnen hatte. «⁵⁰⁴ Mit Maastrichter Vertrag ging die deutsche Außenpolitik bzw. deutsche Europapolitik vor allem zur Erweiterung der EU aus. Zu diesem Zweck und zusätzlich wurden andere Beitrittsverträge „Amsterdam (1997), Nizza (2004) und Lissabon (2007)“ beschlossen. (Siehe oben) »Die Europäische Union näherte sich ihrem Leitbild einer immer engeren Union der Völker Europas zum Teil mit großen Schritten (durch die Verträge von Maastricht und Lissabon), zum Teil mit kleinen Schritten (durch die Verträge von Amsterdam und Nizza) an. Zugleich weiterte sich die EU in zwei Erweiterungsprozessen nach Norden und Osten. «⁵⁰⁵

»Um aber erklären zu können, wie sich die Position der Bundesregierung im Laufe der Zeit gewandelt hat, ist es hilfreich, die jeweils für die Erweiterung der Union benannten Kriterien zu beleuchten. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums waren die Kriterien keineswegs klar definiert: „ Die Europäische Gemeinschaft ist nicht das ganze Europa. Sie muss grundsätzlich für andere europäische Länder offen sein. Das heißt nicht, dass wir morgen oder übermorgen alle Länder Europas aufnehmen können. Aber das bedeutet niemanden ausgrenzen dürfen, wenn die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft gegeben sind (Kohl 1991). «⁵⁰⁶ Nicht alle beitrittswilligen Länder können aufgenommen werden, aber keineswegs sie ausgrenzen dürfen, wenn sie die Beitrittskriterien bzw. Kopenhagener Kriterien erfüllen. (Siehe oben) »Innerhalb der EU- Staaten nahm die Bundesrepublik

⁵⁰³ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 20 f.

⁵⁰⁴ a. a. O., S. 12

⁵⁰⁵ a. a. O.

⁵⁰⁶ Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 245

zusammen mit der Europäischen Kommission eine Vorreiterrolle im Engagement für eine Osterweiterung ein, insbesondere nachdem die Vertiefung der Integration durch die Ratifikation des Maastrichter Vertrages gesichert schien (LIPPERT, 2002, 362). Nachdem der Europäische Rat in Kopenhagen 1993 den mittel- und osteuropäischen Staaten den Beitritt zugesagt und eine demokratische, rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Ordnung als Voraussetzung genannt hatte, machte die Bundesrepublik die weitere Heranführung der Beitrittskandidaten erfolgreich zu einer Priorität ihrer Präsidentschaft 1994. «⁵⁰⁷ Innerhalb der EU und vor allem bezüglich der Osterweiterung spielte die deutsche Bundesregierung die Führungsrolle. Neben den von der Europäischen Kommission 1993 gestellten Voraussetzungen - namentlich die marktwirtschaftliche Ordnung - kam die Aufnahme auf Deutschland ab 1994 an.

Mit dem Beitritt der *zehn* neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa (MOE) vergrößerte sich die EU von 15 auf 25 Mitgliedstaaten. (Siehe oben) »Unbestritten hatte die Aufnahme der zehn Neuen eine besondere historische Qualität; aber genauso zweifellos verstärkte diese Erweiterung auch die politische, ökonomische und soziale Heterogenität innerhalb der Europäischen Union und damit zugleich die Ängste und die Vorbehalte gegenüber der Aufnahme der neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa (MOE). «⁵⁰⁸ Im Gegensatz zu den französischen Ängsten und Erwartungen wurde der Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Tschechiens, der Slowakei, Sloweniens, Ungarns, Zyperns und Maltas als historischer Moment bezeichnet. Dadurch vergrößerte sich die Europäische Union und verstärkte sich die europäische Vielfaltigkeit auf allen Ebenen.

»[Schon, Anm. d. Autors] 1995 hatte sich die EU mit den Beitritten Schwedens, Finnlands und Österreichs von 12 auf 15 Mitgliedstaaten vergrößert. Während allerdings die Aufnahme der EFTA- Staaten zu einer ökonomischen Stärkung der EU führte, bedeutete die Erweiterung nach Osten zunächst eine politische, ökonomische

⁵⁰⁷ Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. : Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2014, Seite 109

⁵⁰⁸ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 11

und soziale Belastung. «⁵⁰⁹ Die Integration der EFTA-Staaten bedeutete ökonomische Stärkung der EU, währenddessen gipfelte der Integrationsprozess politisch, ökonomisch und gesellschaftlich in der Osterweiterung.

»Bei der Heranführung der Beitrittskandidaten an die EU spielte Rot-Grün [*desgleichen*, Anm. d. Autors] eine wichtige Rolle. So engagierte sich Deutschland stärker als jeder andere Mitgliedstaat [...] Am ersten und tiefsten Engagement der rot-grünen Bundesregierung für die Osterweiterung kann folglich kein gar Zweifel bestehen. Gerade hier zeigte sich die Kontinuität zur Kohl-Ära besonders deutlich. «⁵¹⁰ »Und dass Helmut Kohl Großes für Europa geleistet hat, wird wohl niemand ernsthaft bezweifeln. [**Nicht umsonst wurde er zum „Ehrenbürger Europas“ ernannt**, Anm. d. Autors], eine Ehre, die zuvor nur Jean Monnet zuteil wurde. «⁵¹¹

Die deutsche Europapolitik blieb unter der rot-grünen Koalition unter **Kanzler Gerhard Schröder** und seinem Vizekanzler und Außenminister Joschka Fischer der Kontinuität und Finalität der europäischen Integration im Wesentlichen treu. Sodann war das Engagement der rot-grüne Bundesregierung stärker und tiefer. »Schon in seiner pragmatischen Rede vor dem EP am 12.1.1999 hatte Außenminister Fischer angekündigt, dass sich Europa jenseits der damals unmittelbar zur Lösung anstehenden Probleme bald den Fragen nach seiner Zukunft stellen müsste. Fischer betonte, dass,, die Vorstellung von einer gemeinsamen europäischen Zukunft, von der ‚Finalität‘ Europas diffus“ sei. «⁵¹² Ohne Osterweiterung sah der deutsche Außenminister Genscher Europa bzw. die EU zerstreut. Zugunsten der europäischen Zukunft musste die EU vollendet werden. Daneben »behauptete Kanzler Schröder in seiner Regierungserklärung zu den Nizzaer Ergebnissen vom 19.1.2001: „Wir haben erreicht, was wir wollten. Die Europäische Union wird zum Jahresbeginn 2003 in der Lage sein, erste Neumitglieder aufzunehmen“. Legt man diese Messlatte an Nizza an, dann kann tatsächlich bestätigt werden, dass der ER seine Aufgaben erfüllte: Denn die

⁵⁰⁹ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 12

⁵¹⁰ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 212

⁵¹¹ a. a. O., S. 166

⁵¹² a. a. O., S. 195

Amsterdamer *Leftover* wurden – allerdings mehr schlecht als recht gelöst. „Maximum des Erreichbaren- Minimum des Notwendigen“ so lautete das treffende Urteil des ehemaligen EP- Präsidenten (Hänsch 2001: 94 f.). «⁵¹³ Auf den Nizzaer Ergebnissen reagierte die rot-grüne Regierung euphorisch, dass sie was sie wollten erreichten und der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit die Aufnahme der zehn Neuen bestätigte. Es müsse das Maximale erreichen und das Minimum müsse notwendig bleiben, laut dem ehemaligen EP- Präsidenten.

»Die absehbar zunehmende Heterogenität innerhalb der erweiterten Europäischen Union machte die erfolgreiche Gestaltung der Osterweiterung zu einer zentralen Herausforderung für die EU. Der fast fünfzehn Jahre dauerende Prozess vom Ende des Ost-West-Gegensatzes 1989/90 bis zum Beitritt der neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa am 1. Mai 2004 wurde entscheidend für die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses und die Fortentwicklung der westeuropäischen zu einer gesamteuropäischen Integrationsgemeinschaft. Die Osterweiterung stellte die Europäische Union vor die grundlegende normative Frage nach der Finalität des Integrationsprozesses, d.h. nach den geographischen und den funktionalen Grenze [Sic] der Weiterentwicklung der Europäischen Union. «⁵¹⁴ Die Osterweiterung wurde als erfolgreiche Gestaltung und zentrale Herausforderung bewertet. Fünfzehn Jahre andauernd blieb die EU stagniert und nicht vollendet, bis zum Ende des Ost- West-Gegensatzes bzw. bis zur Wiedervereinigung Deutschlands und deren zentrale Rolle bei Ergänzung und Finalität der gesamteuropäischen Integrationsgemeinschaft.

»Die Vorteile der Osterweiterung beschrieb der Kanzler zum einen als wirtschaftlicher Art, zum zweiten erwartete er von den Beitritten eine Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ; drittens würde auch die Sicherheit in Deutschland und Europa erhöht, wenn durch die Erweiterung „der gemeinsame Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auf die neuen Mitgliedstaaten „ ausgedehnt“ wird [...] Rot-Grün [hat] ganz wesentlich zur Erfüllung des Traums der europäischen

⁵¹³ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 190

⁵¹⁴ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 22

Wiedervereinigung beigetragen. «⁵¹⁵ Für Kanzler Schröder war die Osterweiterung nicht nur eine wirtschaftliche Affäre, die Osterweiterung konnte die Sicherheit und den Frieden in Europa und gleichermaßen in Deutschland sichern. Rot-Grün erfüllte den Traum eines wiedervereinigten Deutschlands in einem wiedervereinigten Europa.

Mit der „Großen Koalition“ unter Führung **Angela Merkel** und Steinmeier »[wird],,die deutsche Präsidentschaft unter Berücksichtigung der **[Aufnahmefähigkeit, Anm. d. Autors]** der EU fortsetzen und sich an den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom Dezember 2006 orientieren [...] Ebenfalls in hundertprozentiger Übereinstimmung mit der EU- Linie sagte Merkel am 17.1.2007 vor dem EP: „Der Beitritt vieler Länder kann nicht immer erfüllt werden“. «⁵¹⁶ Zu den drei am 1993 konkretisierten Erweiterungskriterien (Kopenhagener Kriterien) wurde das vierte Kriterium, „Aufnahmefähigkeit“ mit dem Regierungswechsel (2005) eingefügt und eingestellt. Das vierte Kriterium blieb unthematisch und stand im Knotenpunkt der Erweiterungsfrage⁵¹⁷. »Wie sehr sich diese Position in der Folge des Regierungswechsels 2005 veränderte, wird durch die folgende Sequenz erkennbar: „Deshalb müssen wir ganz besonders Wert darauf lege, dass Staaten, die der Europäischen Union beitreten werden, alle Bedingungen uneingeschränkt erfüllen müssen. Das muss die Voraussetzung sein, wenn wir Erweiterungen der Europäischen Union vornehmen wollen“ (Bundesregierung 2005b). «⁵¹⁸

Mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens, die im Rahmen Nizzas Vertrag aufgenommen wurden, war es unmöglich in der jeweiligen Zeit bzw. in der Zeit der Großen Koalition andere Länder anzunehmen. »In Folge der Aufnahme von insgesamt zwölf zumeist mittel- und osteuropäischen Staaten 2004 und 2007 kam es jedoch in zahlreichen alten Mitgliedstaaten zu einer **[Erweiterungsmüdigkeit, Anm. d. Autors]** (Franz-Lothar Altmann, zitiert nach MÜLLER-BRANDECK BOCQUET 2010a: 298)

⁵¹⁵ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 215

⁵¹⁶ a. a. O., S. 301

⁵¹⁷ Roos, Ulrich: Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010, Seite 246

⁵¹⁸ a. a. O.

[...] der Kurswechsel der EU, die seit 2005 die Grenzen ihrer Erweiterungsfähigkeit betont, kam Bundeskanzlerin Merkel daher gelegen. «⁵¹⁹ Im Gegensatz zu den 90er Jahren, in denen die Fortführung der europäischen Integration zentrales Ziel der deutschen Europapolitik war, kam es mit dem Kurswechsel von 2005 zur Erweiterungsmüdigkeit.

»Am 28./29.3.2009 diskutierten die EU- Außenminister über die Folgen eines möglichen Scheiterns des Lissaboner Vertrags für die Erweiterungspolitik [Siehe oben, Anm. d. Autors] Deutschland, Frankreich und Niederlande [wollten, Anm. d. Autors] [...]: keine Erweiterung ohne neue Vertragsgrundlage festhalten; das gelte auch für Kroatien. «⁵²⁰ Vier Jahre später wurde Kroatien unter sieben Bewerberländern aufgenommen. Damit zählt die Union 28 Mitglieder. (Siehe oben)

⁵¹⁹ Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. : Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2014, Seite 109

⁵²⁰ Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, Seite 303

3.5 Zur deutschen Wirtschaft in der Europäischen Union von 1990 bis 2010

3.5.1 Zur west -und ostdeutschen Wirtschaft im Vergleich

3.5.1.1 Zum Wirtschaftswachstum von 1990 bis 1997

Die Einführung der D-Mark und die Umstellung der zentralen Planwirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft führten nicht nur zu lokalen Problemen, aber auch zu Schwierigkeiten auf europäischer bzw. auf osteuropäischer Ebene. Neben der Unfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft vor den straken marktwirtschaftlichen Märkten, wurden die Handelsbeziehungen der ehemaligen DDR zum Osten gestört.

»Das ungenügende Produktivitätspotential weiter Teile der ostdeutschen Wirtschaft wurde sichtbar. Im freien Spiel der Marktkräfte und unter den veränderten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sowie des aufgrund der Währungsunion erfahrenen massiven monetären Aufwertungsschubs waren viele DDR-Betriebe nicht mehr wettbewerbsfähig. Sie produzierten Güter und oftmals unrentablen Kostenstrukturen zu Preisen sowie Qualitätsstandards, die am Markt keine Nachfrage fanden. «⁵²¹ In den Anfangsjahren war es sichtbar und spürbar, dass die ostdeutsche Wirtschaft auf den europäischen Markt nicht mehr wettbewerbsfähig war. Die ostdeutsche Wirtschaft war nicht imstande, die Märkte der Mitgliedstaaten zu konkurrieren. Das ungenügende Produktivitätspotential sowie die Qualität und Preise führten zweifelsohne zum Nachfragerückgang. »Die DDR-Produkte sind nicht wettbewerbsfähig. Die Nachfrage nach heimischen Produkten sank so radikal, daß einige Bereiche ihre Produktionstätigkeit nahezu vollständig einstellten. Zudem erlitten ostdeutsche Betriebe nach Wegfall der Exportsubventionen erhebliche Absatzeinbußen im Ausland. Die Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Ländern wurden gestört; die allgemein unsichere Lage in Osteuropa, die zunehmende Zahlungsunfähigkeit osteuropäischer Unternehmen, das nachteilige

⁵²¹ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 199, Seite 850

Verrechnungssystem mit dem Transferrubel und seine beabsichtigte Ersetzung durch eine konvertierbare Währung führen zu großen Schwierigkeiten. «⁵²²

Hingegen »[wurde] [d]ie unverhoffte Öffnung der Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten zum Glücksfall für die westdeutschen Unternehmen. Für sie kam die deutsche Einheit zum richtigen Zeitpunkt [...] Die reale Binnennachfrage stieg 1990 um mehr als 4,5 %. Es war die höchste Zuwachsrate in der bis dahin schon acht Jahre andauernden Aufschwungphase [...] Rezessionsbedingte Einflüsse machten sich in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten oder auch den USA erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung bemerkbar. «⁵²³ Einen bemerkbaren Aufschwung erlebten die alten Bundesländer in 1990. Die erreichten die höchste Zuwachsrate der realen Binnenfrage auf dem Binnenmarkt sowie im Vergleich zu den USA.

»Während des ganzen Jahres 1990 war in den „alten“ Bundesländern eine boomartige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu beobachten. Sie beschleunigte sich in der zweiten Jahreshälfte sogar noch etwas. Während das Bruttosozialprodukt (das Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Leistung) im ersten Halbjahr 1990 *real* (das heißt um Preissteigerungen bereinigt) um 3,9 Prozent zunahm, stieg es im dritten Vierteljahr 1990 um 5,5 Prozent an, und für das vierte Quartal 1990 wird ein Zuwachs von etwa 4,5 Prozent erwartet. Für das ganze Jahr 1990 ergibt sich damit ein reales Wirtschaftswachstum von rund 4,5 Prozent. «⁵²⁴ Es war sichtbar, dass die Einheit für die **westdeutsche** Wirtschaft das erste Einheitsjahr zum **erfolgreichsten** und für die **Ostdeutsche** zum **schwersten** wurde. Die alten Bundesländer erlebten einen Boom und die Neuen eine schwere Wirtschaftskrise. Die Einflüsse der D-Mark auf den beiden Teilen des deutschen Wirtschaftsgebietes und auf die Wettbewerbsmechanismen waren ebenso fühlbar.

⁵²² Pehl, Günter: Deutsche Wirtschaft 1990/91: Nur mit massiven Staatshilfen kann die Marktwirtschaft in Ostdeutschland Erfolg haben, Seite 31,

<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1991/1991-01-a-026.pdf> (05.09.2016,14.00)

⁵²³ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, aktualisierte Neuauflage, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1999, Seite 850

⁵²⁴ Pehl, Günter: Deutsche Wirtschaft 1990/91: Nur mit massiven Staatshilfen kann die Marktwirtschaft in Ostdeutschland Erfolg haben, Seite 27,

<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1991/1991-01-a-026.pdf> (05.09.2016,14.00)

Die Unterschiede zwischen dem Westen und dem Osten waren grundlegend. Die Wirtschaft der neuen Bundesländer musste an die des früheren Bundesgebiets gleichgeschaltet werden. Bedingt war dies Aufgabe des westlichen Teils. Der *Ausbau Ost* war vor allem Aufgabe der alten Bundesländer. Alle Deutschen sollten sich gemeinsam unterstützen und die Folgen der Aufteilung tragen. »Der Bund argumentierte [, dass] die deutsche Einheit eine gesamtstaatliche Aufgabe [sei]. «⁵²⁵

»Bedingt durch den Prozeß der deutschen Einheit setzte sich 1991 in der westdeutschen Wirtschaftslandschaft die Tendenz zum Kapazitätsausbau fort. [...] [E]s wurden 1991 insgesamt Leistungen in Höhe von 113 Mrd. DM an ostdeutsche Haushalte, Unternehmen und Gebietskörperschaften erbracht- bewirkten dabei den weiteren Kapazitätsausbau der westdeutschen Wirtschaft. «⁵²⁶ Die ostdeutsche Wirtschaft musste wettbewerbsfähig sein. Zu diesem Zweck nahm der Westen die Aufgabe, den Osten zu finanzieren. Nur in 1991 wurden insgesamt 113 Mrd. DM darin investiert. » Im Jahr 1991 erreichte die Auslastung der Produktionskapazitäten ihren höchsten Wert [...] Insgesamt wurde mit den genannten Maßnahmen privaten Haushalten 1991 ein Kaufkraftvolumen von fast 30 Mrd. DM entzogen [...] Im Vergleich zu 1990 waren die Lebenshaltungskosten 1991 um 4 % höher. «⁵²⁷

Um den Aufbau Ost auf eine solide wirtschaftliche Grundlage zu stellen, wurden ab 1990 unterschiedliche Förderprogramme (Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost von 1990, Finanzkopf Fonds Deutsche Einheit "1990-1994", später Solidarpakt "1998-2004" und Solidarpakt II "2004-2019") eingerichtet. Weitere Transfers kamen aus dem Länderfinanzausgleich (horizontal/vertikal)⁵²⁸. Im Mittelpunkt "Aufbaus Ost" stand die Modernisierung der Infrastruktur bzw. der Verkehrsinfrastruktur. Daneben kam dem Aufbau eines modernen Kapitalstocks eine große Bedeutung zu. Der war für die Restrukturierung bzw. für die Modernisierung beider Wirtschaftssektoren "Industrie und Landwirtschaft". Nach den westlichen Maßstäben musste die

⁵²⁵ Raland, Sturm: Föderalismus in Deutschland, Leske+Budrich, Opladen 2001, Seite 33

⁵²⁶ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, aktualisierte Neuauflage, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1999, Seite 851

⁵²⁷ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit, Neuauflage, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1996, Seite 742 f.

⁵²⁸ Horizontaler Finanzausgleich: Kooperation zwischen den Bundesländern / Vertikaler Finanzausgleich : Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

ostdeutsche Industriestruktur transformiert werden. Der Unterschied zwischen dem Westen und dem Osten war unvergleichlich; eine entwickelte -in den Weltmarkt integrierte- westdeutsche Industrie und eine unentwickelte schwache ostdeutsche Industrie. Die ostdeutsche Industrie war auf den westlichen Exportmärkten nicht wettbewerbsfähig und musste grundlegend restrukturiert werden. »Die agrarstrukturelle Gegensätze [in den beiden Staaten] , wie sie bis Ende 1989 bestanden, bleiben auch nach der Einführung der Wirtschafts-Währung und Sozialunion der deutschen Vereinigung bestehen. «⁵²⁹ Durch das Landwirtschaftsanpassungsgesetz sollte die ostdeutsche Landwirtschaft an die westdeutsche angepasst werden. Resümierend sollte eine neue Wirtschaftspolitik erfunden werden, um den Osten Deutschlands modernisieren und das Gleichgewicht stabilisieren zu können.

Bemerkbar und fortschrittlich waren die Ergebnisse der Finanzierung. Indes »[zeigte sich] 1991 zudem, daß die deutsche Volkswirtschaft nicht in der Lage war, die immensen Kosten des Aufbaus Ost aus dem inländischen Sparvolumen zu finanzieren. Die private Ersparnis reichte nicht aus, um die staatlichen Ausgaben und die Kapitalnachfrage der Wirtschaft zu decken. Die Bundesrepublik Deutschland [...] musste Kapital aus dem Ausland importieren. «⁵³⁰ Die Bundesrepublik Deutschland war nicht im Stande, die neuen Bundesländer durch die private Ersparnis zu finanzieren. Die brauchte Darlehen aus Ausland aufzunehmen.

Auch im zweiten Jahr der deutschen Einheit blieb die ostdeutsche Wirtschaftskonjunktur vom den westdeutschen Investitionen abhängig. »1992 wurde deutlich, was auch für die Folgejahre Gültigkeit besitzen sollte: Obwohl sich erste konjunkturelle Aufwärtstendenzen zeigten, war die Wirtschaftsentwicklung im Osten Deutschlands keineswegs selbsttragend, sondern in erster Linie von westdeutschen Transferzahlungen abhängig. «⁵³¹ Und die Wettbewerbsnachteile waren ebenso nicht mattgesetzt. »Überdeutlich zeichnete sich 1992 in den fünf neuen Bundesländern ein

⁵²⁹ Karl, Eckart: Deutschland , Justus Perthes Verlag Gotha GmbH, Stuttgart 2001, Seite 198

⁵³⁰ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1996, Seite 743

⁵³¹ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, aktualisierte Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1999, Seite 852

Produktivitätsrückstand gegenüber den alten Bundesländern ab. Darüber hinaus entwickelte sich in Ostdeutschland eine Angebotslücke. Das Nachfragevolumen der privaten Haushalte und Unternehmen in Ostdeutschland war 1992 doppelt so hoch wie die eigene Produktion. Für die neuen Bundesländer war ein hoher Einfuhrüberschuß an Waren zu verzeichnen. «⁵³² Produktivitätsrückstand führte zum hohen Einfuhrüberschuß an Waren in Ostdeutschland. Darüber hinaus entstand eine Angebotslücke. Der Osten benötigte noch Transferzahlungen aus dem Westen. Die westdeutsche Wirtschaft ihrerseits erkannte eine schwache Inlandsfrage und eine rückläufige Auslandsfrage. Das zweite Wirtschaftsjahr nach der deutschen Einheit war mit Aufwärtstrend im Osten, Stagnation und Rezession im Westen zu notieren.

Andersgeartet war das dritte Jahr der deutschen Einheit. Die Wirtschaft der neuen Bundesländer registrierte einen merkbaren Zuwachs im Vergleich zum vorherigen Jahr. »In den neuen Bundesländern entwickelte sich [1993] die Wirtschaftsleistung positiv. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um real 7,2 % im Vergleich zum Vorjahrsniveau. [...] Die westdeutsche Wirtschaft erlebte dagegen einen schweren wirtschaftlichen Einbruch. Die Produktion des westdeutschen Wirtschaftsraumes sank um 1,8 % unter das Niveau des Vorjahres. Das Exportvolumen ging im Vergleich zu 1992 sogar um 3,7 % zurück. Dieser Abschwung verstärkte den Wettbewerb um die Auslastung von Produktionskapazitäten auf dem deutschen Binnenmarkt zusätzlich. «⁵³³ Die ostdeutsche Wirtschaft kam vorwärts, währendem erlebte die westdeutsche einen Abschwung. Die Produktion und der Export des Westens gingen auf dem Binnenmarkt zurück.

»1994 erreichte das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland seinen bis dahin höchsten Wert. Eine reale Zunahme des BIP von 8,5 % war zu verzeichnen. Positiv machte sich in erster Linie der Aufschwung im verarbeitenden Gewerbe bemerkbar. Nahmen die Auftragseingänge beispielweise 1992 im Vergleich zum Vorjahr noch um 7,5 % ab, so wuchsen sie von 1993 auf 1994 um fast 17 %. Der Zuwachs der Wertschöpfung im Industriebereich lag über dem des ostdeutschen BIP. Ein Grund für diese Entwicklung

⁵³² Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1996, Seite 743

⁵³³ a. a. O., S. 744

in der weitgehend abgeschlossenen Umstrukturierungsarbeit der Treuhandanstalt (THA)⁵³⁴ und den damit einhergehenden Privatisierungen zu sehen [...] bis Ende 1994 [wurden] mehr als 15 000 Unternehmen privatisiert. «⁵³⁵ Die wichtigste Folge dieses Umbaus war der enorme Abbau von Arbeitsplätzen "Arbeitslosigkeit". »Wie dramatisch der Aufbau der industriellen Strukturen Ostdeutschlands vorgeschritten war, zeigten z.B. Zahlen, nach denen zwischen 1990 und 1994 etwa vier Fünftel aller Industriearbeitsplätze in den neuen Bundesländern verloren gingen. «⁵³⁶ Dies kam wiederum zum Abwanderungsdruck, der Weg wurde "Tür und Tor" für die Flucht in den Westen gebahnt. »Von Oktober 1989 bis Februar 1993 verlor das Gebiet der neuen Bundesländer ...rund 700 000 Bürger, die im Westen der Bundesrepublik Deutschland ihr Glück suchten. «⁵³⁷ Daraus ergab sich wiederum Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern.

Nach der Ermordung des zweiten Präsidenten Detel Cartens Rowdter's nahm Birgit Breuel am 01. April 1991 sein Amt an. Nach viereinhalb Jahren Arbeit wurde die THA am 31. Dezember 1994 aufgelöst. »Seit einiger Zeit hat die Treuhandanstalt ihre Arbeit beendet und Ostdeutschland konzentriert sich jetzt auf das Business as usual. Damit stehen die neuen Bundesländer im harten Standortbewerb mit anderen Ländern und Regionen. «⁵³⁸ Nach der Auflösung der THA gingen viele Unternehmen und Betriebsteile ausländischer Investoren. Die wurden in die ostdeutschen Bundesländer versetzt.

»Das Jahr 1995 stand im Zeichen einer weiteren konjunkturellen Aufwärtsbewegung. Allerdings fiel der Aufwärtstrend schwächer aus als im Vorjahr [...] Das Wirtschaftswachstum war in Ostdeutschland weniger dynamisch als in den Vorjahren.

⁵³⁴ Beim Prozess der Transformation (die Zentralverwaltungswirtschaft → in die soziale Marktwirtschaft) spielte die *Treuhandanstalt* die Schlüsselrolle. Nach dem westdeutschen Vorbild forderte die THA die Privatisierung (Sanierung und Liquidierung) der sozialistischen Einheiten und so schnell wie möglich die ostdeutschen Staatsbetriebe zu vermeiden und zu privatisieren. »La Treuhandanstalt –fondé le 1^{er} mars 1990 par le conseil des ministres de l'ex-RDA pour administrer à titre fiduciaire la propriété du peuple, l'organisme était devenu entre-temps le véritable syndicat de l'économie est - allemande - ses objectifs: liquider, privatiser ce qui est vendable, fermer le reste. « Mehr dazu finden Sie in: *Le prix des illusions allemandes Le Monde diplomatique- Financer la politique* par Christoph Mohr, 2004, Seite 3

⁵³⁵ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: *Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999*, aktualisierte Neuauflage, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1999, Seite 853 f.

⁵³⁶ a. a. O., S. 854

⁵³⁷ Karl, Eckart: *Deutschland*, Justus Perthes Verlag Gotha GmbH, Stuttgart 2001, Seite 15

⁵³⁸ Heiner, Geizler: *50 Jahre Deutsche Geschichte*, Brockhaus Leipzig- Mannheim 1999, Seite 166

Es lag bei 6,3 % [...] Die Zahl der Arbeitslosen ging leicht zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Laufe des Jahres 1995 nochmals an. In Westdeutschland war der nachlassende Aufschwung deutlicher zu [...] [registrieren, Anm. d. Autors] als in den neuen Bundesländern [...] Das BIP wuchs im Vergleich zum Vorjahr nur um 1,5 %. Die Auslastung der Produktionskapazitäten nahm ab. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich zwar stärker als im Vorjahr, war aber dennoch schleppend. «⁵³⁹ Im fünften Wirtschaftsjahr war die ostdeutsche Wirtschaft noch fragil. Das ostdeutsche Wirtschaftswachstum stieg weniger im Vergleich zum Vorjahr auf. Gegensätzlich war das Wirtschaftswachstum mehr dynamisch als im Vorjahr. Sodann war der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu registrieren.

»Während die neuen Bundesländer bis 1995 eine der dynamischen Wachstumsregionen Europas waren, nahmen seitdem die Zuwachsraten des ostdeutschen BIP kontinuierlich ab (1996: 1,9 %; 1997: 1,6 %). Die Zuwachsrate lag 1997 erstmals unter dem Wirtschaftswachstum Westdeutschlands. Vor allem die stark rückläufigen Bauinvestitionen trugen wesentlich zum stark nachlassenden Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland bei. «⁵⁴⁰ Einen qualitativen Sprung markierten die neuen Bundesländer seit 1995. In 1996 und 1997 nahmen die Zuwachsraten hinsichtlich des westdeutschen Wirtschaftswachstums zu. Die neuen Bundesländer konnten dynamisches Wirtschaftswachstum auf dem Binnenmarkt erreichen. »Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrieunternehmen nahm deutlich zu. Am deutschen Exportboom des Jahres 1997 profitierten die ostdeutschen Unternehmen überdurchschnittlich. Während in Westdeutschland nur ein Zuwachs von 8% beim Auslandsgeschäft im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen war, nahmen die Auslandsorders von 1996 auf 1997 an die ostdeutschen Unternehmen um knapp 60% zu. Insgesamt lagen die Exporte der ostdeutschen Wirtschaft Mitte 1997 um 44 % über dem Vorjahresstand. «⁵⁴¹ Im siebten Jahr der deutschen Einheit konnte die ostdeutsche

⁵³⁹ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1996, Seite 746

⁵⁴⁰ Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl: Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, aktualisierte Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1999, Seite 855

⁵⁴¹ a. a. O., S. 856

Wirtschaft wettbewerbsfähig sein und einen ostdeutschen bzw. einen deutschen Exportboom auf dem Binnenmarkt und international beschaffen.

3.5.1.2 Zum Wirtschaftswachstum von 1998 bis 2010

»Das reale Wirtschaftswachstum ging auf noch 1,7 % im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1999 zurück, und seit 1997 liegt die Wachstumsrate sogar unter westdeutschem Niveau [...] Als Folge der abgeschwächten Dynamik ging auch die Beschäftigung weiter zurück [...] In Westdeutschland hingegen [...] [a]lles in allem lag die Zuwachsrate des realen BIP in den Jahren 1991 bis 1999 bei nur 1,2 % (1980 bis 1989: 2,0 %). «⁵⁴² Mit Ausnahme vom siebten Wirtschaftsjahr nach der deutschen Einheit gingen die Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 1995 bis 1999 zurück, die lagen nur bei 1,7%. Indem lagen die vom vorherigen Jahrzehnt während der Spaltung bei 2,0 %. Es war auch zu verzeichnen, dass die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt in 1998 erreichte. »Im Durchschnitt lag die Jugendarbeitslosigkeit im Jahre 1998 bei 11,8 % - 10,4 % in den alten Bundesländern, 17,0 in den neuen Bundesländern (Müller 1999, S. 186). «⁵⁴³

Immerhin war der Einfluss des Aufschwungs in den neuen Bundesländern auf die Unterbeschäftigung fühlbar. »Während sich das Niveau der Unterbeschäftigung im Osten in den Jahren 1999 bis 2005 kaum veränderte, verringerte es sich im letzten Aufschwung deutlich. So sank die Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern von 2,07 Millionen im Jahr 2005 auf 1,46 Millionen. «⁵⁴⁴ »Die Zahl der Arbeitslosen erreichte 2005 den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Im Jahresdurchschnitt 2005 waren 4.860.685 Personen arbeitslos gemeldet [...] In den alten Bundesländern (ohne Berlin) stieg die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen 2005 auf 3,247[...] Mio

⁵⁴²Ragnitz, Joachim: Bundesrepublik Deutschland seit 1990, in: Schubert, Klaus: Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaft /GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005, Seite 92 f.

⁵⁴³Eckart, Karl: Deutschland, Justus Perthes Verlag Gotha GmbH, Stuttgart 2001, Seite 79

⁵⁴⁴Walwei, Ulrich: Wirtschaft und Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung: Die Blüte braucht noch Zeit, IAB. Forum 2/2009, Seite 09,

http://www.doku.iab.de/forum/2009/Forum2-2009_Walwei.pdf (05.09.2016, 15:20).

[...] In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin stieg die durchschnittliche Arbeitslosenzahl 2005 an, und zwar auf 1,614 [...] Mio. «⁵⁴⁵

Deutlich war ebenso der zunehmende Aufschwung von 2005 bis 2008. Und wurde daher der Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands verkleinert. »Nichtsdestoweniger hat Ostdeutschland vom letzten Aufschwung zwischen den Jahren 2005 und 2008 erkennbar profitiert. Dies wird an zweierlei deutlich: Zum einen fiel das Wirtschaftswachstum vor allem in den Jahren 2006 mit 3,3 Prozent und 2007 mit 2,4 Prozent im Vergleich zur Vergangenheit eher hoch aus. Dabei verringerte sich der Abstand der Wachstumsrate zum Westen. «⁵⁴⁶

2008/09 war Deutschland weniger von den Folgen der Weltwirtschaftskrise betroffen. »Die Erholung der Weltkonjunktur seit der Jahresmitte 2009 stärkte die deutsche Exporttätigkeit spürbar und unterstützte die Wirtschaft bei der Überwindung der realwirtschaftlichen Krise[...] Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2010 [...] steigen. Dieser Zuwachs steht dabei spiegelbildlich für den erheblichen Rückgang der Produktion im Jahr 2009 [...]. Die Beschäftigung stagnierte weitgehend; in der aktuellen Aufschwungphase wurden schon wieder neue Arbeitsplätze geschaffen. Ebenso fiel in Deutschland, anders als in vielen Industrieländern, der Anstieg der Staatsverschuldung geringer aus, und es kam zu keiner signifikanten Verschärfung der Finanzierungsbedingungen der Privatwirtschaft. Damit und weist im Euro-Raum mit der stärksten wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Ende der Krise auf. «⁵⁴⁷ In 2009/10 erlebte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eine merkbare Exporttätigkeit, die die Auswirkungen einer realwirtschaftlichen Krise bodigte. »Der wirtschaftliche Aufschwung in **Deutschland** verlief im Jahr 2010 wesentlich besser als erwartet. Nach dem massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die deutsche Konjunktur im zweiten Quartal 2009 stabilisiert. Seitdem wurde die

⁵⁴⁵ Berié, Eva / Kobert Heide: Der Fischer Weltmanach 2007: Zahlen-Daten-Fakten, Originalausgabe, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2006, Seite 149

⁵⁴⁶ Walwei, Ulrich: Wirtschaft und Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung: Die Blüte braucht noch Zeit, IAB. Forum 2/2009, Seite 06,
http://www.doku.iab.de/forum/2009/Forum2-2009_Walwei.pdf (05.09.2016, 15:20).

⁵⁴⁷ Sachverständigenrat - Jahresgutachten 2010/11: Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in der Welt und in Deutschland, Seite 23,
https://www.sachverstaendigenratwirtschaft.de/.../dateiablage/.../ga10_ii.pdf (05.09.2016, 15:45)

gesamtwirtschaftliche Produktion stetig ausgeweitet, mit dem größten Zuwachs im zweiten Quartal 2010. Damit konnte zwischenzeitlich gut die Hälfte des wirtschaftlichen Einbruchs seit dem Tiefpunkt der Krise aufgeholt werden. Dazu trug maßgeblich die positive Entwicklung der Weltwirtschaft bei. «⁵⁴⁸ Von 2008 bis 2010 war die deutsche Wirtschaft stabil zu verzeichnen.

Es muss auf die stagnierte Unterbeschäftigung hingewiesen werden, indes konnten viele neue Arbeitsplätze *in erster Linie* im Industriesektor geschaffen werden. »Die exportorientierte Industrie in Deutschland reagierte zeitnah auf die gestiegene Nachfrage. Dies war möglich, weil in den Unternehmen erstaunlich viele Arbeitskräfte während der Krise trotz Unterauslastung der Kapazitäten gehalten wurden. Mit einer selbst im Vergleich zum Vorkrisenniveau niedrigeren Arbeitslosigkeit, einem von Übertreibungen verschont gebliebenen Immobiliensektor und einem geringer als erwartet ausfallenden Anstieg der Staatsverschuldung sind die Probleme in Deutschland weit weniger stark ausgeprägt als in denjenigen Industrieländern, die sich schmerzhaften sektoralen Anpassungen gegenübersehen. «⁵⁴⁹ Im Vergleich zu anderen Industrieländern waren die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung in Deutschland weniger. Mit dem Ende der Weltwirtschaftskrise und der Eurokrise war starkes Wirtschaftswachstum in Deutschland und generell bzw. im Euro-Raum zu notieren.

⁵⁴⁸ Sachverständigenrat - Jahresgutachten 2010/11: Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in der Welt und in Deutschland, Seite 24,

https://www.sachverstaendigenratwirtschaft.de/.../dateiablage/.../ga10_ii.pdf (05.09.2016, 15:45)

⁵⁴⁹ a. a. O.

3.5.2 Zur deutschen Wirtschaft im europäischen Vergleich

3.5.2.1 Zum deutsch- osteuropäischen Verhältnis

»Die Erweiterung der EU um die dynamischen Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa und die Perspektive eines vergrößerten europäischen Binnenmarkts [...] [wurden, Anm. d. Autors] als politische und ökonomische Stärkung der EU im globalen Wettbewerb verstanden. «⁵⁵⁰ Für das ökonomische und politische Interesse der EU und demzufolge aller Beteiligten war die Vergrößerung der EU bzw. des **europäischen Binnenmarkts**. » »Europe needs this addition in order to make itself better heard in the dialogue between America, on the one hand, and the densely populated Far East, on the other«. «⁵⁵¹ Die Osterweiterung und diesen Dialog zwischen den USA und Osteuropa benötigten die EU und Deutschland.

Mit der Öffnung der europäischen Märkte für osteuropäische Produkte »entwickelten sich [umgekehrt] die Märkte in Mittel- und Osteuropa schnell zu wachsenden Absatzmärkten für deutsche Industriegüter, aber auch zu Produktionsstandorten deutscher Unternehmen. [**Die Exporte aus der EU nach Mittel- und Osteuropa**, Anm. d. Autors] wuchsen zwischen 1990 und 1996 jährlich um rund 30 Prozent, während die Importe um bis zu 25 Prozent pro Jahr anstiegen. Auf EU-Seite [**dominierte eindeutig Deutschland**, Anm. d. Autors] den Außenhandel, mit einem Anteil zwischen 40 Prozent und 50 Prozent am gesamten EU-Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa. «⁵⁵² Zwischen 1990 und 1996 war der deutsche Außenhandel mit den *neuen* ostdeutschen Mitgliedstaaten dynamischer als der mit den alten *fünfzehn* EU-Mitgliedstaaten. Insgesamt dominierte Deutschland den EU-Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa. Die mittel- und osteuropäischen Märkte entwickelten sich zu Produktionsstandorten deutscher Unternehmen. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik zählten zu den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands und der EU. »

⁵⁵⁰ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 83

⁵⁵¹ EVA (Centre for Finnish Business and Policy Studies), More Members for the EU? A report on EU-enlargement, Helsinki 1997, S.9, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 83

⁵⁵² Vgl. Barbara Lippert et al., British and German interests in EU enlargement, a. a. O., S. 40 ff., zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 83

Allerdings konzentrierte sich der deutsche MOE- Handel auf die direkten Nachbarn und Ungarn; Haupthandelspartner war Polen mit einem Gesamtvolumen von 25,1 Mrd. DM im Jahr 1996, das damit erstmals ein größeres Volumen als Russland erzielte. Zugleich wurden die wichtigsten deutschen Außenhandelspartner in der Region, nämlich Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, auch zu den wichtigsten Handelspartnern der EU. Das Gesamtvolumen des deutschen Außenhandels mit den MOEL überflügelte mit einem Anteil von rund 9 bis 10 Prozent der deutschen Exporte seit Mitte der 1990er Jahre sogar den Handel mit Deutschlands wichtigstem Handelspartner Frankreich. «⁵⁵³ Mit der Nachbarregion Deutschlands in erster Linie Polen, Ungarn und die Tschechische Republik stieg das Handelsvolumen seit Mitte der 1990er Jahre mit Deutschland sowie mit seinem wichtigen Handelspartner Frankreich an. Ungarn erreichte das größte Volumen als Russland. »Während sich das deutsche Exportvolumen in die drei fortgeschrittenen Reformstaaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn von 13,5 Mrd. Euro (1994) über 29,7 Mrd. Euro (1998) auf 49,1 Mrd. Euro (2004) steigerte [...], blieb der Umfang des Exports (1994: 5,5 Mrd.; 1998: 7,4 Mrd.; 2004: 14,97 Mrd. Euro) und der Nettotransfer von Direktinvestitionen (1993: 69 Mill. Euro; 1998: 540 Mill. Euro; 2004: 2,1 Mrd. Euro) in die Russische Föderation vergleichsweise gering. «⁵⁵⁴

»Der deutsche Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn war durch eine spezifische Warenstruktur gekennzeichnet. Die andauernden Modernisierungsprozesse in den **[MOE-Ländern schufen einen beträchtlichen Absatzmarkt**, Anm. d. Autors], insbesondere für deutsche Investitionsgüter. ›Von deutschen Produzenten angebotene Investitionsgüter – Maschinen, industrielle Ausrüstungen und Beförderungsmittel – entsprechen in besonderem Maße der Nachfrage, die bei der wirtschaftlichen **[Wiederbelebung in Mittel- und Osteuropa**, Anm. d. Autors] entstanden ist⁵⁵⁵. «⁵⁵⁶

⁵⁵³ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 84

⁵⁵⁴ Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. : Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007, Seite 93f.

⁵⁵⁵ Werner, Klaus: Starke deutsche Marktpositionen in Mittel- und Osteuropa, in: Wirtschaft im Wandel, 1996, Nr. 10, S. 3-8, S.7, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 85

Durch deutsche Investitionsgüter (Kraftfahrzeuge, Maschinen, Elektrotechnik und Büromaschinen; mit einem Anteil von mehr als 50%), Vorprodukte und Rohstoffen (Chemikalien, Eisen und Stahl, Metalle; mit einem Anteil von mehr als 20 %) und Konsumgüter (Textilien, Leder, Glas und Porzellan; mit einem Anteil von ca.11%) wurden die Märkte in Mittel- und Osteuropa wiederbelebt⁵⁵⁷.

»Seit den 1990er Jahren wurde erwartet, dass sich die [Nachbarregion, Anm. d. Autors] für den deutschen Außenhandel zu einem [»Zukunftsmarkt«, Anm. d. Autors] entwickeln werde. Die Aufnahme der Reformstaaten in die EU und ihre umfassende Integration in den europäischen Binnenmarkt werde ein »erhebliches Potential für eine weitere Steigerung des EU-Handels mit Ostmitteleuropa«⁵⁵⁸ eröffnen. «⁵⁵⁹ Es wurde schon seit den 1990er Jahren erwartet, dass der Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern den Weg für die Erweiterung des Binnenmarkts auf Mittel- und Osteuropa bahnen werde. Der Außenhandel in der Nachbarregion werde zum »Zukunftsmarkt« sich entwickeln.

»In Bezug auf Mittel- und Osteuropa gehen wirtschaftliches und politisches Interesse Hand in Hand (vgl. Kreile 1999) [...] Anknüpfend an das alte Konzept einer „gesamteuropäischen Friedensordnung“ geht es dabei um „nichts weniger“ (...) als (um) eine neue, den Frieden produzierende Figur des europäischen Staatensystems“ (Czempiel 1996) [...] So verstanden, erfüllt die Ausdehnung der Integration nach Osten eine wichtige Funktion in Bezug auf die Rolle Deutschlands in Europa, denn durch sie wird seine im Westen bereits vollzogene, multilaterale Einbindung vollendet und parallel dazu die politische und wirtschaftliche Stabilitätszone des Westens über die deutsche Ostgrenze hinaus erweitert. «⁵⁶⁰ Von „Hand in Hand“ ausgehend und anknüpfend an das klassische Konzept „Frieden in Europa“ war Ziel Deutschlands

⁵⁵⁶ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 85

⁵⁵⁷ a. a. O., S., 85 f.

⁵⁵⁸ Christian Weise et. alt., Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU Transformation, Verflechtung , Reformbedarf, Berlin 1997, DIW-Beiträge zu Strukturforchung, Heft 176, S. 15 ff. ,zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 85

⁵⁵⁹ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 85

⁵⁶⁰ Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. : Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007, Seite 94 f.

gesamteuropäisch. Parallel bzw. politisch und wirtschaftlich bewirkte Deutschland. In diesem Rahmen nahm Deutschland auch die Aufgabe, die neuen Beitrittsländer zu investieren. » »Die deutschen Direktinvestitionen nahmen seit Anfang der 1990 deutlich und stetig zu, wobei diese Entwicklung insgesamt dynamischer war, als die deutschen Direktinvestitionen in den alten EU- Mitgliedstaaten im gleichen Zeitraum. Neben den deutschen Großunternehmen, wie zum Beispiel der Automobilindustrie⁵⁶¹, »investierten auch sehr viele mittelständische Unternehmen in den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten⁵⁶². «⁵⁶³ Die deutschen Direktinvestitionen dienten den mittel- und osteuropäischen Ländern vor allem und dynamischer den neuen Beitrittsländern.

»Die wichtigsten Zielländer des deutschen Kapitalexports waren ebenfalls Polen, die Tschechische Republik und auch Ungarn. Trotz des deutlichen Anstiegs der deutschen Direktinvestitionen blieb jedoch der relative Anteil der neuen Mitgliedstaaten bei den gesamten deutschen Direktinvestitionen marginal. Insgesamt betrug der Anteil der MOEL gut 6 Prozent der weltweiten deutschen Direktinvestitionsbestände, wobei die Tschechische Republik, Ungarn und Polen Anteile von 1,8 Prozent bzw. 1,5 Prozent und damit die größten Anteilsgewichte aufwiesen. «⁵⁶⁴ Die wichtigsten MOEL, die von den deutschen Direktinvestitionen profitierten und die größten Anteilsgewichte darstellten, waren die drei wichtigsten benachbarten Staaten.

»Von besonderer Bedeutung für die prognostizierten Beschäftigungseffekte in Folge der Osterweiterung waren die Lohndifferenz und der Produktivitätsunterschied gegenüber den MOEL. Unmittelbar vor dem Beitritt beliefen sich die Arbeitskosten je Arbeitsstunde in den drei wichtigsten Partnerländern Polen, Ungarn und Tschechien noch auf 13 bis 22 Prozent des deutschen Niveaus [...] Die Produktivität in den drei

⁵⁶¹ Vgl. als Fallbeispiel Peter Becker, Das Joint Venture zwischen Volkswagen und ŠKODA- Eine erste Bilanz, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1997, Jg. 42, H.4, S. H. 4, S. 388-417, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 87

⁵⁶² Vgl. Friedrich Kaufmann/ Andreas Manke, Standortverlagerungen mittelständischer Unternehmen nach Mittel- und Osteuropa – Eine Empirische Untersuchungen [Sic] am Beispiel der vier Visegrád-Staaten, Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 74, Stuttgart 1997, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 87

⁵⁶³ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 87

⁵⁶⁴ a. a. O., S. 88

benachbarten Staaten betrug lediglich zwischen 60 und 70 Prozent der deutschen Arbeitsproduktivität. Die Lohnstückkosten erreichten demnach nicht einmal die Hälfte des deutschen Wertes [...] Der Wettbewerbsdruck werde kurzfristig für weniger qualifizierte Arbeitnehmer zunehmen und könne deren Löhne drücken. «⁵⁶⁵ Die Produktivität und die Löhne -in den drei benachbarten Staaten Polen, Ungarn und Tschechien, generell in den MOEL- differenzierten sich von den die in Deutschland und in Westeuropa. Der Unterschied kam zum Wettbewerbsdruck und zur Immigration in erster Linie qualifizierter Arbeitnehmer. Laut Peter Becker betrachteten die Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)⁵⁶⁶ als Folge der Osterweiterung⁵⁶⁷.

»Handel, Investitionen und [...] Migration von Arbeitskräften schaffen eine neue Arbeitsteilung in Europa. Die Wettbewerbsfähigkeit der MOE-Länder beruht bisher auf schwachen Wechselkursen oder im internationalen Vergleich niedrigen Löhnen und sonstigen lokalen Inputkosten (nicht mehr wie vor 1989 als Anbieter mittlerer Technologie und hoch qualifizierter Arbeit im Ostblock). Der Bildungsstand ist zwar in MOE relativ hoch, aber die Arbeitsproduktivität ist noch sehr niedrig. Es fehlt an moderner Infrastruktur, die Unternehmen müssen noch erheblich in neue Ausrüstungen und neue Produktionsorganisation investieren. «⁵⁶⁸ Trotz den guten Geboten waren die MOEL nicht imstande voranzuschreiten. Die MOE-Länder verfügten über schwache Wechselkurse. Die MOE-Länder brauchten technologische Investitionen. Die mittel- und ostdeutschen Unternehmen mussten privatisiert, das sozialistisch planwirtschaftliche System musste zermalmt werden. Logischerweise und demzufolge führte die Privatisierung zum Abbau der Arbeitsplätze. »In den sozialistischen Zeiten waren die Unternehmen durch eine starke Überbelegung – also versteckte Arbeitslosigkeit – gekennzeichnet, die der Modernisierungsprozess nun in eine offene Arbeitslosigkeit verwandelt. Denn in der Regel stehen dem Abbau von

⁵⁶⁵ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 88 f.

⁵⁶⁶ Das größte Wirtschaftsinstitut Deutschlands. Es wurde in 1925 gegründet und befindet sich in Berlin.

⁵⁶⁷ Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 89

⁵⁶⁸ Dauderstadt, Michael: Die wirtschaftliche und soziale Dimension der EU-Osterweiterung, WSI Mitteilungen 1/2003, Seite 16 f.,

https://www.boeckler.de/wsimit_2003_01_dauderstadt.pdf (05.09.2016, 16:35)

Arbeitsplätzen in den alten staatlichen Industrien nicht im gleichen Umfang neue Arbeitsplätze in modernen Sektoren gegenüber. Nur in den Zentren wie Prag, Budapest oder Warschau gelingt der Strukturwandel relativ reibungslos. Dort entstehen neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor (Verwaltung, Finanzsektor, Tourismus). Große regionale Unterschiede in Arbeitslosigkeit und Einkommen kennzeichnen daher die Beitrittsländer. «⁵⁶⁹ Durch regionale Unterschiede waren die MOEL gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit stand nicht im gleichen Umfang; in den drei benachbarten Zentren war der Einfluss relativ.

»Um sich dem westlichen Wohlstandsniveau auch nur anzunähern, muss MOE auch in Sektoren wettbewerbsfähig werden, die höhere Einkommen versprechen. Trotz deutlicher Differenzierung [...] dominieren [sie, Anm. d. Autors] im Außenhandel jedoch weiter arbeitsintensive und preissensible Produkte, die wenig forschungs- und ausbildungsintensiv sind (Eichengreen/Kohl 1998, S. 171 ff.) [...] Dabei konzentriert sich der Außenhandel der MOE-Länder mit der EU auf die Marktsegmente, die sich durch niedrige Qualität und Preise (*down market*) auszeichnen, wobei dies stärker für die MOE-Exporte als ihre Importe gilt (Lemoine 1998). «⁵⁷⁰ Mit niedrigen Qualitäten und Preisen war MOE unfähig sowohl auf den Binnenmarkt als auch auf den nationalen Markt zu konkurrieren (Ihre Exporte waren stärker als ihre Importe). »Ausnahmen davon bilden lediglich einige moderne industrielle *Cluster*, vor allem im Automobilbau, die mit Hilfe von Auslandsinvestitionen entstanden sind. Um Kernwerke wie etwa Audi im ungarischen Győr haben sich inzwischen schon Zuliefernetzwerke gebildet, die mit deutschen Audi-Zulieferern verbunden sind. So ist es Ungarn, und in zweiter Linie Tschechien, Slowenien und Polen teilweise gelungen, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch ein *up-grading*⁵⁷¹ der Angebotsstruktur zu verbessern. «⁵⁷²

⁵⁶⁹ Dauderstädt, Michael: Die wirtschaftliche und soziale Dimension der EU-Osterweiterung, WSI Mitteilungen 1/2003, Seite 17,

https://www.boeckler.de/wsimit_2003_01_dauderstadt.pdf (05.09.2016, 16:35)

⁵⁷⁰ a. a. O.

⁵⁷¹ Von dem englischen Verb „to upgrade“ und bedeutet (aufwerten, besser ausstatten, aufrüsten, hochstufen).

⁵⁷² Dauderstädt, Michael: Die wirtschaftliche und soziale Dimension der EU-Osterweiterung, WSI Mitteilungen 1/2003, Seite 17,

https://www.boeckler.de/wsimit_2003_01_dauderstadt.pdf (05.09.2016, 16:35)

»Die Wirtschaft der Beitrittsländer [...] [machten] ihre Exporte und Importe 2000 nur jeweils 3–4 % des EU Außenhandels aus, was allerdings einen gewaltigen Anstieg seit 1989 bedeutet, als sie noch bei ca. 1 % lagen. In bestimmten Regionen, Sektoren und Qualifikationssegmenten waren die Effekte jedoch spürbar. So wurden Grenzländer wie Deutschland und Österreich stärker betroffen [...] Auch die Migration und Pendelarbeiter aus MOE zielen überwiegend auf diese beiden Länder. In Sektoren wie Bau- und Landwirtschaft sowie Gastronomie hat das zu einer partiellen Verdrängung schwach qualifizierter deutscher (bzw. österreichischer) Arbeitskräfte geführt und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. «⁵⁷³ Insgesamt war der Anstieg des Außenhandelsanteils in den MOEL schwach, von 1989 bis 2000 machte ihr Außenhandel nur 2 bis 3 Prozent Differenz aus. Die Effekte der Erweiterung waren eindeutig. Fühlbar und unmittelbar war auch der Einfluss auf die Grenzländer vor allem Deutschland und Österreich (Migration und Arbeitslosigkeit). Krise in Mittel- und Osteuropa und Boom in Westeuropa führten zu Migrationsdruck nach dem Westen. »Gut qualifizierte Migranten entlasten dagegen Arbeitsmarktengpässe in der EU [...] Die meisten der wirtschaftlichen Vorteile sind schon entstanden, werden aber durch die Erweiterung abgesichert und vertieft.

» »Die Stellungnahmen der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Osterweiterung waren von Anfang an positiv. Bereits im Oktober 1990 sprach der damalige Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, davon, dass die deutsche Wirtschaft einem Beitritt der osteuropäischen Reformländer wie Ungarn, Polen, und der damaligen Tschechoslowakei „grundsätzlich positiv“ gegenüberstehe. Jedoch sollte ein übereilter Beitritt, der EG überfordere, vermieden werden«. «⁵⁷⁴ Im Allgemeinen war der Einfluss der MOEL namentlich der drei benachbarten Staaten (Polen, Ungarn und Tschechien) auf die deutsche Wirtschaft vom Anfang an bzw. seit der Wiedervereinigung Deutschlands grundsätzlich positiv, nach Otto Wolff von Amerongen.

⁵⁷³ Dauderstädt, Michael: Die wirtschaftliche und soziale Dimension der EU-Osterweiterung, WSI Mitteilungen 1/2003, Seite 17,

https://www.boeckler.de/wsimit_2003_01_dauderstadt.pdf (05.09.2016, 16:35)

⁵⁷⁴ Vgl. „Wolf gegen übereilte Beitritt aus Osteuropa“, in: vwd-Europa v. 2.10.1990, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011, Seite 123

»Dennoch formulierte der Dachverband der deutschen Industrieunternehmen sein ›vitales Interesse an der Erweiterung des Europäischen Binnenmarkts um Partner aus Mittel- und Osteuropa«. ⁵⁷⁵ Zugunsten der deutschen Wirtschaft bzw. der deutschen Industrie war der Beitritt der MOEL in den Europäischen Binnenmarkt. » ›Die deutsche Industrie hat ein klares Interesse daran, die mittel- und osteuropäischen Staaten möglichst rasch in die Europäische Union zu integrieren«. ⁵⁷⁶ Schleunigst verlangte Deutschland die Integration mittel- und osteuropäischer Staaten. Das Interesse war beiderseitig und allseits. Die mittel- und osteuropäische Integration war erfolgreich, dennoch war Arbeitslosigkeit in den Anfangsjahren zu bemerken. »Die Osterweiterung der Europäischen Union wird Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche in der EU, in der Bundesrepublik Deutschland und in den Beitrittsländern haben. Die zentralen Herausforderungen ergeben sich jedoch für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit. Durch die gegenseitige Marktöffnung ergeben sich sowohl für die bisherigen Mitgliedstaaten als auch für die Beitrittsstaaten große Chancen. Diese Chancen sind nur effektiv zu nutzen, wenn sie vor, in und nach der Beitrittsphase transparent dargestellt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, mögliche Risiken konsequent zu begrenzen. ⁵⁷⁷

»Mit der Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 vollendet die Europäische Union die umfangreichste Erweiterungsrunde ihrer Geschichte. Fast 15 Jahre nach dem Kalten Krieg überwindet Europa endgültig die Folgen von Spaltung und Eisernem Vorhang. Nach der Erweiterung wird Europa über den größten Binnenmarkt weltweit verfügen. Neben einer herausragenden historischen Bedeutung bringt dieser viele wirtschaftliche Chancen aber auch ernst zu nehmende und

⁵⁷⁵ Information der Abteilung Europapolitik des BDI an die Mitgliedsverbände, „Stand der Vorbereitung der EU-Erweiterung. Zwischeninformation der Kommission“, v. 23.9.1996, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 124

⁵⁷⁶ Heinz-Olaf Henkel, Die Erwartungen der deutschen Wirtschaft an die Regierungskonferenz 1996, Rede in der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn am 26.9.1996, zitiert nach: Becker, Peter: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, Seite 125

⁵⁷⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Hofbauer, Albert Rupprecht (Weiden), Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/1375 – Chancen der EU-Osterweiterung für Wirtschaft und Arbeit. Deutscher Bundestag Drucksache 15/1464 15. Wahlperiode 05. 08. 2003, Seite 1, <http://www.dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/014/1501464.pdf> (17.09.2016, 21:00)

komplexe Anpassungsprozesse mit sich. «⁵⁷⁸ Fünfzehn Jahre nach dem sowjetischen Zerfall bzw. bis zum Jahr 2004 war die Osterweiterung zum Ende. Damit wurden Europa wiedervereinigt und sein Binnenmarkt vollendet. Dieses historische Geschehnis brachte wirtschaftlichen Chancen und Fiaskos mit sich. Der erste Benefiziant war Deutschland. »Mittel- bis langfristig ergeben sich aus der EU-Osterweiterung vor allem für Deutschland große Wachstums- und Beschäftigungspotentiale. Deutschland wird von der geographischen Nähe zu einem großen Teil des Erweiterungsgebietes über tiefere und intensivere Handelsbeziehungen insbesondere zu den östlichen Nachbarländern wesentlich profitieren. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden auf mittlere Sicht von den Beitrittsländern jährlich zusätzliche Wachstumsimpulse zwischen 0,3 % und 0,5 % für die deutsche Volkswirtschaft ausgehen. «⁵⁷⁹ Deutschland gewann wesentliche benachbarte Handelsbeziehungen. Der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten beeinflusste positiv das deutsche Wirtschaftswachstum, *nach einer Studie des DIW*. »Auf Basis der Zahlen von 2003 werden mit Beitritt der 10 Länder die deutschen Exporte in die Staaten der erweiterten EU auf 64 % steigen. Bei längerfristiger Betrachtung zeigt sich eine sehr dynamische Entwicklung im Außenhandel mit den neuen EU-Ländern. Zwischen 1993 und 2003 haben sich die deutschen Exporte in diese Länder nahezu vervierfacht (+ 313 %, das waren im Durchschnitt jährlich 14 %). Die Exporte in die Beitrittsländer sind somit in diesem Zeitraum deutlich stärker gestiegen als die deutschen Exporte insgesamt (+ 105,9 %).

«⁵⁸⁰

⁵⁷⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Rainer Brüderle, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2898 – Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die mittelständische Wirtschaft und insbesondere auf das Handwerk
Deutscher Bundestag Drucksache 15/3900 15. Wahlperiode 14. 10. 2004, Seite 1
<http://www.dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/039/1503900.pdf> (17.09.2016, 21:05)

⁵⁷⁹ a. a. O., S.6

⁵⁸⁰ a. a. O., S. 6

3.5.2.2 Zum deutschen Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union von 1990 bis 2010

»Deutschland hat im europäischen Vergleich eine gewisse Sonderstellung. Nach der Wiedervereinigung gab es einige Jahre überdurchschnittliches Wachstum. «⁵⁸¹ »Durch die Wiedervereinigung erlebte Deutschland 1990/91 einen Wirtschaftsaufschwung, durch den die Rezession für eine gewisse Zeit vermieden werden konnte, von der zahlreiche andere OECD-Staaten⁵⁸² betroffen waren. «⁵⁸³ Das wiedervereinigte Deutschland konnte wirtschaftlichen Rückgang im ersten Einheitsjahr überwältigen. Indes schwächelte die Konjunktur in zahlreichen europäischen Ländern, namentlich in den OECD- Staaten.

»1990 bewegte sich in Frankreich auf eine Rezession zu, was lediglich aufgrund der deutschen Wiedervereinigung [...] Auch in Italien fand 1990 eine längere Wachstumsphase ihr Ende. Lediglich die Auswirkungen des Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland aufgrund der Wiedervereinigung [...] Nach dem Boom in der zweiten Hälfte der 80er Jahre fiel Großbritannien Mitte der 90er Jahre in eine tiefe Rezession. «⁵⁸⁴ Der Einfluss der deutschen Wiedervereinigung auf das deutsche und das Wirtschaftswachstum in den einzelnen Ländern der EU war spürbar: Aufschwung in Deutschland, Rezession in den EU-Mitgliedstaaten. »Deutschland im Vergleich der großen EU-Länder durch die Wiedervereinigung die Spitzenposition an Frankreich verloren hat [...] und nunmehr etwa gleichauf mit Großbritannien liegt, das seine Produktivitätslücke gegenüber Deutschland in den 1990er Jahren schließen konnte. Italien andererseits ist in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zurückgefallen und

⁵⁸¹Aiginger, Karl / Leoni, Thomas: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland: Strukturpolitik für Soziales Wachstum, Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung September 2012, Seite 8,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

⁵⁸²1961, aus der OEEC ging die **OECD**: Organisation for Economic Cooperation and Development: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die ist international und umfasst *derzeit* 35 Mitgliedstaaten: Belgien Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Japan, Finnland, Australien, Neuseeland, Mexiko, Tschechien, Südkorea, Ungarn, Polen, Slowakei, Chile, Slowenien, Israel, Estland und Lettland. Sie verpflichtet sich zur *Demokratie* und *Marktwirtschaft*.

⁵⁸³ Patterson, Ben: ARBEITSDOKUMENT: STRATEGIEN FÜR EU-WIRTSCHAFT: Reihe Wirtschaftsfragen: ECON 12 DE 01/2001, Europäisches Parlament, Luxemburg 2000, Seite 7

⁵⁸⁴a. a. O., S. 10-13

liegt nur noch etwa gleichauf mit Spanien, das in den 1970er und 1980er Jahren einen erfolgreichen Catching up-Prozess⁵⁸⁵ durchlief. Damit zeigt sich bei Spanien und Italien seit Mitte der 1990er Jahre eine zunehmende Produktivitätslücke gegenüber den anderen drei großen EU-Ländern. «⁵⁸⁶ Deutschland gewann in 1990/91 die Spitzenposition, indem die Großen: Frankreich und Großbritannien sogar Italien und Spanien Rückschritte machten. Immer mehr hatten sie Schwierigkeiten, Deutschland im innereuropäischen Wettbewerb sich behaupten zu können.

Bereits nach der Wiedervereinigung entwickelte sich Deutschland zur europäischen und internationalen Wirtschaftsmacht. Im ersten Einheitsjahr festigte es überall Handelsbeziehungen vor allem mit den westlichen Industrieländern, mit den großen USA und den Entwicklungsländern. »Die Bundesrepublik ist nach der Vereinigung die größte Handelsnation der Welt. Der Umfang des Warenhandels lag 1990 bei 421 Mrd. US \$, der der USA bei 171 Mrd. US \$ [...] Die westlichen Industrienationen sind die bei weitem wichtigsten Handelspartner. 80,2% des deutschen Imports stammt aus OECD- Ländern, 81,4% werden dorthin exportiert. Die zwölf EG- Länder sind etwa zur Hälfte am deutschen Handel beteiligt, die Entwicklungsländer etwa mit 10%. «⁵⁸⁷

Indes führten die Transferleistungen und die Restrukturierung der deutschen Wirtschaft im zweiten Einheitsjahr zur Wachstumsschwäche und Verlangsamung der Produktivitätsentwicklung. Großbritannien und Frankreich erlebten einen Rückgang. »Die Auswirkungen der expansiven Finanzpolitik kompensierten damals vorübergehend für dämpfenden Auswirkungen der Geldpolitik, aber dennoch ging die Gesamtproduktion zurück [...] Anfang 1992 sank das BIP um 4,5 % und die Zahl der Arbeitslosen stieg um mehr als eine Million [...] [Und Frankreich [war bis, Anm. d.

⁵⁸⁵ Auch Aufholeffekt: Von einem Ausgangspunkt erreichen arme Volkswirtschaften **tendenziell** schnelleres Wirtschaftswachstum.

⁵⁸⁶ Erber, Georg / Hagemann, Harald: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Zur Produktivitätsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich, April 2012, Seite 29,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08997.pdf> (19.09.2016, 20:50)

⁵⁸⁷ a. a. O., S. 90

Autors] 1993 in eine Rezession hineingezogen]. «⁵⁸⁸ Wobei erkannte Italien im Jahre 1992 einen starken Exportanstieg

»In der Lohnpolitik wurde 1993/94 deutlich eine moderate Haltung [in Deutschland, Anm. d. Autors] eingenommen. Die Bedingungen für einen neuen Aufschwung wären gar nicht schlecht gewesen [...] Der Aufschwung von 1994 dauerte somit nur eine verhältnismäßig kurze Zeit. Die D-Mark wurde mehr als die Währungen der übrigen EU-Mitgliedstaaten aufgewertet. «⁵⁸⁹ Im dritten und vierten Wirtschaftsjahr entspannte sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands. »In den nachfolgenden Jahren ähnelte die französische Wirtschaftspolitik in vielerlei Hinsicht der deutschen [...] bis 1996 nur ein schwaches Wirtschaftswachstum. 1995 stieg der reale Außenwert des Franc gemeinsam mit der D-Mark an. Die Wirtschaft erholte sich erst 1996. «⁵⁹⁰

»Im Zeitraum 1990/1998 wuchs das wiedervereinigte Deutschland wieder deutlich stärker als die anderen 15 Staaten der EU. Hingegen ist Deutschland, seit es von einer rot-grünen Bundesregierung geführt wird, in seiner wirtschaftlichen Dynamik von den anderen EU-Staaten abgehängt worden. «⁵⁹¹ Insgesamt bzw. von 1990 bis 1998 stiegen die wirtschaftlichen Wachstumsraten Deutschlands gegenüber den EU-Mitgliedstaaten vor allem gegenüber den Starken an. »**1990 – 1998:** In den 90er Jahren konnte die Regierung Helmut Kohl trotz des gewaltigen Strukturumbruchs in den neuen Bundesländern mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 2,2 Prozent ein besseres Wirtschaftswachstum als der EU Durchschnitt mit 2 Prozent Wachstum erreichen. Die Wiedervereinigung Deutschlands bescherte der Wirtschaft einen Wachstumsschub, der 1992 wieder auslief. [**Der „Vereinigungsboom“ brachte Deutschland 1990 und 1991**, Anm. d. Autors] hohe Wachstumsraten mit 5,7 Prozent und 5 Prozent, während andere große EU-Staaten [...] zu der Zeit bereits ein geringeres Wachstum aufwiesen. Deutschland wurde durch den Vereinigungsboom später als andere Länder von der

⁵⁸⁸ Patterson, Ben: ARBEITSDOKUMENT: STRATEGIEN FÜR EU-WIRTSCHAFT: Reihe Wirtschaftsfragen: ECON 12 DE 01/2001, Europäisches Parlament, Luxemburg 2000, Seite 7-13

⁵⁸⁹ a. a. O., S. 7

⁵⁹⁰ a. a. O., S. 11

⁵⁹¹ Giebel-Felten, Elvira: Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962-2001, Arbeitspapier herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Nr. 78, Sankt Augustin, Juni 2002, Seite 1, http://www.kas.de/wf/doc/kas_466-5430.pdf?020801155238. (19.09.2016, 21:30)

Rezession in Europa zwischen 1990 und 1993 erfasst. Dann aber erlebte das vereinigte Deutschland 1993 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um -1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr einen schweren Konjunkturreinbruch. «⁵⁹² Weiterhin wurde die Konjunktur in 1999 schwach im Vergleich zu den anderen Beteiligten der EU ausgeprägt⁵⁹³.

In 2000 fiel die Konjunktur höher als im vorherigen Jahr aus⁵⁹⁴. In 2001 ging das BIP-Wirtschaftswachstum auf etwa 2,5 % zurück⁵⁹⁵. Die rückläufige Entwicklung wies die Arbeitslosigkeit auf. »Tatsächlich wuchs das deutsche BIP zwischen 1990 und 2000 mit einer durchschnittlichen Rate von zwei Prozent, während Großbritannien im gleichen Zeitraum pro Jahr um 2,4 Prozent und die USA um rund drei Prozent zulegte. In den folgenden Jahren fiel die Wachstumsdynamik in Deutschland – wie bereits im einleitenden Abschnitt erwähnt wurde – noch deutlich schwächer aus. «⁵⁹⁶

»1999 bis 2001 stieg das deutsche Bruttoinlandsprodukt nur noch um durchschnittlich 1,8 Prozent, das übrige EU-Europa um 2,5 Prozent. Seit 2001 ist Deutschland mit einer Wachstumsrate von real nur 0,6 Prozent das wirtschaftliche Schlusslicht der EU. «⁵⁹⁷ Deutschland war 2001 aber das wirtschaftliche Schlusslicht in der Europäischen Gemeinschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands 2001 lag unter dem EU Durchschnitt. Es blieb hinter den anderen EU-Staaten zurück. Deutschland ist zurückgefallen: 2001 stieg die deutsche Arbeitslosenquote erstmals über den EU-Durchschnitt. »Die Arbeitslosenquote, die 2000 bei 7,5 Prozent lag, erreichte nach

⁵⁹² Giebel-Felten, Elvira: Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962-2001, Arbeitspapier herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Nr. 78, Sankt Augustin, Juni 2002, Seite 7, http://www.kas.de/wf/doc/kas_466-5430.pdf?020801155238. (19.09.2016, 21:30)

⁵⁹³ Generalsekretariat des Rates: EMPFEHLUNG DES RATES vom 12. Juli 1999 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft (ABL. L 217 vom 17.8.1999, S. 34), Luxemburg Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1999, Seite 35

⁵⁹⁴ Generalsekretariat des Rates: EMPFEHLUNG DES RATES vom 19. Juni 2000 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, Luxemburg Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2000, Seite 39

⁵⁹⁵ Generalsekretariat des Rates: EMPFEHLUNG DES RATES vom 15. Juni 2001 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, Luxemburg Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2001, Seite 45

⁵⁹⁶ Aiginger, Karl / Leoni, Thomas: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland Strukturpolitik für Soziales Wachstum, September 2012, Seite 10,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

⁵⁹⁷ a. a. O.

einem weiteren, kontinuierlichen Anstieg im Jahr 2005 den Spitzenwert von 11,2 Prozent. Das war der höchste Wert in der Eurozone und wurde in der gesamten EU nur von Polen und der Slowakei übertroffen. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten betrug die Arbeitslosenquote 2000 respektive 5,4 Prozent und vier Prozent, 2005 waren es 4,7 Prozent und 5,2 Prozent. «⁵⁹⁸ In 2005 war die Arbeitslosenquote an der Spitze. Deutschland markierte damit den Spitzenwert in der EU.

»Noch zu Beginn der 2000er Jahre wurde Deutschland aufgrund eines kaum vorhandenen Wirtschaftswachstums und einer relativ hohen Arbeitslosigkeit (2000: 8 %; 2005: 11,3 %) stark kritisiert, weshalb die damalige Bundesregierung zahlreiche Reformen einleitete, die die Arbeitslosigkeit reduzieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Unternehmen attraktiver gestalten sollten. Als Folge wurde unter anderem einer der größten Niedriglohnsektoren in Europa geschaffen. «⁵⁹⁹ In der ersten Hälfte des zweiten Jahrzehnts der Einheit erkannte Deutschland zunehmende Arbeitslosigkeitsquote. Im Gegensatz zur vorherigen Bundesregierung war die rot-grüne Koalition passiv.

»Die Beschäftigungsquote hat sich in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt sehr günstig entwickelt. Zwar hatte Deutschland bereits in den 1990er Jahren höhere Beschäftigungsquoten als der Durchschnitt der (heutigen) Euroländer, lag aber deutlich hinter den angelsächsischen und skandinavischen Ländern zurück. Die jüngsten Werte zeigen, dass in Deutschland ein höherer Anteil der 15- bis 64-Jährigen in Beschäftigung ist als in Großbritannien und den USA. Der Abstand zu Dänemark und Schweden hat sich auf ein bis zwei Prozentpunkte reduziert. «⁶⁰⁰

Die rot-grüne Koalition musste der Arbeitslosigkeit trotzen und Arbeitsplätze schaffen.

»Je nach Autoren mit unterschiedlicher Akzentuierung – [wurden] folgende Faktoren

⁵⁹⁸ Aiginger, Karl / Leoni, Thomas: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland Strukturpolitik für Soziales Wachstum, September 2012, Seite 10,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

⁵⁹⁹ Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg- Essen: Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten EU-Ländern 2000 – 2015, Seite 2,

www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik.../abbX1.pdf (19.09.2016, 22:15)

⁶⁰⁰ Aiginger, Karl/ Leoni, Thomas: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland Strukturpolitik für Soziales Wachstum, September 2012, Seite 10f. ,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

angeführt: – institutionelle Veränderungen, in erster Linie die tief greifenden Arbeitsmarktreformen der Jahre 2003 bis 2005 [...] die eine erhöhte Flexibilisierung des Arbeitskräfteangebots zur Folge hatten; – die Reallohnanpassung und damit Senkung der Arbeitskosten, die im vergangenen Jahrzehnt einerseits durch ein allgemein moderates Lohnwachstum und andererseits durch die starke Ausweitung des Niedriglohnssektors erfolgte; – die Existenz bzw. Einführung von Mechanismen zur Anpassung der Beschäftigung mittels der Zahl der gearbeiteten Stunden anstatt der Köpfe. «⁶⁰¹

»In den späten 1990er Jahren und bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts verkörperte die deutsche Volkswirtschaft mit ihren schwachen Wachstumsraten und der hohen Arbeitslosigkeit die strukturellen Probleme und Rigiditäten des europäischen Wirtschaftsmodells. Vor allem aus der Warte der angelsächsischen Welt und mit einem Blick auf die anhaltende gute Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft wurden die hohen Arbeitskosten, der großzügige Wohlfahrtsstaat und die Rigiditäten am Arbeitsmarkt als wesentliche Erklärungsgründe für den deutschen Wachstumsrückstand identifiziert. Auch der demografische Alterungsprozess, der in unterschiedlichem Maße fast alle Industriestaaten trifft. «⁶⁰² Bereits 1999 und bis 2005 litt Deutschland an Wachstumsrückstand und Arbeitslosigkeit, der demografische Alterungsprozess war einer der ersten Gründe. Es muss aber darauf hinweisen, dass nicht nur die Bevölkerung Deutschlands, sondern auch die von Europa alterte. »Im Gegensatz zu den USA hat Europa weniger Weltmarktanteile verloren und hat eine weitgehend ausgeglichene Leistungsbilanz. Die Arbeitslosenquote liegt ungefähr gleich hoch wie in den USA, die Beschäftigungsquote darunter. Das Bevölkerungswachstum ist niedriger, die Alterung in Europa stärker. «⁶⁰³

⁶⁰¹ Aiginger, Karl / Leoni, Thomas: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschaftsund Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland Strukturpolitik für Soziales Wachstum, September 2012, Seite 8,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

⁶⁰² a. a. O., S. 10

⁶⁰³ a. a. O., S. 08

Zu den Gründen der Arbeitslosigkeit in Europa zählten auch die Globalisierung und *der Strukturwandel vor allem in Osten Deutschlands und Osteuropa*. Laut Gabriel Oscar W. und Sabine Kropp waren von Arbeitslosigkeit zwar die neuen Mitgliedsländer besonders betroffen⁶⁰⁴.

»Auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März 2005 legten die Staats und Regierungschefs der EU **Wachstum und Arbeitsplätze** als oberste politische Priorität Europas fest. «⁶⁰⁵ „Wachstum und Arbeitsplätze“ sind in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrzehnts *oberste* europäische Priorität geworden. Die Mitgliedstaaten, darunter Deutschland mussten individuelle nationale Reformprogramme auf der gemeinsamen Grundlage aufstellen.

»Getrieben von einer starken Exportnachfrage war das deutsche Wachstum laut Eurostat zwischen 2006 und 2011, mit Ausnahme der Rezessionsjahre 2008 und 2009, die durch die unmittelbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt waren, höher als das des Euroraums. Gleichzeitig nahm die Beschäftigung zu und die Arbeitslosigkeit stetig ab. Es scheint, als wäre das deutsche Wirtschaftswunder wiederauferstanden, wie ein britisches Wirtschaftsmagazin befand (Economist 3.2.2011). «⁶⁰⁶ Nach dem britischen Wirtschaftsmagazin (Economist 3.2.2011) wurden die Wirtschaftsjahre: **2006/2007/2008/2009/2010 und 2011** als Wirtschaftswunder ausgeprägt. Außerhalb der Krisenjahre 2008 und 2009 erlebte Deutschland insgesamt bzw. von 2006 bis 2010/11 einen starken Exportaufstieg und abnehmende Arbeitslosigkeitsquote.

»Der wirtschaftliche Aufschwung in **Deutschland** verlief im Jahr 2010 wesentlich besser als erwartet. Nach dem massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung im

⁶⁰⁴ Oscar W. , Gabriel / Kropp, Sabine: Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften |GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008, Seite 140

⁶⁰⁵ Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2006: Jetzt auf dem Tempo drücken: Die neue Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze, Seite 8

⁶⁰⁶ Aiginger, Karl/ Leoni, Thomas: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschaftsund Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland Strukturpolitik für Soziales Wachstum, September 2012, Seite 5,
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die deutsche Konjunktur im zweiten Quartal 2009 stabilisiert. Seitdem wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion stetig ausgeweitet, mit dem größten Zuwachs im zweiten Quartal 2010 ... Dazu trug maßgeblich die positive Entwicklung der Weltwirtschaft bei. Die exportorientierte Industrie in Deutschland reagierte zeitnah auf die gestiegene Nachfrage. Dies war möglich, weil in den Unternehmen erstaunlich viele Arbeitskräfte während der Krise trotz Unterauslastung der Kapazitäten gehalten wurden. «⁶⁰⁷ Das Wirtschaftswachstum von 2010 war massiver als der von 2008/09. Und wie schon erklärt, dass die deutsche Konjunktur erst 2009 zu stabilisieren begann. Beim deutschen Exportanstieg spielte die positive Entwicklung der Weltwirtschaft eine wichtige Rolle (gestiegene Nachfrage→ gestiegene Produktivität→ Exportanstieg). Ohne die Rolle der qualifizierten vielen Arbeitskräfte zu verlieren.

»Das „Jobwunder“ während der Krise wird nicht zuletzt darauf zurückgeführt, dass es in den Jahren unmittelbar vor der weltweiten Rezession in Deutschland trotz eines Konjunkturaufschwungs nur zu einem bescheidenen Beschäftigungswachstum kam. Diesem Argument zufolge wurden in der Krise wenige Arbeitskräfte freigesetzt, weil vor der Krise nur unterproportional viele neue Arbeitskräfte eingestellt worden waren (Burda/Hunt 2010). Dieser Erklärungsansatz erscheint für die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts im Krisenjahr 2009 relevant. «⁶⁰⁸ Ein Wirtschaftswunder und ein Jobwunder hat Deutschland verwirklicht. Jahrelang hat Deutschland an hoher Arbeitslosenquote gelitten. Dennoch war der deutsche Arbeitsmarkt in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise dynamischer im Vergleich zu zahlreichen europäischen und internationalen Ländern.

Der Einfluss des Wirtschaftswunders seit 2009 aber auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Lohnquote war eindeutig. »In der Wirtschafts- und Finanzkrise kam es erwartungsgemäß zu einem sprunghaften Anstieg der Lohnquote, da in der

⁶⁰⁷ Aiginger, Karl / Leoni, Thomas: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschaftsund Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland Strukturpolitik für Soziales Wachstum, September 2012, Seite 24,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

⁶⁰⁸ a. a. O., S. 11

Rezession Produktivität und Gewinne rasch einbrechen, während Lohneinkommen mit erheblicher Verzögerung reagieren. Die Lohnquote ist nach der Krise zwar nicht auf das Vorkrisenniveau zurückgefallen, mit dem Aufschwung sind aber erneut die Unternehmensgewinne und die Kapitalerträge stärker gewachsen als die Entgelte der unselbstständig Beschäftigten. «⁶⁰⁹

In der jeweiligen Zeit waren die Länder des europäischen Kontinents die wichtigsten Handelspartner Deutschlands, in erster Linie die EU-Beteiligten gefolgt von den Nicht EU-Staaten. »Die wichtigsten Handelspartner für Deutschland sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Mehr als 61 Prozent des deutschen Außenhandelsumsatzes (Ausfuhren plus Einfuhren) wurden im Jahr 2008 mit den Ländern der EU erzielt. Die europäischen Staaten, die nicht zur EU gehören, hatten im Jahr 2008 einen Anteil von 12,4 Prozent am deutschen Außenhandelsumsatz. Damit wurden 2008 fast drei Viertel des deutschen Außenhandels innerhalb Europas abgewickelt. «⁶¹⁰ Frankreich war der wichtigste europäische Partner. »Der mit Abstand wichtigste Handelspartner Deutschlands im Jahr 2008 war wie in den Jahren zuvor Frankreich. Die Ausfuhren nach Frankreich stiegen dabei gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Prozent auf 96,9 Milliarden Euro. Auch die Einfuhren aus Frankreich nahmen deutlich um 6,1 Prozent auf 66,7 Milliarden Euro zu. Damit hatte der Handel mit Frankreich einen Anteil am deutschen Export von 9,7 Prozent und einen Anteil am deutschen Import von 8,1 Prozent. «⁶¹¹ Neben Frankreich stand Großbritannien an dritter und Italien an vierte Stelle.

»Außerhalb Europas war der Handel mit den USA, China und Russland von großer Bedeutung für Deutschland. Mit einem Außenhandelsumsatz von rund 117,5 Milliarden Euro waren die USA im Jahr 2008 der zweitwichtigste Handelspartner

⁶⁰⁹ Aiginger, Karl / Leoni, Thomas: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland Strukturpolitik für Soziales Wachstum, September 2012, Seite 14,

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34)

⁶¹⁰ Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands, Seite 9,

https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/12_02_0.pdf (22.09.2016, 19:30)

⁶¹¹ a. a. O.

überhaupt. Dies gilt noch stärker für den Export in die USA (2008: 71,5 Mrd. Euro) als für den Import aus den USA (2008: 46,1 Mrd. Euro). Allerdings ist der Anteil der USA an den gesamten Im- und Exporten rückläufig. «⁶¹² Außereuropäisch bzw. international waren die USA, Russland und China die wichtigsten Handelspartner. Indes erkannten die deutsch amerikanischen Handelsbeziehungen in 2008 wegen der Weltwirtschaftskrise einen Rückgang. »Im Gegensatz dazu hat sich die Bedeutung Chinas und Russlands relativ und absolut erhöht. Die deutschen Ausfuhren nach China hatten 2008 einen Wert von 34,1 Milliarden Euro (plus 14,0 Prozent gegenüber 2007). China stand damit bei den Ausfuhren auf Rang 11 (1998: Platz 18). Noch eindrucksvoller ist die Entwicklung bei den Einfuhren: zwischen 1995 und 2008 verdreifachten sich diese auf 59,4 Milliarden Euro. In Bezug auf die Einfuhren belegte China im Jahr 2008 den dritten Platz. «⁶¹³

»Die Erholung der Weltkonjunktur seit der Jahresmitte 2009 stärkte die deutsche Exporttätigkeit spürbar und unterstützte die Wirtschaft bei der Überwindung der realwirtschaftlichen Krise. Die konjunkturelle Verbesserung im Jahresverlauf 2010 wurde zunehmend von der inländischen Nachfrage getragen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2010 um voraussichtlich 3,7 vH steigen. «⁶¹⁴ Mit der Entspannung der Weltkonjunktur nahm der deutsche Export und demgemäß die gesamtwirtschaftliche Produktion in 2009/10 zu.

»Der seit dem Einbruch des Jahres 2009 stattfindende Wirtschaftsaufschwung in Deutschland zeigt in Verbindung mit der positiven Beschäftigungsentwicklung diese Zusammenhänge deutlich auf. Mehr Wirtschaftswachstum, steigende Beschäftigung und sinkende Lohnnebenkosten durch sinkende Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind stark miteinander korreliert. «⁶¹⁵ Seit 2009 wächst die deutsche Wirtschaft

⁶¹² Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands, Seite 9,
https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/12_02_0.pdf (22.09.2016, 19:30)

⁶¹³ a. a. O. S. 10

⁶¹⁴ Sachverständigenrat - Jahresgutachten 2010/11: Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in der Welt und in Deutschland, Seite 23,
https://www.sachverstaendigenratwirtschaft.de/.../dateiablage/.../ga10_ii.pdf (05.09.2016, 15:45)

⁶¹⁵ Erber, Georg / Hagemann, Harald: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Zur Produktivitätsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich, April 2012, Seite 21,
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08997.pdf> (19.09.2016, 20:50)

überdurchschnittlich. Die Arbeitslosigkeit begann rasch zu sinken. In weniger als einem Jahrzehnt hat sich die ökonomische Position Deutschlands relativ zu den wichtigsten Vergleichsländern deutlich verändert.

»Nach dem schwersten Einbruch im Wirtschaftswachstum Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 2009 in Höhe von -5,1 Prozent kann auch das BIP-Wachstum von 3,6 Prozent im Jahr 2010 [...] Sollte es aufgrund der bestehenden Probleme im Welthandels- und Währungssystem zu neuen Turbulenzen in der Weltwirtschaft kommen, dann würde hierdurch die deutsche Wirtschaft erneut stärker als zahlreiche andere europäische Staaten [...] betroffen werden. «⁶¹⁶

⁶¹⁶ Erber, Georg / Hagemann, Harald: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Zur Produktivitätsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich, April 2012, Seite 17, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08997.pdf> (19.09.2016, 20:50)

Resümee

Bereits betonte Deutschland, dass die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Integration miteinander bandagiert, untrennbar und zwei Seiten der selben Medaille sind.

Mit der Überwindung der Ost-West-Konfrontation -auf dem europäischen Gelände- und nach dem Mauerfall wurde Ostdeutschland in den Westen integriert bzw. europäisiert. Folglich erkannte die EG Expansion nach dem Osten. Die ehemalige DDR wurde als Pforte angesehen, die den Beitritt osteuropäischer Länder zur EG/EU arrangierte. Die deutsche Wiedervereinigung wirkte also als eine Art Katalysator für die Vertiefung der EU.

Nicht nur die geographische Lage Deutschlands, aber auch seine vollendete Souveränität ermöglichte es eine politisch wirtschaftliche Zentralmacht in Europa werden zu können. Ostdeutschland und Osteuropa wurden neugeordnet und an den kapitalistischen Westen angepasst. Dabei spielte Deutschland die zentrale Rolle. Und beim gesamteuropäischen wirtschaftlichen Wachstum.

Trotz der schwachen deutschen Wirtschaft vor allem in den ersten Einheitsjahren hielt Deutschland gegen die Wirtschaftskrise 2008/09 stand, indessen ertranken die anderen EU-Mitgliedstaaten darin.

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassung und Ausblick

Ausgehend von der Tatsache, dass Deutschland in der EU eines der Gründungsstaaten und eine Wirtschaftsmacht ist, habe ich mir in dieser Arbeit vorgenommen zu untersuchen, die wirtschaftliche Rolle Deutschlands in der EU. Auf der Basis von der Haupthypothese, die die zentrale wirtschaftliche Rolle Deutschlands in der EU während 20 Jahre nach der Wiedervereinigung ermittelte, ließen sich die folgenden Nebenhypothesen bestätigen:

- *Deutschland als Gründungsland war auf allen Etappen des europäischen Wegs präsent.*
- *Westdeutschland spielte die Führungsrolle bei der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Gemeinschaft.*
- *Die wirtschaftliche Rolle wiedervereinigten Deutschlands war zentral in der Europäischen Union.*

Aus dem **ersten theoretischen Hauptkapitel** hat sich ergeben, dass was von Hitler zerstört wurde, reparierte Deutschland. Ohne deutsche französische Versöhnung könnte der Frieden *in Europa* nicht abgesichert werden. Ein Paneuropa war *anfangs* unmöglich, gegensätzlich war die westeuropäische Integration erfolgreich. Einleitend wurde die Montanunion (EGKS) mit Pariser-Vertrag (1952) aufgestellt. Zum westeuropäischen Wirtschaftsraum bzw. zur EWG wurde sie mit dem Vertrag von Rom (1957) ausgeweitet und mit dem Vertrag von Maastricht (1991) zur EU entwickelt. Dessen ungeachtet nicht aus dem *friedlich orientierten* Ausgangspunkt (EGKS), sondern aus dem *wirtschaftlich orientierten* zentralen Punkt (EWG) entwickelte sich die *wirtschaftliche* europäische Integration. Deshalb werden die EWG als Grundstein der EG bzw. der EU und Maastrichter Vertrag als EU-Vertrag ausgeprägt. (*Maastrichter Vertrag war also die komplementäre Form der Gemeinschaftsverträge*). Mit dem Maastrichter-Vertrag wurden die Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EAG) unter einem Dach zusammengestellt und Europäische Gemeinschaften (EG) benannt. Darauf bzw. auf den drei Europäischen Gemeinschaften und den zwei Politikbereichen „Gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik“ und „Zusammenarbeit der Justiz und Innenpolitik“ gründete sich die EU. Die sind also die Pfeiler der EU, indes bilden Pariser-Vertrag, die Römischen Verträge und Maastrichter-Vertrag die Grundlage der Gebäude (EU). Die EG vertreten die erste und umfangreichste Säule, die den Kern der Union bzw. den 1993 vollendeten Binnenmarkt umfasst. Im Rahmen eines geordneten Binnenmarkts wurden die erste und die dritte Säule stark angepasst. Längst aber war eine Zollunion geplant und mit der EEA (1968) erreicht, dennoch auf Agrarwirtschaft begrenzt. Und parallel (in 1968) im Rahmen einer WWU war eine einheitliche Währung erzielt und ausgehend vom ECU (1979) zum Euro in drei Stufen (1999-2002) realisiert. Der ersten Säule gehören daneben andere Politikbereiche (Verkehrspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik, Gesundheitspolitik und Umweltschutzpolitik), die den wirtschaftlichen Zweig ergänzen und ihm beeinflussen. Die wurden auch harmonisiert. Es ist aber auch hinzuweisen, dass die zweite Säule bzw. die GASP aus der EPZ mit dem Vertrag von Maastricht sich entwickelte. In dieser Säule war und ist die EU alle Kontinente subsidiär. Außerdem war die Gemeinschaft offen für sämtliche europäische Länder. Die blieb also keinesfalls auf den Westen begrenzt, die dehnte auf allen Richtungen aus. Einheitlich wurde die EU auch instituiert; seit den ersten Gründungstagen der EU entstanden die EU-Organe, hauptsächlich die Hauptorgane. Eine wirtschaftliche politische europäische Integration war also erfolgreich, dennoch war die sicherheitspolitische utopisch. Deutschland gespalten oder vereinigt war auf dem europäischen Weg kräftig präsent.

Aus dem **zweiten theoretischen evaluativen Hauptkapitel** hat sich hervorgegangen, dass das schuldige Deutschland bzw. (West-) Deutschland versöhnt und in (West-) Europa und demzufolge in die USA integriert wurde. Vor allem an Frankreich wurde es in Ära-Adenauer gebunden. Adenauers Politik war erfolgreich. Dem ungeachtet konnte das geteilte Deutschland durch die sogenannte „Westintegration“ nicht wiedervereinigt werden. Die Westbindung UND DER WELTHISTORISCHE GEGENSATZ (Kalter Krieg) entfernten also den deutschen Osten bzw. die deutsche Wiedervereinigung. Im Gegensatz zum Adenauers Konzept, der die Westbindung berücksichtigte und den Osten ignorierte, war Erhards Konzept multipolarem. Zugunsten Deutschland und Europa sollten die westdeutschen Beziehungen auf der

einen Seite zu den USA und Frankreich gefestigt und auf der anderen Seite zur SU und demzufolge zu Osteuropa verbessert werden. Die Politik Erhards stand also in der Mitte. Letztendlich misslang seine Politik wegen der revanchistischen Position der BRD und dem De Gaullistischen Widerstand. Erhards Kurs vertiefte die Kluft zwischen der BRD und Frankreich und was vom Adenauer verwirklicht wurde, machte Erhard zunichte. Auf der Ostpolitik fußte weiters die Politik Kiesingers. Indes stand sie unter der Losung „Wiedervereinigung durch Entspannung“; vor allem mit der DDR und DEMZUFOLGE mit den osteuropäischen Staaten. Gegensätzlich war aber die Ansicht der DDR, die die außenpolitische Doktrin „Hallstein Doktrin“ umkehrte und die Verständigung in erster Linie mit den osteuropäischen Ländern voraussetzte. Nur durch deutsche Wiedervereinigung war Kiesinger die Entspannung mit dem Osten möglich und erreichbar. Wiederum wegen des Kernwaffenstrebens der BRD und des kontinuierlichen französischen Widerstands konnten weder die deutschen noch die europäischen Ziele erreicht werden. Deswegen wurde „Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen“ (1968) abgemacht. Erneut zur (west-) deutschen französischen Freundschaft, dennoch zum (west-) deutschen amerikanischen Missverhältnis kam er zur Folge. Aktiver war aber die Politik Brandts, die auf Frieden zwischen West und Ost; vor allem zwischen Westeuropa und der SU mithin zwischen den beiden Teilen Europas und Deutschlands erzielte. Von diesem Standpunkt ausgehend entwickelte sich auf der Basis Ostverträge eine *neue* (Ost-) Deutschlandpolitik. Darunter ist der grundlegende bzw. mit der DDR 1972 unterzeichnete Ostvertrag zu erwähnen. Diesem Grundvertrag entsprechend wurde die Nachbarschaft in Deutschland normalisiert. Brandts Politik wurde generell als erfolglos ausgeprägt, solange das deutsche und das EUROPÄISCHE Gelände geteilt blieben. In 1973, wegen der Weltwirtschaftskrise bzw. der Ölkrise sah Schmidt die Ökonomie als einziger Ausweg zum Frieden. Sowohl Brandt als auch Schmidt konnten nicht zur Entspannung bzw. zur Wiedervereinigung auf beider Ebene, aber zur Vertiefung und Ausbau der Gemeinschaft beitragen. Lokal (europäisch) und vereint versuchte Kohl die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, dem ungeachtet schlug seine „Strategie der Packetlösung“ fehl. Dennoch aktiv war auch seine Politik. Zur bisherigen Politik bzw. zur Erweiterung des europäischen Projektes kehrte er zurück.

Im Fokus standen die Vollendung des Binnenmarkts und die WWU. Kohl gab Deutschland- und Europapolitik einen neuen Impuls; ohne deutsche Einheit bleibe die europäische fragmentarisch UND UMGEKEHRT. Nach dem Mauerfall war die deutsche Einheit verpflichtend, möglich und erreichbar. Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass Westdeutschland eine Wirtschaftsmacht war. Ein Wirtschaftswunder realisierte es in den 50er und 60er Jahren. International, europäisch und national war die wirtschaftliche Lage in den 70er Jahren instabil, bis zur zweiten Hälfte der 80er Jahre und im Vergleich dazu konnte sie sich stabilisieren. Generell stand die westdeutsche Wirtschaft von 1951 bis 1989 auf kontinentaler Ebene an der Spitze. Wirtschaftspolitisch spielte Westdeutschland also die Führungsrolle in der EG.

Ausgehend von, dass Deutschland Haupttreffpunkt der Antagonismen in Europa war, war es unmöglich Deutschland und mithin Europa wiedervereinigen zu können. Dies lässt sich das **dritte empirische evaluative Hauptkapitel** ableiten. All bisherige deutsche Außenpolitiken misslangen, indes und *sogleich* ermöglichte der Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems die Überwindung deutscher und europäischer Spaltung. Die deutsche Einheit und die europäische Union wurden als zwei Seiten derselben Medaille angesehen; bereits nach dem Mauerfall unterstützte Kohl willensstark die Osterweiterung. Die rot-grüne Koalition unter Schröder und Joschka Fischer war der Finalität der europäischen Integration im Wesentlichen treu. Ziel der Bundesregierung stand dabei, politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa unter Dach zu bringen. In diesem Rahmen wurde Ostdeutschland in die westliche Wertegemeinschaft eingebunden. Deutschland glich seine Politik zwischen den beiden Institutionen (EU/NATO) aus. Sowohl mit den USA als auch mit Frankreich war die deutsche Außenpolitik angeordnet. Desgleichen wurden die instabilen und unmodernen Ostdeutschland und Osteuropa in Westeuropa eingebunden und an die kapitalistische marktwirtschaftliche Ordnung angepasst. Im Fokus stand die WWU. Ohne deutsche Einheit war eine europäische Währungsunion keineswegs möglich und ohne deutsche Zustimmung war die WWU undenkbar. Die Voraussetzungen „Konvergenzkriterien“ wurden von Deutschland dargestellt und an dem deutschen Modell wurde die WWU angepasst. Ausgehend davon, dass das deutsche Zahlungsmittel Symbol für wirtschaftliche Stärke, für Sicherheit und

Stabilität war. Im Gegensatz zu den 90er Jahren, in denen die Fortführung der europäischen Integration zentrales Ziel der deutschen Europapolitik war, kam es mit dem Kurswechsel von 2005 (mit Merkel und Steinmeier) mit dem vierten Konvergenzkriteriums „Aufnamefähigkeit“ zur Erweiterungsmüdigkeit; Deutschland anerkennt seine Verantwortung für eine bessere Zukunft Europas. Und ohne Deutschland könnte und konnte die EG weder weiterentwickelt noch entfaltet werden. Am Rande sei erwähnt, dass der Beitritt der MOEL und deren Märkte in die Gemeinschaft grundsätzlich positiv waren. Der erste Benefiziant war Deutschland, vor allem von der Nachbarregion (Polen, Ungarn und Tschechien), die zum „Zukunftsmarkt“ sich entwickelte. Das Interesse war aber beiderseitig und allseits; ein beträchtlicher „Absatzmarkt“ entstand insbesondere für deutsche Investitionsgüter in der Nachbarregion. Technologisch und finanziell profitierten also vor allem die drei benachbarten Staaten von (West-) Deutschland, und in besonderem Maße Ostdeutschland. Dennoch schwach war die ostdeutsche Wirtschaft auf den Binnenmarkt in den ersten Einheitsjahren und zur gesamtdeutschen und europäischen Wachstumsschwäche führte. Trotzdem wuchs das wiedervereinigte Deutschland im Zeitraum 1990/1998 wieder deutlich stärker als die anderen 15 Staaten der EU. Und trotz dem durchschnittlichen Rückgang deutscher Wirtschaft (1999-2005) wurden die Wirtschaftsjahre: 2006/2007/2008/2009/2010 als Wirtschaftswunder ausgeprägt. Ein „Jobwunder“ verwirklichte auch Deutschland, indessen ertranken die anderen EU-Mitgliedstaaten in Krise und Arbeitslosigkeit. Nicht nur geographisch aber vor allem wirtschaftlich stand das wiedervereinigte Deutschland im EU-Zentrum. Zentral war also die wirtschaftliche Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union von 1990 bis 2010.

Gespaltet oder vereinigt war Deutschland ein zentrales Mitglied in der EG/EU, gespaltet spielte Deutschland eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung des Friedens in Europa während des Kalten Krieges, und vereinigt spielte Deutschland eine zentrale Rolle bei der Vollendung des wirtschaftlichen politischen Ziels Europas: eine EU.

»Europa, das sich auf eine ökonomische Einheit, verliert zusehends eine Vorstellung von seiner geistigen Einheit [...] Europa im kleinen sucht Schutz vor Europa im großen. Die Krise der Europaidee darin, dass Europa als Bedrohung, nicht als Chance begriffen wird [...] Der Abwehrkampf richtet sich schon gegen die nationalen Identitätsforderung, mit denen allmählich alle europäischen Staaten als Nationalstaaten ihre Angehörigen überfordern. «⁶¹⁷ Eine wirtschaftliche Europäische Union wurde eher als Ausweg zum Frieden angesehen, indes sieht sich eine kulturelle Europäische Union drohend. Inwiefern könnten die Europäer DAGEGEN kämpfen?

⁶¹⁷ EL KORSO , Kamal : MOSAIK KULTUR UND LANDESKUNDE : Zu den Wurzeln Europas, LAROS, Oran 2003, Seite 223 f.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur- und Quellenverzeichnis

1. **A. Jongsma:** Über Europa nachdenken: Jean-Monnet-Förderung für europäische 25 Jahre, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014.
2. **Ackerl, Isabella / Beier, Brigitte et al.:** Das Jahrbuch Nr.1: Aktuell 2000: 300 000 aktuelle Daten zu Themen unserer Zeit: 16. Jahrgang, Harenberg Lexikon Verlag in der Harenberg Kommunikation Verlags- und Medien GmbH& Co. KG, Dortmund 1999.
3. **Ackerl, Isabella / Beier, Brigitte et al.:** Das Jahrbuch Nr.1: Aktuell 2004: Mit aktuellem Länderlexikon, Harenberg Lexikon Verlag in der Harenberg Kommunikation Verlags- und Medien GmbH& Co. KG, Dortmund 2003.
4. **Ackerl, Isabella / Beier, Brigitte et al.:**Das Jahrbuch Nr.1: Aktuell 2005: 21 Jahrgang, Meyers Lexikon Verlag, Mannheim 2004.
5. **Ackerl, Isabella / Beier, Brigitte et al.** Aktuell 2007: Das Jahrbuch: Daten · Fakten · Hintergründe, MEYERS Lexikonverlag, Mannheim 2006.
6. **Ackerl, Isabella / Beier, Brigitte et al.** Das Jahrbuch Nr.1: Aktuell 2002: 18 Jahrgang, Harenberg Lexikon Verlag, Dortmund 2001.
7. Art 15 Wiener Konvention über Staatennachfolge 1978, die allerdings noch nicht in Kraft getreten ist (abgedruckt in 17 International Legal Materials [1978] 1488 und in United Nations [Hg], The World of the International Law Commission [1988] 323); allgemein dazu s *Verdroß- Simma*. Universales Voelkerrecht (1984) & 976; vgl. auch *Schmidt* (FN 43); kritisch *Timmermanns*, German Unification und community Law, CMLR 1990, 437, zitiert nach: **Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia:** Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991.

8. **Barbara Lippert et al.**, British and German interests in EU enlargement, zitiert nach: **Becker, Peter**: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
9. **Bartz, Dietmar**: Wirtschaft verstehen: Das Wirtschaftslexikon der Gegenwart, Eichborn GmbH& Co, Verlag KG, Frankfurt am Main April 1998.
10. **Bartz, Dietmar**: Wirtschaft von A bis Z: Kompakt, aktuell, übersichtlich, Eichborn, Frankfurt am Main 2002.
11. **Bauer-Emmerichs, Michael / Buller, Vera et al.**: DUDEN: Der Euro: Das Lexikon zur Währungsunion, 1. Auflage, DUDENVERLAG Bibliographisches Institut & F.A Brockhaus AG, Mannheim 1998.
12. **BAUER-EMMERICHS, Michael /SEEKER, Petra**: FAKTEN Focus: Der Euro: Das Lexikon zur neuen Währung, FOCUS Magazin-Verlag GmbH, München 1998.
13. **Becker, Peter / Leiß, Olaf**: Die Zukunft Europas: Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005.
14. **Becker, Peter**: Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
15. **Belbachir, Rafiaa**: Zwischen Landeskunde und Linguistik in: IMAGO REVUE N°11: Interculturalité et Didactique: Diglossie et Interculturalité, EDITIONS DAR ELQUDS EL ARABI, Oran 2011.
16. **Bergmann, Jan / W. Mickel, Wolfgang**: Handlexikon der Europäischen Union, 5. überarbeitete und erweiterte Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015.
17. **Berié, Eva / KobertHeide**: Der Fischer Weltmanach 2007: Zahlen-Daten-Fakten, Originalausgabe, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2006.
18. **Biechele, Markus / Padró, Alicia**: Didaktik der Landeskunde: Fernstudieneinheit 31, Goethe -Institut Inter Nationes, München 2003.

- 19. Bofinger, Peter:** Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion in Europa: Analyse und Dokumente, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1990.
- 20. Boldt, Hans / Prehl, Hede et al.:** Schülerduden: Politik und Gesellschaft, 5., bearbeitete Auflage, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim 2005.
- 21.** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 196, Nr. 41, zitiert nach: **Ersil, Wilhelm:** Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986.
- 22.** Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede vor dem Bertelsmann- Forum am 3.4.1992, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung. Nr.353 vom 8.4.1992, zitiert nach: **Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas:** Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993.
- 23. Bundesministerium für Wirtschaft:** Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR): Zahlen Fakten Ausblicke, ECOTOUR-Verlag GmbH, Berlin 1994.
- 24.** Bundestags- Drucksache v 28.3.1990, zitiert nach: **Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia:** Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991.
- 25. C. Colschen, Lars:** Deutsche Außenpolitik, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010.
- 26. Christian Weise et. alt.,** Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU Transformation, Verflechtung , Reformbedarf, Berlin 1997, DIW-Beiträge zu Strukturforchung, Heft 176, zitiert nach: **Becker, Peter:** Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
- 27. Conze, Eckart / Metzler, Gabriele:** 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Daten und Diskussionen, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1999.

28. Corinna Schuhkraft, zitiert nach: **Grünhage, Jan**: Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007.
29. **Crone, Bernd / Kühn, Reiner**: Wirtschaft heute, Verlag Handwerk und Technik G.m.b.H, Hamburg 2005.
30. **Deutsch, Klaus Günter**: Weltmarktintegration und wohlfahrtsstaatliche Politik: Die Bundesrepublik Deutschland auf den Weltwirtschaftsgipfeln, 1975-1990, LIT Verlag, Münster; Hamburg 1991.
31. **Dietrich Genscher, Hans**: Deutsche Außenpolitik, Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart 1977.
32. **Dietrich Genscher, Hans**: Deutsche Außenpolitik: Ausgewählte Grundsatzreden 1970-1980, Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart 1981.
33. Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. III, zitiert nach: **Ersil, Wilhelm**: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986.
34. **Eckart, Karl** : Deutschland , Justus Perthes Verlag Gotha GmbH, Stuttgart 2001.
35. EG- Kommission (Hg) (FN 26) 17, zitiert nach: **Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia**: Handbuch der europäischen Integration: Strategie-Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991.
36. **El Korso, Kamal** : Zu den Wurzeln Europas in: MOSAIK KULTUR UND LANDESKUNDE, LAROS, Oran 2003.
37. **Erdmenger, M.**: Landeskunde im Fremdsprachenunterricht, Max Hueber Verlag, Ismaning 1969, zitiert nach: **Nouah, Mohamed**: Zur Bedeutung der Landeskunde in DaF-Lehrwerken und Sprachunterricht, Magisterarbeit, Oran 2006.
38. **Ersil, Wilhelm**: Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986.
39. **Europäische Gemeinschaften**: DIE ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION: Wer macht was in der Europäischen Union?:

Was bringt uns der Vertrag von Nizza?, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäische Gemeinschaften, Luxemburg 2001.

- 40. Europäische Kommission:** DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: So funktioniert die Europäische Union: Ihr Wegweiser zu den EU-Institutionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014.
- 41. Europäische Kommission:** Die Europäische Union, EGKS-EG-EAG, Brüssel· Luxemburg, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1994.
- 42. Europäische Kommission:** Die Gründerväter der EU, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2013.
- 43. Europäische Kommission:** Für mehr Wachstum: Die Wirtschaft der EU, Europäische Gemeinschaften , Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2004.
- 44.** European Affairs 1990/4, 26 zitiert nach: **Röttiger, Moritz / Weyringer, Claudia:** Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991.
- 45.** EVA (Centre for Finnish Business and Policy Studies), More Members for the EU? A report on EU-enlargement, Helsinki 1997, zitiert nach: **Becker, Peter:** Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
- 46. Fontaine, Pascal:** DIE EUROPAISCHE UNION ERKLÄRT: Europa in 12 Lektionen, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014.
- 47. FONTAINE, Pascal:** Europe in 12 lessons, Publications Office of the European Union, Luxembourg 2010.
- 48. Friedrich Kaufmann / Andreas Manke,** Standortverlagerungen mittelständischer Unternehmen nach Mittel-und Osteuropa – Eine Empirische Untersuchungen [Sic] am Beispiel der vier Visegrád-Staaten, Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 74, Stuttgart 1997, zitiert nach: **Becker, Peter:** Die

deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.

49. Fritzler, Marc / Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. Überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001.

50. Gehler, Michael: EUROPA: Ideen| Institutionen |Vereinigung, Olzog Verlag GmbH, München 2005.

51. Gehler, Michael: Europa: Von der Utopie zur Realität, 4. Auflage, Haymon Taschenbuch, Innsbruck Wien 2014.

52. Generalsekretariat des Rates: EMPFEHLUNG DES RATES vom 12. Juli 1999 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft (ABL. L 217 vom 17.8.1999), Luxemburg Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1999.

53. Generalsekretariat des Rates: EMPFEHLUNG DES RATES vom 15. Juni 2001 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, Luxemburg Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2001.

54. Generalsekretariat des Rates: EMPFEHLUNG DES RATES vom 19. Juni 2000 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft, Luxemburg Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2000.

55. Generalsekretariat des Rates: Fortschritte der Europäischen Union 1995-1999:Sammlung des Jahresberichte des Europäischen Rates an das Europäische Parlament, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 2001.

56. Gräfin Dönhoff, Marion: Deutsche Außenpolitik von Adenauer bis Brandt: 25 Jahre miterlebt und kommentiert von Marion Gräfin Dönhoff, Christian Wegner Verlag GmbH, Hamburg 1970.

57. Gregor Schöllgen: Die Macht in der Mitte Europas, München 2000, zitiert nach: **Grünhage, Jan:** Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007.

- 58. Große Hüttmann, Martin / Wehling, Hans-Georg:** Das Europa Lexikon: Begriffe | Namen | Institutionen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, ZpB Zentralen für politische Bildung, Bonn 2013.
- 59. Grosser, Alfred:** Deutschland in Europa, 2. Auflage, Beltz Quadriga Verlag, Weinheim und Basel 1998.
- 60. Grosser, Dieter:** Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1998.
- 61. Gruner, Wolf D. / Woyke, Wichard:** Europa-Lexikon: Länder Politik Institutionen, Verlag C.H. Beck oHG, München 2004.
- 62. Grünhage, Jan:** Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007.
- 63. Gundelach, Thomas:** Deutschland von der Aufteilung zur Einheit, Erstaufgabe, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung , Berlin 1997.
- 64. Günter der Bruyn Roos,** aus einem Brief an Annette Kolb aus dem Jahr 1944, zitiert nach: **Roos, Ulrich:** Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010.
- 65. Gunter Hellmann,** Nationale Normalität als Zukunft? Zur Außenpolitik der Berliner Republik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1999, 39. Jg., H.7. Hellmann schreibt: „ Das hervorstechende Merkmal deutscher Außenpolitik nach 1990 war die Kontinuität der Kontinuitätsrhetorik.“ Josef Joffe spricht gar von dem vereinten Deutschland als der „Inkarnation der Kontinuität“, . **Josef Joffe,** Ein Wunderwerk der Kontinuität. Parameter rot-grüner Außenpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1999, 39. Jg., H. 11. , zitiert nach: **Becker, Peter:** Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
- 66. Haftendorn, Helga / Wilker, Lothar:** Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Wissenschaftlicher Autorenverlag (WAV), Berlin 1982.

- 67. Hans-Peter Schwarz:** Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994, zitiert nach: **Grünhage, Jan:** Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007.
- 68. Heiner, Geizler:** 50 Jahre Deutsche Geschichte, Brockhaus Leipzig- Mannheim 1999.
- 69. Heinz-Olaf Henkel,** Die Erwartungen der deutschen Wirtschaft an die Regierungskonferenz 1996, Rede in der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn am 26.9.1996, zitiert nach: **Becker, Peter:** Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
- 70. Hellmann, Gunter / Wagner, Wolfgang et al. :** Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung, 2., überarbeitete Auflage, Springer Fachmedien ,Wiesbaden 2014.
- 71. Hellwig, Renate:** Der Deutsche Bundestag und Europa, Verlag Bonn Aktuell, München 1993.
- 72. Horst, Ferdinand:** REDEN, DIE REPUBLIK BEWEGTEN, Herder Taschenbuch Verlag, Freiburg im Breisgau 1988.
- 73. Hubel, Helmut / MAY, Bernhard:** EIN "NORMALES" DEUTSCHLAND? DIE SOUVERÄNE BUNDESREPUBLIK IN DER AUSLÄNDISCHEN WAHRNEHMUNG, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 1995.
- 74.** Information der Abteilung Europapolitik des BDI an die Mitgliedsverbände, „Stand der Vorbereitung der EU-Erweiterung. Zwischeninformation der Kommission“, v. 23.9.1996, zitiert nach: **Becker, Peter:** Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
- 75. Janning, Josef / Piepenschneider, Melanie:** Deutschland in Europa: Eine Bilanz europäischer Einigungspolitik, Verlag Ernst Knoth. Melle und Konrad - Adenauer -Stiftung e.V., St. Augustin Februar 1993.

- 76. Jöckel, Peter / Sprengkamp, Heinz-Josef:** Duden: Abi Politik und Sozialkunde, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG, Mannheim , und DUDEN PAETEC GmbH, Berlin 2005.
- 77. Karl Kaiser,** Transnational Relations as a Threat to the Democratic Prosses , in: **Robert O. Keohane/ Joseph S. Nye, Jr. (Eds.),** Transnational Relations and World Politics, Cambridge, Mass., 1971; siehe auch **Richard N. Cooper,** the Economics of Interdependence . Economic Policy in the Atlantic Community, New York 1968; **Robert Gilpin,** The Political Economy of International Relations, Princeton 1987; **Robert D. Putnam/ Nicholas Bayne,** Weltwirtschaftsgipfel im Wandel. Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1985, bzw. **Robert D. Putnam/ Nicholas Bayne,** Hanging Together. Cooperation and Conflict in the Seven-Power Summits, Cambridge, Mass., 1987(zweite, geänderte und erweiterte Auflage)., zitiert nach: **Deutsch, Klaus Günter:** Weltmarktintegration und wohlfahrtsstaatliche Politik: Die Bundesrepublik Deutschland auf den Weltwirtschaftsgipfeln, 1975-1990, LIT Verlag, Münster; Hamburg 1991.
- 78. Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** Vom Binnenmarkt zur Europäischen Union, EGKS-EWG-EAG, Brüssel · Luxemburg Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 1992.
- 79. Lappenküpper, Ulrich:** Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München 2008.
- 80. Lawrence Krause:** Trade Policy in the 1990's: good-bye bipolarity, hello regions, in: The World Today, H.5/1990, zitiert nach: **Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas:** Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993.
- 81. Le Monde (Paris)** vom 7.7. 1964, zitiert nach: **Ersil, Wilhelm:** Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986.
- 82. Main, Manfred:** Deutsche Geschichte erzählt von Manfred Main, erweiterte Neuausgabe, Bletz& Geldberg, Frankfurt am Main. 2003.

- 83. Mohr, Christoph:** Le prix des illusions allemandes : Le Monde diplomatique, Paris 2004.
- 84. Moreau Defarges, Philippe:** Comprendre la constitution européenne, Éditions d'Organisations, Paris 2004.
- 85. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.:** Deutsche Europapolitik: von Adenauer bis Merkel, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010.
- 86. Oscar W., Gabriel / Kropp, Sabine:** Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008.
- 87. Patterson, Ben:** ARBEITSDOKUMENT: STRATEGIEN FÜR EU-WIRTSCHAFT: Reihe Wirtschaftsfragen: ECON 12 DE 01/2001, Europäisches Parlament, Luxemburg 2000.
- 88. Peter Becker,** Das Joint Venture zwischen Volkswagen und ŠKODA- Eine erste Bilanz, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1997, Jg. 42, H.4, S. H. 4, zitiert nach:
- 89. Pfetsch, Frank R.:** Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992: Von der Spaltung zur Vereinigung, 2. erw. und verb. Auflage, Wilhelm Fink Verlag, München 1993.
- 90. Pollak, Johannes / Slominski, Peter:** Das politische System der EU, 2. Auflage, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien 2006.
- 91. Pöhl, Karl Otto:** Aspekte der deutschen und europäischen Währungsintegration: Zwei komplizierte Währungsoperationen, in: **Hoffmann, Hilmar/Kramer, Dieter:** Der Umbau Europas: Deutsche Einheit und europäische Integration: Die Frankfurter Römerberg-Gespräche, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1991.
- 92. Ragnitz, Joachim:** Bundesrepublik Deutschland seit 1990, in: **Schubert, Klaus:** Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaft /GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005.
- 93. Raland, Sturm:** Föderalismus in Deutschland, Leske+Budrich, Opladen 2001.

- 94. Rat der Europäischen Union:** Die Europäische Union: Zahlen und Fakten, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg 2014.
- 95. Rat der Europäischen Union:** Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates: Jetzt auf dem Tempo drücken: Die neue Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze, Brüssel 2006.
- 96. Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vom 3. Oktober 1990,** abgedruckt in Auszügen in: Auswärtiges Amt, zitiert nach: **Grünhage, Jan:** Entscheidungsprozesse in der Europapolitik Deutschlands: Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2007.
- 97. Rittershofer, Christian:** Lexikon Politik Staat Gesellschaft: 3600 aktuelle Begriffe von Abberufung bis Zwölfmeilenzone, Beck Wirtschaftsberater Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2007.
- 98. Roos, Ulrich:** Deutsche Außenpolitik: Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010.
- 99. Rytlewski, Ralf / Wuttke, Carola:** Duden Politik: Basiswissen Schule, PAETEG Gesellschaft für Bildung und Technik GmbH, Berlin und Bibliographisches Institut & F.A Brockhaus AG, Mannheim 2004.
- 100. Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia:** Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991.
- 101. Schley, Nicole / Busse, Sabine et al.:** KNAURS HANDBUCH EUROPA: Daten - Länder - Perspektiven: Aktuell: Die neuen EU-Länder, Originalausgabe, Knauer Taschenbuch Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München 2004.
- 102. Schmidt,** L'unification allemande et la communauté européenne, REMUE 1991, 91 (105), zitiert nach: **Röttinger, Moritz / Weyringer, Claudia:** Handbuch der europäischen Integration: Strategie- Struktur- Politik im EG-Binnenmarkt, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1991.

- 103. Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther et al. :** Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007.
- 104. Schulze, Winfried:** Was war, was bleibt, was wird: Geschichte Europas- Europäisches in der Geschichte in: **Hurrelmann, Klaus / Knoch, Peter:** Wege nach Europa: SPUREN UND PLÄNE, Friedrich Jahresbericht, Seelze 1991.
- 105. Steffens, Heiko / Keim, Helmut:** Wirtschaft Deutschland: Daten – Analysen – Fakten, Wirtschaftsverlag Bachem GmbH, Köln 2000.
- 106. Strahm, Rudolf H.:** Europa Entscheid: Grundwissen für Bürgerinnen und Bürger mit vielen Schaubildern, Werd Verlag, Zürich 1992.
- 107. Süddeutsche Zeitung (München) vom 31.10/1.11.1967, zitiert nach: Ersil, Wilhelm:** Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986.
- 108. Thränhardt, Dietrich:** Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1990, Erweiterte Neuauflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996.
- 109. Verhandlungen, Bd.63, zitiert nach: Ersil, Wilhelm:** Außenpolitik der BRD 1949-1969, 1. Auflage, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986.
- 110. Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas:** Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993.
- 111. Von Weizsäcker, Richard / Windelen, Richard et al.:** Es geht um Deutschland in Europa: Beiträge von Richard von Weizsäcker- Heinrich Windelen – Franz Josef Strauß – Günter Diehl – Ottfried Henning, Günter Olzog Verlag GmbH, München 1986.
- 112. W. Mickel, Wolfgang:** Handlexikon der Europäischen Union, OMNIA Verlag GmbH, Köln 1994.
- 113. Weidenfeld, Werner / M. Wagner, Peter et al. :** Außenpolitik für die deutsche Einheit: Die Entscheidungsjahre 1989/90, Deutsche Verlags- Anstalt GmbH, Stuttgart 1998.

- 114. Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl:** Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1996.
- 115. Weidenfeld, Werner / Rudolf Korte, Karl:** Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, aktualisierte Neuausgabe, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York 1999.
- 116. Weidenfeld, Werner / Wessels , Wolfgang:** Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 2. Aufl. EUROPA UNION VERLAG GMBH, Bonn 1992.
- 117. Weidenfeld, Werner / Wessels , Wolfgang:** Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Auflage, Europa Union Verlag GmbH, Bonn 2002.
- 118. Weidenfeld, Werner / Wessels , Wolfgang:** Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014.
- 119. Weidenfeld, Werner:** Die Europäische Union unter Mitarbeit von Edmund Ratka, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG, Paderborn 2010.
- 120. Weindl, Josef:** Europäische Gemeinschaft: Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, R. Oldenburg Verlag GmbH, München 1993.
- 121. Werner, Klaus:** Starke deutsche Marktpositionen in Mittel- und Osteuropa, in: Wirtschaft im Wandel, 1996, Nr. 10, zitiert nach: **Becker, Peter:** Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
- 122. Wisdorff , Eberhard / Haupt, Sabine:** EG-Lexikon, Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH, Stuttgart 1993.
- 123. „Wolf gegen übereilte Beitritt aus Osteuropa“,** in: vwd-Europa v. 2.10.1990, zitiert nach: **Becker, Peter:** Die deutsche Europapolitik und die Osterweiterung der Europäischen Union, 1. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden 2011.
- 124. Wolfgang Pfeiler:** Rußland auf dem Weg zur Demokratie? , in: Die politische Meinung, Februar 1992, zitiert nach: **Von Bredow, Wilfried / Jäger Thomas:**

Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Leske + Bedrich, Opladen 1993.

125. Zacher, Hans F.: Bericht über das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Wirtschaftsrecht, Band 1, KOLLEKTION Studien Reihe Wettbewerb – Rechtsangleichung Nr. 20, Brüssel 1973.

126. ZAHLENBILDER: Die Europäische Union: Entwicklung, Ziele, Institutionen im Schaubild, 3. Auflage, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005.

Internetquellen

1. Aiginger, Karl / LEONI, Thomas (September 2012): Ein neuer Wachstumspfad für Deutschland: Strukturpolitik für Soziales Wachstum, Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09325.pdf> (19.09.2016, 20:34).
2. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Rainer Brüderle, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/2898 – Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die mittelständische Wirtschaft und insbesondere auf das Handwerk Deutscher Bundestag Drucksache 15/3900 15. Wahlperiode 14.10. 2004, <http://www.dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/039/1503900.pdf> (17.09.2016, 21:05).
3. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Hofbauer, Albert Rupprecht (Weiden), Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/1375 – Chancen der EU-Osterweiterung für Wirtschaft und Arbeit. Deutscher Bundestag Drucksache 15/1464 15. Wahlperiode 05. 08. 2003, <http://www.dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/014/1501464.pdf> (17.09.2016, 21:00).
4. Dauderstadt, Michael (2003): Die wirtschaftliche und soziale Dimension der EU-Osterweiterung, WSI Mitteilungen 1/2003, https://www.boeckler.de/wsimit_2003_01_dauderstadt.pdf (05.09.2016, 16:35).

5. Der Ministerrat der Europäischen Union, <http://www.hieronymi.de/PDF%20Dokumente/MinisterratEU,%20feb2005.pdf> (13.04.2016, 18:53).
6. Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/12_02_0.pdf (22.09.2016, 19:30).
7. Erber, Georg / Hagemann, Harald (April 2012): Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Zur Produktivitätsentwicklung Deutschlands im internationalen Vergleich, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08997.pdf> (19.09.2016, 20:50).
8. Europäische Kommission (2007): EINE WÄHRUNG FÜR EIN EUROPA: Der Weg zum Euro, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, <http://www.lu.lv/materiali/biblioteka/es/pilnieteksti/ekonomika/Eine%20Wahrung%20fur%20ein%20Europa%20-%20Der%20Weg%20zum%20Euro.pdf> (01.02.2014, 22:31).
9. Giebel-Felten, Elvira (Juni 2002): Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962-2001, Arbeitspapier herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Nr. 78, Sankt Augustin, http://www.kas.de/wf/doc/kas_466-5430.pdf?020801155238. (19.09.2016, 21:30).
10. http://www2.klett.de/sixcms/media.php/229/006926_SoWi_EU_online_c977u9_Lokomotivtheorie_071.pdf (10.11.2016: 14:33).
11. <https://www.iurastudent.de/definition/zustimmung-isd-%C2%A7-182-i-bgb> (04.01.2017, 13:00).
12. <https://www.juraforum.de/lexikon/anhoerung> (04.01.2017, 13:05).
13. Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg- Essen: Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten EU-Ländern 2000 – 2015, www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik.../abbX1.pdf (19.09.2016, 22:15).

14. Klaeren, Jutta(2012): 279 Informationen zur politischen Bildung/izpb: Europäische Union Plus: Info *aktuell* Euro am Scheideweg? , überarbeitete Neuauflage Nr. 279/2012, Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn, http://www.neue-lernwelten.eu/skripte/Europaeische_Union_bpb.pdf (01.02.2014, 21:44).
15. Parlamento Europeo oficina de Información en España, www.europarl.europa.eu/workingpapers/econ/pdf/122_de.pdf(18.12.2016, 15:07).
16. Pehl, Günter (1991): Deutsche Wirtschaft 1990/91: Nur mit massiven Staatshilfen kann die Marktwirtschaft in Ostdeutschland Erfolg haben, <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1991/1991-01-a-026.pdf> (05.09.2016, 14.00).
17. Sachverständigenrat - Jahresgutachten 2010/11: Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in der Welt und in Deutschland, https://www.sachverstaendigenratwirtschaft.de/.../dateiablage/.../ga10_ii.pdf (05.09.2016,15:45).
18. Tomková, Ivona (2007): Landeskunde und ihre Stellung in den Lehrwerken: Diplomová práce, Brno, https://is.muni.cz/th/183850/pedf_m/Diplomova_prace.pdf (10.12.2014, 13:51).
19. Walwei, Ulrich (2009): Wirtschaft und Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung: Die Blüte braucht noch Zeit,IAB. Forum 2/2009, http://www.doku.iab.de/forum/2009/Forum2-2009_Walwei.pdf (05.09.2016, 15:20).